REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 369 · 24.8.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Antisemitismus im Namen des Volkes - Deckert- Urteil
2. Haider contra TATblatt - J., Westberlin
3. Nürnberger AntifaschistInnen erfolgreich gegen NPD-Treff - Al., Nürnberg
4. Heß-Gedenktag deutscher Neonazis in Luxemburg - ga.
5. Tätersuche oder Desinformation? Der Anschlag auf das jüdische Zentrum AMIA in Buenos Aires - Klaus Mellenthin
6. Worst Case aus Karlsruhe. Das Urteil des BVG erlaubt "Out-of-area"-Einsätze - Andrea Lederer
7. Tolerieren, Koalieren, Opponieren. Diskussion in der PDS nach Europawahlen und Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt - Heinrich Eckhoff
8. Repressionsoffensive gegen KurdInnen. Staatsschutz ballert aus allen Rohren - M., Berlin
9. Im Lichte des Völkerrechts: Das PKK-Verbot der Bundesregierung. Auszüge aus einem Gutachten von Norman Paech
10. "Sie wollen den Antifaschismus kriminalisieren." Interview mit UnterstützerInnen türkischer und kurdischer Antifas - K. Blanke
11. Hungerstreik für frische Wäsche und offene Fenster. Unmenschliche Zustände in den Abschiebeknästen - Gernot Schroeder-Wildberg
12. Besuch in der Musterstadt Weimar - Katja Leyrer
13. "... Kampf um die Würde Lateinamerikas wieder aufgenommen". Gespräch mit Subcomandante Marcos in Aguascalientes, Chiapas - J. Chicoy, B. Alexander
14. Die Zapatistinnen - wer sie sind und wofür sie kämpfen - Anne Huffschmid
15. "Dialog oder Tod". Kommentar zu den Ereignissen auf Kuba - Johnny Norden
16. Via Jericho in den Morast? Das Abkommen PLO- Israel - eine pessimistische Bilanz nach einem Jahr - Klaus Polkehn
17. Die Schrift an der Wand... Der Untersuchungsbericht über das Massaker in Hebron - Klaus Mellenthin
18. Kurswert für Demokratie: leicht steigend. Zur politischen Entwicklung in der Slowakei vor den Wahlen - Balduin Winter
19. Die vergessenen Koreanerinnen und Koreaner. Hiroshima und Nagasaki 49 Jahre danach - Rainer Werning
20. "Gesinnungsverbrechen". Türkische Intellektuelle im Knast - Udo Wolter
21. Öko-imperialistische Ideologie. Teil 2: Am imperialistischen Wesen soll die Welt genesen - Andreas Schweer
22. 100 Jahre HEW. Im Dienste des Profits (aus "100 Jahre HEW - ein alternativer Bericht)
23. Stoppt den Castor (Demonstration in Gorleben) - at.
24. Hat sich der Arbeitskampf gelohnt? Anmerkungen zum Tarifabschluß in der Druckindustrie - Pfi
25. Feinbild Nordkorea oder: Die Regulierung des Kalten Krieges - Rainer Werning
26. Die "Sonne der Nation" ist verloschen. Biographische Mitteilungen über Kim Il Sung. Teil 1 - nyg.
27. Gewittersturm über Warschau. Politische Akzente des Aufstandes 1944 - Werner Röhr
28. PDS und Nationalismus - J., Westberlin
29. Die Vorgeschichte einer Umwälzung. Zwei neue Bücher über fünf Jahrzehnte "blockierter Demokratie" in Italien - Js.
30. Festung Europa - Ein Handbuch
31. Gremliza versus ak: Die Vierte - he., js.
32. Plakativer Antirassismus. Antirassistische Plakatserie sorgt für Aufregung - Har., Al., Nürnberg
33. Quelldatei 16.htm
34. Quelldatei 17.htm
35. Nürnberg: REPs trauen sich nicht auf die Straße
36. Quelldatei 27bu.htm

37. Quelldatei dop.htm
38. Kohl ablösen! Und was dann?
39. Quelldatei korea.htm
40. Quelldatei mexiko.htm
41. Quelldatei slo.htm
42. Tolerieren, Koalieren, Opponieren?
43. Musterstadt Weimar-

1. Antisemitismus im Namen des Volkes

Autor: Deckert- Urteil · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/jur.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:jur

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate haben deutsche Richter weltweit für negative Schlagzeilen gesorgt. Im März hatte der Bundesgerichtshof das Urteil der ersten Instanz gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert aufgehoben. Die öffentliche Leugnung des systematischen Massenmordes an den Juden sei erst dann als Volksverhetzung zu werten, wenn der Täter sich "mit der NS-Rassenideologie identifiziert". Deckert hatte im November 1991 bei einer Veranstaltung seiner Partei einen Vortrag des selbsternannten "Gaskammerexperten" Fred Leuchter übersetzt und kommentiert. Zu einer Verurteilung hätte es, so der BGH, konkreter Beweise bedurft, daß Deckert die "Tatsache der systematischen Morde an Juden als Lügengeschichte darstellt" - sei es durch bestimmte "Gesten" oder die "Betonung einzelner Passagen durch Stimmlage und Lautstärke".

Die 6. Strafkammer des Mannheimer Landgerichts, die im Juni erneut gegen Deckert verhandeln mußte, nahm die Tips von oben dankbar auf. Am 22. Juni wurde das Urteil verkündet, das den Richterspruch der ersten Instanz bekräftigt: Ein Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung für Deckert wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit übler Nachrede, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhaß. Ein mildes Urteil, das gleichwohl ohne größere Empörung zur Kenntnis genommen wurde.

Das änderte sich schlagartig, als im August die schriftliche Urteilsbegründung veröffentlicht wurde. "Das Urteil von Mannheim gibt den Neonazis in Deutschland neue Argumente und rechtfertigt die Gewalt der Rechten", schrieb die italienische Tageszeitung La Stampa. Auch die Bundesregierung war empört über die "schlimmen Signale", während Deckerts Verteidiger den Sachverhalt auf den Punkt brachte: "Wer die Urteilsbegründung liest, muß sich eigentlich fragen, warum Deckert verurteilt worden ist." Denn das Gericht macht sich die Motive des "politisch rechtsstehenden Angeklagten", der aber "kein Antisemit im Sinne der nationalsozialistischen Rassenideologie" sei, voll und ganz zu eigen. Herausgekommen ist dabei eine Anklageschrift gegen das Volk, das noch von Adenauer "Weltjudentum" genannt wurde:

"Aufgrund seiner betont nationalen Einstellung jedoch nimmt er (Deckert) den Juden ihr ständiges Insistieren auf dem Holocaust und die von ihnen aufgrund desselben auch nach nahezu fünfzig Jahren nach Kriegsende immer noch erhobenen finanziellen, politischen und moralischen Forderungen Deutschland gegenüber bitter übel. (...)

(Die Kammer) (...) wertet aber die Tat hauptsächlich als von seinem Bestreben motiviert, die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleisteten jüdischen Ansprüche zu stärken. Nicht außer acht gelassen wurde auch die Tatsache, daß Deutschland auch heute noch, rund fünfzig Jahre nach Kriegsende, weitreichenden Ansprüchen politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt ist, während die Massenverbrechen anderer Völker ungesühnt blieben, was, jedenfalls aus der politischen Sicht des Angeklagten, eine schwere Belastung des deutschen Volkes darstellt."

Verfaßt wurde diese antisemitische Schmähschrift nicht vom Vorsitzenden Richter Müller, der nach eigenem stolzen Bekunden seit 25 Jahren "der ältesten deutschen demokratischen Partei", der SPD, angehört. Müller bedauerte nachträglich weniger die "mißverständlichen oder unglücklichen Formulierungen" als vielmehr, und zwar "zutiefst", "die weltweite Erregung, die infolge von Teilen der Urteilsbegründung entstanden ist". Der Verfasser des Machwerks, Beisitzer Richter Rainer Orlet, sah auch im Nachhinein keinen Grund, irgendetwas zurückzunehmen: "Ich verstehe die ganze Aufregung nicht. Wenn man sachgerecht an das Urteil herangeht, muß man feststellen, daß es so in Ordnung ist." Orlet hat sich schon Ende der sechziger Jahre als kompromißloser Verfolger aufmüpfiger Studenten einen Namen gemacht und gilt als ein Mann von "stramm rechter Gesinnung" (FR, 11.8.). Ein Überzeugungstäter also, gar selbst ein Nazi und heimlicher Leser der Nationalzeitung (von diesem Verdacht berichtet die FR), der jahrzehntelang von seinen Vorgesetzten gedeckt wurde? Das wäre schon schlimm genug, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Orlet sein "sachgerechtes" Urteil über die maßlosen Ansprüche der Juden subjektiv ehrlich "im Namen des Volkes" gesprochen hat. Und das sogar mit einiger Berechtigung: Nach einer Repräsentativ-Umfrage von 1992 waren 18% der Deutschen der Meinung, "viele Juden (würden) versuchen, aus der Vergangenheit heute ihren Vorteil

zu ziehen und die Deutschen zahlen zu lassen." Sogar 36% fanden: "Juden haben auf der Welt zuviel Einfluß." Daß die Juden "mitschuldig" seien, "wenn sie gehaßt und verfolgt werden", bejahten 14%.

Warum also wurde Deckert verurteilt? Wegen des Auslands, der Wachsamkeit der als "einflußreich" bekannten Juden insbesondere, aber nicht nur deswegen. Deckert hat aus seinem "sachgerechten" Urteil über die Juden die falschen Schlüsse gezogen:

"Zwar mag man der Auffassung sein, daß der Angeklagte ein berechtigtes Interesse wahrgenommen hat, indem er bestrebt war, die nach Ablauf fast eines halben Jahrhunderts immer noch aus dem Holocaust gegen Deutschland erhobenen Ansprüche abzuwehren. Jedoch hat er dazu nicht das erforderliche und angemessene Mittel eingesetzt (...); es hätte zur Verfolgung des von ihm angestrebten Zweckes völlig ausgereicht, auf die lange seit der nationalsozialistischen Judenverfolgung verstrichene Zeit, den Umfang der bereits erbrachten deutschen Sühneleistungen, sowie die ungesühnten und unbereuten Verbrechen anderer Völker hinzuweisen."

Merke: Wer bei der Verfolgung eines "berechtigten Interesses" übertreibt, kann sich strafbar machen. Das Gericht gibt nicht nur detaillierte Anweisung, wie Deckert und Kumpane das - bei Wahrung des "von ihm angestrebten Zweckes" - künftig vermeiden kann. Es erwartet auch, daß er diese Tips beherzigt, und trägt eine Reihe von Gründen für eine "günstige Sozialprognose" zusammen: die "Unbestraftheit" des Angeklagten (etliche Urteile gegen Deckert sind verjährt und aus dem Strafregister gelöscht), seine "gute Ehe", die der ohnehin "charakterstarken, verantwortungsbewußten Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen" zusätzlich "festen Halt" gibt, seine "hohe Intelligenz". Kurz gefaßt lautet die Botschaft: Deckert ist einer von uns, und den lassen wir nicht einfach fallen, nur weil er mal ein bißchen über die Stränge schlägt.

Mit diesen Resozialisierungsbemühungen sind nun allerdings auch die Richter zu weit gegangen. Auch sie haben falsche Schlüsse gezogen aus der ihnen vertrauten Stimme des "Volkes" und seiner Eliten: Insbesondere aus dem Historikerstreit, der ständigen Relativierung des Holocaust durch Verweis auf die "ungesühnten Massenverbrechen anderer Völker", der Forderung der Vergangenheitsbewältiger, "aus dem Schatten Hitlers zu treten" und einen "Schlußstrich" zu ziehen. Über all das darf in Blättern, die allgemein als "seriös" gelten, geschrieben, darf öffentlich debattiert werden. Richter und Staatsanwälte aber sollen nicht in fremden Gewässern fischen. Wenn sie sich offen als rechte Ideologen profilieren und Vorschläge zur Stärkung der "Widerstandskräfte im deutschen Volk" machen, nimmt das Bild des "unabhängigen Richters" Schaden und damit das "demokratische Gemeinwesen".

Neben dieser Kompetenzüberschreitung haben sich die Mannheimer Richter der Dummheit im Amt schuldig gemacht. Daß der Staatsanwalt ihre Urteilsbegründung "der Allgemeinheit zugänglich" gemacht hat, wie Richter Müller bedauernd feststellt, war vorauszusehen. Wer so fahrlässig wie Müller und Orlet einen juristischen "Betriebsunfall" (Landgerichtspräsident Weber) herbeiführt, ist für ein deutsches Gericht nicht mehr tragbar, zumindest vorläufig. Mit ihrer "dauerhaften Erkrankung" haben die beiden furchtbaren Juristen ihren Vorgesetzten die Möglichkeit gegeben, sie auf einigermaßen elegante Weise aus dem Verkehr zu ziehen. Darüberhinaus "prüft" die Staatsanwaltschaft, ob Müller und Orlet sich mit ihrer Urteilsbegründung selbst der Volksverhetzung schuldig gemacht haben. Auf die Begründung, warum es nicht zur Anklageerhebung kommen wird, sind wir gespannt.

2. Haider contra TATblatt

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:20

Die in Wien seit 1988 mehr oder minder 14tägig erscheinende selbstverwaltete Zeitschrift TATblatt ist in die Bredouille geraten, seit sie vor dem Wiener Handelsgericht einen Prozeß gegen den FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider verloren hat. TATblatt, das im Lauf seiner Geschichte schon diverse Unter- respektive Obertitel hatte ("Nachrichten aus dem Widerstand", "Zeitung für TäterInnen"; derzeit lautet die entsprechende Zeile "Alles über das Böse auf der Welt") und dessen MacherInnen meinen, daß es ihnen schwerfiele, "unsere Arbeit genau zu definieren", waren sich jedoch in einem ganz sicher, nämlich, daß die FPÖ rassistische Hetze betreibt. Um den Jahreswechsel 1992/93 hatte das Blatt sämtliche Aktivitäten gegen das von der FPÖ initiierte Volksbegehren "Österreich zuerst" dokumentiert. Unter anderem wurde auch eine Wandzeitung abgedruckt, in welcher aufgerufen wurde, der FPÖ und ihren FunktionärInnen "als Antwort auf ihre rassistische Hetze" kleine Aufmerksamkeiten zu schicken.

Auf eine Klage Jörg Haiders hin verbot das Handelsgericht Wien dem TATblatt nun, die Behauptung, Jörg Haider betreibe rassistische Hetze, oder sinngleiche Aussagen zu veröffentlichen. Bleibt dies so stehen, dürfte dies die Berichterstattung über die FPÖ erschweren, denn seriöse Berichte über diese Partei können wohl kaum die wesentlichen Punkte ihrer Agitation ausklammern.

Zugleich aber muß das TATblatt die Verfahrenskosten tragen, die sich für die erste Instanz auf 60.000 Schillinge (8.600 DM) belaufen. Zwar ist gegen das Urteil Berufung eingelegt worden, doch eine mögliche Niederlage in nächster Instanz könnte die Kosten weiter in existenzgefährdende Höhen treiben.

Darauf will die Zeitschrift lieber nicht warten. Sie hat Unterschriftenlisten in die Welt gesetzt, auf denen sich die UnterzeichnerInnen mit dem TATblatt solidarisch erklären und mit ihrer Unterschrift bekunden können: "Jörg Haider und die FPÖ betreiben rassistische Hetze!" Außerdem hat sich TATblatt daran gemacht, für den 1./2. Oktober einen antirassistischen Kongreß in Wien vorzubereiten, der zum einen die verschiedensten Fälle von Kriminalisierung, Verbot, finanzieller Ruinierung von politischen Gruppen und Kulturinitiativen in geballter Ladung präsentieren will. Zum zweiten soll auf einem "Tribunal" unter Aufbringung prominenter ZeugInnen versucht werden, den endgültigen Wahrheitsbeweis für die Behauptung zu erbringen, daß Jörg Haider rassistische Hetze betreibe.

J./Westberlin

Kontakt zum TATblatt über: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, Gumpendorferstr. 157/11, A-1060 Wien.

3. Nürnberger AntifaschistInnen erfolgreich gegen NPD-Treff

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/antifa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:antifa

Im Rahmen der bundesweiten "Aktion 94" demonstrierten in Nürnberg knapp 2000 Personen gegen das "Palm-Zentrum", das von den neonazistischen "Jungen Nationaldemokraten" (JN) betrieben wird. Der örtliche NPD-Chef Ollert mietete von dem Elektrogroßhändler Pfleiderer, der sich seinerseits in dubiosen rechtskonservativen Gruppen betätigt, ein Appartement, das der JN als Schulungs- und Organisationszentrum dient.

Die "Muflons gegen rechts", eine Gruppe sehr dynamischer junger Antifas, deckten nach gründlichen Recherchen Anfang August die Existenz dieses Nazi-Treffs auf. Sie starteten eine bemerkenswert breite Öffentlichkeitsarbeit und gaben in einer Pressekonferenz bekannt, daß dieses Zentrum im Rahmen der bundesweiten dezentralen Aktionen anläßlich des Heß-Todestages als Ziel einer Demonstration ausgewählt wurde. Zuvor hatten sie Kontakte mit linken Bündnispartnern (VVN/BdA, Autonome, KB Nürnberg etc.) aufgenommen und sich der Unterstützung einer ganzen Reihe von Gruppen versichert. Nach Bekanntwerden des Nazi-Treffs fuhren beim Herrn Hausbesitzer "mit Sand beladene Lastwagen vor. Gleich darauf rollten Baulaster mit Backsteinen an, und Männer fragten, wohin sie die Ladungen kippen sollten. Eine Installateurfirma brachte Kochherde und wollte ‚auftragsgemäß` WC-Spülungen reparieren. Sieben Party-Dienste tauchten auf" ("Nürnberger Nachrichten", 6.8.94). Der ins Gerede gekommene, völlig genervte Elektrogroßhändler, bestätigte der Presse gegenüber, daß er tatsächlich an den NPD-Vorsitzenden Ollert vermietet habe. Er habe aber von dessen Parteizugehörigkeit "nichts gewußt" und außerdem habe er ihm "fristlos gekündigt", da er "keine Parteikonkurrenz" in seinem Hause dulde. Keinen Anklang fand diese Kampfform in der Presse: "Terror mit Schampus und Feinkost", war der durchgehende Tenor.

Aus mehreren Gründen mußte die angemeldete und von der Stadtverwaltung genehmigte Demonstration gegen das Palm-Zentrum als äußerst kniffelige angesehen werden:

- Die "Muflons gegen rechts" fühlen sich einer antifaschistischen Politik verpflichtet, wie sie vor allem von der Göttinger Antifa (M) entwickelt und vom Staatsschutz massiv bekämpft wird.

- Aufgrund ihrer vor allem unter Jugendlichen bemerkenswerten Mobilisierungskapazität verleihen sie der örtlichen Linken im Politikfeld Antifa eine qualitativ höhere Durchschlagskraft. Dies fordert die CSU, die seit Wackersdorf im weißblauen Bundesland und insbesondere in München nicht gewohnt ist, daß sich relevanter linker Widerstand regt, zu Gegenreaktionen geradezu heraus. Im Verlauf der Kohl-Jubelaktion stieß CSU-Generalsekretär Huber diesbezüglich auch Warnungen aus, die sich explizit gegen die Autonome Szene, welcher der Staatsschutz die "Muflons gegen rechts" zurechnet, sowie gegen den KB Nürnberg richteten.

- Mit den "Backstein-Bestellaktionen" war eine imaginäre Linie gerade noch geduldeten antifaschistischen Engagements überschritten worden.

Während die "Muflons gegen rechts" wie die Teufel mobilisierten - mit beträchtlicher regionaler und zahlenmäßig geringerer überregionaler Resonanz -, kümmerten sich andere Teile der Linken um bürgerliche Bündnispartner, um gemeinsam mit ihnen die Demo ohne Blessuren über die Bühne zu bringen. Das Konzept ging auf. Trotz mehrerer Hundertschaften aggressiver und ständig provozierender Polizeikräfte, konnte der Demozug, der zeitweise einem wandernden Kessel glich, bis kurz vor das Palm-Zentrum gelangen. Dort sperrten mehrere Wannen den Weg ab und verhinderten so, daß direkt vor dem Haus eine Zwischenkundgebung abgehalten werden konnte. Dabei waren sowohl die Route bis vor das Palm-Zentrum als auch die Zwischenkundgebung genehmigt worden! Mehrfach tauchten am Rande des kompakten und vor allem in der ersten Hälfte fest geschlossenen Demozuges vereinzelte lokale Neonazis auf, ohne daß sie von der Polizei auch nur zur Kenntnis genommen worden wären. Als einer von ihnen die DemonstrantInnen massiv provozierte, eilten sofort polizeiliche Doku-Trupps zur Stelle - um die Reaktionen der Antifas abzufilmen! Massive Medienpräsenz und das Beisein von grünen Abgeordneten sowie einem grünen Bürgermeister der Stadt dürften neben der bemerkenswerten Disziplin im Demozug bewirkt haben, daß letztlich alles gut ging. Die Polizei konnte es erneut nicht lassen, zehn Personen wegen völliger Nichtigkeiten (Tragen eines

Nietenhalsbands, Besitz einer Trillerpfeife etc.) vorläufig festzunehmen. Die tags zuvor vom "Nationalen Infotelefon" angekündigten Nazi-Aufmarsch hatte zwar eine, später von der Stadt untersagte, Anmeldung einer Nazi-Gegendemo zur Folge, überregional waren aber wohl höchstens vereinzelte Neonazis in die Stadt gekommen, um von der trotz Ferien und Sommerloch erfolgreichen linken Mobilisierung Kenntnis zu nehmen.

Al., Nürnberg

4. Heß-Gedenktag deutscher Neonazis in Luxemburg

Autor: ga. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/hess.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:hess

Solche Fotos kennen wir aus der BRD nur, wenn die Vertreter der Staatsgewalt über autobahnblockierende KurdInnen oder die GSG-9 über mutmaßliche "Terroristen" hergefallen sind. Wenn es darum geht, randalierende Rechtsextremisten festzusetzen, sind entweder nicht genug oder gar keine Polizeikräfte vor Ort; besteht keine Kenntnis darüber, ob man denn nun eigentlich zuständig sei; liegen keine Erkenntnisse über bevorstehende Gewalttaten vor etc. Die Ergebnisse kennen wir aus Hoyerswerda, Rostock, Magdeburg und jetzt gerade wieder aus der Gedenkstätte Buchenwald.

In Luxemburg scheint es dagegen, wenn es darum geht, Neonazis zur Räson zu bringen, nicht an der nötigen Motivation zu fehlen. Schnell und konsequent beendete die luxemburgische Polizei den Versuch von etwa 100 deutschen Neonazis und Skinheads, vor der Deutschen Botschaft zu randalieren. 1993, zum sechsten Todestag von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess, waren die Nazis in Fulda aufmarschiert. Die Polizei ließ die Nazis, die "Sieg Heil" und andere Nazi-Parolen gröhlten, dabei den Hitler- und den Kühnen-Gruß zeigten, durch die Stadt demonstrierend, ohne einzugreifen. "Ein Eingreifen hätte zu Ausschreitungen geführt", war einer der dreistesten Erklärungsversuche der zuständigen Verantwortlichen. Daß es auch anders geht, wenn es nur gewollt wird, zeigt das Eingreifen der luxemburgischen Polizei. Es ist eben doch kein Problem, mit den randalierenden Herrenmenschen fertig zu werden und sie in ihre Schranken zu verweisen. Das Problem ist eben nur, daß es auch gewollt werden muß./ga.

5. Tätersuche oder Desinformation? Der Anschlag auf das jüdische Zentrum AMIA in Buenos Aires

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Israel / Palästina; Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:37

Bei einem Bombenanschlag auf das jüdische Kultur- und Sozialzentrum AMIA in Buenos Aires am 19.7.94 stürzte das siebenstöckige Gebäude in sich zusammen. 88 Menschen starben, 153 wurden verletzt. Weitere 13 Menschen wurden Mitte August noch vermißt.

War anfangs in Argentinien von einem Anschlag die Rede, den - die als Haupttäter vermuteten - "islamischen Fundamentalisten" nicht ohne Unterstützung argentinischer Rechtsextremisten hätten durchführen können, ist seit Anfang August allenthalben fast nur noch von Iranern als Tätern und Iran als Drahtzieher die Rede. Dies erinnert an die Entwicklung nach den Bombenanschlag auf die Botschaft Israels in Buenos Aires im März 1992, bei dem 28 Menschen getötet wurden und 250 verletzt. Als kurz nach diesem Attentat die etwaige Beteiligung aus Kreisen der ehemaligen Militärdiktatur erwähnt wurde, war von den Ermittlungen bald nichts mehr zu hören - der Anschlag auf die Botschaft gilt bis heute als unaufgeklärt.

Unmittelbar nach dem Anschlag auf das AMIA-Gebäude machte Israels Premier Rabin "Muslim-Extremisten mit Verbindung zum Iran" verantwortlich. In Argentinien selbst war hingegen vielfach von einer Aktion die Rede, bei der "islamische Fundamentalisten" von argentinischen Antisemiten unterstützt worden seien.

Argentiniens Außenminister Guido di Tella sagte, ausländische Terroristen hätten ohne die Hilfe extremistischer Gruppen in seinem Land den Anschlag nicht mit dieser tödlichen Präzision verüben können. Innenminister Carlos Ruckauf vermutete ebenfalls, daß argentinische Rechtsextremisten und Altnazis hinter dem Anschlag stecken. Ähnlich äußerten sich auch Vertreter verschiedener jüdischer Organisationen des Landes. Unter Berufung auf den Mossad, der in Argentinien in die Ermittlungen eingeschaltet war, berichtete die Zeitung Clarin, offenbar hätten radikale islamische Fundamentalisten mit örtlichen Nazis ein taktisches Bündnis geschlossen.

Bei dem Sprengstoff handele es sich, wie die Ermittlungsbehörden mitteilten, um eine Mischung, wie sie nur in Argentinien hergestellt werde. Diese Sprengstoffpaste, sagte Oberstleutnant Carlos Doglioli, werde nur in zwei Fabriken und zwei Militäreinrichtungen in Argentinien produziert. Damit sei "zweifelsfrei" erwiesen, daß die Urheber des Anschlags von einer "örtlichen Unterstützergruppe" Hilfe erhalten haben.

Diese Spur scheint etwa zwei Wochen nach dem Anschlag, ähnlich wie 1992, untergegangen zu sein. Eine Gruppe "Ansar Allah" soll im libanesischen Sidon am 23.7. eine schriftliche Erklärung abgegeben habe, in der sie den Anschlag erwähnt hatte. Damit war eine erste Spur - Libanon = Hisbollah = Iran - gelegt. Anfang August verlautbarte Barbara Bodine, die Koordinatorin der Terrorismusbekämpfung in den USA, aufgrund eben derselben Erklärung vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses, diese Gruppe habe sich zu dem Anschlag bekannt.

Sechs Tage nach dem Anschlag sagte ein Moatamer, der sich als iranischer Diplomat ausgab, der in den USA politisches Exil suche, in Venezuela vor einem argentinischen Ermittlungsrichter aus, er habe auf Fotos vier der Männer wiedererkannt, die im März in Buenos Aires den Anschlag verabredet hatten. (Bei diesen Männern handelt es sich sämtlich um Mitarbeiter der iranischen Botschaft, die sich seit Monaten nicht mehr in Argentinien aufhielten.) Moatamer behauptete weiter, der im Bekaa-Tal (Libanon) operierende Sheikh Soubhi Toufeili, ein ehemaliger Hisbollah-Führer, sei die Schlüsselfigur des Anschlags auf das AMIA-Gebäude. In der Jerusalem Post wurde der Iraner von den Autoren eines Buches über den Mossad zu einer Person hochstilisiert, die - plötzlich verschwunden - nun von allen westlichen Geheimdiensten gesucht und einem iranischen Todeskommando gejagt werde. Mittlerweile ist der Iraner, wenn er denn je verschwunden war, am 12.8. in der argentinischen Botschaft in Ecuador aufgetaucht. Dem iranischen Botschafter in Argentinien zufolge soll Moatamer nie der derzeitigen iranischen Regierung, sondern nur vor langer Zeit dem Schah gedient haben. In der argentinische Presse wurde Mitte August mehrfach die Vermutung geäußert, Moatamer sei Geheimdienstagent, und zwar womöglich der CIA. Das venezolanische Regionalbüro des UNO-Flüchtlingskommissariats, unter dessen Schutz sich Moatamer ursprünglich gestellt hatte, will dessen Identität nochmals prüfen. In der Presse Argentiniens wie von mehreren Mitgliedern des Obersten

Gerichtshofs wird bezweifelt, ob Moatamers Aussagen wirklich für die Beschuldigung der vier ehemaligen Botschaftsangehörigen und weiterer iranischer Diplomaten ausreichen.

Zu diesem Zeitpunkt war aber bereits - auch in der argentinischen Regierung - durchgesetzt, daß "Teheran" an dem Anschlag zumindest schwerwiegend beteiligt war. Dies sei, äußerte Menem, "annähernd" erwiesen. Für die israelische wie die US-Regierung hatte ohnehin kein Zweifel an der Verantwortlichkeit Irans bestanden. Unter Bezugnahme auf die Anschläge in Buenos Aires und London kritisierte der israelische Außenminister Peres namentlich die BRD wegen ihrer Handelsbeziehungen mit Iran - womit er im Prinzip sehr recht hat, aber sich gelegentlich erinnern sollte, daß Israel über den Mossad Anfang der 80er Jahre zur Bewaffnung Irans beigetragen hatte. US-Außenminister Christopher schalt, ohne Namen zu nennen, die Länder, die den "international geächteten" Iran, und damit indirekt auch die Hisbollah, mit Handelsbeziehungen intensiv unterstützten.

Die Suche nach den wirklichen Tätern hin oder her - das innenpolitische Interesse der argentinischen Regierung, die Rechten und Nazis des Landes durch Hinweise auf deren etwaige Mittäterschaft nicht zu sehr zu provozieren, und das außenpolitische Interesse der USA, ihre Bestimmungsgewalt im gesamten Nahen und Mittleren Osten auch gegenüber den europäischen "Partnern" durchzusetzen, scheinen in dieser Aktion verschmolzen zu sein.

Als zehn Tage nach dem Anschlag in Buenos Aires in London Bombenattentate auf die Botschaft Israels und eine jüdische Einrichtung verübt worden waren, blies die israelische Tageszeitung Maariw am 27.7. zum sofortigen Angriff: "Die israelische Regierung muß dem Mossad grünes Licht geben, Attentäter in aller Welt auf beliebige Weise anzugreifen, ohne Rücksicht auf internationale Gesetze und diplomatische Verwicklungen (...) Der Mossad glaubt zu wissen, wer hinter den Anschlägen auf israelische und jüdische Vertretungen in aller Welt steht. Der israelische Ministerpräsident Jizchak Rabin deutet offen auf die Iraner. Es gibt eine Adresse. Wir haben die Mittel. Die Zeit ist gekommen."

Offenbar war dem Verfasser dieser Zeilen, besinnungslos vom eignen Racheschrei, vollends entgangen, daß auch ein Zusammenhang zwischen Operationen Israels und Terroraktionen gegen Juden außerhalb Israels bestehen könne. Der Anschlag auf die argentinische Botschaft Israels im März 1992 folgte auf die Ermordung des Hisbollah-Führers Mussawi (nebst Frau, Sohn und sieben Leibwächtern) im Libanon durch ein israelisches Hubschrauberkommando im vorhergehenden Monat. (Siehe ak 340) Und Rabin selbst war es, der die Entführung von Mustafa Dirani, dem Führer einer Hisbollah-nahen Gruppierung im Libanon, durch ein israelisches Kommando und die nachfolgenden schweren Angriffe auf Hisbollah-Lager im Mai dieses Jahres mit dem Anschlag in Buenos Aires in Verbindung brachte: Es sei zu erwarten gewesen, sagte er im Armeerundfunk, daß die Hisbollah und ihre Hintermänner irgendwo auf der Welt reagieren würden.

Der israelische Journalist Jizchak Laor kritisierte diesen Zynismus in der Tageszeitung Haaretz mit aller Schärfe. Es seien nun die Juden in der Diaspora, die den Preis für das Handeln Israels in der Region bezahlten. Zudem nehme der israelische Staat die Verantwortlichkeit für das Leben und die Sicherheit der Juden außerhalb Israels nur sehr selektiv wahr: Als während der argentinischen Militärdiktatur Juden entführt, gefoltert und ermordet wurden, habe Israel nicht einmal formalen Protest eingelegt. Da es geschwiegen habe, als der rechte Diktator, mit dem es Geschäfte machte, linke Juden verfolgte, habe es nun weder ein moralisches noch ein politisches Recht, sich als verantwortlich für die Bestrafung der Attentäter von Buenos Aires darzustellen - sei dies doch "eher eine zynische Ausbeutung der Leiden von Juden, um (Israels) Rambo-artige Politik im Mittleren Osten fortzusetzen."

Klaus Mellenthin

Tätersuche oder Desinformation?

Der Anschlag auf das jüdische Zentrum in Buenos Aires

Bei einem Bombenanschlag auf das jüdische Kultur- und Sozialzentrum AMIA in Buenos Aires am 19.7.94 stürzte das siebenstöckige Gebäude in sich zusammen. 88 Menschen starben, 153 wurden verletzt. Weitere 13 Menschen wurden Mitte August noch vermißt.

War anfangs in Argentinien von einem Anschlag die Rede, den - die als Haupttäter vermuteten - "islamischen Fundamentalisten" nicht ohne Unterstützung argentinischer Rechtsextremisten hätten durchführen können, ist

seit Anfang August allenthalben fast nur noch von Iranern als Tätern und Iran als Drahtzieher die Rede. Dies erinnert an die Entwicklung nach den Bombenanschlag auf die Botschaft Israels in Buenos Aires im März 1992, bei dem 28 Menschen getötet wurden und 250 verletzt. Als kurz nach diesem Attentat die etwaige Beteiligung aus Kreisen der ehemaligen Militärdiktatur erwähnt wurde, war von den Ermittlungen bald nichts mehr zu hören - der Anschlag auf die Botschaft gilt bis heute als unaufgeklärt.

Jüdisches Leben in Argentinien

Im Argentinien des letzten Jahrhunderts wurde eine unbeschränkte Massenimmigration für die Weiterentwicklung des Landes für nötig gehalten. Die gesellschaftlichen Eliten sahen zwar die Einwanderung bestimmter Volksgruppen - wie der (nicht-christlichen) Syrer und der Juden - als unerwünscht an. Dennoch sandte die Roca-Regierung eine Delegation nach Osteuropa, um die Einwanderung von Juden nach Argentinien zu fördern. Zudem hatte Baron Moritz Hirsch 1982 die "Jewish Colonization Association" gegründet, deren es Ziel es u.a. war, drei Millionen osteuropäischer Juden zur landwirtschaftlichen Kolonisation in Argentinien anzusiedeln. (Bis 1914 waren es 45.000 jüdische Siedler, danach fiel die Zahl.)

Eine antisemitische Grundstimmung war und ist in Argentinien gegeben (Inquisition, entsprechende spanische Kolonial-Gesetzgebung und katholischer Glaube spielen hier eine Rolle). Aber ungeachtet größerer Erschütterungen - 1919 kam es sogar zu einem Pogrom - entwickelte sich die argentinische jüdische Gemeinschaft zur nach den USA zweitgrößten jüdischen Bevölkerungsgruppe der beiden Amerika.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die argentinischen Juden einer paradoxen Situation ausgesetzt. Anfangs hatten wirtschaftliche Interessen des Landes und später, während der deutschen Nazi-Herrschaft, eine liberale Einwanderungspolitik das Wachstum ihrer Bevölkerungsgruppe und die Entstehung eines blühenden Gemeindelebens in Buenos Aires, wo der größte Teil aller argentinischen Juden lebt, sehr gefördert. Mit der Präsidentschaft des Rechtspopulisten und Diktators Juan Domingo Péron vom Februar 1946 an wurde Argentinien zum berüchtigsten Fluchtort deutscher Kriegsverbrecher (wobei allerdings gerne übersehen wird, daß die weitaus meisten von ihnen im Westen Deutschlands und in Österreich geblieben waren). Gleichzeitig wurde Argentinien zu einem Zentrum für antisemitische Publikationen und Neonazi- Aktivitäten im internationalen Maßstab.

Im Lande selbst waren Neonazi-Gruppen dennoch ziemlich unbedeutend bis zum Aufkommen der antisemitischen, nationalistischen, katholischen Bewegung "Tacuara" in den 60er Jahren. Die Anzahl antisemitischer Übergriffe nahm sprunghaft zu.

Während der jüngsten Militärdiktatur Argentiniens (1976-83) war der Antisemitismus Herzensangelegenheit der Regierung. Von insgesamt fast 9000 Opfern der Diktatur waren mehrere hundert Juden, oft Mitglieder linker und Demokratiebewegungen.

Seit dem Ende dieser Diktatur sei der Antisemitismus zwar nicht mehr Mittel der Regierungspolitik, sagte der jüdische Soziologe Rozitchner, auch könne nicht behauptet werden, daß die argentinische Bevölkerung antisemitisch sei. "Aber Antisemitismus wird immer von verschiedenen Bereichen der Macht verbreitet - der Armee, Politikern und der katholischen Kirche."

Der schwerwiegendste antisemitische Vorfall 1991 war die Schändung von 111 Gräbern eines jüdischen Friedhofs. 1992 wurde mehrere jüdische Friedhöfe geschändet, Juden angegriffen und über zwanzig jüdische Einrichtungen mit Hakenkreuzen und Parolen beschmiert. 1993 waren die antisemitischen Aktivitäten wieder stark zurückgegangen.

Der 1989 gewählte Präsident Carlos Menem war zusammen mit mehreren Ministern unter den Teilnehmern einer Massendemonstration gegen das Attentat auf die Botschaft Israels im März 1992. Menem als immerhin "erster Mann im Staate" war es auch, der kurz nach dem Anschlag auf die Möglichkeit hingewiesen hatte, Terroristen aus dem Nahen/Mittleren Osten könnten gemeinsam mit argentinischen Antisemiten die Tat begangen haben. Es könne eine Verbindung zu Anhängern der ehemaligen Diktatur in der Armee bestehen. Nachdem ihm von Mitgliedern seiner Partei wie der Opposition empfohlen worden war, mit solchen Äußerungen vorsichtiger zu sein, vertrat er seine Auffassung nicht mehr. Und die Ermittlungen sind, wie es der SZ-Korrespondent Kassebeer formulierte, "irgendwo versandet".

Iran, Iran, Iran ...

Unmittelbar nach dem Anschlag auf das AMIA-Gebäude machte Israels Premier "Muslim-Extremisten mit Verbindung zum Iran" verantwortlich. In Argentinien selbst war hingegen vielfach von einer Aktion die Rede, bei der "islamische Fundamentalisten" von argentinischen Antisemiten unterstützt worden seien.

Argentiniens Außenminister Guido di Tella sagte, ausländische Terroristen hätten ohne die Hilfe extremistischer Gruppen in seinem Land den Anschlag nicht mit dieser tödlichen Präzision verüben können. Innenminister Carlos Ruckauf vermutete ebenfalls, daß argentinische Rechtsextremisten und Altnazis hinter dem Anschlag stecken. Ähnlich äußerten sich auch Vertreter verschiedener jüdischer Organisationen des Landes. Unter Berufung auf den Mossad, der in Argentinien in die Ermittlungen eingeschaltet war, berichtete die Zeitung Clarin, offenbar hätten radikale islamische Fundamentalisten mit örtlichen Nazis ein taktisches Bündnis geschlossen.

Bei dem Sprengstoff handele es sich, wie die Ermittlungsbehörden mitteilten, um eine Mischung wie sie nur in Argentinien hergestellt werde. Diese Sprengstoffpaste, sagte Oberstleutnant Carlos Doglioli, werde nur in zwei Fabriken und zwei Militäreinrichtungen in Argentinien produziert. Damit sei "zweifelsfrei" erwiesen, daß die Urheber des Anschlags von einer "örtlichen Unterstützergruppe" Hilfe erhalten haben.

Diese Spur scheint etwa zwei Wochen nach dem Anschlag wiederum "irgendwo versandet" zu sein. Eine Gruppe "Ansar Allah" soll im libanesischen Sidon am 23.7. eine schriftliche Erklärung abgegeben habe, in der sie den Anschlag erwähnt hatte. Damit war eine erste Spur - Libanon = Hisbollah = Iran - gelegt. Anfang August verlautbarte Barbara Bodine, die Koordinatorin der Terrorismusbekämpfung in den USA, aufgrund eben derselben Erklärung vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses, diese Gruppe habe sich zu dem Anschlag bekannt.

Sechs Tage nach dem Anschlag sagte ein Moatamer, der sich als iranischer Diplomat ausgab, der in den USA politisches Exil suche, in Venezuela vor einem argentinischen Ermittlungsrichter aus, er habe auf Fotos vier der Männer wiedererkannt, die im März in Buenos Aires den Anschlag verabredet hatten. (Bei diesen Männern handelt es sich sämtlich um Mitarbeiter der iranischen Botschaft, die sich seit Monaten nicht mehr in Argentinien aufhielten.) Moatamer behauptete weiter, der im Bekaa-Tal (Libanon) operierende Sheikh Soubhi Toufeili, ein ehemaliger Hisbollah-Führer, sei die Schlüsselfigur des Anschlags auf das AMIA-Gebäude. In der Jerusalem Post wurde der Iraner von den Autoren eines Buches über den Mossad zu einer Person hochstilisiert, die - plötzlich verschwunden - nun von allen westlichen Geheimdiensten gesucht und einem iranischen Todeskommando gejagt werde. Mittlerweile ist der Iraner, wenn er denn je verschwunden war, am 12.8. in der argentinischen Botschaft in Ecuador aufgetaucht. Dem iranischen Botschafter in Argentinien zufolge soll Moatamer nie der derzeitigen iranischen Regierung, sondern nur vor langer Zeit dem Schah gedient haben. In der argentinische Presse wurde Mitte August mehrfach die Vermutung geäußert, Moatamer sei Geheimdienstagent, und zwar womöglich der CIA. Das venezolanische Regionalbüro des UNO-Flüchtlingskommissariats, unter dessen Schutz sich Moatamer ursprünglich gestellt hatte, will dessen Identität nochmals prüfen. In der Presse Argentiniens wie von mehreren Mitgliedern des Obersten Gerichtshofs wird bezweifelt, ob Moatamers Aussagen wirklich für die Beschuldigung der vier ehemaligen Botschaftsangehörigen und weiterer iranischer Diplomaten ausreichen.

Zu diesem Zeitpunkt war aber bereits - auch in der argentinischen Regierung - durchgesetzt, daß "Teheran" an dem Anschlag zumindest schwerwiegend beteiligt war. Dies sei, äußerte Menem, "annähernd" erwiesen. Für die israelische wie für die US-Regierung hatte ohnehin kein Zweifel an der Verantwortlichkeit Irans bestanden. Unter Bezugnahme auf die Anschläge in Buenos Aires und London kritisierte der israelische Außenminister Peres namentlich die BRD wegen ihrer Handelsbeziehungen mit Iran - womit er im Prinzip sehr recht hat, aber sich gelegentlich daran erinnern sollte, daß der Mossad Anfang der 80er Jahre einen Waffenhandel zwischen Israel und Iran vermittelt hatte. US-Außenminister Christopher schalt, ohne Namen zu nennen, die Länder, die den "international geächteten" Iran, und damit indirekt auch die Hisbollah, mit Handelsbeziehungen intensiv unterstützten.

Die Suche nach den wirklichen Tätern hin oder her - das innenpolitische Interesse der argentinischen Regierung, die Rechten und Nazis des Landes durch Hinweise auf deren etwaige Mittäterschaft nicht zu sehr zu provozieren, und das außenpolitische Interesse der USA, ihre Bestimmungsgewalt sowie ihre wirtschaftlichen Interessen im gesamten Nahen und Mittleren Osten auch gegenüber den europäischen

"Partnern" durchzusetzen, scheinen in dieser nicht einmal besonders komplizierten Aktion verschmolzen zu sein.

Blut!

Als zehn Tage nach dem Anschlag in Buenos Aires in London Bombenattentate auf die Botschaft Israels und eine jüdische Einrichtung verübt worden waren, blies die israelische Tageszeitung Maariw am 27.7. zum sofortigen Angriff: "Die israelische Regierung muß dem Mossad grünes Licht geben, Attentäter in aller Welt auf beliebige Weise anzugreifen, ohne Rücksicht auf internationale Gesetze und diplomatische Verwicklungen (...) Der Mossad glaubt zu wissen, wer hinter den Anschlägen auf israelische und jüdische Vertretungen in aller Welt steht. Der israelische Ministerpräsident Jizchak Rabin deutet offen auf die Iraner. Es gibt eine Adresse. Wir haben die Mittel. Die Zeit ist gekommen."

Offenbar war dem Verfasser dieser Zeilen, besinnungslos vom eignen Racheschrei, vollends entgangen, daß auch ein Zusammenhang zwischen Operationen Israels und Terroraktionen gegen Juden außerhalb Israels bestehen könne. Der Anschlag auf die argentinische Botschaft Israels im März 1992 folgte auf die Ermordung des Hizbollah-Führers Mussawi (nebst Frau, Sohn und sieben Leibwächtern) im Libanon durch ein israelisches Hubschrauberkommando im vorhergehenden Monat. (Siehe ak 340) Und Rabin selbst war es, der die Entführung von Mustafa Dirani, den Führer einer Hisbollah-nahen Gruppierung im Libanon, durch ein israelisches Kommando und die nachfolgenden schweren Angriffe auf Hisbollah-Lager im Mai dieses Jahres mit dem Anschlag in Buenos Aires in Verbindung brachte: Es sei zu erwarten gewesen, sagte er im Armeerundfunk, daß die Hisbollah und ihre Hintermänner irgendwo auf der Welt reagieren würden.

Der israelische Journalist Jizchak Laor kritisierte diesen Zynismus in der Tageszeitung Haaretz mit aller Schärfe. Es seien nun die Juden in der Diaspora, die den Preis für das Handeln Israels in der Region bezahlten. Zudem nehme der israelische Staat die Verantwortlichkeit für das Leben und die Sicherheit der Juden außerhalb Israels nur sehr selektiv wahr: "Während der siebziger Jahre verschwanden Dutzende von Juden in Argentinien, wurden entführt, gefoltert und ermordet - mehr Juden und Nichtjuden, als bei dem gegenwärtigen Terroranschlag in Buenos Aires getötet wurden. Die Regierung von Israel, die mehr als gute Beziehungen mit dem Regime hatte, das Juden entführte und ermordete, weil sie menschliche Wesen waren, weil sie Juden waren, und weil sie linke und Menschenrechtsaktivisten waren, tat nichts für die Entführten (...). (Israel) sandte nicht den Mossad zur Untersuchung, es sandte kein Rettungsteam, es legte noch nicht einmal formalen Protest ein. Die Frauen vom Mai-Platz - nicht zuletzt die jüdischen Mütter - haben nie eine reale Unterstützung erhalten." Da Israel geschwiegen habe, als der rechte Diktator, mit dem es Geschäfte machte, linke Juden verfolgte, habe es nun weder ein moralisches noch ein politisches Recht, sich als verantwortlich für die Bestrafung der Attentäter von Buenos Aires darzustellen. "Dies ist eher eine zynische Ausbeutung der Leiden von Juden, um (Israels) Rambo-artige Politik im Mittleren Osten fortzusetzen."

Klaus Mellenthin

Quellen:

- Div. Ausg. vom 19.7.-19.8.94 von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jerusalem Post - international edition, Jerusalem Report, Neue Zürcher Zeitung, Newsweek, The Other Front, Spiegel, Süddeutsche Zeitung.

- Encyclopaedia Judaica (Jerusalem 1972 ff.).

- Institute of Jewish Affairs: Antisemitism World Report (London 1992 ff.).

6. Worst Case aus Karlsruhe. Das Urteil des BVG erlaubt "Out-of-area"-Einsätze

Das Urteil des Bundesverfassungsgericht erlaubt "Out-of-area"-Einsätze

Autor: Andrea Lederer · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/krieg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:krieg

Am 12. Juli 1994 hat das Bundesverfassungsgericht(BVerfG) seine Entscheidung über den künftigen militärischen Handlungsspielraum der BRD getroffen.

Tatsächlich bedeutet das Urteil eine komplette friedenspolitische Niederlage. Und im Rahmen der Varianten, über die das BVerfG selbst bei Befürwortung irgendeiner Form deutscher Einsatzbeteiligung entscheiden konnte, hat es noch die denkbar schlimmste ausgewählt.

Ausgeschlossen bleibt lediglich ein deutscher Alleingang. Eine strenge Anbindung an die UNO ist mit diesem Urteil für den Marschbefehl deutscher Soldaten nicht mehr erforderlich. Es genügt auch ein Einsatz, der von NATO und WEU beschlossen wird. Wer anderes behauptet, verschließt die Augen - oder will bewußt etwas verschleiern.

Das Urteil geht von der Mitgliedschaft in sogenannten Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit (SgkS) aus, denen die BRD beigetreten ist. Die Kriterien sind, damit eine Organisation als ein solches System gegenseitiger kollektiver Sicherheit gilt, denkbar tief angesetzt: Voraussetzung ist ein "friedenssicherndes Regelwerk", der "Aufbau einer eigenen Organisation" sowie die völkerrechtliche Bindung der Mitgliedsstaaten an beides mit dem Ziel, sich "wechselseitig zur Wahrung des Friedens" zu verpflichten und Sicherheit zu gewähren. Es sei unerheblich, ob sich die Mitgliedsstaaten gegenseitig zur Friedenswahrung oder nur zur Sicherheitsgewähr gegen Angriffe von außen verpflichteten. Daß es sich bei den derzeit zur Rede stehenden Aktivitäten von NATO und WEU um Interventionen in Drittländern handelt, scheint das Bundesverfassungsgericht nicht weiter beunruhigt zu haben.

Ein qualitativer Sprung erfolgt dadurch, daß NATO und WEU ausdrücklich zu solchen Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit geadelt wurden. Daß die herrschende Meinung im Völkerrecht UNO und KSZE zu solchen Systemen zählten, hatte durchaus seinen Grund. Schließlich nehmen UNO und KSZE überwiegend andere als militärische Aufgaben zur Friedenssicherung wahr. (Auch die UNO engagiert sich zu 70% in nichtmilitärischer Weise in den verschiedenen Erdteilen und Problembereichen, die KSZE hat sich bis zum 2+4-Vertrag und dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten sogar ausschließlich nichtmilitärisch engagiert). Noch in der Entscheidung zur Stationierung der "Pershing 2" Anfang der 80er Jahre hatte das BVerfG ausdrücklich offen gelassen, ob - im Gegensatz zur UNO - es sich bei der NATO um ein SgkS handele. Nun wird das friedenssichernde Regelwerk, die Organisation und die Bindung der Mitgliedsstaaten an Friedenswahrung und Sicherheitsgewähr bestätigt. Das gleiche gilt nach diesem Urteil im Prinzip auch für die WEU, auch wenn zu Recht auf die noch offene Entwicklungsperspektive der WEU in Anbetracht des Werdegangs der EU und der Lage in Gesamteuropa verwiesen wird.

Die Schlußfolgerung liegt mit diesem Definitionsakt auf der Hand: Da die BRD nun mal Mitglied dieser Organisationen ist, müsse sie selbstverständlich auch die damit verbundenen Aufgaben und Pflichten übernehmen. Dabei suggeriert das BVerfG in Anlehnung an die Lügen, die auch schon von der Bundesregierung verbreitet werden, die Beteiligung an militärischen Aktivitäten im Auftrag der UNO sei durch die Mitgliedschaft und die Bindung an die UN-Charta zwingend. Tatsächlich ist zur Beteiligung an militärischen Aktivitäten der UNO nach Kapitel 7 der UN-Charta ein Sonderabkommen zwischen dem jeweiligen Staat und der UNO erforderlich, mit dem Soldaten und Logistik der UNO zur Verfügung gestellt werden. Insoweit hat sich auch das BVerfG der nun seit gut drei Jahren laufenden demagogischen Agitation angeschlossen, mit der der Bevölkerung die Zwangsläufigkeit deutscher Militäreinsätze aus der Mitgliedschaft in der UNO begründet werden soll.

Zweifellos ist bislang die politische Realität davon geprägt, daß sich NATO und WEU zumindest eine beschlußmäßige Rückendeckung bei der UNO für militärische Aktivitäten einholen. Das mag auch noch lange Zeit im Interesse der NATO- und WEU-Staaten liegen. Das Urteil bindet jedoch objektiv in keiner Weise an

einen UNO-Beschluß in der Frage des Ob einer Bundeswehrbeteiligung. Wenn eben NATO und WEU nunmehr gleichgestellt mit UNO und KSZE als SgkS Einsätze beschließen, verhindert das Urteil jedenfalls verfassungsrechtlich keine Beteiligung der Bundeswehr.

Damit ist eigentlich der Vorschlag der Regierungskoalition, der noch eine nunmehr obsolet gewordene Verfassungsänderung zum Gegenstand hatte, bereits umgesetzt: Nach der Ziffer 3 des Koalitionsvorschlags sollte die Bundeswehr schon dann eingesetzt werden können, wenn im Rahmen der sog. kollektiven Notwehr nach Art. 51 der UN-Charta ein UNO-Mitgliedsstaat einen Hilferuf aussenden würde und sich ein weiterer WEU- oder NATO-Partner mit der BRD bereitfinden würde, dem Hilferuf nach einer Intervention nachzukommen. (Nach diesem Vorschlag muß der UN-Sicherheitsrat im nachhinein, wenn auch unverzüglich, informiert werden und sich mit der Aktion befassen. Er kann dann die Übernahme der Intervention, die Fortsetzung durch die bereits aktiven Interventionisten beschließen oder sie ablehnen - es sei denn, ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates legt ein Veto ein. Diesen Status zu erreichen, ist der nächste wichtige "Normalisierungs"-Schritt in der Regierungskoalition, aber auch der SPD).

Die einzige, gleichwohl kaum schmerzhafte Beule hat sich die Bundesregierung mit diesem Urteil in der Frage der Parlamentsbeteiligung eingeholt, was die SPD zur Niederlage der Kohlregierung hochspielte. Das BVerfG hat entschieden, daß der Bundestag zumindest mit einfacher Mehrheit die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen beschließen müsse. Mit den Stimmen der Regierungskoalition können demnach Kampfeinsätze beschlossen werden, theoretisch nachts gegen 24 Uhr bei Anwesenheit von ca. 15 Abgeordneten. Nicht einmal die Mehrheit der gewählten Abgeordneten ist erforderlich. Kritik seitens der Sozialdemokratie an dieser niedrigen Schwelle gab es nicht. Immerhin bedeutet dies nun, daß die Beteiligung der Bundeswehr an einem internationalen Kampfeinsatz nach einem mit einfacher Mehrheit gefaßten Parlamentsbeschluß in die Tat umgesetzt werden kann, während beispielsweise die Feststellung des Verteidigungsfalles nach den 1968 beschlossenen Notstandsgesetzen mit 2/3-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat beschlossen werden muß.

Für die SPD ist damit eine Programmänderung absehbar. Durchgesetzt haben sich vor allem diejenigen aus der Führungsspitze und dem außen- und verteidigungspolitischen Beraterkreises Scharpings, die ohnehin mehr als deutsche Blauhelmeinsätze wollten. Die SPD-Linken haben mehr oder weniger sprachlos diese Schlacht verloren. Wieczorek-Zeul durfte nicht einmal im Rahmen der Debatte in der Sondersitzung des Bundestages (22.7.1994) zu diesem Urteil sprechen, sondern konnte lediglich eine persönliche Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten (eine der wenigen Nein-Stimmen aus den Reihen der SPD) abgeben. Sie wagte tollkühn die Prognose, mit der SPD seien Kampfeinsätze nicht zu machen. Ein Satz, den Scharping vor kurzer Zeit einmal ausposaunt hatte, der von ihm freilich schon nicht mehr während der letzten Wehrkundetagung in München und nun erst recht nicht mehr zu hören war. Was auch logisch ist: Die SPD hatte in der Sondersitzung einen mit der Regierungskoalition wortgleichen Antrag eingereicht, der eben auch einen Kampfeinsatz bundesdeutscher Soldaten in bzw. über Jugoslawien deckt, die Aufgaben und Befugnisse der AWACS-Besatzungen sogar noch ausdehnt. Über historisch angebrachte Hemmnisse redet in Bonn sowieso niemand außer der PDS/Linken Liste.

Die Zäsur in Sachen deutscher Militarismus ist damit ein großes Stück vorangekommen. Die praktischen Vorbereitungen sind bereits weit gediehen. Die erste Übung für die aufgestellten Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr findet bei Oldenburg statt: Freikämpfen eines von "Banditen" besetzten Flughafens und Sicherung desselben für Nachschub durch die Bundeswehr. Die Erfahrungen in Somalia, ein strategisches, logistisches und politisches Fiasko, werden intensiv ausgewertet.

Zu der neuen Situation gehört die Aufgabenstellung der Bundeswehr, wie sie in den Verteidigungspolitischen Richtlinien beschrieben ist: "Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen können"; "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen". Es gehört dazu, daß Rühe die Bundeswehr als "Mittel der Außenpolitik" kennzeichnet. Es gehört dazu, daß innerhalb der WEU die Frage deutschen Interesses an Nuklearwaffen so analysiert wird, daß über lang oder kurz der BRD entweder Verfügungsbeteiligung an europäischen Nuklearwaffen ermöglicht wird oder aber die Entwicklung eigener Atomwaffen zu befürchten sei. Und nicht zu vergessen die hegemoniale Rolle der BRD dabei, die WEU als zentrales europäisches Militärbündnis - durchaus auch im Gegensatz zur USA/NATO - voranzubringen. Düstere Zeiten für alle, die ihren Traum von ziviler Konfliktlösung nicht aufgeben wollen.

Andrea Lederer, MdB PDS/Linke Liste

7. Tolerieren, Koalieren, Opponieren. Diskussion in der PDS nach Europawahlen und Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

Autor: Heinrich Eckhoff · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:33

Die Diskussion innerhalb der PDS nach den Europawahlen und den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

Im Juli wurde in Magdeburg erstmals eine rosa-grüne Minderheitenregierung gewählt, wobei die Stimmenthaltung der Fraktion der PDS Voraussetzung für die Wahl war. Seitdem arbeitet die CDU an der "Linksfrontkampagne", seitdem hat die SPD alle Hände voll zu tun, der CDU/CSU und ihren WählerInnen zu erklären, daß sie nach einem ähnlichen Wahlergebnis am 16. Oktober einen solchen Schritt nicht machen würde. Seitdem sonnt sich die PDS in der unverhofften Aufmerksamkeit. Und seitdem gibt es innerhalb der PDS die ersten Auseinandersetzungen über das Ob, Wann und Wie der Tolerierung einer möglichen Minderheitsregierung in Bonn.

In allen bisher veröffentlichten Stellungnahmen gibt es einen Konsens, der da lautet: An der PDS wird die Abwahl von CDU/FDP-Regierungen nicht scheitern. Schon auf dem Wahlparteitag am 25.3. erklärte Gregor Gysi unwidersprochen, wenn eine rosa-grüne Koaltion auf die Stimmen der PDS angewiesen wäre, dann würde ein Weg gefunden werden, wenn SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN bereit wären, diesen anzunehmen. Er stellte sogar in Aussicht, einer solchen Regierung auch den Haushalt zu genehmigen.(1) Unterschiedliche Akzente werden gesetzt, wenn es um die Frage geht, ob für eine solche Unterstützung ein Preis verlangt werden soll und wenn ja, wie dieser aussehen soll.

Auf einer Forumsveranstaltung am 26. Juli in Berlin vertrat der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Gehrcke die Ansicht, das wesentliche der jetzigen Situation sei, daß es eine Mehrheit links von der Union gebe und er es deshalb außerordentlich wichtig fände, "daß eine verantwortliche linke Opposition ihren Beitrag dazu leistet, daß diese Mehrheiten dann in der Praxis auch stattfinden können." Dieser Gedanke wurde von Johannes Scheringer, Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern und Volkspolitiker mit Hang zur Kommunistischen Plattform, fortgesetzt. Schon 1990 hatte die PDS im Schweriner Landtag nach einem Wahlpatt der SPD die Duldung einer Minderheitsregierung angeboten (ohne Erfolg). Sein Ansatz ist, daß Opposition nicht nur im Widerstand bestehe, sondern auch in der "Verantwortung zur Gestaltung". Der schärfste Widerspruch gegen Wolfgang Gehrckes Forderung nach einer prinzipiellen Bündnisorientierung kam ausgerechnet von Heinz Vietze, dem Fraktionsgeschäftsführer in Brandenburg. Überraschend für viele deshalb, weil - bleibt mensch im Sprachgebrauch, der sich bei der GRÜNEN-Debatte eingebürgert hat - in Brandenburg die Realpolitiker der PDS das Sagen haben. Er könne überhaupt nichts tolerieren, wenn er nicht wisse, "was Inhalt dessen ist, was eine sozialdemokratische geführte Regierung vorhat." Für ihn hat die PDS einen Preis, und den habe sie, weil sie eine Verantwortung gegenüber ihren eigenen WählerInnen habe. Allein die Tolerierung einer sozialdemokratischen Regierung brächte keine Wende. Und gerade weil der Erwartungsdruck der Menschen in den östlichen Bundesländern hoch sei, dürfte die Tolerierung nicht an unverbindliche Versprechen gebunden werden. Worin nun aber dieser Preis bestehen soll, darüber wird gegenwärtig noch in Potsdam gebrütet.(2) In Brandenburg kann dies aber auch noch darauf hinauslaufen, daß die PDS über die Tolerierung hinaus die Regierungsbeteiligung anstrebt.

Raus aus der Gefahr,

rein in die Nulltolerierung

Ein Berliner Kreis, der sich selbst als Teil der Parteilinken begreift, hat vor allem gegen die von Scheringer und Vietze geäußerten Ansichten Stellung bezogen. Auf dieser Veranstaltung wurde er durch Harald Wolf vertreten, der schon bei den GRÜNEN als Mitglied des LINKEN FORUMs 1987 den Vorschlag für die bedingungslose Tolerierung eines SPD-Kandidaten wesentlich mitformulierte. In der Mitgliederzeitschrift der PDS, DISPUT, stellte Udo Wolf für diesen Kreis die Frage: "Die PDS vor einer Richtungsentscheidung?" und beantwortet sie indirekt mit einem Ja. Die Richtungsentscheidung sieht er im Verhältnis zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, zum Staat, zum Parlamentarismus, zu Macht und Herrschaft. Alle diese Fragen könnten jetzt in der Tolerierungsdiskussion beobachtet werden. Auch dieser Kreis will einen

sozialdemokratischen Kanzler wählen, will auch den Haushalt absegnen, um SPD und GRÜNEN das Regieren zu ermöglichen, nur will er dies alles ohne Bedingungen machen.

Dieser zunächst paradox erscheinende Vorschlag wurde in der Debatte der GRÜNEN als Nulltolerierung bekannt. Er wird damit begründet, daß jede Bedingung an eine Tolerierung grundsätzlich ein Sich-Einlassen auf Regierungspolitik sei. Es müßten dann Teilbereiche in der Politik bestimmt werden, die wichtiger seien als andere. Es würde zwangsläufig darauf herauslaufen, eine Deadline bei der SPD nicht zu überschreiten, was unweigerlich weitgehende Kompromisse erforderlich machen würde. Dies alles würde gerade nicht dazu führen, den Dissens zur herrschenden Politik zu verschärfen, sondern in der Regel würde bei einem solchen Weg die Zustimmung zu ihr wachsen. Statt sich über eine solche Tolerierungspolitik auf den Boden der staatlichen Regulierung von Widersprüchen zu begeben, soll die zentrale Funktion der PDS darin bestehen, gesellschaftliche Widersprüche in die Staatsapparate zu tragen. Warnend wird hierfür die Entwicklung der GRÜNEN und Marx als Zeuge angeführt: "Die Institutionen sind stärker als die Menschen." Es wird auf die bisher fast ungebrochene Integrationskraft des bürgerlich-kapitalistischen Systems hingewiesen, deren Gefahren innerhalb der PDS noch unterschätzt würden.

Diese ganz grundsätzliche Empfehlung zur Abstinenz wird dann jedoch in praktisch-politischer Hinsicht nicht durchgehalten. Auch dieser Kreis tritt für die Unterstützung einer rosa-grünen Koalition ein: "Das kann die PDS tun, indem sie völlig illusionslos einen SPD-Ministerpräsidenten oder Kanzler wählt." Dann soll eine solche Regierung im Bündnis mit außerparlamentarischen Initiativen unter Druck gesetzt werden: "Das bedeutet nicht, mit ihnen Verträge auszuhandeln, die diese Vorschläge in ihr Regierungsprogramm aufnehmen, sondern statt dessen das Bündnis mit den Initiativen und Gruppen von Betroffenen außerhalb des Parlaments einzugehen, die wie wir sagen, was Rot-Grün an Reformen macht, ist bei weitem nicht genug. Jede noch so kleine Verbesserung soll an uns nicht scheitern, aber die Verantwortung dafür, daß sie nicht weit genug gehen, übernehmen wir nicht." Der gleiche Gedanke wird noch einmal schärfer formuliert: "Die Pflicht, die Forderungen der PDS, so sie gesellschaftliche Akzeptanz gewinnen, in Kompromisse zu gießen, sollten wir getrost der SPD und Grünen überlassen."

Der Kerngedanke, sich die eigenen politischen Grundsätze nicht durch die Kompromißbildung für Regierungspolitik verwässern zu lassen, liest sich zwar radikal, beantwortet aber noch nicht die Frage, welches denn die erwähnten kleinen Verbesserungen sein werden, die an der PDS nicht scheitern sollen. In der praktischen Politik werden es dann vor allem diese Dinge sein, über die gestritten wird, weil sie oft grundsätzliche Bedeutung gewinnen. Theoretisch ist dieser Ansatz insofern radikal formuliert, als er sich über das Einlassen auf das parlamentarische System hinaus nicht auch noch auf die daraus resultierende Exekutivpolitik einlassen will. In der Praxis ist man damit aber noch nicht weiter als der von Heinz Vietze geforderte Preis. Interessanterweise schlägt Heinz Vietze tatsächlich einen Kurs vor, der der Tolerierungslinie der ersten "Hamburger Verhältnisse", 1982, entspricht. Auch die GAL hatte damals einen Katalog von Forderungen aufgestellt, an die die Tolerierung gebunden werden sollte. Der Unterschied besteht wahrscheinlich darin, daß die GAL dies 1982 nicht als Vorstufe zur Regierungsbeteiligung ansah.

Die Parteilinke wird auch die Frage beantworten müssen, ob die Nulltolerierung zwar die Gefahr der eigenen Regierungsbeteiligung umgeht, dies aber zum Preis einer grundsätzlichen Bindung an die SPD, die dann zuständig ist für die kompromißhafte Umsetzung der eigenen Politikrichtung.

Hier tritt noch ein weiterer Riß in der Argumentation zu Tage, der sich in einem Grundsatzpapier des Berliner Landesvorstandes wiederfindet. Nachdem zunächst gründlich ausgeführt wird, daß die SPD-Politik keine Alternative zur CDU/CSU darstelle, wird dann unvermittelt mit der Unterstützung einer SPD-geführten Minderheitsregierung "die Chance für ein neues politisches Modell" eingeführt. Denn die SPD sei anfälliger für Reformdruck von links und das Regieren mit wechselnden Mehrheiten eröffne die Chance für Reformprojekte. Im gleichen Papier heißt es weiter, die SPD gehe erfahrungsgemäß unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen immer weiter nach rechts und "eine starke gesellschaftliche Bewegung im Sinne der z.B. von der SPD verlassenen Positionen ist z.Z. nicht wahrzunehmen. Eher das Gegenteil ist der Fall. Außerparlamentarischer Druck kommt heute eher von rechts, aus dem nationalistischen bis neofaschistischen Spektrum der Gesellschaft." Befremdlich ist dann, wenn die gleichen AutorInnen einen Absatz später schreiben: "Ohne Zweifel liegt in dieser Situation eine große Chance der PDS als konsequente linke Opposition, wenn es ihr denn gelingt, diese Rolle tatsächlich anzunehmen", wenn im gleichen Papier eine solche Rolle nur in Zusammenhang mit "sozialen" Bewegungen gesehen wird.(4)

Orientierung auf die SPD

Eine ganz andere Art der Herangehensweise wird in einem Beitrag von Michael Schumann (Mitglied des Bundesvorstandes und MdL in Brandenburg) und Joachim Bischoff (Mitglied des Bundesvorstandes und Redakteur der Zeitschrift Sozialismus) verlangt. Sie plädieren für eine strategische Orientierung auf die und an der SPD. Ihr Ausgangspunkt ist, daß die PDS zu erheblichen Teilen ein Potential anspreche, das auch die SPD für sich beansprucht. Die politischen Positionen der PDS würden auch innerhalb der SPD vertreten, auch wenn sie dort nicht mehrheitsfähig seien. Politisch sachlich gebe es vor allem in wirtschaftspolitischen und ökologischen Fragen Übereinstimmung mit der SPD-Linken. Sie führen diese auf den "Erneuerungsprozeß" der PDS zurück und meinen, dies "könnte Ausgangspunkt für eine Bündelung des linksdemokratischen Potentials als unabhängig von seiner organisatorischen Verankerung sein." Sie orientieren auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der SPD und der PDS, wovon sie sich dann "eine Steigerung des gesellschaftlichen Einflusses linkssozialistischer Positionen" versprechen. Für sie spitzt sich Reformpolitik vor allem auf die Frage des Umbruchs der gesellschaftlichen Betriebsweise und der Zerstörungstendenzen des Sozialstaates zu. Für die Gegentendenz, Vollbeschäftigung und Ausgestaltung sozialer Sicherheit, sei die SPD eine der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte. Den Hinweis auf die geschichtlichen Erfahrungen mit der SPD kontern sie damit, daß alle die, die in der Politik der SPD eine lineare Entwicklung sähen, "letztlich auf eine realistische Bewertung der bestehenden Kräfteverhältnisse und eine politische Strategie zu ihrer Veränderung" verzichten würden. Und in Richtung derjenigen, die ihre Ansprechpartner nicht so sehr in der SPD, sondern bei den "sozialen Bewegungen" sehen, warnen sie, daß die PDS sich paralysiere, wenn sie es nicht verstehe, "ihre notwendige Kritik an der SPD mit dem ständigen Bemühen um die Gemeinsamkeit in der zentralen Frage der politischen Auseinandersetzung in Deutschland zu verbinden."(5)

Leider machen sich die Autoren nicht die Mühe zu zeigen, wo die Tendenzen für eine Wandlung dieser SPD zu sehen sind. Erfahrungsgemäß reicht das Wissen, daß es in der SPD Menschen gibt, die linke und sozialistische Auffassungen vertreten, nicht, auf den Charakter zukünftiger Politik der SPD zu schließen. In dieser Hinsicht sind beide Autoren in der politischen Diskussion nicht weiter als diejenigen, die für ihre Politik die "sozialen Bewegungen" anführen, von denen sie im nächsten Moment jedoch gleich sagen müssen, daß diese z.Z. kein starkes Moment sind. In politisch praktischer Hinsicht könnten sie sich allerdings leicht mit der Linie der Nulltolerierung einigen.

Dritte Kraft

Eine weitere Variante bringen André Brie (PDS-Parteivorstand und Wahlkampfleiter) und Michael Brie (Wissenschaftler und einer der wichtigen Theoretiker der Wendezeit) in die Debatte ein. Hier geht es weniger um die Fragen der Tolerierung, sondern um die Frage der Zukunft der PDS in ihrer gesellschaftlichen Rolle und als Partei. André Brie stellt die Hypothese auf, die PDS werde in den kommenden Jahren zur dritten politischen Kraft in der BRD werden. Die PDS sei durch die gegenwärtige Entwicklung aus der Position der Unpartei herausgetreten, allerdings nicht aus eigener Kraft, sondern durch das Votum der WählerInnen. Daran knüpft er den Gedanken, daß Parteien ihre Rolle im politischen System gegeben oder genommen werden kann. Dieser Gedanke legt nahe, das Denken und Handeln der Partei vom Willen der WählerInnen her zu diskutieren, was den traditionellen Parteiencharakter in Frage stellen würde. Dies wird von André Brie nicht weiter ausgeführt. Eindeutig äußert er sich allerdings zur Regierungsfrage. Aufgrund der großen Zustimmung komme die PDS nicht umhin, sowohl das Opponieren als auch das Regieren zu lernen.(6)

Michael Brie bezeichnet die PDS als eine von den herrschenden politischen Eliten ungewollte Innovation des Parteiensystem. Die PDS sei eine eine ostdeutsche Regionalpartei, eine Volkspartei und eine alternative linke Partei. Die Rolle der ostdeutschen Regionalpartei sei ihr zugefallen, weil die herrschenden Parteien bei der Übernahme der DDR in der Bevölkerung einen Erwartungsdruck erzeugt hätten, den sie nicht halten wollen und können. Nun stehe die PDS damit in dem Dilemma, einerseits aufgrund historischer und aktueller Gründe keinesfalls als Verhinderer einer SPD-GRÜNEN-Koalition erscheinen zu dürfen; andererseits könne sie sich aufgrund des jetzt auf sie in gewandelter Form übergegangenen Erwartungsdrucks auch keine Tolerierung einer rosa-grünen Koaltion erlauben, bei der sie auf jegliche Einflußnahme verzichte. So müsse sie, in der Opposition stehend, gleichzeitig konstruktive Regierungspolitik betreiben. Dieses Paradoxon sieht er lösbar durch einen wachsenden Einfluß ähnlicher politischer Auffassungen in den anderen Parteien. Folgt man diesem Gedanken, stände am Ende die Rücknahme der PDS als eine/einzige Partei der besonderen ostdeutschen Interessen.

Für die GRÜNEN und die PDS konstatiert er die Entwicklung hin zu "Volksparteien". Im Unterschied zu anderen linken Gruppierungen der BRD, aber auch der GRÜNEN, sei die PDS keine Partei der Intellektuellen oder des neuen Mittelstandes. Sowohl die WählerInnen als auch die Mitglieder der PDS kämen durchgängig aus allen Bevölkerungsschichten. Was daraus für die Politik folgt, folgen soll, ist nicht ausgeführt.

Als letztes sei die PDS eine linke alternative Partei. Alternativ sei sie, weil sie mit dem Stalinismus und dem leninistischen Parteikonzept gebrochen habe. Links sei sie, weil die Herkunft der Organisation und ihrer Mitglieder es nicht erlauben würde, sich von der sozialistischen Identität zu lösen. Darin wird der Sozialismus verstanden als die Überwindung einer kapital-, bürokratie-, militär- und männerdominierten Gesellschaft. Zugleich seien die Interessen von Umwelterhaltung, Entwicklung der Dritten Welt, von Frauen, Erwerbslosen stärker zu repräsentieren. Und Sozialismus bedeute eine radikale Weiterentwicklung von Demokratie, Selbstbestimmung. Er konstatiert, daß dies alles noch keine konsistente Theorie ausmache, nicht vergleichbar der Theorie der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen, aber dies erfülle die Funktion einer klaren Abgrenzung in der Gesellschaft und gegenüber anderen Parteien.

Veränderung durch Opposition

Die bisher vorliegenden Diskussionsbeiträge lassen noch keine Rückschlüsse auf endgültige Entscheidungen zu. Sie zeigen aber dennoch schon die entscheidenden Argumentationsstränge. Kaum äußert sich bisher der Flügel, der im Mitmachen die Hauptorientierung sieht. Mit Sicherheit wird der Flügel, der für die PDS die strategische Orientierung in der Bezugnahme auf die SPD sieht, in dem Moment an politisch-praktischer Bedeutung zunehmen, wenn die SPD ihre rigide Abgrenzungspolitik lockert. Erst dann wird sich auch erweisen können, ob die von der Parteilinken im politisch-ideologischen Bereich errungenen "Siege" wirklich Bestand haben werden.

Auch wenn die Diskussion vorwiegend anhand einer möglichen Minderheitsregierung in Bonn diskutiert wird, ist diese Perspektive aufgrund der Haltung der SPD eher unwahrscheinlich. Konkreter werden sich Entscheidungen aber schon bald in den Ländern stellen. Am 11. September wird in Brandenburg neu gewählt. Es gilt als wahrscheinlich, daß Stolpe Wahlsieger wird; aber er wird kaum eine absolute Mehrheit erringen. In Brandenburg drängt es viele in der PDS nach Koalition, womit sie die Rolle der hessischen Grünen übernehmen könnten. In Mecklenburg-Vorpommern wird am 16. Oktober gewählt, und es könnte eine Konstellation eintreten, in der nur SPD, CDU und PDS im Parlament vertreten sein werden. Johannes Scheringer hat für diesen Fall schon erklärt, daß es kaum möglich sei, daß eine 25%-Partei, die PDS, eine 30%-Partei, die SPD, tolerieren könne. Also Koalition? In Sachsen wird am 11. September gewählt. Der CDU-Sieg scheint sicher, aber auch sie bräuchte einen Partner, den sie vielleicht im Bündnis90 findet. Um eine CDU-Regierung zu verhindern, wäre wiederum eine Übereinkunft zwischen SPD, GRÜNEN und PDS notwendig.

Eine Erfahrung der Entwicklung der GRÜNEN ist in der gesamten Debatte der PDS bisher nicht infrage gestellt worden: Opposition soll keine Regierung im Wartestand sein. Im Papier des Berliner Landesvorstandes wird dies mit einem Zitat von Gregor Gysi formuliert: "Wir sollten uns endlich von dem Irrtum freimachen, Opposition sei zweite Wahl. Opposition ist, wenn sie denn ernsthaft praktiziert und eben nicht ausschließlich als Probelauf für Regierungsverantwortung verstanden wird, eine notwendige und durchaus folgenreiche Form der Einflußnahme. Opposition nimmt Einfluß auf Gestaltung und Entwicklung der Demokratie. Veränderung beginnt mit Opposition und selten mit Regierung... Eine Opposition wird nicht von Lobbyisten bedrängt, sie muß nicht die unterschiedlichen Interessen der tatsächlichen Machtzentren im Land austarieren. Opposition kann unmittelbar den Wahlauftrag des Souveräns - der Bürgerinnen und Bürger - wahrnehmen." Dies wird vielen Linken schon ein viel zu weitgehendes Eingehen auf die bestehende Gesellschaft sein. Aber sollte nur diese Haltung aus der jetzt beginnenden Diskussion als Konsens übrig bleiben, wäre wohl die linke Debatte insgesamt einen kleinen Schritt weiter als sie Ende der 80er Jahre bei den GRÜNEN geendet hat.

Heinrich Eckhoff

(1) Pressedienst der PDS 11/12 1994, Dokumente des Wahlkongresses

(2) Zusammenfassung dieser Veranstaltung in: DISPUT, Mitgliederzeitschrift der PDS, Ausgabe 14/94

(3) Udo Wolf in DISPUT 15/16 94: Die PDS vor einer Richtungsentscheidung?

(4) Landesvorstand der PDS Berlin: Perspektiven und Verantwortung linker Oppositionspolitik, 8/94

(5) Michael Schumann/Joachim Bischoff: Ist Scharping noch zu retten. Über das Verhältnis von SPD und PDS und die Chancen einer neuen Reformpolitik. "Neues Deutschland" 9.8.94

(6) André Brie: PDS im Osten - Bündnis90/DIE GRÜNEN im Westen: Die dritte Kraft im Lande (taz, 30.6.94)

(7) Michael Brie: PDS ante portas, in Pressedienst der PDS 29/94

8. Repressionsoffensive gegen KurdInnen. Staatsschutz ballert aus allen Rohren

Repressions-Offensive gegen KurdInnen

Autor: M., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:18

Nach den Polizei-Übergriffen gegen die TeilnehmerInnen der diesjährigen kurdischen Neujahrsfeiern (Newroz) hat sich die Zahl der in der BRD inhaftierten kurdischen politischen Gefangenen sprunghaft erhöht. Über 200 kurdische AktivistInnen sitzen derzeit in bundesrepublikanischen Knästen.

In den Wochen nach den Newroz-Festnahmen ging es vor deutschen Gerichten darum, von Abschiebung in den Folterstaat Türkei bedrohte KurdInnen vor dem unmittelbaren Vollzug der Ausweisung zu schützen. Bayern hatte bei der versuchten Massenabschiebung politisch aktiver KurdInnen die Vorreiterrolle übernommen. (vgl. ak 366) Noch im April und Mai dieses Jahres wurden von Gerichten des Freistaates mehrere Kurden mit unterschiedlichen Begründungen davor bewahrt, binnen weniger Tage an türkische Folterknechte übergeben zu werden. (1)

Im Juni präsentierten sich dieselben Gerichte allerdings wieder auf rechtem Kurs: Das Verwaltungsgericht Ansbach gestattete die Abschiebung des Asylbewerbers Hüseyin Ü. Er habe sich des öfteren schon für die PKK eingesetzt (durch Ordnerdienst und Verteilen von Flugblättern); zur Durchsetzung seiner politischen Ziele habe er sich an Gewaltätigkeiten beteiligt. Deswegen wäre es gerechtfertigt, Hüseyin den besonderen - AsylbewerberInnen zukommenden - Schutz zu versagen und ihn in die Türkei abzuschieben. Daß Hüseyin in der Türkei gefoltert werde, sei nicht wahrscheinlich, da dies die türkische Botschaft in München "zugesichert" hätte. (SZ, 7.6.)

Wenige Tage später genehmigte der bayerische Verwaltungsgerichtshof grundsätzlich die Abschiebung eines während der Newroz-Feiern festgenommenen Kurden - "aus schwerwiegenden Gründen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung". Das Gericht stellte ausdrücklich "generalpräventive" Gründe - allgemeine Abschreckung, hier von politischer Aktivität - in den Vordergrund. (SZ, 11.6.) Mit kaum zu überbietendem Zynismus wurde von den Münchner Richtern die akute Gefahr von politischer Verfolgung, Folter und Tod geleugnet, sollte der Kurde tatsächlich in die Türkei abgeschoben werden: Dieser habe nichts zu befürchten. Das zeige sich daran, daß dem Kurden 1992 in der kurdischen Stadt Van "in vier bis fünf Tagen Polizeihaft, in denen sich Verhöre und Mißhandlungen immer wieder abwechselten", nichts Strafbares hatte nachgewiesen werden können. (zitiert nach SZ, 23.7.) Die Abschiebung wurde nur aus einem einzigem Grund ausgesetzt: Da nämlich "Spiegel TV" einen Bericht über den Kurden gedreht hatte, könne ihn der türkische Geheimdienst nun als möglichen "PKK-Sympathisanten" identifizieren. Ohne diesen Filmbericht säße der Kurde jetzt vermutlich im türkischen Folterkeller.

Derweil wurde im Juli ein 36jähriger Kurde, der am Rande der von den Bullen blockierten Autobahn bei Augsburg-Adelsried festgenommen worden war, vom Amtsgericht Augsburg zu einer Haftstrafe von drei Jahren ohne Bewährung mit nachfolgender Ausweisung verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte dem Kurden "schweren Landfriedensbruch" und "Verstoß gegen das Waffengesetz" vorgeworfen. Dies alles sind Tatvorwürfe, mit denen an Demonstrationen beteiligte Personen immer wieder konfrontiert werden. Auch der Umstand, daß der Kurde angeblich mit Molotow-Cocktails bzw. hierfür notwendigen Substanzen aufgegriffen worden sein soll, ändert daran nichts. (2)

Dieses Augsburger Urteil brachte das Faß zum Überlaufen: 26 KurdInnen aus diversen Knästen in Bayern und Baden-Württemberg begannen einen zunächst unbefristeten Hungerstreik, der jedoch nach rund zwei Wochen beendet wurde. Sie protestierten damit gegen die genannten Richtersprüche und gegen die verfügten, drohenden und teilweise schon vollzogenen "Abschiebungen in den Tod". Die Hungerstreikenden stellten einen umfangreichen Forderungskatalog auf, in dem nicht nur das Verbot von Abschiebungen in die Türkei und die Freilassung aller kurdischen politischen Gefangenen gefordert wurde. Darüber hinaus verlangten sie die Aufhebung des Verbots kurdischer Organisationen und die Einstellung der militärischen und politischen Unterstützung des türkischen Regimes durch die Bundesregierung. (3)

Verurteilung kurdischer Botschaftsbesetzer

Am 13. Juli verurteilte der 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts 13 Kurden, die im Juli letzten Jahres anläßlich eines westeuropäischen Protesttages gegen den türkischen Staatsterrorismus in Kurdistan die türkische Botschaft in München besetzt hatten. 20 Sitzungstage wurde unter selbst für Bajuwaren ungewohnten polizeilichen Abschrekkungsmaßnahmen verhandelt.

Der Münchner Prozeß gegen Kurden steckte, wie die "Süddeutsche Zeitung" schrieb, "in dem teuflischen Dilemma, daß dieses Verfahren solange nicht ordentlich geführt werden kann, solange die Angeklagten damit rechnen müssen, nach dem Urteil abgeschoben zu werden. Im Prozeß sitzt ein Prozeßbeteiligter, der in der Strafprozeßordnung nicht vorgesehen ist: der türkische Geheimdienst. Und jedes Wort, das die Angeklagten zu ihrer Entlastung sagen, wird sie in der Türkei als Hochverräter belasten. Je mehr und je besser sich die Angeklagten verteidigen, um so größer wird die Gefahr für sie und ihre Angehörigen in der Türkei." (SZ 13.4.94)

Die kurdischen Angeklagten wagten es dennoch, ihre politischen Motive für die Besetzungsaktion darzulegen, indem sie das Ausmaß der von der türkischen Armee in Kurdistan begangenen Kriegsverbrechen schilderten. Die von interessierter Seite unterstellte "zentrale Steuerung" der Protestaktionen durch die PKK bestritten sie. Schließlich wiesen sie darauf hin, daß sie wohlweislich bei der Besetzung der Botschaft keine scharfen Waffen bei sich gehabt hatten. Die mitgeführte Gaspistole hätte nur der Einschüchterung des türkischen Wachpersonals gedient. In der Botschaft aufgefundene Waffen wurden sofort entladen und die 21 in dem Botschaftsgebäude festgehaltenen Personen schonend behandelt. Frauen und Kinder hatten die Besetzer freigelassen.

Diese von den Angeklagten vorgetragenen Umstände würdigte der vorsitzende Richter Erwin Brießmann ausdrücklich - ebenso die "außerordentlich positive Motivation" der Angeklagten. Dennoch sei deren Tat "nicht gerechtfertigt".

Die bayerischen Richter verurteilten die Kurden zu Haftstrafen zwischen zwei und viereinhalb Jahren Knast. Damit blieb das Urteil zwar unter dem Antrag der anklageführenden Bundesanwaltschaft. Die Höhe der Strafe wurde in der mündlichen Urteilsbegründung jedoch politisch begründet: Angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft in politischen Auseinandersetzungen solle mit diesem Urteil ein deutliches Signal zur allgemeinen Abschreckung gesetzt werden.

Das Verbot kurdischer Vereine auf dem Prüfstand

Mit Beschluß vom 6. Juli stellte das Berliner Bundesverwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung einer Klage gegen das Vereinsverbots für 21 lokale kurdische Vereine wieder her. Diese Gruppen waren im November 1993 zusammen mit der völkerrechtswidrig (vgl. das völkerrechtliche Gutachten in diesem ak) als "terroristisch" denunzierten kurdischen Befreiungsbewegung PKK, der ERNK, der FEYKA, dem Kurdistan-Komitee, dem Berxwedan-Verlag sowie der kurdischen Nachrichten-Agentur Kurd-Ha per Regierungserlaß verboten worden. (vgl. ak 361) Dagegen hatten sie Klage vor dem Berliner Gericht eingereicht.

Die obersten Verwaltungsrichter der Republik stellten fest, daß von der in der Verbotsbegründung unterstellten Eingliederung der 21 Regionalgruppen in FEYKA "nach vorläufiger Prüfung nicht ausgegangen werden könne". Zu groß seien die "Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verbotsverfügung" gewesen (Pressemitteilung des BVerwG, zitiert nach Kurdistan-Rundbrief 15/94). Die Offenheit der Kritik an der - nunmehr auch aus höchstrichterlicher Sicht - rechtswidrigen Verbotsverfügung und deren polizeistaatlichem Vollzug ist bemerkenswert. Nun kommt es darauf an, daß den betroffenen kurdischen Vereinen ihr Vermögen zurückgegeben wird, daß neue Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden und daß anläßlich des Verbots gestoppte staatliche Zuschüsse für die sozialen und kulturellen Tätigkeiten dieser Gruppen wieder gezahlt werden.

Allerdings wurden mit demselben Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts die Verbote von FEYKA und dem Kurdistan-Komitee bestätigt - und dies mit einer Begründung, die es in sich hat: Sie "hätten die PKK und die ERNK tatkräftig unterstützt und sich mit den ihnen zuzurechnenden Gewaltaktionen in Deutschland solidarisiert. Sie gefährdeten dadurch die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, ohne daß es

darauf ankomme, wie die mit der Gewaltanwendung oder -propagierung verfolgten Ziele zu beurteilen seien und ob möglicherweise sogar berechtigte Anliegen vertreten würden." (ebd)

Die Aufrechterhaltung des Verbotes wird also nicht mit dem Verweis auf angeblich von den Vereinen bzw. in deren Namen begangenen Straftaten begründet, sondern sie reduziert sich ausdrücklich und allein darauf, "sich nicht von Gewaltakten der PKK und ERNK in Deutschland distanziert zu haben." (ebd.)

Neue §129a-Verfahren

gegen KurdInnen

Im März 1994 ging vor dem Staatsschutzsenat am Düsseldorfer Oberlandesgericht (OLG) der dortige Prozeß gegen Kurden zu Ende, der größte "Terroristen"-Prozeß in der Geschichte der BRD. Die beiden kurdischen Politiker Selahattin Erdem und Ali Haydar Kaytan wurden von den Staatsschutzrichtern nach §129a StGB verurteilt. Formal wurde nicht die gesamte PKK als "terroristische Vereinigung" kriminalisiert, sondern nur die PKK-Abteilung "Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtenwesen", deren Existenz allerdings bis zum Schluß unbewiesen geblieben ist. (vgl. ak 364)

Am 2. Juli wurde in Bielefeld der 30jährige kurdische Politiker Dogan Ö. festgenommen. Die Bundesanwaltschaft (BAW) wirft dem mutmaßlichen Funktionär der verbotenen PKK vor, "Mitglied in einer terroristischen Vereinigung" gewesen zu sein. Dogan soll - den Vorwürfen der BAW zufolge - als Parteiverantwortlicher der PKK im Raum Frankfurt/Main mit anderen "Verantwortlichen" die Parteiarbeit in Südwestdeutschland organisiert haben. Als Tatzeitraum wurden die zehn Monate zwischen Juni 93 und April 94 veranschlagt.

Bereits am 28. Mai war bei einer Razzia in Saarbrücken die Kurdin Güler Y. verhaftet worden. Auf Anordnung der BAW stürmten vermummte GSG-9-Rambos, die Maschinenpistolen im Anschlag, eine dort stattfindende - offen angekündigte - Versammlung von KurdInnen aus Südwestdeutschland, um mit §129a-Haftbefehl gesuchte kurdische Politiker festzunehmen. (vgl. "Contraste" Nr. 117) Zunächst schien sich diese Razzia als Schlag ins Wasser zu erweisen: Alle 64 brutal festgenommenen KurdInnen mußten freigelassen werden. Nur eine Frau blieb in Haft, eine sich "illegal" in der BRD aufhaltende, aus Belgien kommende Kurdin - eben die nun nach §129a angeklagte Güler. Ihr wird vorgeworfen, "spätestens ab April 94" als Nachfolgerin von Dogan, als "Gebietsverantwortliche Frankfurt/Main" aktiv gewesen zu sein. Ganze sechs Wochen umfaßt somit die Güler zur Last gelegte Karriere als "Terroristin"!

Konkret - und hier wird es spannend - wird den beiden kurdischen PolitikerInnen vorgeworfen:

- Veranstaltungen geplant,

- Mitglieder geworben,

- Proteste vorbereitet sowie

- militante Aktionen koordiniert zu haben. (Frankfurter Rundschau, 28.6.).

Die BAW hatte auf das im März gefällte §129a-Urteil des OLG-Düsseldorf umgehend reagiert und noch im selben Monat diverse Haftbefehle wegen "Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" erlassen. (4) Dem 23 Jahre alten Kurden Senol G. wird z.B. vorgeworfen "Gebietsverantwortlicher der PKK im Raum Wiesbaden" gewesen zu sein. Sein zehn Jahre älterer Genosse Ali G. soll Senol hierbei im Sinne des §129a "unterstützt" haben (taz, 28.03.94).

Diese zweite Variante einer "terroristische Vereinigung innerhalb der PKK" soll, der BAW zufolge, einer "Europäischen Frontzentrale" unterstehen, welche die "Regionalverantwortlichen der PKK" direkt "steuern" würde. (ebd.) In den §129a-Haftbefehlen wird den beschuldigten KurdInnen bislang die "Planung und Vorbereitung gewaltätiger Übergriffe der PKK" aus den Jahren 1992 und 1993 sowie "gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr" anläßlich der Bullen-Übergriffe während der Newroz-Feiern 1994 vorgeworfen. (ebd.)

Hierzu ist folgendes anzumerken:

- Selbst die Staatsschutzrichter beim Düsseldorfer Prozeß gegen Kurden sahen sich auch bei der mündlichen Urteilsverkündung im März 1994 nicht dazu imstande, Feststellungen über das Bestehen bzw. Fortwirken einer angeblichen "terroristische Vereinigung innerhalb der PKK" über das Jahr 1987 hinaus zu treffen.

- Für die neuerliche Anwendung des §129a auf die PKK ist eine inländische Vereinigungsstruktur vonnöten. Ein bloßer Verweis auf eine angeblich bestehende "Europäische Frontzentrale" reicht da nicht. Wie dieses BAW-Gebilde aussehen soll, ist bis heute vollkommen unklar.

- Bislang werden den 1994 kriminalisierten kurdischen PolitikerInnen keine mit den ersten Prozessen gegen Kurden vergleichbaren Straftaten vorgeworfen. (Damals ging es um die Tötung von angeblichen "Parteiabtrünnigen").

- Heute werden vergleichsweise begrenzte militante Protestaktionen (Besetzungen und Blockaden) und darüberhinaus die gesamte stinknormale Parteiarbeit (die - zumindest für die Zeit vor dem PKK-Verbot - legal gewesen ist) als "Terrorismus" kriminalisiert und denunziert.

Hetze gegen kurdische "Spendengelderpresser"

Die gezielte Propaganda des Staatsschutzes, die PKK (und immer mal wieder auch "Dev Sol") würden Spenden für ihre Organisation gewaltsam bzw. unter Androhung von Gewalt eintreiben, hat in diesem Jahr zu einem bislang nicht gekanntem Ausmaß an staatlicher und Hetze in den Medien, Repressionsmaßnahmen, Festnahmen und Prozessen geführt.

In Berlin stürmten Ende Juli 70 SEK-Bullen zusammen mit drei Staatsanwälten diverse Privatwohnungen sowie das kurdische Kulturzentrum "Nawcakurd". Und weil's so schön war, wurden die Räume von acht weiteren, von "Nawcakurd" personell und organisatorisch unabhängigen legalen kurdischen Vereinen gleich mit auf den Kopf gestellt. Gesucht wurden Personen und Beweismittel für eine unterstellte gewaltsame Sammlung von Spendengeldern für die PKK. Fahnen und schriftliche Unterlagen wurden beschlagnahmt, ein Kurde wurde festgenommen. Begleitet wurde diese Bullen-Razzia von einer intensiven Pressearbeit des Berliner Innensenats über die angeblich "mafiös strukturierte" PKK.

Das Motiv dieser Propaganda liegt auf der Hand: Die politische Arbeit von hier lebenden KurdInnen zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Kurdistan wird entpolitisiert und kann als "organisierte Kriminalität" verfolgt werden.

M./Berlin

Anmerkungen:

(1) Die Gründe für diese Gerichtsentscheidungen waren unterschiedlich: Mal wurde das bloße Tanzen um ein Feuer auf der Autobahn als ein nur "geringer individueller Tatbeitrag" angesehen, mal wurde dem Schutz von Ehe und Familie höheres Gewicht eingeräumt als der Wahrung "öffentlicher Belange". Schließlich wurde in einem Fall argumentiert, daß selbst die Festnahme eines Kurden mit einem Brandsatz in der Hand nicht ausreichend ist für dessen sofortige Ausweisung. Damit hätte der Kurde nämlich allenfalls die "innere Sicherheit", nicht aber den "Bestand" der BRD gefährdet. Allerdings sei nur mit dieser Begründung die Abschiebung eines anerkannten Asylbewerbers in den Verfolgerstaat durchsetzbar. (vgl. SZ, 7.5.)

(2) Ginge es nach dem Beschlüssen der CSU, so sollten die Abschiebegründe, die eine zwingende Ausweisung nach sich ziehen, um den bei Demos oftmals unvermeidbaren Tatbestand des Landfriedensbruches erweitert werden. (FAZ, 12.7.)

(3) Vor dem Limburger Amtsgericht wird demnächst gegen 27 KurdInnen wegen Nötigung und Landfriedensbruch verhandelt (begangen anläßlich der Blockade der A 45 am 22. März, bei der über 250 KurdInnen, darunter auch schwangere Frauen und Kinder festgenommen worden waren). Vor dem Landgericht der Domstadt wird sechs in U-Haft sitzenden kurdischen "Rädelsführern" zusätzlich wegen "versuchten Mordes" (an Bullen) der Prozeß gemacht. Zunächst war gegen sie "nur" wegen "versuchten Totschlags" ermittelt worden. (FR, 25.3 und 11.7)

(4) Die §129a-Festnahme eines 34jährigen Kurden im März 94 ist in diesem Zusammenhang als eine Art "Altfall" zu betrachten: Sein Haftbefehl, der unter Auflagen ausgesetzt wurde, ist schon fünf Jahre alt und kann sich somit nur auf Vorgänge beziehen, die in den ersten Prozessen gegen Kurden verhandelt worden sind.

9. Im Lichte des Völkerrechts: Das PKK-Verbot der Bundesregierung. Auszüge aus einem Gutachten von Norman Paech

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:23

Der renommierte Hamburger Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech hat untersucht, ob die Verbotsbegründung der Bundesregierung, deren "juristische Qualifizierung der PKK/ERNK als Terrororganisation und ihrer Programmatik, Agitation und Aktivitäten als gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet, den allgemeinen Regeln und Grundsätzen des modernen Völkerrechts standhält, wie es nach Art. 25 GG in der Bundesrepublik mit übergesetzlichem Rang Gültigkeit hat". In seinem Gutachten vom 14.6.94 stellt Paech fest: "Mit dieser Frage hat sich das Bundesministerium des Innern offensichtlich überhaupt nicht auseinandergesetzt. Der alleinige und isolierte Hinweis auf die Pflicht zur Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Türkei offenbart zudem ein eher laienhaftes Verständnis der völkerrechtlichen Zusammenhänge."

Paech zeichnet zunächst die Herausbildung des Rechts auf Selbstbestimmung als tragendem Grundsatz des Völkerrechts anhand entsprechender UNO-Resolutionen nach. Dieses Recht kann in Widerspruch zum Recht der Staaten auf Achtung ihrer territorialen Integrität treten. Ethnischen Minoritäten ohne eigenem Staat, die auf dem Territorium eines (oder mehrerer) Staaten leben, wird man "nur dann nicht das Selbstbestimmungsrecht in Form eines Sezessionsrechtes zusprechen können, wenn ihre Autonomieansprüche im Staat garantiert werden. Der Grundsatz, daß allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zusteht, ist unantastbar (ius cogens). Zweifelhaft kann hingegen nur der Umfang dieses Rechtes sein, d.h. die Frage, wann sich der Autonomieanspruch innerhalb eines Staates zum Sezessionsrecht ausweitet bzw. wann er auf die Gewährleistung kultureller, sprachlicher und religiöser Freiheiten begrenzt bleibt." Weit entfernt von einer Achtung der Rechte der kurdischen Minderheit ist die Politik der Türkei auf die Zerstörung in der ethnischen Identität gerichtet. "Unter diesen Umständen wird das Recht auf Selbstbestimmung nur auf dem Wege der staatlichen Abtrennung von der Türkei und in einem separaten kurdischen Staat zu erreichen sein. Diese äußerste Alternative des Selbstbestimmungsrechts ist jedoch nach den derzeitigen Prinzipien modernen Völkerrechts unterdrückten Völkern zugestanden."

Wann aber handelt es sich um eine Befreiungsbewegung? "Es ist strittig, ob die Anerkennung der Befreiungsbewegung durch die UNO konstitutiven oder nur deklaratorischen Charakter hat." Aber, so Paech, eine Befreiungsbewegung muß "nicht von einer regionalen zwischenstaatlichen Organisation (OAU, AL, KSZE) oder der UNO anerkannt sein, um die Rechte und Pflichten aus dem I. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) vom 12.12.1977 gem. Art. 1 Abs. 4 und Art. 96 Abs. 3 durch einseitige Erklärung für sich zur Geltung zu bringen. Diese Frage ist in den Beratungen intensiv diskutiert und mit dem dargestellten Ergebnis entschieden worden." Damit kann eine Befreiungsbewegung "durch einseitige Erklärung den Kombattantenstatus für ihre Kämpfer und die Anwendung der Grundregeln des humanitären Völkerrechts beanspruchen".

Gegen den Widerstand der imperialistischen Staaten hat sich in der UNO in einem längeren Prozeß 1973 eindeutig die folgende Position durchgesetzt: "Völker, die kämpfen, um sich von fremder Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, haben das Recht, alle Mittel zu benutzen, die ihnen zur Verfügung stehen, einschließlich Gewalt." (vgl. UN Doc. 6/418, S. 7)

Damit, so Paech, "ist es heute jedoch zweifelsfrei, daß die Anwendung von Gewalt seitens nationaler Befreiungsbewegungen, soweit sie sich in den Grenzen des humanitären Völkerrechts der Haager und Genfer Konventionen hält, erlaubt ist und mit Terrorismus nichts zu tun hat. Das bedeutet jedoch auch, daß Gewaltakte, die diese Grenzen überschreiten, wie die Entführung ziviler Luftfahrzeuge, Attentate auf Zivilpersonen sowie Straftaten, die bisher in internationalen Übereinkommen definiert worden sind, nicht durch den Befreiungskampf legitimiert werden. Sie bleiben rechtswidrig und strafbar, selbst wenn sie von einer anerkannten Befreiungsbewegung begangen werden. Auf der anderen Seite illegalisieren vereinzelte Terrorhandlungen, wie sie bei Befreiungsbewegungen immer wieder vorgekommen sind, nicht den gesamten Befreiungskampf, wie die Geschichte der PLO zeigt. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang jedoch auch

darauf, daß Terrorhandlungen nicht die Spezialität allein von Befreiungsbewegungen sind, sondern ebenso ihren Ursprung in staatlichen Aktivitäten haben."

Offen bleibt die Frage nach der Repräsentativität der PKK für das kurdische Volk. Diese Frage, so das Gutachten, "hat heute jedoch viel von ihrer Zentralität und Schärfe verloren, weil die PKK die Forderung nach einem eigenen Staat zumindest relativiert wenn nicht gar als aktuelle politische Forderung aufgegeben hat, und eine politische Reformlösung im Rahmen einer föderativen Türkei für möglich hält, wenn ein Referendum des kurdischen Volkes zu diesem Ergebnis führen würde".

Paech zitiert verschiedene Quellen für die Stärke und Verankerung der PKK. "Zieht man alle diese Informationen und Berichte unvoreingenommen in Betracht, so wird man die PKK ohne weiteres als ein ‚Organ, das ein Volk vertritt` i.S. des Art. 96 Abs. 3 Protokoll I und die kriegerischen Auseinandersetzungen im kurdischen Teil der Türkei zwischen dem türkischen Militär und der PKK als internationalen Konflikt i.S. des Art. 1 Abs. 4 Protokoll I bewerten können. Obwohl beide Konfliktparteien dem Protokoll bisher nicht beigetreten sind bzw. nicht die entsprechende Erklärung nach Art. 96 Abs. 3 abgegeben haben, sind sie als Parteien eines internationalen Konfliktes zu akzeptieren, was auf jeden Fall ausschließt, die PKK weiter lediglich als ‚terroristische Organisation` zu behandeln."

Die abschließende Zusammenfassung des Gutachtens sei hier in vollem Umfang wiedergegeben: "Als Ergebnis ist festzuhalten, daß der türkisch-kurdische Krieg in Süd-Ost-Anatolien ein internationaler Konflikt i.S. Art. 1 Abs. 4 Protokoll I ist. In ihm kämpft die PKK als legitime Vertreterin des kurdischen Volkes um die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts und die Einhaltung der Menschenrechte. Abgesehen von völkerrechtswidrigen Angriffen auf Zivilpersonen und zivile Objekte ist ihr Kampf gegen das türkische Militär völkerrechtlich gerechtfertigt. Sie ist dementsprechend weder eine terroristische Vereinigung noch verstößt ihr Kampf gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Eine ‚Störung des friedlichen Zusammenlebens zwischen Kurden und Türken` liegt vielmehr in der Weigerung der türkischen Regierung, das Selbstbestimmungsrecht der Kurden anzuerkennen.

Auch derjenige, der die Bewertung des Krieges als internationaler Konflikt nicht akzeptiert, wird nicht abstreiten können, daß es sich auf jeden Fall um einen bewaffneten Konflikt handelt, auf den die Regelungen des Protokoll II Anwendung finden. In diesem Fall verbietet es sich, von der PKK als terroristischer Vereinigung zu sprechen und ihren Kampf als Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung zu werten. Als ‚organisierte bewaffnete Gruppe` hat sie Anspruch auf Neutralität dritter Staaten in ihrem bewaffneten Konflikt gegen den türkischen Staat. Ihre Forderung nach Selbstbestimmung und Einhaltung der Menschenrechte ist völkerrechtlich gerechtfertigt und im vorliegenden Fall, in dem die türkische Regierung diese Rechte systematisch verweigert, auch mit Gewalt durchsetzbar.

Es ist insofern völkerrechtlich nicht zu beanstanden, wenn eine Organisation wie das ‚Kurdistan-Komitee e.V.` laut ihrer Satzung ‚den Unabhängigkeits- und Freiheitskampf des Volkes von Kurdistan vor der europäischen Öffentlichkeit bekannt machen` will, ‚die europäische Öffentlichkeit auf die Folter- und Massakerpraktiken der Junta an dem Volk von Kurdistan durch Dokumente und konkrete Formen der Aufklärung aufmerksam machen` will und ‚sich mit den politischen Gefangenen in den Militärkerkern in Kurdistan, an erster Stelle Diyarbakir, solidarisiert` (vgl. S. 46 der Verbotsverfügung). Ist es schon unklar, gegen welche Vorschriften des deutschen Rechts diese Satzungsbestimmungen verstoßen sollen, so bewegen sich derartige Aktivitäten voll im Rahmen des völkerrechtlich garantierten Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes.

Auch die vom Bundesministerium des Innern inkriminierten Veröffentlichungen des ‚Kurdistan-Komitee e.V.`, ‚die sich nahezu ausschließlich in agitatorischer und verunglimpfender Weise mit der Situation der Kurden in der Türkei und in Deutschland befassen` (vgl. S. 46 ff. der Verbotsverfügung), mögen provokativ und unbequem sein, halten sich jedoch im völkerrechtlichen Rahmen des Selbstbestimmungsrechts. Sie gehen, soweit es sich um die ‚Angriffe gegen den türkischen Staat` handelt, nicht über das hinaus, was neutrale Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international oder Helsinki Watch über Folter und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei veröffentlichen. Auch die massiven Vorwürfe gegen die Bundesrepublik wegen ‚heuchlerischer Politik` und ‚Mitschuld an den Greueltaten und Massakern des türkischen Staates am kurdischen Volk` sind nicht nur von kurdischen, sondern auch von deutschen Organisationen zu hören. Vor dem Hintergrund einer engen Bündnispolitik, die die Türkei und Deutschland nicht nur durch Waffenlieferungen, sondern auch durch enge politische und wirtschaftliche Beziehungen

miteinander verbindet, mag eine solche Kritik zwar als störend empfunden werden. Es ist aber rechtlich vollkommen unerheblich und gibt für die vom Bundesminister für Inneres zwar wohl ernst gemeinten aber doch nur schlicht behaupteten Vorwürfe juristisch nichts her, daß die ‚aggressive Agitation ... geeignet (sei), das friedliche Zusammenleben der Bürger in Deutschland erheblich zu stören, ... sich dieses Verhalten gegen den Gedanken der Völkerverständigung (richte) und die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung (gefährde)` (vgl. S. 48 der Verbotsverfügung).

Der Vorwurf gegenüber dem ‚Kurdistan-Komitee e.V.`, ‚als Sprachrohr der PKK ... Gewaltandrohungen der PKK, ERNK und deren militärischer Organisation ‚Volksbefreiungsarmee Kurdistan` (ARGK) unkommentiert in der Öffentlichkeit (zu verbreiten)`, ist ebenfalls vor dem Hintergrund des Kampfes um Selbstbestimmung völkerrechtlich unbedenklich, soweit es sich um Aktionen gegen militärische Einrichtungen des Gegners handelt. Soweit es sich um zivile Ziele des Gegners handelt - und hier hat nicht nur die PKK bewaffnete Aktionen gegen Tourismusgebiete der Türkei, sondern auch die türkische Regierung die Zerstörung von kurdischen Dörfern angekündigt -, sind derartige Aktivitäten völkerrechtswidrig. Die Veröffentlichung der Ankündigungen wie auch ihrer Durchführung - auch dies erfolgt in türkischen Presseorganen und ist nicht beschränkt auf kurdische Publikationen - ist rechtlich unbedenklich, soweit sich nicht aus der Veröffentlichung eine undistanzierte Propagierung der Aktivitäten ergibt.

Schließlich entbehrt auch der Vorwurf, das ‚Kurdistan-Komitee e.V.` unterstütze ‚Initiativen der PKK, die eine Anmaßung staatlicher Autorität auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland darstellen und den Eindruck erwecken, die Bundesregierung dulde die Beeinträchtigung der Souveränität der Türkei` (vgl. S. 49 der Verbotsverfügung) der rechtlichen Grundlage. Es wird dabei auf die Wahlen für ein ‚Kurdisches Nationalparlament` Ende 1992 und die Austeilung eines ‚Visums für Kurdistan` an Reiseveranstalter und Reisende angespielt. Es wird mit diesen eher symbolischen Handlungen im Ausland kaum ‚staatliche Autorität` angemaßt, sondern vielmehr versucht, das in der Türkei vorenthaltene Recht auf Selbstbestimmung im Exil demonstrativ einzufordern.

Nach allem muß dem Bundesminister des Innern eine vollkommene Unkenntnis bzw. Nichtberücksichtigung des Rechts auf Selbstbestimmung vorgeworfen werden, welches ein zwingendes Prinzip des Völkerrechts ist (ius cogens). Trägt man diesem Prinzip jedoch Rechnung, so ist es nicht der kurdische Widerstand, sondern die türkische Regierung und das türkische Militär, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen und das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken stören."

10. "Sie wollen den Antifaschismus kriminalisieren." Interview mit UnterstützerInnen türkischer und kurdischer Antifas

Autor: K. Blanke · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:06

Auszüge aus einem Interview mit UnterstützerInnen türkischer und kurdischer Antifas und Jugendlicher in Berlin

K. Blanke: Vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund fand der Angriff auf das Nazitreffen statt und was für ein gesellschaftliches Klima hat zu der Zeit in Berlin geherrscht?

Anna: Ein wichtiger Punkt dabei sind die Pogrome, die 1991 das erste Mal in Deutschland seit 1945 stattfanden: Zu nennen ist hier das Pogrom von Hoyerswerda im August 1991. Das war auf jeden Fall ein großer Erfolg für die Nazis. Es gab danach im Spätsommer/Herbst 1991 massive Übergriffe gegen Flüchtlinge, es gab Tote und Brandanschläge. Im November 1991 erschlugen deutsche Rassisten Mete Eksi, einen bekannten Kreuzberger Jugendlichen vor einer Diskothek in Berlin in der Nähe des Ku'damms; im gleichen Monat wurde in Berlin ein Vietnamese, der in der Einkaufspromenade von Marzahn Zigaretten verkaufte, von einem deutschen rassistischen Jugendlichen mit einem Messer erstochen. Das Klima in Deutschland war massiv bestimmt von einer akuten Bedrohung von Minderheiten - vor allem von MigrantInnen und Flüchtlingen. Der Rassismus konnte sich ungestört von jeglichen staatlichen Ordnungskräften austoben. Für die MigrantInnen war die Situation so, daß ihr Leben konkret bedroht war. Von ihrem Gefühl her standen sie mit dem Rücken zur Wand. Sie mußten sich sozusagen ihrer Haut wehren und einen Abwehrkampf führen, der an einigen wenigen Stellen auch mit deutschen antifaschistischen und antirassistischen Gruppen zusammen geführt wurde. Aber es gab 1991 und 1992 für die Menschen, die sich dieser Entwicklung entgegengestellt haben, keine Chance oder überhaupt eine Möglichkeit, diese tödliche Entwicklung in Deutschland zu stoppen.

Von Anfang an wurde im Zusammenhang mit dem gesamten Komplex die Gruppe Antifasist Genclik massiv kriminalisiert und in den Medien vorverurteilt. Wer war oder ist Antifasist Genclik?

Artur: Wir kennen ja alle mittlerweile die Zahlen von inzwischen über 85 Toten in den letzten vier Jahren seit der Vereinigung. Wir wissen, wie sich der Rassismus in Deutschland weiterhin verschärft. Das aktuellste Beispiel hierfür ist noch ganz frisch: Mittlerweile werden kurdische Jugendliche dafür, daß sie Plakate kleben, hinterrücks von der Polizei erschossen.

Die Notwendigkeit einer Organisierung von in Deutschland lebenden MigrantInnen ist wichtiger denn je, weil die Kriminalisierung, Repression und Ausgrenzung besonders der nichtdeutschen Minderheiten massiv vorangetrieben wird, insbesondere auch im Rahmen der gesamten innerstaatlichen Feinderklärung.

Antifasist Genclik war eine Initiative von linken KurdInnen und TürkInnen, aber nicht nur von Linken. Sie haben versucht, einen Prozeß von Selbstorganisierung voranzutreiben, in bestimmten gesellschaftlichen Prozessen aktiv zu werden und da im Sinne von einer linken politischen Organisierung voranzukommen. Ich denke, daß das auch ein Grund dafür war, warum sie relativ schnell ins Fadenkreuz der Verfolgungsbehörden geraten sind. Weil die Arbeit, die sie zu entwickeln versucht haben, natürlich politisch und sozial extrem brisant ist.

Zum Beispiel: Wenn bei den ganzen jugendlichen MigrantInnen, die 89/90 auf der Straße aktiv waren und von sich aus, aufgrund ihrer Situation, den Kampf gegen Nazis aufgenommen haben, ein Politisierungsprozeß abläuft, steckt da natürlich eine politische Sprengkraft dahinter, die zumindest in Großstädten wie Berlin und Hamburg den sozialpolitischen Deckel hochfliegen läßt. Denn das heißt, daß sie sich verbindlicher organisieren, daß sie erkennen, daß nicht nur die Nazis ihr Problem sind, sondern daß sie sich zusammen gegen Rassismus und die gesellschaftlichen Verhältnisse hier organisiert zur Wehr setzen müssen. Natürlich ist es vorrangiges Ziel des polizeilichen Staatsschutzes, der Verfassungsschutzbehörden und der offiziellen Hetzer von CDU und anderen reaktionären Parteien, diesen Prozeß schon im Anfangsstadium zu unterbinden.

Die Idee von Antifasist Genclik war eine Idee bzw. ein Versuch, der erst einmal in Berlin begonnen wurde, und bei dem auch ganz viel politisches Neuland betreten wurde. Die Idee einer Selbstorganisierung, einen

politischen und sozialen Kampf für politische Rechte von MigrantInnen und gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu führen, ist mittlerweile von MigrantInnengruppen in anderen Städten aufgegriffen worden. Es gibt einen Zusammenschluß von bundesweiten MigrantInneninititiativen, die versuchen, den Weg, den die Berliner Gruppierung begonnen hat, weiterzuverfolgen und weitere Schritte in Richtung Selbstorganisierung zu machen, um dann auch zu einer politischen Organisierung zu kommen und die Selbstorganisierung der MigrantInnen zu verstärken.

Worauf basiert nun die Anklageschrift gegen Fatma, Abidin, Mehmet, Seyho, Erkan und Bazdin wegen "gemeinschaftlichen Mordes und sechsfachen gemeinschaftlichen Mordversuchs?"

Anna: Die Anklage basiert in wesentlichen auf den Aussagen des Jugendlichen Erkan. Der 17jährige Erkan, der sich der Polizei gestellt hat, wurde von der Polizei zwei Wochen unter Verschluß gehalten: Die Behörden verweigerten zwei Wochen lang, seinen Namen bekannt zu geben. D.h., es war für uns auch nicht möglich, ihm einen Anwalt zur Verfügung zu stellen, der seine Rechte hätte wahrnehmen können. Nach allem, was Leute, die mit ihm zu tun hatten sagen und was mittlerweile auch ein psychologischer Gutachter festgestellt hat, ist davon auszugehen, daß Erkan zum Zeitpunkt seiner Festnahme bereits psychisch schwer erkrankt war. In dem Zustand ist er zwei Wochen von der Polizei unter Verschluß gehalten worden und verhört worden ohne jeglichen Schutz, ohne Öffentlichkeit, ausgeliefert. Wir wissen bis heute nicht, wie Erkans Aussagen zustandegekommen sind. Wir wissen nur, daß er sich selbst und die anderen schwer belastet hat.

An den Ermittlungen der Polizei lassen sich aber einige Ungereimtheiten schon zum jetzigen Zeitpunkt feststellen, ohne daß wir en detail wissen, was Erkan genau ausgesagt hat. Uns drängt sich der Eindruck auf, daß es die ermittelnden Polizeibeamten mit Recht und Gesetz in diesem Verfahren nicht besonders genau genommen haben.

Dazu gehört das Verhalten der Polizei gegenüber Erkan - z.B. ihn in seinem psychisch labilen Zustand zwei Wochen zu isolieren. Seine Krankheit hat sich in den Polizeiverhören bzw. in der Polizeihaft so weit verschlechtert, daß er dann aus der JVA Plötzensee in die Psychiatrisch-Neurologische Abteilung der JVA Tegel verlegt werden mußte. Er hat zwischen Weihnachten und Neujahr 1993/94 einen Selbstmordversuch unternommen. Ende Februar 1994 war seine Krankheit dann soweit fortgeschritten, daß er haftunfähig wurde. Mittlerweile befindet er sich in der geschlossenen forensischen Abteilung der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik.

Artur: Ein weiterer Jugendlicher, der 20jährige Bazdin Yoldaz, wurde zwei Wochen nach den Festnahmen von Mehmet, Fatma und Abidin von der Polizei festgenommen. Auch er hat in den Verhören sich selbst und andere schwer belastet. Uns drängt sich der Eindruck auf, daß er die Vorgaben, die ihm in den Verhören gemacht wurden, im wesentlichen bestätigt hat. Zu den zentralen Punkten der Anklage, d.h. "gemeinschaftlicher Mord und sechsfacher gemeinschaftlicher Mordversuch", hat er sich nicht geäußert. Er hat aber nichtsdestotrotz sich selbst und die anderen in dem Verfahren befindlichen Personen schwer belastet.

In dem Zusammenhang drängt sich schon die Frage auf, wieso es zu diesen Aussagen gekommen ist. Haben denn alle der Verhafteten inzwischen ausgesagt, oder gibt es da ein unterschiedliches Verhalten?

Artur: Die Inhaftierten, die jetzt das Verfahren zu erwarten haben, sind keine homogene Gruppe. In dem Verfahren sind zwei Jugendliche, Erkan und Bazdin, die umfangreiche Aussagen gemacht haben, sowie vier gestandene Linke: Fatma, Abidin, Mehmet und Seyho. Diese haben bisher jegliche Aussagen und Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsschutz verweigert. Sie versuchen, den politischen Kampf, den sie draußen geführt haben, auch unter den erschwerten Bedingungen im Knast weiter fortzusetzen.

Die Aussagen der beiden Jugendlichen werfen ein Schlaglicht auf Probleme, die es innerhalb der antifaschistischen Bewegung gibt. Mittlerweile gibt es unter der verschärften Repression, mit der die antifaschistische Bewegung in Deutschland konfrontiert ist, immer wieder Umstände, in denen vor allem junge oder unerfahrene Leute in Polizeiverhören Aussagen machen. Durch Aussagen wird vielfach überhaupt erst Kriminalisierung ermöglicht. Oft belasten sie sich selbst und andere schwer. Beispiele hierfür sind z.B. die Verfahren gegen 14 junge AntifaschistInnen, die in Arolsen stattgefunden haben. Es ist ein Problem innerhalb der antifaschistischen Bewegung, daß ein Bewußtsein, daß man auch unter erschwerten Bedingungen - d.h. wenn man alleine der Polizei ausgeliefert ist - nicht mit der Polizei zusammenarbeitet, oft nicht vorhanden ist. Da sind einfach Schwächen in der antifaschistischen Bewegung auszumachen, die an vielen Punkten erst eine Kriminalisierung ermöglichen.

Man könnte natürlich darüber spekulieren, wie jetzt konkret die Aussagen zustandegekommen sind. Ich denke, von allem, was von Polizeiverhören bekannt ist, werden sie unter massivem Druck zustandegekommen sein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch offen, inwieweit die Polizeibeamten rechtswidrigerweise irgendwelche Zusagen gemacht haben. Das wird sicherlich die Hauptverhandlung zeigen. Aber noch einmal: Das Verfahren in Berlin ist nicht das einzige Verfahren gegen AntifaschistInnen, in denen vor allem von jungen Leuten Aussagen gemacht wurden.

Was bedeutet dieser Vorwurf "gemeinschaftlicher Mord und sechsfacher Mordversuch" in der Anklageschrift?

Anna: Die Anklage soll erst einmal abschrecken. Sie soll deutlich machen, daß es in Deutschland nicht erwünscht ist dagegen aktiv zu werden, wenn faschistische Kader sich versammeln. Wenn diese Anklage so durchkommt, bedeutet das auch, daß alle Menschen, die trotz der teilweise unkalkulierbaren Härte der Auseinandersetzungen den Faschisten nicht die Straße überlassen und ihrem Terror ungehindert Raum lassen wollen, mit einer Kriminalisierung wegen versuchten Mordes zu rechnen haben. Das ist auch ganz klar politisch von den Verfolgungsbehörden so gewollt. Die Anklage ist ein massiver und breiter Angriff gegen die antifaschistische Bewegung und gegen die Selbstorganisierung der MigrantInnen. Weil MigrantInnen, die in Deutschland nicht schweigend Opfer geworden sind, sondern die sich aktiv und öffentlich gegen Rassismus und Faschismus entgegengestellt haben, kriminalisiert werden. Diese Anklage führt natürlich dazu, daß viele Leute aus dem bürgerlichen Spektrum erst einmal abgeschreckt werden und sich nicht dazu verhalten. Es besteht erst einmal die Schwierigkeit, diesem Spektrum das politische Kalkül der Anklage klarzumachen. Es geht hierbei um eine Kriminalisierung der gesamten antifaschistischen Bewegung und nicht nur um einen Teil, der da herausgegriffen wird und mit dem man sowieso Schwierigkeiten hat.

Artur: Der Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes und sechsfachen Mordversuches macht es der Anklagebehörde natürlich sehr leicht zu verurteilen. Denn mit diesem Vorwurf und der Anklage und dem Nachweis einer gemeinschaftlichen Tat ist es für die Staatsanwältin Nielsen nicht mehr notwendig, den Tatbeitrag jedes einzelnen zu beweisen. Es reicht aus, nachzuweisen, daß da jemand mit hingegangen ist. Das bedeutet, daß alle Personen, die sich dieser spontanen Mobilisierung gegen dieses Faschistentreffen angeschlossen haben, unabhängig von ihrer konkreten Handlung wegen gemeinschaftlichen Mordes kriminalisiert und verfolgt und dann, wenn es nach dem Willen der Anklagebehörde geht, auch zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden können. Diese Anklage ist natürlich ein politischer Skandal. Sie soll der antifaschistischen Bewegung eine Killermentalität zuschreiben.

Diese Mordanklage stellt auch eine Gleichsetzung der faschistischen Mörder und Brandstifter mit der antifaschistischen Bewegung und dem bitter notwendigen Abwehrkampf dar, den diese Bewegung hier führt. Es ist ja auch Fakt, daß ohne den Kampf der antifaschistischen Bewegung der Terror sich hier noch viel weiter ausgebreitet hätte und noch viel mehr Opfer zu beklagen wären. In den Städten, in denen eine antifaschistische Selbsthilfe und Selbstorganisierung stark ist, ist der faschistische Terror bei weitem nicht so stark und präsent wie in den Städten mit einer schwachen antifaschistischen Struktur. Das muß man so auch zur Kenntnis nehmen. Diese Anklage dreht die Verhältnisse um.

Gibt es denn überhaupt einen Zusammenhang zwischen der Anklage und der politischen Strategie der antifaschistischen Bewegung?

Anna: Die Anklage soll ja auch suggerieren, daß Mord und Massaker Teil antifaschistischer Strategie und Praxis sind. Antifaschistische Arbeit ist vielfältig. Nur ein ganz geringer Teil davon sind direkte Angriffe auf die Infrastruktur oder auf Fahrzeuge von Faschisten. Aber der Hauptbestandteil von antifaschistischer Arbeit ist Aufklärungsarbeit, Informationsarbeit, Bewußtsein zu schaffen und Menschen gegen Faschismus zu immunisieren und zu mobilisieren. Es ist kein Teil antifaschistischer Strategie, Faschisten zu töten. Ziel antifaschistischer Arbeit ist es vielmehr, faschistische Strukturen aufzudecken, ihre Treffen zu verhindern, ihre Infrastruktur anzugreifen und in vereinzelten Fällen Führungsfunktionäre gezielt anzugreifen, um zu verhindern, daß faschistische und rassistische Ideologie und Praxis sich in der Gesellschaft weiter ausbreiten können. Dazu sind vielfältige Formen notwendig. Es geht letztendlich darum, den Faschisten das ruhige Hinterland zu nehmen und den gesellschaftlichen Raum streitig zu machen, in dem sie agieren können. Das bedeutet nicht, daß die Tötung von Faschisten Teil dieser Praxis ist.

In den stattfindenden Auseinandersetzungen ist es jedoch nicht immer auszuschließen, daß es zu derartigen Vorfällen kommt.

Artur: Meiner Meinung nach existiert innerhalb der antifaschistischen Bewegung ein Konsens, daß der Kampf gegen Faschismus politisch zu führen ist. Dieser Prozeß zielt auch darauf, diesen Kampf zu entwaffnen. Er soll von dem Einsatz bestimmter Mittel in diesem Kampf abschrecken. Wir denken, daß der antifaschistische Kampf in Deutschland ohne den gezielten Einsatz militanter Mittel an einigen Punkten nicht zu führen ist. Denn wenn wir nicht in der Lage sind, uns zu verteidigen und zur Wehr zu setzen, werden wir weder uns selber noch die bisherigen Zielgruppen des faschistischen Terrors gegen weitere Übergriffe schützen können. Dann wäre der Kampf unserer Meinung nach von vornherein aussichtslos. Die Erfahrungen der letzten Jahre und die Erfahrungen mit der deutschen Geschichte lehren uns, daß im Kampf gegen Faschismus und Rassismus nicht auf die Mittel, den Einfluß und die Aktivitäten des bürgerlichen Staates zu rechnen sind. Unsere Erfahrung ist es vielmehr, daß wir, wenn wir gegen Faschisten und Rassisten vorgehen, auch mit dem Staat und seinen Machtorganen als Gegner zusammen mit den Faschisten und Rassisten konfrontiert sind.

Wir finden es trotz der Kritik, die es speziell noch einmal an der spontanen antifaschistischen Mobilisierung im April 1992 gibt, wichtig, Unterstützung für die jetzt Kriminalisierten zu entwickeln. Solidarische Kritik ist ein wichtiger Bestandteil antifaschistischer Praxis und Arbeit.

Anna: Ein anderes Problem ist, daß innerhalb der Antifa-Bewegung anhand dieses Prozesses Diskussionen, die seit einigen Jahren nicht mehr breiter geführt wurden, wieder an die Oberfläche kommen und noch zur Diskussion drängen. Stellenweise erschwert das uns als Unterstützungsgruppe die Arbeit. Wir lehnen es natürlich als Unterstützungsgruppe ab, im Zusammenhang mit dem Prozeß noch einmal detailliert über einige dieser Fragen zu diskutieren. Wir finden es andererseits aber sinnvoll und wichtig, Fragen der antifaschistischen Strategie, Praxis, Umgang mit Aussagen etc. zu thematisieren. Wir denken allerdings, daß diese Diskussion noch einmal ein Stück losgelöst von der konkreten Unterstützungsarbeit für diesen Prozeß laufen muß. Daran gab es allerdings einige Konflikte, daß wir als Leute, die die direkte Unterstützungsarbeit zum Prozeß machen, bestimmte öffentliche Diskussion erst einmal nicht anhand dieses Prozesses führen wollen.

Eine Diskussion, mit der Ihr seit Beginn dieses Verfahrens konfrontiert gewesen seid, ist die Diskussion um Verrat aufgrund der Aussagen der beiden Jugendlichen.

Artur: Dadurch, daß die beiden Jugendlichen umfangreiche Aussagen gemacht haben und sich selbst sowie die anderen schwer belastet haben, sind ziemlich viele Widersprüche aufgetaucht. Für uns als direkte Unterstützungsgruppe wird die Frage, wie mit den beiden Jugendlichen umzugehen ist, eher noch einmal auf den Prozeß und die konkreten Auswirkungen auf den Prozeß hin diskutiert.

Wenn Aussagen gemacht wurden, geht es erst einmal darum, den Schaden zu begrenzen. Es gibt auch an einigen Stellen in der politischen Geschichte der radikalen Linken in der BRD Erfahrungen damit, z.B. die Startbahnbewegung, die Schüsse auf die Polizeibeamten und die anschließende Kriminalisierung sowie der Umgang mit dem Verfahren in Arolsen, wo es auch umfangreiche Aussagen gab.

Die andere Frage, die sich aufdrängt und die auch dann in der Unterstützungsarbeit massiv diskutiert wurde, ist, wie verhindert werden kann, daß innerhalb der Antifa-Bewegung massiv Aussagen gemacht werden, wenn eine Repressionswelle ins Haus steht. Das Aussageverhalten wurde noch einmal als grundlegende Frage und Auseinandersetzung in die Unterstützungsarbeit auch bei uns in Berlin reingetragen. Diese Frage finden wir extrem wichtig. Aber unserer Meinung nach geht sie die gesamte Antifa-Bewegung an. Sie kann nicht nur anhand des Prozesses in Berlin diskutiert werden. Alle AntifaschistInnen sind mit diesen Problemen konfrontiert.

Wie drückt sich das in Eurer praktischen Arbeit aus?

Anna: In Berlin und auch darüber hinaus findet mittlerweile eine Diskussion über einen Umgang mit Aussagen vor allem von Jugendlichen statt. Wir in Berlin von der direkten Unterstützungsarbeit haben uns darauf verständigt, daß wir Erkan nicht aus der Solidarität ausschließen und uns auch weiterhin um ihn kümmern. Die Entscheidung ist dadurch entstanden, daß er psychisch immer noch erkrankt ist. Im Augenblick ist mit ihm zu seinen Aussagen keine Diskussion möglich, und wir wissen auch nicht, unter welchen Umständen diese

Aussagen zustandegekommen sind. Anders liegt die Sache mit dem 20jährigen Jugendlichen Bazdin Yoldaz, der von sich aus gesagt hat, daß er keine Unterstützung von den Linken will. Für uns besteht auch nach seinem bisherigen Verhalten keine Veranlassung, uns ihm gegenüber solidarisch zu verhalten und ihn in irgendeiner Art und Weise zu unterstützen. Wir denken, daß es auch in dem Zusammenhang wichtig ist, sich ins Gedächtnis zu rufen, daß die beiden Jugendlichen, wie viele Jugendliche auch, aktiv gegen Nazis vorgehen wollten, aber nicht über ein gestärktes politisches Bewußtsein verfügen, das sie in die Lage versetzt hätte, gegen eine derartigen Kriminalisierung und Bedrohung Widerstand zu leisten und keine Aussagen zu machen.

Der Prozeß kann ja auch nicht losgelöst gesehen werden von der momentanen Wahlkampfkampagne zur Inneren Sicherheit und den staatlichen Versuchen, sämtliche hier lebende Flüchtlinge und MigrantInnen zu kriminalisieren. Gleichzeitig findet er ja auch während der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes statt. Wie ordnet sich der Prozeß dort Eurer Meinung nach ein?

Artur: Dieser Prozeß bietet sich aus mehreren Gründen für eine Hetze und Funktionalisierung in diesem Wahlkampf an: Es ist einerseits so, daß aktive Antifaschisten und AntifaschistInnen kriminalisiert werden, also Menschen, die sich öffentlich dagegen zur Wehr gesetzt haben.

Außerdem werden in den jetzt auf der Anklagebank sitzenden türkischen und kurdischen Antifas als MigrantInnen kriminalisiert; als MigrantInnen, die versucht haben, eine Selbstorganisierung gegen die Verhältnisse in Deutschland zu entwickeln. Das wiederum entspricht dem anderen Schwerpunkt des Wahlkampfthemas Innere Sicherheit, die Bedrohung durch Ausländerkriminalität. Das bietet auch noch einmal die Möglichkeit, in Deutschland eine seit Jahren zunehmende Gewalt gegen gesellschaftliche und politische Minderheiten, zu verschweigen.

Mittlerweile ist es so, daß der offene Naziterror in einigen Städten zurückgedrängt wurde. An die Stelle dieses Naziterrors ist inzwischen institutionalisiertes rassistisches Vorgehen von Seiten der Ausländerbehörden und der Ausländerpolizei getreten. Mittlerweile lassen sich auch die zunehmenden rassistischen Übergriffe von Seiten der Polizei und privater Sicherheitsdienste nicht mehr verschweigen.

Anna: Es gibt eine massive gesellschaftliche Gewalteskalation. Dieser Prozeß soll dann auch von vornherein die Gegenwehr gegen diese Entwicklung abschrecken und mit einer massiven Bedrohung überziehen. Die andere Seite davon ist, daß die Menschen, die sich weiterhin gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen, von der sog. "Mitte der Gesellschaft" über die Diffamierung der Anklageschrift isoliert werden sollen. Dann fällt es den Behörden auch sehr viel leichter, die antifaschistische Bewegung und die MigrantInnenbewegung zu kriminalisieren und zu zerschlagen. Darüber gelingt es, die Mitte der Gesellschaft gegen die extremistische Bedrohung und gegen die Bedrohung durch Ausländer zusammenzuschließen und wieder in den Staat zu integrieren. Der Staat soll wieder als Schutzgemeinschaft für den Bürger etabliert werden, auf die er vertrauen kann. Dieser Staat soll dann entschlossen und scharf gegen alles bedrohende - in dem Falle AntifaschistInnen, MigrantInnen und Flüchtlinge - vorgehen.

Das Interview führte K. Blanke

Berlin, Mitte Juli 1994

Seit Mitte November 1993 sind die drei türkischen und kurdischen AntifaschistInnen Fatma, Abidin und Mehmet sowie die zwei türkischen Jugendlichen Erkan und Bazdin in Haft. Mitte Juli wurde der kurdische Antifaschist Seyho an der deutsch-österreichischen Grenze verhaftet; auch er sitzt inzwischen in der JVA Moabit. Allen wird vorgeworfen, an der Tötung des Faschisten Kaindl beteiligt gewesen zu sein.

Zu den Hintergründen des Verfahrens: Im April 1992 fand im Berliner Stadtteil Neukölln im Anschluß an eine Veranstaltung der faschistischen Sammlungsorganisation Deutsche Liga (DL) ein Arbeitsessen führender DL-Kader in einem China-Restaurant statt. Es ist davon auszugehen, daß es bei dem Treffen um die Finanzierung von Naziaktivitäten in Berlin ging. Vermutlich wurde das Treffen bekannt durch rassistische Pöbeleien der anwesenden Nazis - u.a. Ex-REP-Anwalt Carsten Pagel, Gerhard Kaindl (Landesschriftführer der DL), Gabriele Hartung (Bundesschatzmeisterin der DL), Thorsten Thaler (heute dem Hofmann-von-Fallersleben Bildungswerk nahestehend) sowie zwei Geschäftsfreunde der Nazis. Im Verlauf

einer spontanen antifaschistischen Mobilisierung wurde das Treffen im Restaurant angegriffen. Dabei wurde Gerhard Kaindl mit einem Messer so schwer verletzt, daß er starb.

Die folgende Repressionswelle traf vor allem politisch aktive, bekannte MigrantInnen und AntifaschistInnen. Der Staatsschutz bildete eine 20köpfige Sonderkommission und führte eine Reihe von Durchsuchungen und Zeugenbefragungen durch. Innerhalb von wenigen Tagen stand für den Polizeiapparat und einen Großteil der Medien fest, daß die TäterInnen entweder türkischer oder arabischer Identität seien, obwohl gleichzeitig gesagt wurde, daß die mutmaßlichen TäterInnen teilweise maskiert waren.

Im Verlauf der Ermittlungen ließ der Polizeiapparat Kadern der DL immer wieder gezielte Informationen über mutmaßliche TäterInnen zukommen; im Zusammenhang mit den NS-Terrorstrukturen rufen "Die Nationalen" in ihrer Zeitung "Berlin-Brandenburger Beobachter" im Frühjahr 1994 ihre Leserschaft dazu auf, sich die Adressen der TäterInnen in ihrem Büro abzuholen und dann loszuschlagen.

Die Verhaftungswelle in November 1993 wurde dann durch die Aussagen des Jugendlichen Erkan bei der Polizei ausgelöst. Den sechs Inhaftierten sowie fünf weiteren kurdischen, türkischen und deutschen AntifaschistInnen wird von der Staatsanwaltschaft Berlin vorgeworfen, auf der Grundlage "eines gemeinschaftlichen Tatplans aus niederen Beweggründen" einen Menschen ermordet zu haben. Die "niederen Beweggründe" seien "politisch motivierter Haß" gewesen. Zu dieser Anklage des "gemeinschaftlichen vollendeten Mordes" kommt dann noch der Anklagepunkt "des sechsfachen gemeinschaftlichen Mordversuchs".

Der Prozeß gegen die sechs beginnt am 20. September - höchstwahrscheinlich im Hochsicherheitstrakt - vor dem Landgericht in Berlin-Moabit.

Zur Unterstützung der Gefangenen sind im September eine Reihe von Aktivitäten geplant:

Am Freitag, den 16.9.94, wird in der TU Berlin eine Großveranstaltung zum Prozeßbeginn stattfinden.

Der Montag, der 19.9.94, ist als bundesweiter und internationaler Aktionstag gegen den Prozeß geplant: In mehreren europäischen Ländern sowie in den USA und Kanada werden Solidaritätsaktionen vor BRD-Einrichtungen stattfinden. In Berlin wird an diesem Tag eine Demonstration stattfinden.

Am Dienstag, den 20.9., wird es vor Prozeßbeginn eine Kundgebung mit internationaler Beteiligung geben. Gleichzeitig sollen an dem Tag Protesttelegramme und -Faxe ans Gericht geschickt werden: Fax-Nr.: 030-39792010, z.Hd. Staatsanwältin Nielsen und Richterin Eschenhagen.

Der Prozeß wird sich voraussichtlich bis Anfang 1995 hinziehen. Um zu gewährleisten, daß die Inhaftierten auch nach dem ersten Monat nicht alleine im Gerichtssaal sitzen wird versucht, die Prozeßbesuche zu koordinieren. Meldet Euch vorher bitte im UnterstützerInnen-Büro.

Wichtig: Das UnterstützerInnen-Büro ist umgezogen: Die neue Adresse lautet: FreundInnen u. UnterstützerInnen, c/o Kreuzbüro, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel. 030-7857281, Fax: 030-7869984 (z.Hd.: Antifa-Prozeßgruppe) ; die Tel.- u. Fax-Nr. wird sich im September evtl. noch einmal ändern.

Während des Prozesses wird ein regelmäßiges Prozeßinfo erscheinen, das über das UnterstützerInnen-Büro bezogen werden kann. Weiterhin wird viel Geld für die Gefangenen und ihre Verteidigung benötigt. Spenden an: M. Holzberger, Kto.-Nr. 1300953 00, Commerzbank BLZ 100 400 00.

Die Gefangenen freuen sich über Post:

1. Umschlag für alle gleich: Staatsanwaltschaft Berlin, z.Hd. StA Nielsen,

Az: 1 Kap Js 679/92, Turmstr. 91, 10548 Berlin

2. Umschlag mit der Adresse der jeweiligen Gefangenen:

Fatma Balamir, Buch-Nr.: 950/93/8, JVA Frauen,

Friedrich-Olbricht-Damm 17, 13627 Berlin

Abidin Eraslan, Buch-Nr.: 5455/3, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Mehmet Ramme, Buch-Nr.: 5436/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Seyho Karaaslan, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Erkan Sönmez, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstr. 285, 13437 Berlin

11. Hungerstreik für frische Wäsche und offene Fenster. Unmenschliche Zustände in den Abschiebeknästen

Autor: Gernot Schroeder-Wildberg · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:19

Wieviele Verzweiflungstaten sind noch nötig, bis sich endlich etwas ändert an dem unmenschlichen Abschiebungsverfahren? Wo bleibt die Allianz im Kampf gegen das diskriminierende Ausländergesetz? Und wo stecken die Unterstützergruppen?

Hungerstreiks, Selbstmordversuche bzw. Selbstmorddrohungen und Geiselnahme sind die Bilanz der letzten Wochen in den Abschiebehaftanstalten. Der folgende Artikel befaßt sich mit der Haftsituation und einem Hungerstreik im "Polizeigewahrsam Tiergarten" in der Berliner Kruppstraße. In dieser Haftanstalt sitzen ständig 170 Flüchtlinge ein. Da die Verantwortung für eine "Sicherung der Abschiebung" in Berlin nicht bei der Justiz, sondern bei der Innenverwaltung liegt, sind die Gefangenen nicht in Justizvollzugseinrichtungen, sondern in gesondertem Polizeigewahrsam untergebracht.

Wegen Beschwerden, die auf die katastrophalen Haftzustände hinwiesen, statteten die Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) und Teile des Parlamentarischen Ausländerausschusses der Abschiebeanstalt einen Besuch ab. Frau John zeigte sich nach der Stippvisite betroffen und beschrieb die Situation in der Haft als "kaum zumutbar".

Nachdem danach nichts weiter geschah, traten am 6. Juli 26 Flüchtlinge für eine Verbesserung der Haftbedingungen in einen unbefristeten Hungerstreik. Dabei kam unter anderem heraus, daß es wegen einer technischen Störung über einen Monat kein warmes Wasser für die AusländerInnen gab. Ein Bediensteter nutzte die Gelegenheit und verkaufte das für Tee oder Kaffee benötigte heiße Wasser für zwei Mark pro Becher. Gegen ihn wurde später Anzeige erstattet.

Die Behörden reagierten auf den Hungerstreik zunächst dadurch, daß sie einen von ihnen ernannten "Rädelsführer", Mahmoud S., kurzerhand in eine andere Haftanstalt verlegten. Dabei erstatteten sie auch Anzeige gegen ihn. Mahmoud S. soll andere Mithäftlinge dazu genötigt haben, gegen ihren Willen am Hungerstreik teilzunehmen. Bei Besuchen in der Haftanstalt konnte in Erfahrung gebracht werden, daß es unter den Streikenden niemanden gab, der diese diffamierende Unterstellung bestätigen konnte.

Am 11. Juli gab der Innenstaatssekretär Armin Jäger (CDU) aufgrund des öffentlichen Drucks den Forderungen größtenteils nach. Obwohl der Senat dadurch indirekt seine Schuld an den katastrophalen Haftzuständen einräumte, sitzt Mahmoud S. heute noch in Einzelhaft. Das Schuldeingeständnis der Täter einerseits und die Bestrafung der Opfer andererseits bringt diesen Widerspruch deutlich zum Ausdruck.

Folgende Zusicherungen wurden gemacht, der Hungerstreik wurde daraufhin abgebrochen:

- die Münzfernsprecher werden von drei auf fünf erhöht

- zu den bisherigen zwölf Elektrorasierern sollen zwölf weitere hinzukommen

- die Waschmaschine kann ab sofort kostenlos von jedem benutzt werden

- der vorher unregelmäßig durchgeführte Freigang soll täglich eine Stunde betragen

- die Fenster sollen im Sommer wegen der Hitze immer offen sein

- eine Sozialarbeiterstelle soll geschaffen werden

- Bettwäsche und Handtücher werden alle vierzehn Tage gewechselt

- ein Mitarbeiter des Landeseinwohneramtes soll sich einmal die Woche vor Ort um die Paßangelegenheiten kümmern

- alle Häftlinge sollen ab sofort nicht mehr wie bisher geduzt werden

- Bücher können abgegeben werden, wenn sie unpolitisch sind.

Die Forderung nach besserer medizinischer Betreuung wurde abgelehnt, da man die Betreuung als ausreichend empfindet. Die Inhaftierten werden derzeit von drei Amtsärzten versorgt, ein Untersuchungstermin ist oft erst nach über einer Woche zu bekommen. Beruhigungsmittel werden ohne Diagnose verschrieben, wer Tabletten wünscht, bekommt diese ohne größere Probleme ausgehändigt.

Die Kritik am schlechten und eintönigen Essen wurde zurückgewiesen, auf religiöse und kulturelle Unterschiede ging man erst gar nicht ein.

Wer sich in aller Ruhe die Zusagen des Senats durchgelesen hat, muß sich nach Sinn und Zweck des Hungerstreiks fragen. Waren die Forderungen zu bescheiden oder woran liegt es, daß die erreichten Verbesserungen wie blanker Hohn klingen im Vergleich zu den allgemein herrschenden Haftbedingungen. Es entspricht der traurigen Realität, daß man zu solch extremen Mitteln wie den Hungerstreik greifen muß, um überhaupt durchzusetzen, daß man zum Beispiel seine Wäsche regelmäßig und kostenlos waschen darf. Ein Flüchtling beschrieb bei einem Interview die Zustände der Abschiebehaft sehr präzise, als er sagte, daß sie gehalten werden wie Tiere. Er wüßte nach mehreren Monaten Haft nicht mehr, wohin mit seinen Gedanken, das Gefühl der Ohnmacht erhöhte sich mit jedem weiteren Tag.

Kaum Solidarität von außen

Im Gegensatz zum Strafvollzug haben Abschiebehäftlinge kein Recht auf psychosoziale Betreuung. Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es nicht. Obwohl diesen Menschen keine Straftat vorgeworfen wird, werden sie bis zu 18 Monate wie VerbrecherInnen weggeschlossen und isoliert. An dieser Stelle steht man vor der Frage, warum jemand wegen fehlender Dokumente eineinhalb Jahre einsitzen muß. Der § 57 des Ausländergesetzes, der die Abschiebungshaft definiert, bringt Klarheit. Laut diesem Paragraphen reicht bereits der "begründete Verdacht" aus, daß sich ein Flüchtling der Abschiebung entziehen will, um diesen sechs Monate zu inhaftieren. Die Haft kann in Fällen, in denen der Flüchtling seine Abschiebung verhindert, um nochmals zwölf Monate verlängert werden. In der Praxis wird der Paragraph so gehandhabt, daß selbst Flüchtlinge, die zur Mitarbeit bereit sind und Paßanträge an ihre Botschaften stellen, weiterhin in Haft bleiben. Ihnen wird zur Last gelegt, sich nicht ernsthaft um ihre Paßangelegenheiten zu kümmern. So werden zum Beispiel PalästinenserInnen, bei denen bekannt ist, daß sie keine Pässe vom libanesischen Konsulat erhalten, weiterhin inhaftiert. Der Vorwurf der fehlenden Kooperationsbereitschaft bei der Beschaffung von Dokumenten gerät auch deshalb zur Farce, weil selbst eine Mitwirkungsbereitschaft der Flüchtlinge durch die Isolierung fast unmöglich ist. Tatsache ist, daß der Vorwurf der fehlenden Mitarbeit in der Praxis gerne angewandt wird, um eine weitere Haftanordnung zu begründen. Dies geschieht, obwohl der § 57 auch aussagt, daß die Sicherungshaft unzulässig ist, wenn feststeht, daß aus Gründen, die der Ausländer nicht zu vertreten hat, die Abschiebung nicht innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden kann.

Abgesehen von der unzulässigen Handhabung des Gesetzes muß man sich eine weitere Ungeheuerlichkeit vor Augen führen: Beim Strafrecht kann der Angeklagte nicht genötigt werden, sich selber zu belasten, beim § 57 wird genau dies von ihm verlangt. Sind die Gefangenen nicht bereit, an ihrer eigenen, meist unerwünschten Abschiebung mitzuwirken, werden sie durch die lange Haftdauer für die fehlende Mithilfe bestraft. Zynischer und abwertender könnte ein Gesetz kaum sein.

Nach der Beendigung des Hungerstreiks machte eine kurz darauf folgende Aktion deutlich, daß mit der Erfüllung der Forderungen das eigentliche Problem der Gefangenen noch nicht berührt worden war. Drei Araber kletterten während des Freigangs auf Bäume und drohten, sich zu erhängen. Ihre einzige Forderung war die nochmalige Überprüfung ihres Falles und der Rechtmäßigkeit der seit mehreren Monaten andauernden Haft. Erst die Zusicherung, diesem zu entsprechen, beendete die Verzweiflungstat. Die fünf Verantwortlichen, zwei hatten als Verhandlungsführer unter den Bäumen gestanden, wurden danach sofort verlegt. Sie sitzen jetzt in Einzelzellen in verschiedenen Strafanstalten.

Die in den verschiedenen Abschiebeknästen durchgeführten Aktionen zeigen, daß die Gegangenen nicht mehr bereit sind, die Haftbedingungen und die Haft an sich weiter hinzunehmen. Die Antwort der für die Mißstände Verantwortlichen gibt Aufschluß darüber, wie man mit solchen Konflikten umgeht: Kriminalisierung und Isolierung Einzelner, Spaltung und Untergrabung von gemeinsamen Aktionen.

Obwohl der Hungerstreik die Medien kurzzeitig für dieses Thema sensibilisierte, blieb die aktive Unterstützung durch politische Organisationen weitgehend aus. Der sechstägige Hungerstreik mobilisierte gerade mal eine Handvoll Menschen. Die "Initiative gegen Abschiebehaft", der etwa dreißig Personen angehören, organisierte täglich eine Mahnwache, um die Verbundenheit mit den Hungernden auszudrücken. Die absolut schwache Resonanz der Politszene auf Aktionen von MigrantInnen und Flüchtlingen ist leider nicht nur eine vorübergehende Erscheinung. Dies zeigte sich auch bei einer am 15. Juli stattfindenden Demonstration gegen Abschiebungen und für ein bedingungsloses Bleiberecht. Die Demo war von Flüchtlingsgruppen organisiert und mit circa 300 Beteiligten äußerst schwach besucht. Die Phase der aktiven Flüchtlingsarbeit in Berlin wurde abgelöst durch Resignation und Desinteresse. Mann und Frau haben sich mit dem alltäglichen Rassismus eingerichtet.

Gernot Schroeder-Wildberg,

Antirassistische Initiative

Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus der ZAG (Zeitung antirassistischer Gruppen) Nr.12. Er wurde redaktionell geringfügig überarbeitet und mit einer neuen Überschrift versehen.

"Initiative gegen Abschiebehaft" braucht Unterstützung

Wir betreuen Flüchtlinge in der im nebenstehenden Artikel beschriebenen Abschiebehaft. Durch regelmäßige Besuche versuchen wir, auf die vorhandenen schikanösen Haftbedingungen hinzuweisen.

Die Inhaftierten werden ungenügend versorgt. Sie brauchen Tabak, Telefongeld, Briefmarken, Obst, Getränke, Zeitschriften, Hygieneartikel und so weiter und so fort. Außer dem sozialen Minimalkontakt zu den Gefangenen versuchen wir zu klären, ob alle Schritte zur Vermeidung der Haft unternommen wurden. Wo es möglich erscheint, werden die notwendigen Anträge gestellt, um die Haft zu beenden. Die Abschaffung der Abschiebehaft und ein Verzicht auf Abschiebungen sind unser Ziel.

Bei unserer Arbeit stoßen wir schnell an die Grenze unserer finanziellen Möglichkeiten. Wer helfen will, kann dies tun: Spendenkonto:

Berliner Volksbank, BLZ: 10090000, Kontonr. 22080083 "Initiative gegen Abschiebung". Kontaktadresse: Initiative gegen Abschiebehaft, Klopstockstr. 31, 10557 Berlin.

12. Besuch in der Musterstadt Weimar

Von Katja Leyrer

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:27

I. Von Weimar nach Buchenwald

Juli 1994: Weimar ist in. Meine feministische Freundin berichtet schwärmerisch vom Kongreß des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) im Herbst 1992, meine linken Künstlerfreunde sagen, ich solle unbedingt ins "ACC" am Burgplatz 1 gehen. Das ist ein expandierendes Kulturzentrum e.V. mit Galerie und einem Restaurant mit dem koketten Namen "Goethe trifft Nina". Frau trägt hier schwarz oder naturleinenes, Mann eine wichtig-intellektuelle Miene zur Schau. Man kann hier draußen sitzen; niemand beschwert sich, denn die Nachbarhäuser stehen überwiegend leer oder werden renoviert. Vor allem aber gibt es ausgesprochen leckeres Essen (algerischer Salat mit Bulgur, Gurken, Minze und Zitronencreme! 10,50 DM) und wechselnde phantasievolle Tagesgerichte zu einem Preis, für den man anderswo höchstens Pommes mit 'ner Wurst kriegt (7,50 DM).

Die Macher des Kulturzentrums - Ossis, wenn auch fast alle nicht aus Weimar - hatten einen guten Riecher: Bereits 1988 begannen sie, das geschichtsträchtige Haus in der künftigen "Kulturstadt Europas 1999" instand zu besetzen. Es hatte zehn Jahre leer gestanden, war bereits über 400 Jahre alt und dementsprechend heruntergekommen. Daß Goethe hier mal wohnte (1776/77), gehört in Weimar zum guten Ton; in diesem Falle scheint es sogar der Wahrheit zu entsprechen. Ganz im Gegensatz dazu hat die viel leiblichere Nina Hagen, auf die sich der Name des Caférestaurants auch bezieht, hier allerdings nie logiert; und sie hätte wohl an dem dicken, arroganten Minister Goethe hoffentlich auch keinen Gefallen gefunden.

1989/90 wurde das Haus von den Instandbesetzern aus der "Sanften Revolution" (Eigenwerbung) nach neu geltendem kapitalistischen Recht erworben, man wurde fix ein gemeinnütziger Verein, sanierte landesdenkmalspflegerisch und richtete eine mittlerweile weit über die Grenzen Weimars bekannte Kunstgalerie ein, die Ausstellungen junger Künstler aus der Region ebenso zeigt wie international bekannte Repräsentanten dieser Zunft. Im Juli/August 1994 sind dies eine Reihe von Photographien der Amerikanerin Cindy Sherman. Ein Renner, denn die "ACCler" treffen den richtigen Weimarer Ton:

"Die Frage nach dem Umgang mit der - eigenen oder fremden - Identität stellt sich nicht nur in New York. Weimar mit seiner wechselvollen Vergangenheit bietet dafür genügend Background. Eine reizvolle Aufgabe ist es auch deshalb, Shermans Spiel mit amerikanischen Stereotypen und Klischees, das sie uns in ihren Selbstinszenierungen als Spiegel einer medienbestimmten Welt vor Augen hält, für ein paar Wochen aus der kosmopolitischen Weltmetropole in die thüringische Kleinstadt zu holen." (ACC-Galerie, Ausstellungskatalog Cindy Sherman, 1994)

Es ist "Kunstfest" im Weimar.

Das ist ein großer, seit 1990 subventionierter Zauber im "Wallfahrtsort des Geistes" (Stadtführer). Jedes Jahr sechs Wochen lang, diesmal beinahe schief gegangen aus wahlpolitischen Finanzierungsversprechungs-Gründen. Nun aber findet er doch ganz groß und eben nach Weimarer Art "kosmospolitisch" statt: jeden Abend bis zu fünf Theateraufführungen, Lesungen und Konzerte mit berühmten Autoren, Regisseuren und Kultur-Stars. Als Höhepunkt 1994 gilt - nicht zuletzt wegen des pikant-gruseligen und extra hergerichteten Aufführungsortes - eine Peter-Stein-Inszenierung der antiken Tragödie "Orestie" von Aischylos im ehemaligen "Haus der Offiziere" der eben abgezogenen Sowjetarmee, die am Rande von Weimar ein großes Areal belegt hatte.

"Da bündeln sich Schicksalsstränge." (Weimar Kultur Journal, Hrsg.: Stadtkulturdirektion Weimar, Juli 1994).

Im "ACC" ist dieses Spektakel spürbar, wenn auch nicht entnervend. Einen Rest von kritischem Geschichtsbewußtsein hat man sich hier überdies noch erhalten. In der ACC-Speisekarte, die gleichzeitig Galeriewerbung ist, findet sich über die Geschichte des Hauses immerhin die Satzfolge:

"Bis Ostern 1777 nahm Goethe seine erste Weimarer Wohnung am Burgplatz 1. Viel später, Weimar war längst Hochburg der Nazis, wurde im selben Haus in einer Arztpraxis darüber entschieden, welche Bewohner des ‚Gaus Thüringen' der jüdischen Bevölkerung angehörten."

Um die Brisanz dieser Aussage zu verstehen, muß man wissen, daß es in Weimar Usus ist, an jedem Haus eine Tafel über dessen Geschichte bis etwa ins Jahr 1920 anzubringen und den Speisekarten der Restaurants nette kulturgeschichtliche Werbeschriften beizugeben. Man speist hier nie allein, sondern immer mit Goethe. Manchmal kommen noch andere dazu, z.B. Schiller, Wieland, Herder, Liszt, Bach, Liebermann, Gropius, van de Velde, aber auch Nietzsche, Cranach der Ältere und, und ... (Frauen sind wenige darunter). Noch lieber aber ißt und ist man heute in Weimar europäisch, multikulturell mit der Betonung auf deutscher Kultur - was immer das heißt -, vor allen Dingen aber ohne die Schatten gewisser Vergangenheiten.

"Auf engstem Raum kann man den Spuren derer folgen, die den Namen Weimar zum Mythos werden ließen: Goethe und Schiller, Herder und Wieland stehen für eine große Epoche deutscher Nationalliteratur, für ein Programm tätiger und völkerverbindender Humanität." (Impressionen: Weimar, Kulturstadt Europas 1999, Hrsg.: Amt für Tourismus und Weimar-Werbung, 1994)

100 Meter entfernt vom alternativ-schicken Künstlerambiente des "ACC" befindet sich der Hotel- und Restaurant-Komplex "Elephant". Auch dieses Haus am Markt ist eine standesgemäß mit Dichter-Histörchen beladene Adresse. Das Mittagsmenü kostet hier allerdings stattliche 48,- DM und hat zum Hauptinhalt ein mit Pinienkernen gebratenes Täubchen.

Die Speisekarte ist in schwer verständlichem Möchtegern-Haute-Cuisine-Ton gehalten und verdeckt Nepp: Eine "Tomatenessenz mit Basilikumnocken" erweist sich als schlicht versalzene Brühe mit Tomatenstückchen und Grießklößchen, an denen vielleicht einmal ein Stück des italienischen Krautes vorbeigetragen wurde. Dies ist hier die billigste Vorspeise (10,- DM); eigentlich speist man im ersten Gang "Wachtelcrepinette im Wirsingmantel und Sommertrüffel" (21,- DM), um dann zum "Loup de Meer mit grünem Spargel und schwarzen Trüffeln" (36,- DM) zu greifen. Und das ist alles noch preiswert im Vergleich mit den zu mietenden Zimmern des Etablissements, die pro Person mit Frühstück bis zu 315,- DM kosten. Geschichte - auch neuere - hat eben ihren Preis.

Im, wie die offizielle Geschichtsschreibung des Hauses heute suggerieren will, angeblich 300 Jahre alten "Elephant" haben nämlich nicht nur die Gäste Goethes geweilt, sondern auch Adolf Hitler. Der wollte seiner Lieblingsstadt das modernste Hotel Europas schenken und protegierte den vollständigen Abriß des historischen Gebäudes Mitte der 30er Jahre, um ein NS-Luxushotel bauen zu lassen. Auf Hitler ist man - nicht nur aus jenem Grunde - mal sehr stolz gewesen in dieser Stadt. Da ahnte noch niemand, daß sie "europäische Kulturstadt 1999" werden wird. Vom Balkon des damals neugebauten Hotel "Elephant" aus hat Hitler seine beliebten Auftritte in Weimar inszeniert. Er war oft und gerne hier, und dies war keine diktatorische Anmaßung, denn Weimar war die Stadt, die den ersten deutschen Nazi-Minister der Weimarer Republik hervorgebracht und bereits 1930 mehrheitlich NSDAP gewählt hatte.

Weimar galt spätestens seit 1924 als "geistiges Zentrum" der damaligen Rechten; hier fand 1926 der erste NSDAP-Reichsparteitag statt, hier wurde die Hitlerjugend gegründet, hier tagte erstmals der "Kampfbund für deutsche Kultur". Und Weimar ist auch die erste sich "judenfrei" nennende Stadt des deutschen Nazi-Reiches gewesen. Letzteres wiederum war keine allzugroße Kunst, denn man hatte, obgleich es in der Thüringer Gegend einige Tausend Juden gab und in den Nachbarstädten Erfurt und Jena beachtliche jüdische Gemeinden, nur ein knappes Dutzend jüdischer Familien aus der traditionell antisemitischen Kultur-Stadt Weimar zu schmeißen.

Das Hotel "Elephant" ist auch nach der jüngsten Wende wieder renoviert worden. Es hatte in der DDR-Zwischenzeit als Sowjet-Niederlassung, Lehrerbildungsanstalt und dann als Prominenten-Hotel gedient, war also für die neukapitalistischen Tourismus-Ansprüche der 90er Jahre nicht extravagant genug. Mehr als 30 Millionen DM sollen der neueste Umbau und die Neuausstattung (Designer-Möbel, echte Gemälde und Art-deco-Klos) gekostet haben. Man hat sich angeblich Mühe gegeben, die nationalsozialistische Architektur wegzustylen. Oder gab es andere Absichten? Ein Blick in den Bankettsaal (mit Namen Richard-Wagner-Saal!) weckt Erinnerungen an Filmszenen von Sauforgien grölender SS-Männer, und auch die wiederhergestellte marmorne Eingangshalle läßt irgendwie das Nürnberger Reichsparteitagsgelände vor Augen erscheinen.

In der Speisekarte der "Elephant"-Restaurants (heute Flambert-Kette, München) hört die deutsche Geschichte übrigens bei Goethe und der Herzoginwitwe Anna Amalia auf und macht dann einen flotten Sprung in die Jetzt-Zeit.

Auch im Nachbarhaus "Zum schwarzen Bären", Markt 20, ist ein wundersames Jetzt ausgebrochen. Das mittelalterliche Gebäude hat gleichfalls zehn Jahre fast leer gestanden und galt bis vor kurzem als nicht mehr erhaltbar. Im Rahmen des Kunstfestes Weimar 1994 findet dort Mitte Juli eine 14 Tage währende "akustische Ausstellung" statt. Dahinter verbirgt sich ein Projekt mit Namen "sound-scapes", das in die Weimarer Atmosphäre dieses Sommers 1994 hervorragend paßt: In 14 Zimmern des vollständig leeren Hauses sind jeweils unterschiedliche, sparsam angebrachte räumliche Inszenierungen eingerichtet worden, die - so die Weimarer Veranstalter - "das Ohr bereit machen sollen", den "Klangschaften" in den Räumen zuzuhören. Das ist gar nicht so kompliziert: In jedem Zimmer, auch in Küchen und Bad-Klos, wurden mehr oder weniger geschickt versteckt CD-Player installiert, die im Endlosverfahren eine "Klanglandschaft" abspielen.

Die Idee ist nicht schlecht, wenn sie auch manchmal etwas abgegriffen wirkt (Vogelgezwitschere im Bad). Die Initiatoren vom "Ensemble für Intuitive Musik Weimar" zeigen vor allem Berührungsängste mit der eigenen Vergangenheit und Weimar selbst; und von der großen Sehnsucht nach kosmopolitischem Gehabe ließen sie sich dazu verführen, fast ausschließlich Klangaufnahmen aus Lateinamerika zu installieren.

"Wir waren gerade in Lateinamerika, sechs Wochen lang", sagt einer der Künstler beinahe trotzig; es gehe ihnen darum, die "Klangorte der Welt" in dieses Haus zu holen. Und ein Besucher, 40 Jahre alt und ehemaliger Lehrer aus Weimar, versucht mir zu erklären, daß diese regional vielgelobte Ausstellung Ausdruck eines großen Fernwehs und Bedürfnisses nach Reisen und fremden Ländern sei. Eine historische Aufnahme zum Beispiel vom Weimarer Markt während einer bejubelten Hitlerrede oder vielleicht auch die Klänge des Marktplatzes an einem 1. Mai in den 50er Jahren? So etwas sei zu nah dran, zu provokativ hier. Und dies ja sei auch das Schöne, daß man die spanischen Textfetzen nicht so recht verstünde, dies sei ja sozusagen die Basis für die Meditationsebene in den kahlen Räumen.

"Nun, nach der friedlichen Revolution von 1989 und der Wiedervereinigung mit dem Westen Deutschlands 1990, besteht Hoffnung, daß die Bombenschäden des Krieges wie die Schäden, die ein sowjethöriges DDR-System in 40jähriger Herrschaft angerichtet hat, in der wiedergewonnenen Freiheit bald geheilt werden können." (Weimar-Stadtführer, Verlag Passavia Passau, 5. aktualisierte Auflage 1994)

Im Juli ist ein Merian-Reiseführer über Weimar herausgekommen. Druckfrisch garniert mit wunderschönen Fotos wird die 60.000-Einwohner-Kleinstadt hier als oberschicke und geistvolle Mini-Metropole aufbereitet. Dem Werbeblatt des internationalen Luxus-Tourismus gelingt visuell und inhaltlich eine Steigerung des in der Realität schon unerträglichen Dichter-und-Denker-Gehabes. Beim Lesen stellt sich ein sirrender Kopfschmerz ein ob so viel deutscher Kultur: Es ist ungeheuer hübsch und romantisch und auch Bauhaus dort in Weimar, man wird allerorten geküßt von den Musen, man muß einfach dorthin, bißchen teuer, aber sehr bildend. "Eine deutsche Kleinstadt mit großem Namen meldet sich zurück", heißt es. Große Freude greift um sich, daß wir unser Weimar und den Geheimrat Goethe wiederhaben und aufmotzen können. Gleich in mehreren Beiträgen wird Werbung für die gemeinnützige "Deutsche Nationalstiftung" Helmut Schmidts präsentiert, die sich zum Ziel gesetzt hat, "die Identität der Deutschen" wiederherzustellen.

Sogar einen ehemaligen Buchenwald-Häftling hat Merian ausgegraben - in Ungarn -, der das heute Richtige dazu zu sagen hat und außerdem noch Schriftsteller und damit Künstler ist. Unbezahlbar, der Mann! Imre Kertész hat nämlich nicht nur etwas Erbauliches aus seinem KZ-Aufenthalt gelernt ("Schließlich scheint es doch moralischer zu sein, durch eigene Leiden klüger zu werden, als durch die anderer."), sondern verfügt auch über DDR-Erinnerungen und hat zu deren Zeit Weimar besucht:

"Damals lebte ich schon zwei Monate lang als Stipendiat in der Deutschen Demokratischen Republik, dieser besonders unangenehmen Abteilung des Völkergefängnisses, des sozialistischen Lagers. Das Mahnmal, das inzwischen auf dem Ettersberg errichtet worden war, vermochte ich keine Sekunde lang als Beweis aufrichtiger Erschütterung eines freien Volkes zu betrachten. Viel eher als ein Memento für das zum Gefängnisdasein verdammte Volk, einzig dazu dienend, diese Schande zu rechtfertigen."

In der nun endlich ausgebrochenen Freiheit Weimars soll es heutzutage sogar besetzte Häuser geben, wird an anderer Stelle im Merian-Bildungsbürger-Touri-Heft berichtet. In diesen hausen, schreibt geistvoll einer der

Autoren, "die Autonomen", und die schliefen am Tag, weil sie nämlich in der Nacht immer wach sein müßten. Diese Weimarer Autonomen seien aber wiederum gar keine richtigen Autonomen, weil sie nicht dauernd Rechte verhauen gingen ...

In der Weimarer Gerberstraße - mitten in der historischen Altstadt - sitzen ein paar junge Leute in den offenen Fenstern eines der buntbemalten Häuser. Das Bild wirkt sehr friedlich. Und es soll, sagt mir ein Weimarer, der dabei war, wirklich zu Diskussionen zwischen linken und rechten Jugendlichen gekommen sein in dieser Stadt.

Politische Auseinandersetzungen in Weimar? Ja, kurz vor der Stichwahl zum Oberbürgermeister im Juni des Jahres sei es dazu gekommen, richtige Feindschaften wären entstanden, man habe beobachtet, daß sich Leute auf offener Straße beschimpft und angespuckt hätten. Die Meinungen über diese Wahl gehen auseinander, denn Volkhardt Germer, der - heute parteilose - Sieger des Ganzen, ist als ehemaliger Schulrat "damals" auch in der SED gewesen. Immerhin ist er aber Weimarer. Das ist hier wichtig und hat keineswegs nur etwas mit Aversionen gegen aus dem Westen importierte Politiker zu tun. Einmütig begeistert, wenn auch mit leicht irritierter Empörung ob des monumentalen Polizeieinsatzes im netten Städtchen, wird mir aber von der Demonstration gegen den chinesischen Premier Li Peng berichtet, zu der sich Anfang Juli alle zusammengefunden hatten, von den Linken bis zur Weimarer CDU-Jugend. China und die Ereignisse am Tiananmen-Platz sitzen hier noch tief und haben einen anderen Stellenwert als im Westen; das machen die zeitliche Nähe zur "Sanften Revolution" in der DDR und die ängstlichen Erinnerungen der ehemaligen Oppositionellen vor Reaktionen der Staatsgewalt wie in Peking. Daß die DDR niemals in ihrer Geschichte mit China gleichsetzbare Verhältnisse aufzuweisen hatte, fällt nicht ins Gewicht.

Mit dem Gleichsetzen und der Vergleichbarkeit hat man hier noch große Schwierigkeiten, die sozusagen vor der Haustür liegen: Auf dem Ettersberg, einige Kilometer entfernt vom Stadtzentrum, befindet sich das Gelände und die Gedenkstätte des wohl berühmt-berüchtigtsten Konzentrationslagers auf deutschem Boden. Dort sind zwischen 1937 und 1945 fast 60.000 Menschen ermordet worden - genauso viel, wie Weimar damals und heute Einwohner hat.

Niemand, der den Naziterror gegen die Häftlinge hier nicht mitansehen konnte: Sie wurden zeitweise vom Bahnhof durch die Stadt getrieben, in den neuen Rüstungsbetrieben geschunden, und die Toten anfangs sogar im städtischen Krematorium verbrannt, bis dessen Kapazität nicht mehr ausreichte. Und wenn die SS frei hatte, vergnügte man sich mit den Weimarer Jungmädeln oder feierte im "Elephant". Auch Goethe und Schiller wurden ja damals sehr verehrt, und Hitler persönlich spendete 1932 für eine Nietzsche- Gedenkstätte.

"Weimar und Buchenwald - nie hat es in der Geschichte dieser Stadt einen schlimmeren, letztlich niemals aufzulösenden Widerspruch gegeben." (Weimar, Hrsg.: Magistrat der Stadt Weimar, 1994)

Meine Gesprächspartner reagieren - mit einer Ausnahme, aber der ist ein jüdischer Historiker - leicht erstaunt bis genervt auf den Hinweis, daß ich eigentlich nicht wegen des Kunstfestes nach Weimar gekommen sei, sondern um mir die Gedenkstätte des KZ Buchenwald und die Ausstellung dort anzusehen, solange sie noch da sei. Im Tourismus- Büro am Markt wird meine Frage nach Informationen zum KZ Buchenwald gar mit einer hochgezogenen Augenbraue und Unfreundlichkeit quittiert, bis ich sage, daß ich Journalistin sei. Einzig zwei relativ neue Broschüren, die das Thema berühren, gibt es hier unter unzähligen Weimar-Veröffentlichungen: Es sind dies ein Wanderführer über den Ettersberg, in dem der Stacheldrahtzaun des ehemaligen KZ Buchenwald die Funktion der Orientierungshilfe für einen wunderschönen Ausblick einnimmt, und ein Heft "Erinnerung ist das Geheimnis der Versöhnung. Buchenwald 1937 / 1950 über ein Buchenwald-Geschichtsseminar 1991" (veranstaltet vom "Kuratorium Schloß Ettersburg e.V., der Evangelischen Akademie Tutzing, Der Gedenkstätte Buchenwald, der Initiativgruppe "Buchenwald 1945-1950", der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bundesministerium des Innern).

II. Von Buchenwald nach Weimar

"Wir gehen an der ‚Alten Burg` vorbei und gelangen zum Schloß (Ettersburg), dabei hat man Gelegenheit, noch einmal die harmonischen Übergänge vom Park zum Forst zu bewundern. Anschließend folgen wir einem Fahrweg in südwestlicher Richtung. Er führt durch den Willwebersgrund, eines der zahlreichen Tälchen, die auf beiden Seiten den Ettersberg zerfurchen, bis zum ehem. Konzentrationslager Buchenwald. Zuerst fallen uns zwei Wachtürme am Rande des Appellplatzes auf. Am Stacheldrahtzaun entlang gehen wir bis zum Lagertor mit den Wach- und Arrestgebäuden und von dort aus zu den nördlich davon liegenden ehem.

SS-Kasernen. Ein Fußweg unmittelbar östlich der Autostraße führt schließlich zum Mahnmal am Südhang des Ettersberges. Vom Glockenturm, der sich fast an der höchsten Stelle des Ettersberges (478 m NN) erhebt, hat man einen hervorragenden Ausblick weit über das südliche Vorland hinweg." (Der Ettersberg bei Weimar, Reihe: Thüringer Landschaften, Hermann Haack Verlagsgesellschaft, 1991)

"Oben", auf dem Ettersberg, kann man bei gutem Wetter wirklich weit übers Thüringer Land sehen. Und auf den ersten Blick scheint es, als sei die Zeit stehengeblieben und ein Stück DDR noch allgegenwärtig: Der Glockenturm, das Kremersche Denkmal und die "Straße der Nationen" stehen großartig-bombastisch in die Landschaft gehauen, wenn auch nunmehr etwas grasüberwachsen. Alle Weimarerinnen und Weimarer, mit denen ich sprach, sind mehrfach hier oben gewesen und finden die Buchenwalder antifaschistische Denkmalsanlage aus dem Jahre 1958 eher häßlich.

Dieser Einschätzung kann ich mich nicht ganz entziehen, doch ändert sich mein Verhältnis dazu, als uns Emil Carlebach die Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte erzählt. Er war mit anderen überlebenden Häftlingen des KZ in den 50er Jahren dabei und beteiligt, als das Monument geplant, gebaut und eröffnet wurde. Carlebach, gerade 80 geworden, ist heute Vizepräsident der internationalen Lagergemeinschaft ehemaliger Buchenwaldhäftlinge und nach eigenem Bekunden "immer noch Kommunist", wenn er auch nicht alles richtig findet, was im Namen des Kommunismus getätigt wurde. Sieben Jahre seines Lebens hat er als rassisch Verfolgter in diesem KZ verbracht. Er kennt auch das Weimar der DDR-Jahre und das Hotel "Elephant" als Adresse für die internationalen Gäste von Stadt und DDR-Staat zur jährlich organisierten Erinnerungsfeier an die Befreiung des Lagers.

"Buchenwald. Ehemaliges Konzentrationslager der Hitlerzeit (1937-1945), unweit davon die Gedenkstätte (von 1958). Auf dem Berg Goethescher Tradition errichtete das Hitlerregime 1937 ein Konzentrationslager. Unter unmenschlicher Barbarei wurden bis zu 250.000 politische Gegner, Juden, Kriegsgefangene, Sinti, Christen u.a. aus 35 Ländern geschunden und über 56.000 Häftlinge im Lager zu Tode gequält und ermordet. Das Museum im ehemaligen Lager und ein neues Museum für die Zeit 1945-1950 sollen an die Stätten des Grauens erinnern." (Weimar-Stadtführer, Verlag Passavia Passau, 5. aktualisierte Auflage 1994)

Wir machen Filmaufnahmen mit Emil Carlebach in Buchenwald. (1) Er zeigt uns die Orte seiner Erinnerungen, und er zeigt uns die Veränderungen der Wendefolgen. Die Inschriften an der "Straße der Nationen" sind abgeschliffen worden, angeblich, weil es einen Teil der Ländernamen nicht mehr gibt. Die Tafel im Eingangsbereich des berühmten Tores ("Jedem das Seine"), auf der die Zahl der von den Nazis Ermordeten benannt wurde, ist abgehängt. Aber es gibt nun auch ein Mahnmal für die ermordeten Juden auf dem Gelände des ehemaligen KZ - es befindet sich an dem Ort der Baracke, in der Carlebach als Blockältester dem Lagerwiderstand zuarbeitete. Die Glocke am Ettersberg läutet nicht mehr. Das Gelände des ehemaligen KZ wirkt etwas ungepflegt, obgleich die Gedenkstätte zur Hälfte vom Bund finanziert wird, sieht man von einem rekonstruierten Stacheldrahtzaun im Eingangsbereich ab.

Interviews hier oben? Nur der kommissarische Direktor der Gedenkstätte ist dazu bereit. Doch mein Interesse gilt vor allem der neu eingerichteten "Forschungsstelle Speziallager" und der gerade verabschiedeten Neukonzeption für das Museum. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten sich bedeckt. Zu oft war - besonders in der regionalen Presse - in den letzten Wochen und Monaten zu lesen, es handele sich durchweg um "rote Socken", deren Tage in dieser Position gezählt seien. Seit 1989 gab es mehrere Direktorenwechsel, und die Schlammschlacht des vorletzten (aus dem Westen importierten) Gedenkstättenchefs Hofmann in "Bild" und "FAZ" gegen seine ehemaligen Kollegen läßt an dessen Gemütszustand zweifeln. Man gewinnt hier den Eindruck, daß schon die Existenz der Gedenkstätte und des Mahnmals zur Erinnerung an die NS-Opfer eine Provokation sind. Während wir uns in Weimar aufhalten, titeln "Bild-Thüringen" und die "Thüringische Landeszeitung" mit Rundumschlägen gegen die Gedenkstättenmitarbeiter, den thüringischen Kultusminister Fickel und auch den ehemaligen KZ-Häftling Carlebach als Vorsitzenden der Lagergemeinschaft.

Schnell sind sie beim Thema "verordneter Antifaschismus" und "stalinistische Kunst". Das müsse eben weg. Sie seien gräßlich gewesen, diese FDJ-Aufmärsche am Ettersberg, die staatlich inszenierten Gedenkfeiern und auch die Schulausflüge dahin. Ja, angerührt habe sie das schon irgendwie, aber es sei doch auch gut, daß es nun vorbei sei.

"Der unmittelbar nördlich von Weimar gelegene Ettersberg zeichnet sich durch seine landschaftlichen Schönheiten aus. Dieses Fleckchen Erde lohnt es sich kennenzulernen: Ob in den rauschenden Buchenwäldern oder den schmucken Dörfern - überall gibt es viel zu entdecken." (Der Ettersberg bei Weimar, Reihe: Thüringer Landschaften, Hermann Haack Verlagsgesellschaft, 1991)

Daß ich in meinem BRD-Schulunterricht in den 60er Jahren niemals das Wort "KZ" vernommen habe, daß meine drei halbwüchsigen Kinder in ihren Schulausbildungen der 80er und 90er Jahren nicht ein einziges Mal eine NS-Gedenkstätte besucht haben, wird eher mit gelangweilter Ungläubigkeit beantwortet. Auch, daß die "Amicale Internationale de Neuengamme" einige Jahrzehnte und diverse Protest-Straßenblockaden brauchte, um eine Gedenkstätte mit einem Dokumentenhaus an diesem Ort der Nazi-Verbrechen in der Nähe von Hamburg zu erkämpfen (bis 1981!), wird eher als belanglos registriert. Ebenso, daß es zwei vollbelegte Knäste auf dem Gelände der Gedenkstätte Neuengamme gibt. Neuengamme hat eine ähnliche Nachkriegsgeschichte wie Buchenwald: Auch hier befand sich ein Internierungslager der Alliierten (1945-1948). Es waren allerdings Briten, die in zweifelhafter Art über bis zu 16.000 vorwiegend ehemalige SS- Männer herrschten: Es hat hier nur wenige Todesfälle gegeben, nicht zuletzt, weil die Kriegsverbrecher im Vergleich zur Hamburger Bevölkerung bevorzugt, "als kriegsgefangene Offiziere" behandelt wurden. Dies hinderte bundesdeutsche Rechtsradikale von der DVU nicht, 1992 in der Gedenkstätte einen Kranz mit der Aufschrift "Den Opfern der Gewaltherrschaft und des alliierten Terrors" niederzulegen, der jedoch von den Gedenkstättenmitarbeitern schleunigst wieder entfernt wurde.

In Buchenwald hingegen ist alles anders. Im Zuge der DDR-Abwicklung hat man - wie in Sachsenhausen - die Existenz der Spez-Lager nach 1945 "entdeckt". Sie seien tabuisiert gewesen, wird heute kolportiert, was nicht stimmt, denn über ihre Existenz wurde Anfang der 50er Jahre sowohl in west- als auch ostdeutschen Zeitungen berichtet. Richtig ist, daß sie sich durch eine vergleichsweise lange Dauer, eine höhere Todesziffer der Internierten und die Nationalität ihrer Betreiber von denen des Westens unterschieden und beliebtes Objekt in der Kriegsberichterstattung des Kalten Krieges gegen den "Stalinistischen Terror" darstellten. Schon damals wurden sie im Westen gern "KZ" genannt und zur Relativierung der deutschen NS-Verbrechen benutzt.

Es hat im sowjetischen Internierungslager Buchenwald, folgt man den Zeitungsmeldungen der vergangenen vier Jahre, fast ausschließlich "Unschuldige" gegeben - auch wenn die mittlerweile vorhandenen historischen Forschungen anderes belegen. Nicht wenige der Organisationen "stalinistisch Verfolgter" operieren mit einem Unschuldsbegriff, der vor allem von einem großen Verständnis für deutsche Nationalsozialisten und einem Haß auf DDR und Sowjetunion geprägt ist. Übrig bleiben letztlich die berühmten drei Diktaturen auf deutschem Boden, die sich je nach Rechtslastigkeit der Autoren nur in Nuancen unterscheiden. Manchmal liest sich das auch ganz flott in der Sprache Weimarer Kulturjournalisten, die jegliche politische Einordnung wohl weit von sich weisen würden:

"Die Befreier von faschistischer Diktatur waren als Betreiber einer sozialistischen gekommen, die den 50.000 Opfern Hitlers noch 6.000 Stalins hinzufügen sollten." (Weimar Kultur Journal, Hrsg.: Stadtkulturdirektion Weimar, Juli 1994).

In der Buchhandlung auf dem Gedenkstättengelände Buchenwald nimmt die käufliche Literatur über das "Spez-Lager Nr. 2" bereits einen nicht unerheblichen Raum ein. Neben einigen Kolloquiums- und Forschungsberichten kann man da auch Bücher erwerben, die vor einigen Jahren höchstens als rechtsradikale Landser-Heftchen gedruckt worden wären:

"Zum erstenmal sehe ich in den Augen russischer Soldaten ein Aufflackern asiatischer Grausamkeit, klingt aus dem erbarmungslosen ‚Dawaj!` die Ungeduld der Menschenverächter. (...) Die bis zum Überdruß wiederholte Phrase von der Zerschlagung des Faschismus war ja nichts anderes als die fadenscheinige Bemäntelung eines Raubzuges, der nach allem griff, was dem Sieger begehrenswert schien." (Der lange Weg nach Buchenwald, A. Bacmeister, Frieling-Verlag, Berlin 1992. Es handelt sich um die Autobiographie eines Berliner Volkssturm-Mannes, der sich damit brüstet, die tote Goebbels-Familie gesehen und beinahe Hitlers Leiche identifiziert zu haben; er war u.a. Internierter im sowjet. Speziallager Buchenwald).

Der im Juli 1994 noch kommissarisch eingesetzte Direktor der Gedenkstätte, Dr. Werner Brans (FDP), schreibt die Titel, die ich moniere, sorgfältig auf und verspricht, sich darum zu kümmern. Er wirkt besonnen und will gerecht sein, ist kein Freund von Pauschalentlassungen alter DDR-Mitarbeiter und mag keine großspurigen

Presseverlautbarungen, wie sie sein Vorgänger Hofman (SPD) beinahe täglich losließ. Doch die Buchenwalder Gedenkstättenleitung kann es gar nicht allen recht machen: So gibt es einen Beirat der ehemaligen KZ-Opfer und einen der stalinistisch Verfolgten. Die ersten wollen - aus verständlichen Gründen - nicht mit den zweiten an einem Tisch sitzen, und diese wiederum verlangen ein eigenes Museum für die Opfer des Internierungslagers, einen Friedhof und eine Versammlungsstätte auf dem Gelände des ehemaligen KZ. Nicht selten, um es vorsichtig zu formulieren, haben diese Forderungen den deutlichen Klang, die NS-Herrschaft zu relativieren und zu verharmlosen.

"Für immer schmerzhaft verbunden mit dem Namen bleibt das nahe der Stadt gelegene Konzentrations- und Internierungslager Buchenwald auf dem Ettersberg - Symbol sowohl menschlicher Perversion als auch mutigen Widerstands." (Impressionen: Weimar, Kulturstadt Europas 1999, Hrsg.: Amt für Tourismus und Weimar-Werbung, 1994)

Das neue Speziallager-Museum soll bereits 1995 gebaut werden. Über die Ausschreibung wurde gerade entschieden. Land und Bund finanzieren einen Waldfriedhof für die Massengräber der toten Internierten, über deren Anzahl es widerstreitende Auffassungen auch bei denen gibt, die diese Pläne unbedingt unterstützen. Die Ausstellung, die im Gedenkstättenmuseum der ehemaligen "Nationalen Mahn- und Gedenkstätte" über das KZ-Buchenwald, dessen Opfer und den weltweit bekannt gewordenen illegalen Widerstand der Häftlinge gegen die SS berichtet, wird nur noch bis zum Herbst 1994 zu sehen sein. Im Frühjahr 1995, zum 50. Jahrestag der Befreiung, soll, so die Pläne der Gedenkstättenleitung und der thüringischen Landesregierung, eine neue eröffnet werden. Emil Carlebach, einer der letzten Überlebenden, fürchtet, daß diese das Kapitel Widerstand im KZ Buchenwald überwiegend negieren wird, denn der war in erheblichem Maße von Kommunisten bestimmt, von denen einige später bis in DDR-Regierungen und andere SED-Staatsfunktionen aufrückten.

Dies will man hier oben im Thüringischen lieber vergessen, denn sonst drängen sich Fragen auf, ob denn der "Unrechtsstaat DDR" nicht auch manches richtiger gemacht haben könne als die siegreichen Demokraten aus dem Westen. In einem kleinen Studentencafé in der Amalienstraße entschuldigt sich die kellnernde Besitzerin dafür, daß sie noch Quittungsblocks "aus alten Zeiten" benutze. Wenn sie sich unbeobachtet glaubt, verschwindet ihr gefroren wirkendes Dauerlächeln für Zehntelsekunden und macht einem müden Gesicht Platz. "Nein, nein, auf keinen Fall will sie die DDR wiederhaben", auch wenn sie eigentlich damals weniger finanzielle Sorgen gehabt habe.

Im "Café Resi(denz)" sitzen am Vormittag junge, schick gekleidete Männer mit tragbaren Telephonen und treffen laut hörbar und wichtigtuerisch geschäftliche Verabredungen. Die erste Einkaufspassage ist bereits gebaut. Glas und Chrom. Teure Möbel und Klamotten werden verkauft. Vor dem Cranach-Haus am Markt werden alte Kunstbände aus DDR-Produktion verramscht. Man freut sich ja schon, daß sie nicht weggeschmissen wurden. Japanische Reisegruppen eilen von Museum zu Museum. Im Garten des Wittumspalais, der schön renoviert ist, sitzt ein junge Frau lesend auf einer Bank. Man hört jemanden Opernarien singen. Vor dem Deutschen Nationaltheater lassen einige betrunkene ältere Männer die Flasche rumgehen.

Hinter dem Theater befindet sich in einem beachtlich baufälligen Haus in der Heinrich-Heine-Straße das Frauenzentrum Weimar, von Frau Merkel als neubundesdeutsches Vorzeigeprojekt ausgezeichnet. Der Winter wird hart, sagt eine der Mitarbeiterinnen, denn es regnet und schneit dann ins Haus, und es gibt nur unzureichend Strom. Doch 1995 ziehen die Frauen um, und sie wollen sich auch nicht beschweren, denn es ist ihnen bewußt, daß sie mit einem relativ zuverlässigen Haushaltstitel und 19 Mitarbeiterinnen nicht nur im Maßstab der neuen Bundesländer relativ privilegiert dastehen. Die Weimarer "Frauenbewegung" gibt es nun schon gute zwölf Jahre und war "damals" - was hier immer "zu DDR-Zeiten" heißt - der Oppositionsbewegung mit kirchlicher Anbindung zuzuordnen. Immer noch existiert hier in Weimar ein frauenpolitischer Runder Tisch, deren Vertreterinnen demnächst beratende Stimme im Gleichstellungsausschuß der Stadt haben sollen. Notwohnungen haben die Frauen auch eingerichtet - es gibt kein Frauenhaus -, sie halten eine Tag- und Nachtbereitschaft aufrecht und bieten ein umfangreiches Programm von Sozial- und politischer Bildungsarbeit plus Kultur. Hier stoßen meine Nachfragen aber eher auf freundliches Befremden. "Europäische Kulturstadt", sagt meine Gesprächspartnerin, "das ist gar nicht so schlecht für so 'ne Stadt wie Weimar". Daß diese Beförderung - politische Vergangenheiten außen vor - vielleicht auch Grundstücks- und Mietpreise erhöhen

könnte, weist sie zurück: Der Ausverkauf sei nun abgeschlossen. Wie andere Weimarer auch hofft sie auf Kultur- und Europagelder und liebt ihre Stadt, so wie sie jetzt ist und protzig-schick vermarktet wird.

Die Kommune Weimar ist - vergleichsweise - reich. Sie gehört zu den wenigen "Absahnern" der Wende, denn hier wurde zumindest ein Stückweit das eingehalten, was viele DDR-BürgerInnen hofften und ihnen von der BRD-Regierung versprochen worden war: Ganze Straßenzüge wurden saniert, auch wenn es immer noch eine große Zahl von zusammen brechenden Häusern gibt. Ein westlicher Glimmer-Tourismus hat sich breit gemacht und sorgt für Arbeitsplätze und Mittelstandsinvestitionen. Weimar war nie Industriestadt, sondern auch zu DDR-Zeiten schon privilegiertes "Kulturstädtchen". Die Städte Jena und Erfurt haben nicht erst seit 1989/90 darunter zu leiden, daß Weimar immer vorgezogen wird. Das macht der Goethe. Und so hat auch der Anschluß an den großdeutschen Europa-Kultur-Tourismus beinahe nahtlos stattfinden können: Bis auf eine erhebliche Dezimierung von Arbeitsplätzen in einem großen Landmaschinen-Kombinat hat es keine Schließungen großer Industrieanlagen gegeben. Die Arbeitslosigkeit liegt bei durchschnittlich 14 % - das ist für neubundesdeutsche Verhältnisse wenig. Bereits 1991 wurde Weimar ins "Modellstadtprogramm Innenstadtsanierung" des Bundes aufgenommen. Im November 1993 fiel die Entscheidung in Brüssel, Weimar zur "Kulturstadt Europas 1999" zu erklären. Beide Ereignisse bedeuten vor allem eines: Geld aus Bundes- und Europatöpfen und Investitionen. Zehn Jahre Entwicklungsschub nennt die freundliche Pressesprecherin des Oberbürgermeisters das, was die Kommune von Kulturstadtrummel erwartet. So ganz mag sie meine Befürchtungen über die flankierend zu erwartenden Teuerungen nicht von der Hand weisen, doch die Vorteile werden schon überwiegen, und ein bißchen sei sie auch "stolz gewesen an diesem 5. November", als die Entscheidung auf Weimar fiel (Konkurrenzstadt war übrigens Nürnberg mit dem wunderschönen Reichsparteitagsgelände).

Dem allen vorauseilend hat eine jungdynamische Kulturschickeria-Szene ein kleines bißchen Leben in die spießige Kleinstadtatmosphäre gebracht. Man sieht, abgesehen von den erwähnten japanischen Reisegruppen, bei allem Flair sommerabendlicher Straßen kneipen allerdings wenig Ausländer oder ausländische Restaurants. "Weimar den Weimarern" forderte ein Wahlplakat im Sommer 1994 ganz uneuropäisch, was auf einige Kritik stieß. Aber eigentlich ist hier schon alles in Ordnung so. Man hat hier erstens was mit Goethe und zweitens mit all den anderen Kulturheroen zu tun, die heute dafür herhalten müssen, daß man scheinbar geschichtslos leben kann, ohne auf deutsche Geschichte verzichten zu müssen. Eine Musterstadt eben!

"Im Jahre 1920 wurde das Land Thüringen gegründet, 1933 bezogen die Nationalsozialisten das Gebiet um Weimar in den Gau Thüringen ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Herrschaft der SED, die im Herbst 1989 ihr Ende gefunden hat." (Der Ettersberg bei Weimar, Reihe: Thüringer Landschaften, Hermann Haack Verlagsgesellschaft, 1991)

Anmerkungen:

1) Auszüge sind zu sehen in der Sendung "Z" in Kanal 4, 18. September 24 Uhr.

"Weimar, Weimar, hopsassa,

Ein Museum bist du ja,

Daß ich stock beim Schreiten,

Wie ein Bilderbuch gescheckt,

Fahnen in das Haar gesteckt,

Je nach Macht und Zeiten.

Weimar, ach du deutsche Stadt,

Die wohl jeder Deutsche hat

Irgendwie gesehen.

Hinterm stromdurchflossenen Draht

Oder beim geheimen Rat

Oder beim Durchgehen.

Weimar, alte Nutte du,

Ich mach meine Kutte zu,

Weil ich in Dir friere,

Wenn ein Dorf zum Mekka wird,

Kommt die Kälte, daß es klirrt

Über alle Tiere."

(Wenzel: Reisebilder, AMIGA,

VEB Deutsche Schallplatten, 1988)

13. "... Kampf um die Würde Lateinamerikas wieder aufgenommen". Gespräch mit Subcomandante Marcos in Aguascalientes, Chiapas

EZLN beruft "Demokratische Nationalkonvention" ins zapatistische Aufstandsgebiet ein

Autor: J. Chicoy, B. Alexander · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:26

Mehr als 6.000 Delegierte verschiedenster sozialer Bewegungen und Organisationen versammelten sich vom 6.-9. August 1994 im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas, um über eine gemeinsame Strategie angesichts der gegenwärtigen politischen Krise Mexikos zu beraten.

Wie der internationalen Öffentlichkeit spätestens nach dem 1. Januar 1994, dem Tag der bewaffneten Erhebung der chiapanekischen Indigenas, klar werden mußte, hat die seit über 65 Jahren autoritär regierende Staatspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) Mexiko an den Rand einer sozialen und politischen Katastrophe gebracht. Zu dem Unmut über das durch und durch korrupte und bürokratisch verkrustete System der Staatspartei summierte sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts die wachsende Verzweiflung über die katastrophalen sozialen Folgen der neoliberalen Wirtschaftsreform. In Chiapas, einem der ärmsten mexikanischen Bundesstaaten, führte die hoffnungslose Situation zu Beginn dieses Jahres zum Aufstand der Zapatistischen "Nationalen Befreiungsarmee" (EZLN). Nach zwölf Tagen Krieg, Flächenbombardements der Luftwaffe, führten massive Proteste im ganzen Land schließlich zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen zwischen Regierung und Rebellen.

Nachdem die von der Regierung angebotenen sozialen und politischen Zugeständnisse nach Beratung in den Dorfgemeinschaften der Indigenas der Konfliktzone als unzureichend zurückgewiesen wurden und sich auf seiten der Regierung die Vertreter einer harten Linie mehr politisches Gewicht verschaffen konnten, kam der Verhandlungsprozeß ins Stocken. Eine der wichtigsten Unvereinbarkeiten war die Nachdrücklichkeit, mit der die EZLN auf einer öffentlichen Debatte über die nationalen Probleme (und nicht nur der chiapanekischen) bestand, was die PRI strikt ablehnte.

Daraufhin wandte dich die EZLN mit einer "Zweiten Deklaration aus dem Lakandonischen Dschungel" an die Öffentlichkeit Mexikos. "Wir wenden uns an unsere Brüder und Schwestern in den Nichtregierungsorganisationen, den Organisationen der Campesinos und Indigenas, an die Arbeiter auf dem Land und in der Stadt, an Lehrer und Studenten, Hausfrauen und die Leute in den Stadtvierteln, an Künstler und Intellektuelle, an die unabhängigen Parteien, Mexikanerinnen und Mexikaner: Wir rufen Euch auf zu einem nationalen Dialog über Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit (...) Alle Formen des Kampfes sind notwendig, um den Übergang zur Demokratie in Mexiko zu erreichen." Ziel des Aufrufs war es, ein Forum der Debatte für alle gesellschaftlichen Gruppen zu schaffen, die sich vom System der Staatspartei nicht mehr repräsentiert fühlen.

Nichtregierungsorganisationen, Campesino- und Arbeiterbewegung, Frauen-, Bürgerrechts- und Indigena-Bewegungen sollten ihr Projekt für einen gesellschaftlichen Wandel in Mexiko formulieren können. Subcomandante Insurgente Marcos erklärte, daß sie alle eingeladen hätten, alle - außer denen, die sich am Volk bereichern. Eine Handvoll Spitzenfunktionäre und Unternehmer ist in den letzten zehn Jahren in die Riege der reichsten Männer der Welt aufgestiegen, während mittlerweile über die Hälfte der mexikanischen Bevölkerung in Armut lebt.

Das Regime und seine Protagonisten versuchten von Anfang an, die Konventionsbewegung zu verhindern und zu diskreditieren. "Undemokratisch", "verfassungswidrig", "nicht repräsentativ", waren noch die harmlosesten Attribute von dieser Seite. Allein der breite Widerhall in der mexikanischen Zivilgesellschaft macht eine Verhinderung der Konvention unmöglich. Bedeutende Persönlichkeiten wie die Schriftstellerin Elena Poniatowska, Carlos Monsivais, der ehemalige Rektor der größten Universität Mexikos, der UNAM, Gonzalez Casanova, erklärten öffentlich ihre Unterstützung. Die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, Bewegungen und politischen Organisationen wählten ihre Delegierten. Convencionista-Komitees in den Stadtteilen, Betrieben und Universitäten bildeten sich und organisierten Vorbereitungskongresse in den 31 Bundesstaaten und im Bundesdistrikt Mexiko-Stadt.

Zur gleichen Zeit vertauschten mitten im Lakandonischen Dschungel, fünfzig Kilometer von der guatemaltekischen Grenze, 300 Militante der EZLN vorübergehend ihre Gewehre mit Äxten und Hämmern, um innerhalb eines Monats ein Auditorium für 6.000 Menschen, Küchen, Unterkünfte und Latrinen aus dem Boden zu stampfen.

Am 6. August trafen die Konvois der Delegierten in San Cristobal de las Casas ein. Das Organisationskomitee kämpfte im strömenden Regen gegen das Chaos. Am folgenden Tag berieten die Delegierten in fünf Arbeitsgruppen zu den Punkten, die sich im Verlauf der Vorbereitungsdebatten als die brennendsten erwiesen hatten: Bruch mit dem System der Staatspartei und Aufbau einer sozialen Gegenmacht; friedlicher Übergang zur Demokratie; Verhinderung eines Wahlbetrugs durch die PRI; ziviler Widerstand; ein neues gesellschaftliches Projekt, das von den Interessen des mexikanischen Volkes ausgeht; eine Regierung des demokratischen Übergangs und eine neue Verfassung.

Erst spät in der Nacht wurden die Beschlußvorlagen für das Konventionsplenum fertiggestellt. Am nächsten Tag brachen die Fahrzeuge der Karawanen in aller Frühe auf. Ihr Ziel Aguascalientes, ein Ort, den es bisher auf keiner Landkarte von Chiapas gibt, mitten im Lakandonischen Dschungel, im Herzen des von der EZLN kontrollierten Gebietes. Der Name soll an jenen Ort erinnern, an dem im Oktober 1914 die mexikanische Revolutionsführer Emiliano Zapata und Francisco "Pancho" Villa zusammentrafen, um ihre Kräfte zu vereinen. Ursprünglich zur militärischen Vereinigung aller revolutionären Fraktionen einberufen, kam es auf der historischen Konvention von Aguascalientes zum Bruch zwischen dem bürgerlichen Flügel unter Carranza und Obregon und der radikal-agraristischen Linken hinter Villa und Zapata. Der entscheidende Bruchpunkt war dabei die Frage der Enteignung der Großgrundbesitzer und der Landneuverteilung.

Hinter Las Margaritas, auf halber Wegstrecke zwischen San Cristobal und Aguascalientes, passierte der Konvoi den letzten Kontrollposten der Regierungstruppen. Die befestigte Straße endet hier. Die Selva Lacandona, die hier beginnt, ist ein zerklüftetes, dicht bewaldetes Gebirge, ideal für den Guerillakrieg, ein nahezu unüberwindliches Hindernis für Regierungstruppen und die Karawane der Delegierten. Im kreischenden zweiten Gang kletterten die Kleinbusse die schmalen, unbefestigten Serpentinen hoch und runter. Für die 200 Kilometer von San Cristobal bis Guadalupe Tepeyac, einem Dorf zwei Kilometer von Aguascalientes entfernt, brauchten die Delegierten über 20 Stunden. Am frühen Abend erreichte der Konvoi den ersten von drei zapatistischen Kontrollposten. Jedes Fahrzeug, jeder Rucksack, jede Hosentasche wurde minutiös nach Waffen durchsucht. Im Vorfeld der Konvention hatte es seitens der chiapanekischen Großgrundbesitzer und obskurer Kräfte im Staatsapparat verschiedene Provokationen gegeben. Die Befürchtung, es könne zu Übergriffen auf Konventionsteilnehmer kommen, bestätigte sich glücklicherweise nicht.

Subcomandante Marcos und Comandante Tacho, politisch-militärischer Kommandant der Region Tojolabal, vom zapatistischen Generalkommando, eröffneten die Konvention mit einer Truppenparade der EZLN. Über 1.000 maskierte Indigenas, viele Jugendliche, aber auch Ältere, Frauen und Kinder, mit Sturmgewehren vom Typ AK-47 Kalaschnikow chinesischer Bauart und älteren mexikanischen Armeekarabinern, marschierten unter den Augen der 6.000 beeindruckten Delegierten vorbei. "Unsere Geheimwaffe, die beste Technologie", erklärte Marcos, "ist die Unterstützung dieser Männer, Frauen und Kinder".

Insgesamt 100 Personen, zwei Delegierte je Staat und eine Anzahl bekannter Persönlichkeiten wie der Schriftsteller Carlos Monsivais, das Leitungsmitglied der linken Oppositionspartei PRD (Partei der Demokratischen Revolution) Pablo Gomez, der Soziologe Rodolfo Stavenhagen wurden in das Präsidium gewählt. Rosario Ibarra de Piedra, Mutter eines in den 70er Jahren von der PRI ermordeten Guerilleros, bekannte Menschenrechtsaktivistin und frühere Präsidentschaftskandidatin der Revolutionären Arbeiterpartei PRT (Sektion der 4. Internationale), wurde mit großer Begeisterung zur Präsidentin der Konvention gewählt.

Hinsichtlich der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 21. August beschlossen die Delegierten, zu einer Stimmabgabe gegen die PRI und die konservative Oppositionspartei PAN (Partei der Nationalen Aktion) aufzurufen, womit sie indirekt die linke Oppositionspartei PRD unterstützen. Ein Wahlbetrug der PRI soll "notfalls mit zivilem Ungehorsam bis hin zum Generalstreik" verhindert werden. Die Convencionistas beschlossen, sich für die Schaffung einer "Volksregierung für den demokratischen Übergang" einzusetzen und eine zweite Konventionssitzung nach den Wahlen einzuberufen.

Im Sinne der Mehrheit der Delegierten stellte Gonzalez Casanova klar: "Es ist nicht Sache der Konvention, diese oder jene Partei zu unterstützen, sondern es werden die Organisationen und Parteien sein, die die Konvention zu unterstützen haben." Das Verhältnis zwischen Demokratischer Nationalkonvention und PRD ist komplex: Beide Bewegungen setzen sich aus einer Vielzahl unterschiedlicher Strömungen zusammen, von denen sich einige nicht nur programmatisch, sondern auch organisatorisch und personell überschneiden, während andere sich nicht scharf genug voneinander abgrenzen können. So ist beispielsweise Rosario Ibarra, Sprecherin der PRT, die Präsidentin der CND und gleichzeitig Parlamentskandidatin der PRD und war eine der Hauptrednerinnen auf der Wahlkampfabschlußkundgebung Cuauhtemoc Cardenas in Mexiko-Stadt mit einer Beteiligung von über 200.000 PRD-Anhängern am 13. August 1994. Die PRD wie die CND sind Ausdruck des wachsenden Selbstbewußtseins und des Bruchs breiter sozialer Sektoren mit dem korporatistischen System der Staatspartei. Gleichwohl spiegeln beide unterschiedliche Reifegrade dieses Prozesses wider: Entstand die PRD in der zweiten Hälfte der 80er Jahre aus einer linken Abspaltung der PRI, die mit dem größten Teil der traditionellen sozialistischen Linksparteien fusionierte, ist die CND Ausdruck eines neuen politischen Selbstbewußtseins der sectores populares, das sich unmittelbar, ohne die Vermittlung politischer Parteien, artikuliert. Falsch und politisch fatal wäre es aber, beide Kräfte einander entgegenzustellen. Zwar ist die Kritik aus der konventionistischen Linken an der Begrenztheit des PRD-Programms und ihren teilweise bürokratischen innerparteilichen Methoden berechtigt, dennoch ist eine PRD-Regierung in der gegenwärtigen Phase unter den real vorhandenen Optionen die einzige, die die Weiterentwicklung des demokratischen und revolutionären Prozesses in Mexiko begünstigen kann.

Auf die Frage nach der Möglichkeit eines von vielen befürchteten Wiederaufflammens des bewaffneten Konfliktes nach den Wahlen, antwortete Marcos: "Von uns wird der Kriegsbeginn nicht ausgehen. Ab heute ist die EZLN keine souveräne Kraft mehr, sondern untersteht den Beschlüssen der CND." Und Gonzalez Casanova fügte hinzu: "Diese Versammlung ist ein Ereignis ohnegleichen. Eine bewaffnete Gruppe ruft zum Frieden auf während die anderen darüber diskutieren, wie sie weiter Krieg führen können."

Die grundsätzliche Bedeutung der Konvention von Aguascalientes liegt zum einen in ihrem Stattfinden selbst. Wohl zum ersten Mal in der Geschichte hat eine revolutionäre Armee, die einen kleinen Teil des umkämpften nationalen Terrains kontrolliert, eine derartige Versammlung der Zivilgesellschaft ihres Landes einberufen. Der hauptsächliche Erfolg der Konvention liegt in dem Phänomen der Transformation einer regionalen militärischen Kraft in eine die ganze Nation erfassende zivile politische und soziale Bewegung, die einen radikalen gesellschaftlichen Wandel auf die Tagesordnung setzt und auch das Potential hat, diesen zu realisieren.

Spät in der Nacht brach ein gewaltiges Tropengewitter über Aguascalientes herein. Das Camp verwandelte sich in eine Schlammwüste, und der Sturm riß die riesige Plane, die dem Auditorium als Sonnen- und Regendach diente, zuerst etwa 100 Meter in die Höhe, um sie dann beiseite zu fegen. Um ein Haar hätte die Konvention Schiffbruch erlitten. Ob dieses gespenstische Schauspiel ein Omen für die politischen Entwicklungen der nächsten Wochen war, wird sich am und nach dem 21. August zeigen. Alles hängt vom Ausgang der Wahlen, der Stärke und Reife der demokratischen Bewegung, der Kompromißbereitschaft der PRI und von hundert Unwägbarkeiten ab.

Juan Chicoy und Boris Alexander,

Mexiko-Stadt, 14. August 1994

"... Kampf um die Würde Lateinamerikas wieder aufgenommen"

Aus einem Gespräch mit Subcomandante Insurgente Marcos vom 9. 8. 1994 in Aguascalientes, Chiapas

Wie wird die EZLN reagieren, wenn die PRI die Wahlen "gewinnt"?

Das CCRI-CG (Geheimes Revolutionäres Indigenakomitee - Generalkommandantur) der EZLN wird sich den Beschlüssen der CND unterwerfen, das heißt, daß ab heute die EZLN nicht mehr allein Beschlüsse fast, sondern gemeinsam mit der CND. Im unglücklichen Fall, daß die PRI die Wahlen gewänne - was der liebe Gott vermeiden möge - werden wir tun, was die CND von uns verlangt.

Wie wird die EZLN beurteilen, ob es einen Wahlbetrug gegeben hat oder nicht?

Mittels der CND werden wir dies feststellen. Auf der Grundlage der Beschlüsse der CND und der Mobilisierung gegen einen möglichen Wahlbetrug werden wir handeln.

Gestern nacht hat die CND durch den Gewittersturm Schiffbruch erlitten. Heute ist sie wieder flott. Wie kam das Wunder zustande?

Wir haben 502 Jahre darauf gewartet, daß diese ganzen Leute hierherkommen, und jetzt nachdem es soweit ist, waren wir uns sicher, daß der Schiffbruch gestern abend uns nicht die Stimmung verderben wird. Die CND hat sich aufgerüttelt wie die Sonne heute morgen wieder aufgegangen ist - so wird es in ganz Mexiko sein.

Glaubst Du, daß das Regime das Angebot, die Waffen schweigen zu lassen, gehört hat oder bleibt es taub?

Die EZLN hat niemals angeboten, die Waffen niederzulegen. Was wir angeboten haben ist, den Raum zu schaffen für den friedlichen Übergang zur Demokratie. Die Regierung hat keine Alternative: Sie muß sich genau anhören, was hier vorgeschlagen wird - und sie hat ja auch genügend Spitzel hierhergeschickt, um das zu tun. Die Regierung kann jetzt nicht mehr argumentieren, daß sie "vermummte Typen mit einem Gewehr über den Schultern" nicht anhört. Hier gibt es genügend Leute ohne Vermummung und ohne Waffen, die sich klar ausgedrückt haben, so klar und stark, daß die Regierung einfach zuhören muß.

Die EZLN hat eine starke Bewegung für den Übergang zur Demokratie geschaffen. Die Zapatisten spielen jetzt eine wichtige politische Rolle in Mexiko. Wie kann die EZLN der sozialen Bewegung helfen ohne sich in eine Partei zu verwandeln?

Wir haben die Volksbewegung nicht geschaffen. Die Volksbewegung hat schon existiert. Vielleicht hat die Stimme der EZLN Dinge formuliert, die viele ausdrücken wollten. Die Rolle der EZLN ist nicht, das mexikanische Volk anzuführen. Unsere Rolle besteht darin, ihm zu helfen, ihm zu folgen und wenn es notwendig werden sollte, für sein Wohl auch militärisch zu handeln. Wir sind keine politische Partei und wollen dies auch nicht sein. Wir haben auch nicht vor, die Macht zu übernehmen. Was wir anstreben ist, daß die Leute, die hier auf der CND versammelt sind, an die Macht kommen und zwar, wenn es möglich ist, etwas geordneter als sie hier nach Aguascalientes gekommen sind.

Was ist die konkreteste und positivste Resolution, die auf der CND gefällt wurde?

(Rosario Ibarra wirft ein:) Daß wir einig sind und gemeinsam die Regierung stürzen werden.

Wir wird die zapatistische Bewegung nach den Wahlen aussehen?

Es wird nach den Wahlen eine Bewegung der CND geben mit vielen Kräften, eine davon wird die EZLN sein.

Was wird die EZLN tun, wenn sich in anderen Landesteilen bewaffnete Gruppen erheben, die sich nicht den Beschlüssen der CND unterwerfen wollen?

Die EZLN wird ihre Verbindungen zu diesen Gruppen nutzen, um ihnen die Beschlüsse der CND zu erklären. Wir werden sagen, daß sich die revolutionären Armeen nie gegen den Willen des Volkes erheben können und dürfen. Ich glaube, daß bei ihnen dieser Grad an politischer Reife besteht, um unsere Position zu verstehen.

Bist Du zufrieden mit dem Verlauf der CND?

Ich bin zufrieden in dem Sinne, daß wir überlebt haben. Am Problem der Repräsentativität der CND muß noch gearbeitet werden. Die CND-Bewegung hört mit Aguascalientes nicht auf, sondern fängt an. Wir müssen in die Stadtteile, Campesinokooperativen, Indigenadörfer, Unis usw. gehen, um unsere Basis zu verbreitern und zu vertiefen.

Wie hast Du dich persönlich gefühlt in den letzten Tagen?

Es war ein Genuß, fast ein Orgasmus.

Glaubst Du, daß mit der zapatistischen Bewegung die Guerillabewegungen in Lateinamerika wieder aufflammen könnten?

Die EZLN ist keine Guerilla, sondern eine reguläre Armee. Mit dem Aufstand der EZLN wird der Kampf um die Würde in Lateinamerika wieder aufgenommen.

Ist die EZLN in anderen mexikanischen Bundesstaaten organisiert?

Die EZLN ist im ganzen Land organisiert und hat ihre Kräfte in ganz Mexiko der CND zugeordnet.

Was glaubst Du, was Präsident Salinas zur CND sagt?

Salinas wird sagen: "Das ist ja ein verdammter Haufen."

Die CND hat dazu aufgerufen, weder PRI noch PAN zu wählen. Stimmt die CND also für die PRD?

Die CND hat mit diesem Aufruf klar gemacht, daß sie mit dem System der Staatspartei Schluß machen möchte. Die CND ist eine Bewegung, die über den Wahltag hinausreicht. Die CND ist keine Partei. Mit dieser Resolution läßt es die CND jedem einzelnen frei, wie er sich zur PRD verhält.

Es wurde spekuliert, daß Konventionsteilnehmer Waffen ins zapatistische Gebiet bringen könnten ...

... Wir haben nur 6.000 Kondome entdeckt. Die konnten allerdings nicht benutzt werden, der Regen hat uns heute nacht ja wirklich hart erwischt.

14. Die Zapatistinnen - wer sie sind und wofür sie kämpfen

Von Anne Huffschmid

Autor: Anne Huffschmid · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:01

Was hat sich für die Frauen in Chiapas seit dem Aufstand verändert - wie sieht ihr Kampf und ihr Alltag innerhalb der EZLN aus - was unterscheidet die Zapatistinnen gegenüber anderen Frauenorganisationen in Mexico, und was erhoffen sie sich für die Zukunft?

Die erste chiapanekische Revolte sei nicht, wie allgemein angenommen, im vergangenen Januar ausgebrochen, sondern schon im März 1993. Es habe keine Toten gegeben, teilt Subcomandante Marcos der erstaunten Öffentlichkeit mit. Und die zapatistischen Frauen hätten dabei das Oberkommando geführt. Was war passiert? Das "Revolutionäre Frauengesetz", das von Comandante Susana auf Basis der Vorschläge in den Zapatistengemeinden erarbeitet wurde, sollte, wie auch die anderen "Gesetze" zu Kriegssteuern und Agrarjustiz, von den Mitgliedern der politischen Guerilla-Führung verabschiedet werden. Nachdem Susana den Text vorgetragen hat (s. Kasten), legt sich schweres Schweigen über die Runde der Compañeros. Denn, so Marcos, "die Frauengesetze bedeuten für die indianischen Gemeinden eine wahrhaftige Revolution". Die Frauen applaudieren begeistert und fangen an zu singen. Die Männer "kratzen sich ratlos am Kopf", werden unruhig. Einer murmelt: "Ein Glück, daß meine Frau kein Spanisch versteht ..." Darauf fährt ihn eine Offizierin wütend an: "Da hast Du aber Pech gehabt, wir werden das nämlich in alle Sprachen übersetzen." Die Gesetze werden schließlich einstimmig verabschiedet. Ob sie jemals Wirklichkeit werden, wird nicht nur von den Zapatistinnen abhängen.

Daß auch dieser Krieg wie jeder andere ein Geschlecht hat, daß Frauen anders von ihm betroffen und anders an ihm beteiligt sind, das dringt erst allmählich ins Bewußtsein der mexicanischen Öffentlichkeit. Selbst die unabhängige Presse hatte es zumindest in den ersten Kriegswochen fertiggebracht, die Frauen weitgehend von der Bildfläche zu verbannen oder die Unterdrückung der Frauen einfach als allgemeines, abstraktes Bild passiven Elends darzustellen, "weit weg", wie Laura Castellanos in der Frauenbeilage der La Jornada schreibt. Auf dem Schlachtfeld wurden aber nur Krieger gesehen. So dürfte bis heute kaum jemand, wenn er nicht gerade besagte Frauenbeilage gelesen hat, wissen, daß es eine gewisse "Ana Maria" war, die das Oberkommando über den Sturm auf San Cristobal innehatte.

Und doch bewegt sich was. So ist auch Comandante "Ramona", neben Marcos, zu einem Medienstar geworden. Die Anwesenheit dieser kleinen, rundlichen und stets maskierten Person in der "Friedenskathedrale" von San Cristobal - als eine der zwei weiblichen unter 17 männlichen Delegierten der EZLN - flößte Respekt ein. Und auch die Bilder von den geschirrspülenden Guerilleros im Regenwald machen inzwischen die Runde in der mexicanischen Presse.

2.

Viele Jahre schon arbeitet Adela Deschamps mit Frauen im chiapanekischen Hochland. Seit dem 1. Januar aber "ist bei uns alles durcheinandergewirbelt". In manche Dörfer kann sie jetzt nicht hinein-, aus anderen sind die Menschen geflohen. "Das normale Alltagsleben ist suspendiert." Und: "Die Menschen leben von dem, was sie vorrätig hatten und was wir ihnen bringen können." Die Fehlgeburten häufen sich.

Die 43jährige Sozialanthropologin gründete im Januar mit neun Mitstreiterinnen die Frauenkommission des Friedensnetzwerkes CONPAZ, um den auch dort "noch etwas machistischen Herren" eine geschlechtsspezifische Perspektive beizubringen. Mindestens genauso wichtig wie die allgemeine Notversorgung in- und außerhalb des Zapatistengebiets finden sie die Schaffung von "Räumen des Gesprächs, der Reflexion und der Begegnung" für die Frauen. Denn nicht nur die Bedrohung durch die Ganaderos, die Soldaten oder die vielzitierte "strukturelle Gewalt" macht den Indianerinnen zu schaffen, sondern auch die steigende Spannung in den eigenen Dorfgemeinschaften.

In den Gesprächsgruppen soll es um die unterschiedlichsten Nöte und Anliegen der Frauen gehen: sei es der in den Kriegswirren zerstörte traditionelle Kochtopf oder sei es die Angst, als Schwangere durch die

Straßensperre der Armee zu gehen. Vor allem aber wolle man die Frauen ermutigen, "aus ihrer Sicht" zu rekapitulieren "was eigentlich alles passiert ist in den letzten Wochen und Monaten". Aber der Krieg löst nicht nur Ängste und Ungewißheit aus. Adela beobachtet bei den indigenen Dorfbewohnerinnen jetzt auch "eine Hoffnung, eine neue Kraft in ihnen, als ob sie dächten: jetzt haben wir endlich jemanden, der uns verteidigt. Selbst bei einigen der direkt kriegsgeschädigten Frauen gebe es auch noch etwas anderes als den Horror, "vielleicht so etwas wie Stolz".

Für die Coletas, die Bewohnerinnen von San Cristóbal, hat die zapatistische Januarrevolte allerdings fatale Nebenwirkungen gehabt: Die Vergewaltigungsrate habe sich in den letzten drei Monaten deutlich erhöht, berichtet die Anwältin Martha Figueroa vom 1989 gegründeten Frauenzentrum. Und mindestens einer der Täter konnte unter den Gefangenen identifiziert werden, die von der EZLN in den ersten Januartagen aus dem Gefängnis befreit worden waren. Noch schwerer wiege aber das Klima der "allgemeinen Unsicherheit", das seit dem Aufstand herrscht. Weniger als je zuvor interessieren sich Behörden und Polizei zur Zeit für Anzeigen sexueller Gewalt. Seit Jahresanfang seien durch die Lahmlegung von Institutionen quasi "rechtsfreie Räume" geschaffen worden. Bis heute nehmen die Justizbehörden Anzeigen gegen zapatistische Viehdiebe mit weit größerer Begeisterung entgegen.

3.

Doch schon lange vor der zapatistischen Kriegserklärung hatte in Chiapas der schleichende kalte Krieg gegen die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Integrität indigener Frauen begonnen.

Barbara Cadenas ist die einzige Frau und "Schulärztin" bei OMIECH, der Organisation der indigenen Ärzte von Chiapas, die verschiedene Hochlandgemeinden medizinisch betreut. Was Barbara in den sieben Jahren ihrer Arbeit dort gesehen hat, entbehrt jeder romantischen Indio-Folklore:

Frauen, die mit 35 Jahren zahnlos geworden sind - eine typische Folge der Unterernährung; auch heute noch ist es üblich, daß Frauen als letzte zu essen bekommen. Überhaupt seien sie "körperlich viel geschwächter" als die Männer: ausgelaugt durch ständige Schwangerschaften - acht Geburten sind keine Seltenheit - und das stundenlange Schleppen von Holz, Wasserkrügen und kleinen Kindern. Wie auch in den städtischen "Zivilisationen" sind Depressionen unter Frauen viel verbreiteter als unter Männern; vor allem, wenn ein Kind stirbt, fühlen sie sich schuldig. Eine der häufigsten Todesursachen bei Frauen sind Blutungen nach der Geburt. Denn bei der Geburt helfen nicht einmal die sogenannten "empirischen Hebammen", sondern die Mütter, die nur über die eigene Gebärerfahrung verfügen. Der Tradition nach müßte zwar auch der Mann dabeisein, in der indigenen Gegenwart aber glänzen diese fast immer durch Abwesenheit, berichtet Barbara.

In Zahlen sieht das dann so aus. Nach Untersuchungen des staatlichen Indianerinstituts INI versorgen chiapanekische Indianerinnen durchschnittlich fünf minderjährige Kinder, plus Ehemann und andere Familienangehörige. Arbeitstage von 16 bis 18 Stunden sind - so das INI - durchaus die Regel. Denn im ganzen Bundesstaat kochen noch 61 Prozent der Frauen mit Holz, 40 Prozent der Haushalte haben keinen Wasser- und 33 Prozent keinen Stromanschluß. In den sogenannten "Krisengemeinden" Altamirano, Ocosingo und Las Margaritas sieht es noch schlimmer aus. So müssen in Altamirano 93 Prozent der Frauen Holz und 64 Prozent Wasser von weither in ihre Hütten schleppen. Und selbst die "weibliche Bestimmung", das Gebären, wird für Indianerinnen zum unkalkulierbaren Risiko: Von 10.000 Gebärenden sterben durchschnittlich fast neun. Je nach Ort überleben zwischen 53 und 65 von 1.000 Neugeborenen die Geburt nicht.

4.

Aber es ist nicht nur die Armut. In vielen der traditionellen Dorfgemeinschaften - so die Anthropologin Mercedes Olivera in einem Zeitungsinterview - scheinen die festgelegten Rollenschemen sich gar nicht "oder nur sehr langsam" zu verändern. "Diese Modelle weisen den Frauen über Jahrhunderte hinweg immer dieselben Formen von Unterordnung zu: es ist dieselbe Stickerei, derselbe Stoff, die gleiche Form zu waschen, zu kochen, die Art, mit den Kindern umzugehen, mit dem Partner oder der Dorfgemeinde. Die Themen und Riten des weiblichen Lebensalltags setzen sich über die Zeit hinweg fort." Mercedes lebt seit 25 Jahren in Chiapas und leitet seit 1987 ein Frauenforschungs- und Aktionszentrum (CIAM) in Comitán, wo sie vor allem mit guatemaltekischen Flüchtlingsfrauen arbeitet. In der "rein männlichen Hierarchie" der Dörfer sind Frauen aus dem öffentlichen Leben nach wie vor ausgeschlossen. "Nicht einmal ansatzweise hinterfragen die meisten der indigenen Bäuerinnen ihre Lebensumstände. Und wenn sie es tun, werden sie aus ihrer Gemeinde

ausgewiesen, und damit aus ihrer Welt." Für Mercedes heißt das, "daß eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse in diesen Dörfern notwendig auch einen kulturellen Wandel bedeutet."

Ein Element dieses Wandels wäre die Überwindung der sprachlichen Ohnmacht. Zwischen 28 Prozent und 32 Prozent der Frauen in der Krisenregion sprechen überhaupt kein Spanisch, sondern eine der vier vorherrschenden Indianersprachen Tzeltal, Tzotzil, Chol oder Tojolabal. Und auch die Schriftsprache ist ein wichtiger Schlüssel zur Verständigung mit der "modernen" Außenwelt: 38 Prozent aller chiapanekischen Frauen, die älter als 15 Jahre sind, können weder lesen noch schreiben. In der Krisenregion klettert dieser Anteil sogar auf 59 Prozent (Ocosingo, Las Margaritas) und 64 Prozent (Altamirano).

Über die Zwiespältigkeit überlieferter Traditionen für Frauen denkt auch Anna Garza schon ein paar Jahre nach. Während sie mit den vertriebenen Chamula-Indianerinnen am Stadtrand von San Cristóbal arbeitet, brütet sie im universitären Zentrum für Indianerstudien über der Frage, was die als "fortschrittlich" geltende Verfassungsreform von 1992 - über die Anerkennung der mexicanischen Pluriethnizität und die Bewahrung der traditionellen Kultur - für die weibliche Hälfte der indigenen Welt bedeutet. Ihrer Einschätzung nach haben diese Frauen, "wie wir alle", ein durchaus widersprüchliches Verhältnis zu ihrer traditionellen Umgebung: "Sie wachsen darin auf, und doch gibt es so etwas wie ein unbewußtes Unbehagen." Eindeutig wird das Unbehagen, wenn es um körperliche Mißhandlungen geht. Dagegen sei die weit verbreitete Polygamie zwar "ungeheuer schmerzhaft", sie wird aber nicht in Frage gestellt. Mehr noch als alle akademischen Überlegungen ginge es jetzt aber vor allem darum, die Indianerinnen selbst an der Diskussion um die anstehenden Gesetzesentwürfe zu beteiligen.

Auch in der organisierten Indigenabewegung ist die sogenannte Frauenfrage nach wie vor ein "Tabuthema". Und die Soziologin Araceli Burguete weiß, wovon sie spricht: Als Gründungsmitglied des "Consejo Mexicano de 500 años de resistencia india, negra y popular" kennt sie das Innenleben der autonomen Indigenagruppen in Mexico seit vielen Jahren. Und daß es dort "so gut wie keine weiblichen Führer" gibt, ist nicht nur einer Machismo-Variante geschuldet. Viele der weiblichen Mitglieder begreifen sich selber als "Ausgleichsfaktor" und gehen davon aus, daß die indigene Gesellschaft nicht konfliktiv sei; demzufolge könne es also auch keine Interessenkonflikte zwischen Männern und Frauen geben.

5.

Ein Drittel der zapatistischen Soldaten sind Soldatinnen. Eine von ihnen ist Ana Maria. "Viele der Frauen, die zur EZLN kommen, bitten ihre Familien vorher nicht um Erlaubnis", berichtete sie in einem Interview mit der Jornada.

Nach Einschätzung des Anthropologen Gaspar Marquecho bietet die Guerilla vielen jungen Indianerinnen eine "Option der Befreiung". Auf der Flucht vor der verzweifelten Armut in ihren Dörfern, aber auch vor der Aussicht auf Zwangsheirat oder familiäre Repression, schließen sie sich der Zapatistenarmee an. Zwar müssen sie sich auch dort einer strengen militärischen Hierarchie unterordnen. "Wegen ihrer Übung in Unterordnung halten die Frauen länger durch und sind oft disziplinierter als die Männer", glaubt Marquecho. Andererseits machen sie zum ersten Mal die Erfahrung, selber Macht ausüben zu können; Frauen bekleiden in der EZLN hohe militärische Ränge.

Die besondere Anziehungskraft der Guerilla besteht vor allem darin, daß sie ihren Mitgliedern nicht nur das Schießen beibringt. Besonders die Frauen haben woanders wenig Chancen, Spanisch zu lernen, Schreiben zu lernen und politische Bücher zu lesen. Adela hat die Guerilleras beobachtet: "Sie reden freier, sicherer, sind nicht länger diese schüchternen Mädchen, die sich hinter ihrem Tuch verstecken. Sie sind ungezwungener geworden und bewegen sich frei zusammen mit den Männern, was sie früher nie gemacht hätten."

"In der EZLN wird alles gleich aufgeteilt", versichert Ana Maria. "Einen Tag machen die Männer das Essen und am nächsten Tag sind die Frauen dran. Und wenn es Wäsche zu waschen gibt, kann der Mann das genauso machen." Auf die skeptischen Nachfragen der Journalistinnen: "Es gibt natürlich noch ein bißchen Ungleichheit. Aber es ist wirklich nur noch ein bißchen! Die Compañeros mißhandeln die Frauen nicht mehr, und helfen ihnen, das Kind zu tragen."

Besonders am Herzen liegt den EZLN-Frauen das Recht auf freie Partnerwahl. "Noch gibt es in unseren Dörfern die Tradition der Mitgift, das Mädchen wird dabei nie berücksichtigt. Sie wird einfach verkauft. Verliebt

zu sein, das gibt es gar nicht, das wird als Sünde angesehen", erzählt Ana Maria. Aber auch der subversive Liebesalltag in den Bergen ist streng reglementiert. Wer heiraten will, muß die Obersten um Erlaubnis fragen. Sollte eine der Frauen trotz Verhütungsmitteln - neben Mais und Medikamenten werden bei den NGOs auch Pillen- und Kondompackungen angefordert - schwanger werden, muß sie das Kind bei ihrer Familie lassen. Das Recht auf Abtreibung wird von den ansonsten so anspruchsvollen Guerilleras aber nicht eingefordert. "Bei den Indigenas gibt es eben noch den Glauben, daß es keine Abtreibung geben darf", erklärt sie. Allerdings räumt Ana Maria ein: "Wenn wir sagen, daß wir eine Tradition haben, dann heißt das nicht, daß wir immer so weitermachen müssen."

Es bewegt sich einiges in den lacandonischen Wäldern. Adela Deschamps aber bleibt skeptisch: "Wir wissen ja aus vielen Ländern der Erde, daß die Frauen nach einem Krieg oftmals wieder an den Kochtopf zurückkehren."

6.

Mit zuckersüßem Lächeln erläutert Susana, die Sekretärin des Bürgermeisters, der Besucherin die Problematik aus ihrer Sicht. "Was für eine Kultur wollen diese Indianer denn überhaupt verteidigen? Coca-Cola und Kartoffelchips?" Und überhaupt sei das Problem der Armut doch hauptsächlich ein Problem der Hygiene-Gewohnheiten: "Die wollen eben immer noch auf dem Boden schlafen." Daß Ladina-Frauen für die vielfältigen Rassismen des chiapanekischen Alltags nicht weniger anfällig sind als ihre Männer, bestätigt auch Walda Barrios, Mitbegründerin des Frauenforschungszentrums "Antzetik" (tzotzil: die Frauen). Im Gegenteil: "Mestizinnen haben im Alltagsleben sogar noch mehr Gelegenheit, ihrem Rassismus Ausdruck zu verleihen, nämlich an ihren indianischen Hausangestellten."

Der Riß vom 1. Januar zieht sich quer auch durch das weibliche Chiapas: Akademikerinnen und Artesanas (Kunsthandwerkerinnen), Menschenrechtlerinnen, Coletas und Guerilleras - jede erlebt die Zäsur auf ihre eigene Art. Entscheidend aber erscheint die Möglichkeit der Kommunikation, auch über die rassistischen Grenzen hinweg. Ein enormes Problem - so Adela - ist dabei zunächst die Sprachbarriere.

Für Anna Garza aber sind nicht die Sprachschwierigkeiten die größte Barriere, sondern die Abgründe zwischen den jeweiligen sozialen Werten und Welten. "Ein Beispiel: Ob es uns gefällt oder nicht, es ist innerhalb der chiapanekischen Gemeinden ungeheuer schwierig, ohne einen Mann zu leben, der dich nach außen vertritt. Auch wenn eine Frau von ihrem Partner schlecht behandelt oder geschlagen wird, kann eine Beraterin von außen nicht so ohne weiteres eine Trennung vorschlagen. Wir müssen die Frauen in ihrem eigenen kulturellen Kontext sehen." Es gibt allerdings eine "rein gefühlsmäßige Kommunikation". Als eine Karawane von Frauen verschiedener NGOs Ende Januar in den bislang abgeschnittenen Ortschaften im Kriegsgebiet eintrafen, trauten sich die verschreckten Bewohnerinnen zunächst gar nicht aus ihren Hütten. Nach und nach kamen sie ihren Besucherinnen schließlich doch entgegen.

Dennoch: Bedingungslose Schwesterlichkeit ist natürlich zwischen den Fronten des chiapanekischen Krieges fiktiv. Wie schon für die mexicanische Linke stellt die Zapatistenrevolte auch für viele Feministinnen des Landes eine neue Herausforderung dar. Das ambivalente Verhältnis zum Krieg wäre zu klären und zur Ästhetik der Waffen. "Der Feminismus ist pazifistisch", schreibt das Frauenkollektiv CICAM im Editorial ihrer Chiapas-Publikation. Trotz seiner "pseudofeministischen" Einsprengsel wird der kriegerische Guerilla-Diskurs von CICAM als im Kern "patriarchal" kritisiert, weil er letztlich nur seiner "Logik der Gewalt" folge und damit dem "Wahnsinn des Krieges" verfallen sei. "Das Bild einer Frau in Uniform und mit Waffe erscheint uns erbärmlich wenig ästhetisch."

Andere sind zurückhaltender, wie die feministische Sozialwissenschaftlerin Elizabeth Meier in ihrer Annäherung an das "chiapanekische Phänomen", wie sie es vorsichtig nennt. Für sie ist der Aufstand in Chiapas zunächst einmal auch ein Appell an eingefahrene feministische Wahrnehmungen: "Wir Frauen sind nicht die einzigen, die ihrer Geschichte, ihrer Identität und Stimme beraubt worden sind." Und das sei ja die Essenz der feministischen Utopie und Methode, die "Horizontalisierung der Machtausübung", nicht nur zwischen den Geschlechtern. Die bitteren Erfahrungen von sozialem Anderssein - la otredad - teilen das weibliche Geschlecht und die indianischen Ethnien miteinander. Und aus der Sicht der weißen Mittelschichtsfeministin sieht Meier darin auch eine Hoffnung. Noch bleibe allerdings abzuwarten, ob diese

Demokratisierungsimpulse auch die indigenen Frauen miteinschließen. Denn sonst, so Meier, "bleiben diese auch weiterhin die anderen".

Der Artikel ist aus dem WoZ-Buch: Mexiko - Aufstand in Chiapas. Hrsg.: Andreas Simmen, 140 Seiten, 16 DM, ISBN 3-89408-040-1

Auszug aus dem "Revolutionären Frauengesetz"

Erstens. Frauen haben, unabhängig von Rasse, Glauben, Hautfarbe oder politischer Orientierung, das Recht, sich am revolutionären Kampf an der Stelle und in dem Ausmaß zu beteiligen, wie ihr Wille und ihre Fähigkeit es erlauben.

Zweitens. Frauen haben ein Recht auf Arbeit und auf eine gerechte Entlöhnung.

Drittens. Frauen haben das Recht, zu entscheiden, wieviele Kinder sie bekommen und aufziehen können.

Viertens. Frauen haben das Recht, sich an den die Gemeinden betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen und öffentliche Posten zu bekleiden, wenn sie dazu frei und demokratisch gewählt worden sind.

Fünftens. Frauen und ihre Kinder haben das Recht, bei Gesundheitspflege und Ernährung an erster Stelle berücksichtigt zu werden.

Sechstens. Frauen haben ein Recht auf Bildung.

Siebtens. Frauen haben ein Recht, ihren Partner frei zu wählen und nicht zur Heirat gezwungen zu werden.

Achtens. Keine Frau darf geschlagen oder körperlich mißhandelt werden, weder von Familienangehörigen noch von Fremden. Verbrechen wie versuchte oder vollzogene Vergewaltigung werden schwer bestraft.

Neuntens. Frauen können Führungspositionen in der Organisation und militärische Grade in den revolutionären Streitkräften bekleiden.

Zehntens. Frauen kommen in den Genuß aller Rechte und Pflichten, die in den revolutionären Gesetzen und Vorschriften vorgesehen sind.

15. "Dialog oder Tod". Kommentar zu den Ereignissen auf Kuba

Autor: Johnny Norden · Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:22

Zwei Demonstrationen in Havanna, am 5. und 7. August, haben Kuba in das Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit gerückt. Die meisten Medien waren um eine objektive Analyse der Ereignisse kaum bemüht; die großbürgerliche Presse berichtete nach dem Schema: Zuerst seien die Kubaner gegen das Castro Regime auf die Straße gegangen und dann hätte die Regierung eine Gegen-Demo als Propaganda-Show für das Ausland veranstaltet. Die kubanische Presse bezeichnete die Ereignisse vom 5. August spiegelbildlich als konterrevolutionären Ausbruch und die folgende Demo als Manifestation des kubanischen Volkes für die Revolution.

Der genaue Ablauf der Ereignisse von Freitag ist unklar. Die meisten Informationen lassen jedoch erkennen, daß es sich um eine Hungerrevolte gehandelt hat. Einige hundert Menschen versammelten sich spontan und nicht organisiert; Plünderungen begannen, die von der überraschten Polizei erst nach einigen Stunden niedergekämpft werden konnten. Ziel der Demonstranten waren vor allem Devisen-Läden und Hotels, Symbole der Zwei-Klassen-Gesellschaft. Möglicherweise haben politische Provokateure dabei versucht, eigene Ziele zu verfolgen. Aber die Masse hat ihren Unmut über den Mangel, die Spaltung der Gesellschaft per US-Dollar demonstriert und de facto nur das eingefordert, was die kubanische Revolution als Ziel vorgegeben hatte: soziale Gleichheit.

Sie haben in den vergangenen 35 Jahren keinen Hunger gekannt, jetzt erleben sie ihn und wehren sich dagegen. Es hatte in der jüngsten Vergangenheit in Kuba schon mindestens zwei vergleichbare Aktionen gegeben. Erstmalig wurden jedoch mehrere Stadtviertel von Havanna erfaßt. Die von Staat und Partei organisierte Gegendemonstration vereinte tausendmal mehr Menschen. Sie sind kaum dahin geprügelt worden. Sie stehen hinter Fidel Castro und der Regierung sicher nicht mehr mit dem einstigen revolutionären Enthusiasmus, aber sie sehen zur kubanischen Führung und ihrer Politik keine Alternative.

Für die US-Administration scheint endlich das Konzept Wandel durch Zerstörung aufzugehen. Sie verfährt nach dem Prinzip: Je schlimmer auf Kuba, desto besser für die USA. Das Konzept, dem Gegner das Messer an die Kehle zu setzen und dann mehr Beweglichkeit zu verlangen, ist zynisch und menschenverachtend. Die US-Politik wird unterstützt von einer breiten Front westlicher Industriestaaten. Spanien, Mexiko sind rühmliche Ausnahmen, die BRD selbstverständlich nicht. Diese Isolation sowie der Mythos des gerechten Kampfes des Schwachen gegen den Starken haben jedoch nicht nur den Widerstand der Castro-Anhänger verstärkt, sondern fördern ebenso Gegenkräfte, die von patriotischen, antichauvinistischen und antikolonialistischen Motiven geprägt sind.

Und wie bei anderen Gelegenheiten spielt Fidel Castro auf diesem Klavier des nationalen Stolzes. Die Verteufelung der Freitag-Demonstranten als Feiglinge und imperialistische Agenten findet immer noch Widerhall, ebenso wie der Vergleich mit der Ausreisewelle von 1980, als 120.000 Kubaner das Land verließen. Damals wie heute wurde den Ausreisewilligen hinterhergerufen: Que se vayan! Haut doch ab! Die Situation hat sich jedoch grundlegend geändert. Damals befand sich Kuba in einer Phase der Prosperität, kaum ein Kubaner litt materielle Not. Es bleibt zu hoffen, daß antiamerikanische Agitation und mit Eisenstangen bewehrte Arbeiterbrigaden nicht die alleinige Antwort an die Unzufriedenen bleiben.

Die Versorgung hat sich weiter verschlechtert. Fidel Castro sprach vor der Nationalversammlung am 3. August vom Scheitern der bisherigen Agrarprogramme. ("Neues Deutschland" (ND), 9.8.94) Die staatlichen Rationierungen decken nur noch 40% des Grundbedarfs an Lebensmitteln. (ND, 15.8.94) Mitglieder der kubanischen Akademie der Wissenschaft waren Anfang der 90er Jahre in einer Untersuchung zu dem Schluß gekommen, daß nicht primär äußere Faktoren wie Embargo und RGW-Zusammenbruch, sondern hauptsächlich innere die niedrige Produktivität der kubanischen Wirtschaft bewirken würden. (1) Das wichtigste Kapital für die Landesentwicklung sind nicht die ausländischen Investitionen, sondern die Bewohnerinnen und Bewohner der Insel. Nach 30 Jahren sozialistischer Entwicklung haben die Kubanerinnen und Kubaner einen hohen Bildungs- und Ausbildungsstand erreicht. Mitte 1990 hatten die staatlich erfaßten Arbeitskräfte folgende Qualifikationsstruktur: 9% Universitätsabschluß, 19% mittleres Bildungsniveau und 50% allgemeine

Grundausbildung. Sprichwörtlich sind ihr handwerkliches Geschick und ihr Erfindergeist. Die Strukturen Kubas geben diesem Potential jedoch zuwenig Entfaltungsmöglichkeiten.

Von der ursprünglich angestrebten freien und gerechten Gesellschaft, wie sie Fidel Castro in seiner berühmten Verteidigungsrede vor dem Militärtribunal 1953 umrissen hatte, ist das Land heute weit entfernt. Allerdings wird in Kuba die Politik nicht von korrupten Militärs, Drogenkartellen oder internationalen Banken bestimmt. In diesem Sinne ist Kuba noch ein großes Experimentierfeld für sozialistische Alternativen.

Im September 1993 waren mit der Schaffung von den Basiseinheiten genossenschaftlicher Produktion (UBPC) und den Familien-Privatbetrieben erstmalig seit 25 Jahren die Besitzverhältnisse an Produktionsmitteln in Bewegung geraten. (2) Es war der bescheidene Versuch, einen kleinen Teil der Nahrungsmittelproduktion und einige Dienstleistungen zu dezentralisieren. Die Dezembertagung der Nationalversammlung ließ einen massiven Widerstand von KP-Funktionären gegen diese Veränderungen deutlich werden. Sie argumentierten, daß derartige Maßnahmen eine soziale Differenzierung befördern und damit die Stabilität der sozialistischen Gesellschaft unterminieren würden (nach "Granma" vom 28. und 29.12.1993). Interessanterweise ähnelte ihre Argumentation gegen die Gesetze dem Anliegen der Freitag-Demonstranten: Erhalt der sozialen Gleichheit, keine Bereicherung Einzelner.

Die Geschichte der kubanischen Revolution bietet ein reichhaltiges Material für die Suche nach Lösungen aus der gesellschaftlichen Krise. So hatte Fidel Castro in der erwähnten Moncada-Rede erklärt, daß mit den Gesetzen Nummer drei und vier einer zukünftigen revolutionären Regierung alle Arbeiter und Angestellten in Industrie und Landwirtschaft Anteile am Besitz ihrer Betriebe und dem Erlös ihrer Produktion erhalten sollten. (3) Im Gegensatz zu den anderen von Castro angekündigten Gesetzen wurden diese beiden nicht verwirklicht. Das UBPC-Gesetz knüpft jedoch an 40 Jahre alte Ideen an.

Schon oft hatte Fidel Castro gerade in Interviews mit ausländischen Journalisten einen tieferen Einblick in seine strategischen Überlegungen erlaubt. Seine letzten Äußerungen werfen Fragen auf, welche Art von Gesellschaft ihm vorschwebt. Gegenüber der Zeitung "Corriere della Sera" lobpreiste Castro Berlusconi als "intelligenten und sympathischen" Mann, "seine Regierung ist ein interessantes politisches Laboratorium. Italien kann die Avantgarde einer besseren Welt werden." Den Neofaschisten Fini bezeichnete Castro als "einen Mann von Entschlußkraft" ("El Nundo", 14.7.1994) Zu fünf kolumbianischen Journalisten sagte er einen Monat später: "Wir sind bereit, unsere besonderen sozialistischen Vorzüge zu opfern im Austausch gegen Integration, Frieden und soziale Gerechtigkeit. Ich spreche von meiner Hoffnung, daß dies eines Tages in Lateinamerika geschieht." ("El Pais", 10.8.1994)

Es ist das Verdienst der Schriftsteller, einen frischen Farbtupfer im kubanischen Panorama zu setzen. Vertreter von der Insel und aus dem Exil trafen sich zu einem Gespräch unter Schirmherrschaft des Olaf-Palme-Zentrums in Stockholm. In der Diskussion traten bei allen Themen der kubanischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft tiefgehende Meinungsverschiedenheiten auf. Aber die Anwesenden bemühten sich um Verständigung, der Gesprächsfaden soll nicht abreißen. Der Initiator des Treffens, Rene Vazquez Diaz, faßte den erzielten Konsens mit den Worten zusammen: "Dialog oder Tod." Die tiefgreifenden Veränderungen in den Anfangsjahren der Revolution haben ihre Kraft aus einer bewußten Mitarbeit der Bevölkerungsmehrheit geschöpft. In der Rückbesinnung auf diese Erfahrungen liegt Kubas Chance.

Johnny Norden

Anmerkungen

1) Siehe dazu: "Die grundlegenden Widersprüche der heutigen kubanischen Gesellschaft" von Dr. Miguel Limia David, "Cuba Libre" Nr. 1/1993, S. 24-26

2) Siehe dazu auch ak Nr. 361, S.35; durch die UBPC sollen von Staatsgütern abgezweigte Flächen den Genossenschaftlern unbefristet und quasi als Eigentum übergeben werden.

3) Siehe dazu Auszüge aus der Rede vor dem Sondergericht am 16.10.1953, veröffentlicht in: ADELANTE KUBA!, Edition Marxistische Blätter, Neuss 1989, S. 17-19

16. Via Jericho in den Morast? Das Abkommen PLO-Israel - eine pessimistische Bilanz nach einem Jahr

Das Abkommen PLO-Israel - eine pessimistische Bilanz nach einem Jahr von Klaus Polkehn

Autor: Klaus Polkehn · Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:21

Klaus Polkehn (Jahrgang 1931), ehemaliger stellvertretender Chefredakteur der Wochenpost, bereiste als Journalist in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Länder Afrikas und des Nahen Ostens. Neben Reportagen aus Algerien, Irak, Jordanien, Kuwait, dem Libanon, Syrien und der VR Jemen veröffentlichte er Reisebücher. Seine jüngsten Buchpublikationen: Palästina. Reisen im 18. und 19. Jahrhundert (1986) und Krieg um Wasser? Der Jahrhundertkonflikt im Nahen Osten (1992). Polkehn schrieb in ak 364 über die innere Entwicklung der PLO.

Vor einem Jahr noch wäre das alles fast unvorstellbar gewesen: Palästinensische Fahnen wehen überall in den besetzten Gebieten, ohne daß die israelische Armee auf der Stelle gewaltsam einschreitet. Mehr noch: Yasser Arafat bereist Jericho und nimmt im Gaza-Streifen seinen Wohnsitz, ohne daß Israels Regierung den Ausnahmezustand verkündet oder der Mossad ein Killer-Kommando in Marsch setzt. Dies sind nur die äußeren Signale eines Wandels. Israel hat die Palästina-Befreiungsorganisation formell anerkannt, die ihrerseits die Änderung der palästinensischen Nationalcharta hinsichtlich einer nun auch formellen Akzeptanz Israels angekündigt hat. Faßt man die zurückliegenden Jahrzehnte ins Auge, die Zeit von Kriegen und Aufständen - die Ereignisse seit dem 13. September 1993, als in Washington die "Declaration of Principles" (DOP), die "Grundsatzerklärung", von Arafat und Israels Regierungschef Rabin unterzeichnet wurde, könnten kaum sensationeller sein.

Zugleich aber kommen täglich aus den besetzten Gebieten Meldungen, denen man entnehmen muß, nichts, aber auch gar nichts habe sich im letzten Jahr getan. Palästinensischer Boden wird weiterhin beschlagnahmt, Ausgangssperren werden verhängt, Israelis niedergestochen, Palästinenser erschossen. Das Massaker von Hebron und die jüngsten Schüsse am "Checkpoint Erez" an der Grenze des Gaza-Streifens sind schlimme Höhepunkte der letzten Zeit.

Die äußerst widersprüchlichen Ereignisse und Erfahrungen unterstreichen nur: Die DOP ist kein Friedensvertrag, nicht einmal ein Waffenstillstandsabkommen. Es ist eine recht unvollkommene Absichtserklärung, vielfach ungenau, willkürlich interpretierbar. Palästinensische Kritiker haben schon vor einem Jahr jenen, die die DOP aushandelten und unterzeichneten, vorgeworfen, jegliche Trümpfe für künftige Verhandlungen mit Israel aus der Hand gegeben und - schlimmer noch - leichtfertig auf palästinensische Grundforderungen verzichtet zu haben. (S.a. ak 364, 9.3.94, S. 12 f.) Die Ereignisse seither scheinen diesen Kritikern leider immer wieder Recht zu geben.

Bereits der Zeitplan der Vereinbarung vom 13. September 1993 ist nicht eingehalten worden. Der Abzug der israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen und aus Jericho erfolgte später als vereinbart. Die palästinensische Polizei kam verspätet in das "Autonomiegebiet". Die als "Übergangsregierung" verstandene Selbstverwaltungsbehörde, die Palästinensische Nationale Autorität (PNA) wurde nicht zur Zeit gebildet. Innerhalb von neun Monaten nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung sollten eigentlich Wahlen für eine Übergangs-Selbstverwaltung - den "Rat" - stattfinden. Und nicht nur dies. "Es ist etwas nicht in Ordnung mit dem Friedensprozeß", bemerkte die rechtsstehende israelische Jerusalem Post (JP - Internationale Ausgabe, 24.6.94). "Wenn ein Palästinenser, der die Autonomie-Region erreichen will, erst von Israel die Erlaubnis dazu bekommen muß, dann ist irgendetwas nicht in Ordnung. Wenn die palästinensische Verwaltung nicht ohne Grünes Licht von Israel funktionieren kann, dann ist definitiv etwas nicht in Ordnung."

Späte Reise mit Hindernissen

Spät zwar, aber doch immerhin - Yasser Arafat ist am 1. Juli nach Gaza (und anschließend nach Jericho) gereist, die PNA-Mitglieder sind vereidigt worden. Hat damit die Unabhängigkeit Palästinas begonnen?

Die Umstände der Reise des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Präsidenten des Staates Palästina und Leiters der PNA waren etwas ungewöhnlich. Über Wochen hinweg wurde über Termin und Ablauf

gerätselt. Erst einmal seien Bedingungen zu erfüllen, hieß es aus der PLO-Zentrale in Tunis. Israel müsse wie versprochen zuvor alle Gefangenen freilassen, die "Geberländer" (jene Staaten, die im Anschluß an die Unterzeichnung der DOP finanzielle Beihilfen für das Autonomiegebiet versprochen hatten) müßten zunächst das zugesagte Geld überweisen. Dann reiste Arafat, ohne daß diese Bedingungen erfüllt waren. Er kam so plötzlich, daß selbst die Mitglieder des PLO-Exekutivkomitees quasi erst nachträglich davon erfuhren. Waren sie nicht im Bilde, so doch die israelische Regierung. Ohne ihre Genehmigung lief nichts. Die Reise "mußte aus Sicherheitsgründen mit den Israelis so stark abgesprochen werden, als komme er von Israels Gnaden." (Frankfurter Allgemeine - FAZ, 2.7.94) Am Grenzübergang von Ägypten in den Gaza-Streifen wiesen die israelischen Behörden vier Begleiter Arafats zurück, sie seien "Terroristen". Es handelte sich um vier hochrangige Funktionäre der FIDA (Palästinensische Demokratische Union; die FIDA entstand 1990 aus einer Abspaltung von der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas - DFLP). Die Israelis hielten die vier für mitverantwortlich für einen von der DFLP geplanten Überfall auf den Ort Maalot im Mai 1974 (!), bei dem mehr als 30 Menschen ums Leben gekommen waren.

Der Gaza-Streifen, in den Yasser Arafat kam, lebt seit dem Herbst vorigen Jahres in einem Wechselbad. Hier konzentriert sich die Opposition gegen die DOP, vor allem in Gestalt der islamistischen Hamas, der aus den Muslim-Brüdern hervorgegangenen "Bewegung des islamischen Widerstands". Aber auch hier wurde am 13. September 1993 gejubelt, gab es Hoffnungen. Durch die auch nach der Unterzeichnung des Abkommens ständigen Absperrungen der Grenze zu Israel und die daraus folgende explosive Steigerung von Arbeitslosigkeit, Einkommensverlusten und sozialer Not hat sich hier politischer Sprengstoff angesammelt. Beobachter brachten die plötzliche Reiseentscheidung Arafats damit in Verbindung. Die Rechnung des Präsidenten schien auch aufzugehen. "Es zeigte sich, daß ein Teil der Kritik in dem Augenblick verstummte, da die charismatischste Persönlichkeit der Palästinenser, eben Arafat, selbst an Ort und Stelle erschien. Darin zeigt sich auch das ganz und gar personifizierte Verhältnis zur Macht, wie es in arabischen Ländern gang und gäbe ist." (FAZ, 5.7.94)

In den drei wichtigen Reden, die Yasser Arafat während seiner Reise hielt, dominierte das Moment der Schadensbegrenzung. Die nachdrückliche Betonung der nationalen Einheit der Palästinenser mußte die Zustimmung aller Oppositionsgruppen finden; nichts ist größer als die Furcht vor einem innerpalästinensischen Bürgerkrieg. Ausdrückliche Avancen an die islamische Hamas waren nicht zu übersehen; sie waren aber wohl auch notwendig, sind es doch vor allem Hamas-Mitglieder, denen Israel bislang die Freilassung aus der Haft verweigert. Mit Blick auf den Hamas-Führer Sheikh Ahmed Yassin, der in einem israelischen Gefängnis sitzt, sagte Arafat auf der Massenkundgebung in Gaza, Yassin sei "unser aller Schicksal", und "Wir werden nicht ruhen, bevor Du bei uns bist". Hamas hat sich auf merkwürdige Weise revanchiert. Sie hieß Arafats "Rückkehr in sein Heimatland willkommen", nannte aber das ganze Spektakel um seine Reise "eine beschämende und entwürdigende Unterwerfung unter den Willen des Feindes." (Middle East International - MEI, 9.7.94)

Später, im Flüchtlingslager Jabalya, fand Arafat schärfere Worte. Hier sagte er über die DOP: "Es ist ein schlechtes Abkommen, aber es ist der beste Deal, den wir in der schlechtesten Situation bekommen konnten." Dennoch blieb allzuviel offen. Ein Lehrer aus Jabalya kommentierte Arafats Rede so: "Er hat kein Wort über die Natur unseres Regimes gesagt, und auch nicht, welches unsere Rechte in der nächsten Phase sind. Die ganze Sache riecht nach den existierenden arabischen Regimes, und die Palästinenser haben mehr als die anderen durch das Fehlen von Demokratie in der arabischen Gesellschaft gelitten." (MEI, 9.7.94)

Skepsis ist offensichtlich weit verbreitet. Die Klagen über Korruption, Mißwirtschaft, Patronage und Bürokratie in der PLO sind nicht neu, und sie nehmen zu. Immer wieder wird vor allem auf Alleingänge Arafats verwiesen, der niemanden zu konsultieren scheint, was oftmals zu Ineffektivität führt. So ist ziemlich unumstritten, daß z.B. die Verhandlungen über die Vereinbarung von Kairo vom Februar 1994 deshalb nicht mit der nötigen Sorgfalt geführt wurden. "Monate haben die Verhandlungsgegner vergeudet, um lächerliche Nebensächlichkeiten zu fixieren: Beschlüsse über Telefonnummern, Stempel und Briefmarken wurden gefaßt. Die kritischen Fragen jedoch sind immer noch nicht geklärt." (Frankfurter Rundschau - FR, 3.5.94)

Unzufriedenheit hat vor allem das nicht gelöste Problem der Häftlinge in israelischen Gefängnissen und Lagern ausgelöst. Israel hielt sich nicht an die ursprünglichen Vereinbarungen und ließ die Häftlinge nur zögerlich frei. Aus der unterschiedlichen Auslegung einer schlampig ausgehandelten Vereinbarung ergab sich, daß die Freigelassenen mit langen Haftstrafen nicht wie vermutet nach Hause durften, sondern daß ihr Aufenthalt auf Gaza und Jericho beschränkt wurde. Für die Gefangenen, die auf der Westbank zuhause sind, bedeutet dies

eine Art Fortsetzung der Haft. Nicht minder brisant war die israelische Forderung, die freizulassenden Gefangen müßten zunächst eine eidesstattliche Erklärung abgeben, daß sie sich künftig nicht am Kampf gegen die Besatzungsmacht beteiligen würden. Durch die Form dieser Erklärung wurden Gegner der DOP entweder zur - verbalen - Unterwerfung gezwungen, oder sie mußten in Haft verbleiben, was von der Opposition als ein häßliches Zusammenspiel zwischen den Arafat-Leuten und den Israelis gewertet wurde.

Die Kritik aber richtete sich nicht allein gegen die Israelis. Man könne Israel nicht vorwerfen, ein schlechter Verhandler zu sein, hieß es: "Wir sollten mit dem Finger auf uns selbst zeigen, weil wir Israel erlauben, ungenaue und widersprüchliche Festlegungen in das Abkommen aufzunehmen (...) Für künftige Verhandlungen brauchen wir professionelle Verhandlungsführer, die Israel gewachsen sind." (The Jerusalem Times - JT, 17.6.94)

Düstere Szenarien

Der Argwohn gegen Arafats Politik wurde durch die Art der Besetzung maßgeblicher Funktionen in Gaza und Jericho in den zurückliegenden Monaten (vor allem in der lokalen Fatah-Führung und in der neu geschaffenen Polizei) noch geschürt. Die schwerfällige Bildung der Selbstverwaltungsbehörde, der PNA, zeugt von ähnlichen Problemen. Der repräsentative Charakter dieser Institution und ihre Aufgaben verlangen nach fähigen Fachleuten mit hoher Reputation. Die lange Verzögerung bei der Benennung der PNA-Mitglieder deutete auf Schwierigkeiten. Zahlreiche kompetente Palästinenser verweigerten sich angesichts der wenig demokratischen Umstände der Bildung der Behörde oder aus Furcht vor wenig wirklichen Entscheidungsmöglichkeiten. Am 5. Juli 1994 haben in Jericho 14 der 24 vorgesehenen Mitglieder des PNA ihren Amtseid abgelegt, drei trafen nicht zur Zeit in Jericho ein, einer - der Minister für jüdische Angelegenheiten, Rabbi Moshe Hirsch - lehnt einen Amtseid aus religiösen Gründen ab. Blieben sechs unbesetzte Positionen. Sie würden, so hieß es hinter vorgehaltener Hand, für die Opposition, vor allem für Hamas, frei gehalten.

So ist die Zusammensetzung der PNA ein Spiegelbild innerpalästinensischer Probleme. Im Unterschied zum Palästinensischen Nationalrat (PNC, dem "Exilparlament" der PLO) oder dem PLO-Exekutivkomitee nämlich reflektiert die PNA nicht die ganze Breite der PLO. Neun ihrer Mitglieder gehören zu al-Fatah, die zwei "Unabhängigen" stehen ihr zumindest nahe, hinzu kommen zwei von der FIDA, dem engsten Bundesgenossen der Fatah, und einer von der wenig bedeutenden Popular Struggle Front. Die Palästinensische Volkspartei (PPP, ehemals Palästinensische Kommunistische Partei) hat es offiziell abgelehnt, in der PNA vertreten zu sein, dennoch wird ihr ein Mitglied zugerechnet. Draußen bleiben die Volksfront (PFLP), die Demokratische Front (DFLP), die Arabische Befreiungsfront (ALF) und die Palestinian Liberation Front, ganz zu schweigen von jenen palästinensischen Gruppen und Grüppchen, die der PLO nicht angehören (von Hamas, Dschihad Islami, as-Saiqa, Volksfront-Generalkommando von Jibril, bis hin zu den Gruppen von Abu Musa, Abu Nidal etc.).

In einer bemerkenswerten Analyse hat der Chefredakteur der in Paris erscheinenden palästinensischen Wochenzeitung The Seventh Day, Bilal Hassan, die palästinensische "Regierung" unter dem Aspekt der verschiedenen "Generationen" in der Führung von al-Fatah betrachtet. Von den elf Gründern der Bewegung (der ersten Generation) sind sieben ums Leben gekommen (zumeist vom israelischen Geheimdienst ermordet). Es überlebten vier, Arafat sowie der PLO-"Außenminister" Faruk Kaddumi, der "Architekt" der DOP, Mahmoud Abbas (Abu Mazen), und schließlich Khaled Hassan. Alle drei hätten sich geweigert, in der PNA mitzuwirken. Aus der zweiten Fatah-Generation seien drei getötet worden, zwei stehen in Opposition zum gegenwärtigen Kurs, einer wurde aus Fatah ausgeschlossen; nur einer folgt Arafat. Die dritte Führungsgeneration schließlich bestehe aus neun Leuten, von denen nur einer die gegenwärtige Politik nicht mitträgt. Arafat habe im Autonomiegebiet die wichtigsten Positionen Leuten anvertraut, die keine leitende Rolle in der Fatah-Bewegung gespielt hätten. "Also statt in Gaza mit den ursprünglichen Führern anzukommen," schrieb Bilal Hassan, "geht er mit einem Angehörigen der zweiten Generation und acht der dritten." (JT, 10.6.94)

Bilal Hassan hat in seinem Artikel auch einige Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung für das demokratische Funktionieren des künftigen palästinensischen Staates von größter Bedeutung sein dürfte: Wem nämlich wird die PNA rechenschaftspflichtig sein - dem PLO-Exekutivkomitee oder dem noch zu wählenden Rat des Autonomiegebiets? Wie werden die Beziehungen zwischen diesem Rat und der PNA sein? Und um den Bogen

weiter zu spannen: Wie wird überhaupt die künftige Rolle der PLO aussehen? Und wohin werden sich die palästinensischen Organisationen (ursprünglich Guerilla-Gruppen) entwickeln? Riad Malki, einer der Führer der PFLP in den besetzten Gebieten, hat ein düsteres Szenario entworfen: "Arafat versucht, das Einparteiensystem einzuführen. Selbst wenn es noch andere Parteien gibt, wird (die PNA) fast total von Fatah dominiert und kontrolliert. Das heißt, die Partei wird der Staat sein ...". (JT, 15.7.94)

Ein hoher Preis

Die PNA-Mitglieder mußten vor ihrem Amtsantritt durch Israel bestätigt werden. Und der Preis, den Arafat für die israelische Zustimmung zahlen mußte, war hoch: Es war seine Unterschrift unter die Vereinbarung von Kairo (vom 9. Februar 1994). Durch sie wurden Lösungen für das Jerusalem-Problem und für die Frage der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten weiter zurückgestellt. Hier betoniert Israel zwischenzeitlich weiter alles zu, was eine einvernehmliche Lösung in Zukunft ziemlich unmöglich macht. Die Inbesitznahme palästinensischen Bodens geht weiter (z.B. Anfang Juni 3200 Hektar bei Jenin für "militärische Zwecke"), als ob die DOP nie unterschrieben worden wäre. Allein zwischen dem 13. September und dem 31. Dezember 1993 wurden auf der Westbank 4608 Hektar beschlagnahmt. (Journal of Palestine Studies, No. 91,Spring 1994, S. 139 f.) In Jerusalem hat die neue Stadtverwaltung unter dem Likud-Bürgermeister Ehud Olmert Pläne zur verstärkten Ansiedlung von Israelis im palästinensischen Ostteil der Stadt forciert, ein neues Stadtviertel mit dem beziehungsreichen Namen "Shaar Misrach" (Tor zum Osten) für 32.000 Einwohner soll in Ost-Jerusalem entstehen.

Offen bleibt die politische Dimension der Jerusalem-Frage. Wenn die Palästinenser nach wie vor darauf bestehen, daß Ost-Jerualem die Hauptstadt eines palästinensischen Staates sein müsse (ohne Mauer, mit freiem Zugang zwischen den beiden Stadthälften und bei gegenseitiger Garantie für Heilige Stätten), so beharrt Israel ohne Wenn und Aber auf der Annexion ganz Jerusalems. Nun haben sich in Ost-Jerusalem eine Reihe palästinensischer Institutionen niedergelassen, so das Büro von Faisal Husseini im Orient House, das Center for Applied Research in Education, die Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), der Westbank-Lehrerverband, der Westbank-Anwalts-Verein, die Föderation palästinensischer Handelskammern und das Palestinian Bureau of Statistics. Unter dem Druck der israelischen Rechten sagte Ministerpräsident Rabin zunächst zu, die palästinensischen Aktivitäten in Ost-Jerusalem einzuschränken. Dann aber enthüllte Arafat, daß Israels Außenminister Peres am 11. Oktober 1993 in einem Brief an den norwegischen Außenminister (dem Vermittler beim Zustandekommen der DOP) zugesichert hatte, man werde die Aktivitäten der palästinensischen Institutionen nicht behindern, sondern "im Gegenteil" müsse "die Erfüllung ihrer wichtigen Mission ermutigt werden". (JP, 18.6.94) Wer wollte hier wen betrügen? Ende Juli hat das israelische Kabinett den Entwurf für ein Gesetz vorgelegt, durch das PLO und PNA jegliche politische Aktivitäten in Ost-Jerusalem verboten werden sollen. Noch bevor das Gesetz überhaupt in Kraft war wurde bereits dem PNA-Wirtschaftsminister die Teilnahme an einer Wirtschaftskonferenz in Ost-Jerusalem untersagt. Unter dem Vorwand, es seien getarnte Institutionen der PFLP, überfiel die israelische Polizei Ende Juli mehrere palästinensische Einrichtungen in Ost-Jerusalem. (JT, 22.7.94)

Wachsende Unzufriedenheit artikuliert sich in den besetzten Gebieten darüber, daß die israelische Armee sich verhält, als gebe es weder Washingtoner noch Kairoer Abkommen. Nach wie vor gehen Armee-Einheiten (z.T. auch als Undercover-Einheiten,) gegen Palästinenser vor, und zwar nicht nur - wie behauptet - gegen Hamas-Anhänger und "Terroristen", sondern auch gegen Leute von Arafats Fatah. Ausgangs- und Reisebeschränkungen werden über die Bewohner der besetzten Gebiete verhängt. Besonders absurd war die Abriegelung Hebrons nach dem Massaker, das Baruch Goldstein am 25. Februar in der Ibrahim-Moschee verübte (s. ak 364 u. 367), und die Ende Juli noch immer weitgehend in Kraft war: Bestraft wurden die Opfer, die palästinensischen Einwohner Hebrons, wo das Wirtschaftsleben fast völlig zum Stillstand kam. Nicht weniger gravierend war und ist die mehrfache Absperrung des Gaza-Streifens. Sufian Sultan, Mitglied des Palästinensischen Rates für Wirtschaft und Entwicklung (PECDAR), schätzte die Gesamtverluste der palästinensischen Wirtschaft auf täglich sieben Millionen Dollar, und fügte hinzu: "Die Leute sind zu einer Konsumentengesellschaft geworden, die ihre Ersparnisse aufbraucht, sofern sie welche hat." (JT, 29.4.94) Die Auswirkungen der Absperrung Gazas waren schließlich so gravierend,. daß die israelische Regierung Ende April beschloß, sie aufzuheben. Minister Yossi Sarid sagte dazu, die "wirtschaftliche Beraubung der

Palästinenser" sei "so akut, daß einige Teile der (besetzten) Gebiete sich am Rande des Hungers befinden. Wir können ein solches Elend nicht akzeptieren." (JP, 30.4.94)

Die Weltbank soll regieren

Als entscheidend für die Zukunft des israelisch-palästinensischen Verhältnisses wird sich die Entwicklung der Wirtschaft im "Autonomiegebiet" erweisen. Die ökonomische Abhängigkeit des Palästina-Gebiets von Israel dürfte sich nicht verringern, sondern wahrscheinlich weiter erhöhen. Am 29. April 1994 haben Israel und die PLO - wie in der DOP vorgesehen - ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das u.a. die Bildung eines Palästinensisch-Israelischen Gemeinsamen Komitees vorsieht, die Bildung einer Palästinensischen Währungsbehörde (Palestinian Monetary Authority - PMA) und in dem Vereinbarungen über den Wirtschaftsverkehr des Autonomiegebiets festgelegt sind. Bei diesen Vereinbarungen handelt es sich unter anderem um Lieferbeschränkungen für palästinensische landwirtschaftliche Produkte nach Israel - zum Schutz der israelischen Landwirtschaft - und um Importbeschränkungen für die Lieferung aus den arabischen Staaten (z.B. für Zement, Moniereisen, Düngemittel, Speiseöl und verschiedene Haushaltsgeräte) mit der Begründung, zollfreier Import nach Gaza und Jericho könne dem Schmuggel nach Israel Vorschub leisten. Die Kehrseite aber wird sein, daß man auf diese Weise den Absatz israelischer Produkte in dem Gebiet begünstigt. Ismail Deiq, der Direktor der Palestinian Agricultural Relief Committees der Westbank erklärte dazu, das Abkommen sei "unfair" gegenüber den palästinensischen Bauern. Die palästinensische Delegation habe schlecht verhandelt, sie hätte verlangen müssen, daß keine landwirtschaftlichen Produkte aus Israel in die okkupierten Gebiete eingeführt werden dürften. (JT, 13.5.94)

Bestandteil des Wirtschaftsabkommens ist die Einführung einer Mehrwertsteuer in den bisher besetzten Gebieten in Höhe von 15 bis 16 Prozent, was der israelischen Mehrwertsteuer in Höhe von 17 Prozent angenähert ist. Auf diese Weise wolle man einem "Konsumtourismus" der Israelis vorbeugen. Die Folge für die Palästinenser: Sie müssen bei niedrigeren Einkünften mit höheren israelischen Preisen rechnen.

Entscheidend für die Realisierung palästinensischer Selbstbestimmung wird sein, ob es gelingt, die vernachlässigte Infrastruktur auszubauen und Arbeitsplätze zu schaffen. Mit der Unterzeichnung der DOP sind finanzielle Zusagen von zahlreichen Ländern gemacht worden. Im Laufe von drei Jahren sollen eineinhalb Milliarden US-Dollar in das Autonomiegebiet transferiert werden, in fünf Jahren dann 2,1 Milliarden. Von diesem Geld ist bislang kaum etwas angekommen, abgesehen von Eilzahlungen für das Funktionieren der palästinensischen Polizei. Angeblich wollen die Geberländer aus Furcht vor nicht zweckgebundener Verwendung das Geld nicht unkontrolliert in die PLO-Kassen fließen lassen. Die USA halbierten erst einmal die zugesagte Budgethilfe. Damit wollten sie "zweifellos die Unterbreitung detaillierter Rechenschaftsberichte über den Gebrauch des Geldes und den Aufbau der entsprechenden Verwaltungszweige aushandeln". (Neue Zürcher Zeitung - NZZ, 16.6.94) Zum anderen ist festgelegt, daß die Weltbank die zu fördernden Projekte auswählen und den Einsatz der Mittel koordinieren soll. Handlungsweise und Bedingungen der Weltbank sind zur Genüge bekannt. Es steht außer Frage, daß auf diese Weise keine palästinensische wirtschaftliche Unabhängigkeit zustandekommen kann. Der palästinensische Ökonom Salah Abdel Shafi zitierte das Dokument der Weltbank hinsichtlich von Infrastrukturinvestitionen und meinte: "Bei Aufträgen im Wert von bis zu einer halben Million US-Dollar haben palästinensische Firmen Priorität. Aber das werden die wenigsten Projekte sein. Bei mehr als einer halben Million Dollar wird das international ausgeschrieben. Und da sind die Israelis natürlich sehr interessiert. Und die sind vor allem konkurrenzfähig (...) Aber israelische Firmen gelangen mit einem kleinen Trick selbst an die Aufträge (...) Dazu brauchen sie nur eine palästinensische Firma als subcontractor." (FR, 6.5.94)

Nun hatte es geheißen, nach der Unterzeichnung der DOP hätten zahlreiche palästinensische Kapitalisten in aller Welt ihre unverzügliche Bereitschaft signalisiert, in den Autonomiegebieten, in ihrer palästinensischen Heimat zu investieren. Erste Zusammenschlüsse kapitalkräftiger palästinensischer Kreise sind entstanden. So wurde Ende März die Palestine Development and Investment Company gegründet, die als "Offshore Company" in Liberia registriert ist. An der Spitze steht der Besitzer der Arab Bank in Jordanien, Abdelmajid Shuman. Das Aktienkapital der PDIC beträgt 200 Millionen US-Dollar, es soll durch weitere Beteiligungen aufgestockt werden. Die ersten Pläne (u.a. über die PDIC-Tochtergesellschaft al-Ruwad Investment Co.) sahen den Bau von 200.000 Wohnungen vor, auch wolle man 15.000 Hotelzimmer in den besetzten Gebieten errichten.

Eine andere Gruppe palästinensischer Geldleute unter Führung des Geschäftsmanns Suheil Jadoun aus Ramallah gründete die Commercial Bank of Palestine, die zunächst unter Oberaufsicht der Bank of Israel steht und erst später der Kontrolle eines gemischten israelisch-palästinensischen Komitees unterstellt werden soll. An der Aktivität der Banken gibt es indessen bereits Kritik. Sie hätten nicht gegründet bzw. hätten die Filialen arabischer Banken in den okkupierten Gebieten nicht eröffnet werden dürfen, meinte der Ökonom Samir Abdallah von der an-Najah-Universität in Nablus, denn sie würden ausschließlich als Geldwechsler fungieren und von Israel - als Beispiel der "Normalisierung" - für Propagandazwecke mißbraucht: "Den Palästinensern ist nicht erlaubt worden, ihre eigenen Banken zu bilden, weil dies eine Palästinensische Zentralbank erfordern würde, und dies wäre ein Zeichen politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit." (JT, 15.4.94) Am Rande sei noch bemerkt, daß in Ramallah eine islamische Bank, das Beit al-Mal al-Filastini, mit einem Kapital von 6,5 Millionen US-Dollar gegründet worden ist; dieses Institut soll gemäß den Vorschriften des Koran arbeiten, somit u.a. Zinsen weder geben noch nehmen.

Die Blütenträume palästinensischer Kapitalisten sind aber wohl mit dem Kairoer und mit dem Wirtschaftsabkommen zwischen PLO und Israel dahingewelkt. Die enge Verzahnung von palästinensischer und israelischer Wirtschaft, die Beibehaltung des israelischen Schekel als gängiger Währung, sowie die de-facto-Schaffung zweier unterschiedlicher Wirtschaftsregionen in Gaza und in Jericho ließ die potentiellen Investoren einen Rückzieher machen. Es gebe "eine fundamentale Distanz zwischen PLO-Führern, die ihre Karrieren in der Politik verbracht haben und jetzt das Geld der PNA kontrollieren wollen, und den Diaspora-Palästinensern, die ihr Leben damit verbrachten, Geld zu machen, und die jetzt in der Politik das Sagen haben wollen." (Newsweek, 13.6.94)

Keine Hoffnung

für die Diaspora

Da mindestens die Hälfte aller Palästinenser außerhalb Israels und der besetzten Gebiete lebt, ist ihre fast völlige Ausklammerung aus der DOP ein wichtiger Kritikpunkt. Was soll aus den Palästina-Flüchtlingen von 1948, die seit Jahrzehnten vor allem in Jordanien und im Libanon leben, werden? Die israelische Führung hat keinen Zweifel daran gelassen, daß das Schicksal dieser Millionen Menschen für sie kein ernsthaftes Verhandlungsthema ist. Shlomo Gazit, ehemaliger israelischer Geheimdienstchef, beschrieb recht zynisch die Position der israelischen Regierung: Es gebe "drei Kategorien von entwurzelten (displaced) Palästinensern, deren Rückkehr wir verweigern sollten. Es gibt keinen Grund, warum die Flüchtlinge von 1948 erneut entwurzelt werden sollten, nur um sie in neue Flüchtlingslager, die auf der Westbank gebaut werden, zu versenken. Auch sollten die Westbank-Bewohner, die in jene Gebiete zurückkehren wollen, die israelische Siedlungen geworden sind, nicht wieder aufgenommen werden, jedenfalls so lange, wie das Schicksal der Siedlungen nicht im Rahmen der Vereinbarungen über den endgültigen Status geregelt ist (...) Das gleiche sollte auf jene zutreffen, die in die Westbank-Regionen zurückkehren wollen, die unter voller Kontrolle der israelischen Militärverwaltung bleiben." Abgesehen von diesen Prinzipienfragen sei das Recht entwurzelter Personen auf Rückkehr "fast ganz die Angelegenheit der Palästinensischen Autorität". (JT, 21.5.94)

Die DOP und auch das Kairoer Abkommen verzichteten generell darauf, irgendwelche der zahlreichen UNO-Resolutionen zu Palästina zu erwähnen. In dem Briefwechsel Arafat-Rabin vom 9. September 1993 über die gegenseitige Anerkennung hat Yasser Arafat zwar die Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 genannt, in denen es um den Rückzug aus den 1967 eroberten Gebieten geht, nicht aber die Resolution 194, in der die Vereinten Nationen den Flüchtlingen des Krieges von 1948/49 das Recht auf Rückkehr oder Kompensation bestätigten. An diesem gravierenden Mangel der Übereinkünfte zwischen Israel und der PLO macht sich die Opposition fest. Das sind offenbar in Jordanien vor allem die Muslimbrüder bzw. Hamas, das sind in den Flüchtlingslagern im Libanon vor allem die "linken" Oppositionsgruppen. In den Flüchtlingslagern der besetzten Gebiete entwickelt sich in den letzten Wochen ein neues Phänomen, eine authentische Flüchtlingsbewegung. Noch ist nicht klar, ob daraus so etwas wie eine politische Partei oder ein Interessenverband entstehen könnte, oder ob diese Bewegung im Rahmen der PLO agieren wird.

Im Schatten der DOP scheint sich aber auch im Libanon eine neue palästinensische Tragödie anzukündigen. Es gebe, so enthüllte die in London erscheinende Zeitung al-Quds al-Arabi einen Plan des Libanon, sich der 400.000 Palästinenser zu entledigen. 20 Prozent wolle man in die Enklaven von Jericho und Gaza repatriieren, sagte der libanesische Außenminister, weitere 20 Prozent sollten in anderen arabischen Staaten angesiedelt

werden, den "Rest" - immerhin 240.000 Menschen - wolle man als Auswanderer nach Kanada, in die USA, nach Australien und Neuseeland schicken. (MEI, 29.4.94)

George Habbasch von der PFLP hat der PLO-Führung vorgeworfen, die Flüchtlinge im Libanon völlig zu ignorieren, besonders seit der Unterzeichnung der DOP. So habe sie aufgehört, dort 15.000 palästinensischen Familien von Märtyrern und Verwundeten weiterhin Unterstützungen zu zahlen, die Finanzierung von Schulen eingestellt und die medizinische Versorgung unter Verantwortung des Palästinensischen Roten Halbmondes verringert. (JT, 17.6.94)

Opposition ohne Programm

Die Opposition innerhalb der PLO hat ein gravierendes Problem. Sie besitzt kein vorzeigbares Alternativprogramm zum Kurs Yasser Arafats. Sie kritisiert, und sie bekennt sich - vernünftigerweise - zur Einheit der PLO. Abdul Rahim Mallouh, Mitglied des Politbüros der PFLP, erklärte: "Wir rufen nicht nach einer Alternative zur PLO, sondern wir betrachten uns als Unterstützer der PLO, ihrer Charta und ihres nationalen Programms. Jene, die den beiden Abkommen in Oslo und Kairo zugestimmt haben, sind diejenigen, die beabsichtigen, der PLO und ihrem nationalen Programm einen Schlag zu versetzen." Und: "Wir werden uns nicht an den Institutionen der Selbstverwaltung beteiligen, aber wir werden ein Teil der palästinensischen Infrastruktur bleiben. Wir weigern uns, unsere Dispute durch Gewalt zu lösen, und zur gleichen Zeit werden wir einen politischen und demokratischen Kampf führen." (JT, 13.5.94) George Habbash: "Wir werden (...) die Grenzen nicht überschreiten, es sei denn, die PNA greift zur Gewalt gegen das palästinensische Volk." (JT, 10.6.94)

Eine etwas ambivalente Haltung nimmt die Palästinensische Volkspartei (Kommunisten) ein. Suleiman Najab, der die PPP im PLO-Exekutivkomitee vertritt und der sich geweigert hat, einen Platz in der PNA einzunehmen, erklärte, seine Partei habe zwar das DOP unterstützt, jedoch widersprächen die in Kairo getroffenen Vereinbarungen dem in Washington unterzeichneten Abkommen in wichtigen Punkten. "Ein Friedensdiktat, das den gerechten und verbrieften Rechten und den nationalen Bestrebungen der Palästinenser nicht entspricht, hat keine Zukunft. Es wird nur noch mehr Leute in die Arme der extremistischen Kreise treiben, die den Friedensprozeß zu sabotieren versuchen. Wir (...) werden alles daran setzen, daß die gegenwärtige Chance auf Frieden nicht vertan wird." (Neues Deutschland - ND, 19.7.94)

Dabei ist nicht zu übersehen, daß die palästinensische Linke gegenwärtig sehr geschwächt ist, vielleicht auch deshalb, weil sie nicht fähig war, mit dem Beginn der Verhandlungen in Madrid und angesichts der überraschenden Unterzeichnung der DOP den Massen praktikable Alternativen vorzustellen. So entstand die Situation, daß "Arafat es nicht für nötig befand, sie an seinem ersten Tag in Gaza auch nur beim Namen zu nennen. Er appellierte anschließend an die PFLP, die DFLP und an andere, sich ihm anzuschließen; aber es war klar, daß diese kleinen Fraktionen nicht länger ein Faktor sind." (MEI, 9.7.94)

Auf der anderen Seite gibt es in der Hamas eine starke pragmatische Richtung, die - unter dem Einfluß von Sheikh Ahmed Yassin - eine Beteiligung an den Wahlen für den zu bildenden Rat nicht mehr ausschließt, was dann eine Kraftprobe zwischen Fatah und Hamas erwarten ließe.

In den besetzten Gebieten gibt es Beispiele sowohl von konkreter Opposition als auch praktischer Kooperation. Zahlreiche Städte und Gemeinden der okkupierten Gebiete besitzen weder Gemeinderäte noch Bürgermeister, seit diese von der Besatzungsmacht abgesetzt wurden. Nun hat Yasser Arafat begonnen, Gemeinderäte und Bürgermeister zu ernennen oder frühere Amtsträger wieder in ihre Funktionen einzusetzen. Die Opposition fordert, diese Repräsentanten dürften nicht von oben eingesetzt, sie müßten gewählt werden. So wurde am 29. Juni in Nablus ein "Komitee für Recht auf Wahlen" gegründet, in dem die islamischen Bewegungen, PFLP und DFLP zusammenarbeiten. In Jenin ist ein Wahlkomitee gebildet worden, dem neben Hamas, PFLP und DFLP auch die Vertreter der Fatah angehören.

Innerhalb der Fatah- und PLO-Strukturen dauert indes der Konflikt an. Alle Delegationen, die nach Tunis entsandt worden waren, haben letztlich nichts bewirkt. Arafat taktierte hinhaltend, gab Fehler zu, ohne zu Änderungen bereit zu sein. In einem Interview wurde er deutlich: "Wenn wir daheim sind in unserem Land, können sie gerne mehr Demokratie verlangen (...) Ich bin durchaus für Demokratie - in der für Palästina geeigneten Form." (Die Zeit, 15.4.94) Haidar Abdel Shafi, der hoch angesehene palästinensische Delegationschef bei den Madrider Verhandlungen von 1991, sagte bei Arafats Ankunft in Gaza, "es sei an der

Zeit, daß dieser heruntersteige und sich vom Nationalsymbol zum gewöhnlichen Politiker wandle; überdies könne man mit ihm nur zusammenarbeiten, wenn er endlich seine monarchische Allüren ablege und Kompetenzen an qualifizierte Kräfte abtrete, ohne Rücksicht auf politische Loyalitäten." (NZZ, 6.7.94)

Seit Yasser Arafat seinen ständigen Wohnsitz in Gaza genommen hat, scheint sich die Lage zu verschlimmern: Übergriffe der palästinensischen Polizei in Gaza werden gemeldet, ein inhaftierter Palästinenser ist allem Anschein nach während des Verhörs erschlagen worden, zwei projordanische palästinensische Zeitungen wurden in Gaza und Jericho verboten. "Alles, was die Leute in Gaza hören, sind Losungen," schrieb die gut unterrichtete britische Journalistin Sarah Helm. "Die Leute sehen eine nur zur Hälfte gebildete Autorität, die durch Trägheit paralysiert und von den PLO-Fraktionskämpfen alten Stils bedrängt wird. Die Hauptaktivität in Arafats Hauptquartier wird durch einen Strom von Notabeln verursacht, die zu einer ‚Audienz` eintreffen." Sie zitiert Ali Jabarwi, Professor an der Bir-Zeit-Universität: "Er (Arafat) ist der Mukhtar (Dorfälteste) von Gaza geworden - das ist es, was die Israelis immer gewollt haben." (The Independent, 1.8.94)

Zu den zahlreichen hochrangigen Fatah- und PLO-Funktionären, die angesichts dieser Entwicklungen auf Distanz zu ihrem Vorsitzenden gegangen sind, gehört Abu Mazen, der die DOP ausgehandelt hat. Auf die Frage, ob die bisherigen "revolutionären" Institutionen der PLO und die darin Tätigen in der Lage seien, die kommenden Etappen zu bewältigen, antwortete er: "Ich bezweifle, daß sie den komplizierten Herausforderungen gewachsen sind. Um eine Schule zu gründen, eine Straße zu bauen oder einen Entwicklungsplan aufzustellen, brauchen wir Experten mit einer anderen Mentalität, es ist für einen Revolutionär keine Schande einzugestehen, daß er keinen Staat aufbauen kann." Und er fügte hinzu: "Viele meiner Kampfgefährten haben sich geweigert, sich an den neuen palästinensischen Autoritäten zu beteiligen, weil sie ähnlich denken." (taz, 22.6.94)

Innerhalb von al-Fatah formieren sich außerdem Strömungen, aus denen eventuell politische Parteien hervorgehen könnten. So wird berichtet, daß Hani al-Hassan und Abbas Zaki, beides Mitglieder des ZK von Fatah, die Gründung einer Palestinian National Independence Party vorbereiten. Eine andere Gruppe bemühe sich um die Bildung einer The Nation Party.

Der Geist der Intifada

Ein Zerfall der palästinensischen politischen Strukturen, an denen uns zu orientieren wir in den letzten Jahrzehnten gelernt haben, ist nicht zu übersehen. Das gemeinsame nationale Schicksal, sei es in den besetzten Gebieten, sei es in der Diaspora, hatte viele tiefgehende Unterschiede und Widersprüche immer wieder zugedeckt oder in den Hintergrund treten lassen. Die neue Lage führt zu einer schnellen Differenzierung unter den Palästinensern. Das betrifft die besetzten Gebiete, wo der Interessenkonflikt zwischen dem Tagelöhner, der täglich nach Israel pendeln möchte, und dem potentiellen Investor nun bald schon nicht mehr durch den Besatzerterror zugedeckt wird. Das betrifft die Diaspora, wo sich eine Kluft aufgetan hat zwischen den Entrechteten in den Flüchtlingscamps und dem Kompradorentum einer sich formierenden bürokratischen Bourgeoisie, die nur zu gerne die Macht im künftigen Palästina ausüben möchte, und die um dieser Perspektive willen zu jedem nur vorstellbaren Kompromiß mit Israel bereit ist.

In der PLO(-Führung) treten jetzt die Elemente "klassischer" arabischer Politik zutage, die angesichts der Dominanz eines Netzes feudaler, kolonialer und postkolonialer Strukturen sterile, korrupte, diktatorische Regimes hervorgebracht haben. Immer gab es die Hoffnung und Erwartung, daß die objektiven Zwänge des nationalen Befreiungskampfes der Palästinenser und der Pluralismus der palästinensischen Bewegung die PLO vor einem solchen Schicksal bewahren würden. Im Augenblick scheint fast zu befürchten, daß das Volk, das durch die (auch demokratische) Schule der Intifada gegangen ist, das ein überdurchschnittliches Potential gebildeter und ausgebildeter Kräfte besitzt und das deshalb eigentlich dagegen immun sein müßte, in diesem Kampf unterliegt.

Optimistischer klingt der palästinensische Literaturwissenschaftler Prof. Edward Said, langjähriges Mitglied des Palästinensischen Nationalrates, im Vorwort seines jüngsten Buches (The Politics of Dispossession, London 1994): Es gebe doch Grund zu der Hoffnung, daß "die Palästinenser, nachdem sie der israelischen Besatzung 26 Jahre widerstanden haben, sich genau so widerstandsfähig gegenüber PLO-Diktaten erweisen werden."

Wer ist wer in der Palestinian National Authority?

- Präsident und Innenminister: Yasser Arafat, 64 (?), Gründer der Fatah in den 50er Jahren, PLO-Vorsitzender seit 1969

- Planungsminister: Nabil Shaath, 55, Fatah, Vorsitzender des Politischen Ausschusses des Palästinensischen Nationalrats, Chefunterhändler der PLO in den Gesprächen über die Durchführung der DOP, Besitzer einer Verlagsgesellschaft und einer Management Consulting Firma in Kairo.

- Wohnungsbauminister: Zakaria al-Agha, 52, Vorsitzender der Fatah in Gaza, Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation in Washington, Arzt.

- Minister für Wirtschaft und Industrieplanung: Ahmed Qurei' (Abu Ala), 53, Fatah, Leiter der Wirtschaftsabteilung der PLO und des PECDAR; seit 1989 Mitglied des ZK von Fatah, Direktor des PLO-Wirtschaftsunternehmens Samed.

- Minister für Gemeindeangelegenheiten: Sa'eb Erakat, 39, Fatah, Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation in Washington, Dozent für Politische Wissenschaften an der An-Najah-Universität in Nablus.

- Gesundheitsminister: Riyad Za'noun, Fatah(-nah), Leiter des Hohen Rates für Gesundheitswesen in Gaza, Arzt.

- Transportminister: Abdul Aziz Haj Ahmed, 51, Fatah, Vorsitzender der Zahnarzt-Vereinigung in Ramallah.

- Minister für Kunst und Kultur: Yasser Abed Rabbo, 49, Mitbegründer der DFLP, 1990 Mitbegründer der FIDA.

- Minister für Jugend und Sport: Azmi Shueibi, ehemals DFLP-Aktivist in der Westbank, Teilnehmer der Gespräche in Washington, Vorsitzender der FIDA, Zahnarzt in Ramallah.

- Ministerin für soziale Angelegenheiten: Intisar al-Wazir (Umm Jihad), 52, Fatah, Mitglied des ZK der Fatah seit 1989, Witwe des 1988 vom Mossad ermordeten Abu Jihad.

- Arbeitsminister: Samir Ghosheh, 53, ehemals Vorsitzender der Popular Struggle Front for the Liberation of Palestine (Teil der Ablehnungsfront), Mitglied des Exekutivkomitees der PLO.

- Minister für Tourismus und Altertümer: Elias Freij, 74, unabhängig (mit engen Beziehungen zu Jordanien), seit 1972 Bürgermeister von Bethlehem, Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation in Washington.

- Justizminister: Freih Abu Middein, 50, Fatah(-nah), Vorsitzender der Rechtsanwaltsvereinigung von Gaza, Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation in Washington.

- Finanzminister: Muhammed Nashashibi, 55, Fatah, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, aus einer Jerusalemer Notablenfamilie.

- Volksbildungsminister: Yasser Amru, unabhängig, Leiter der Abteilung Bildungsfragen in der PLO, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO.

- Minister für jüdische Angelegenheiten: Rabbi Moshe Hirsch (nicht vereidigt), "Außenminister" der antizionistischen Sekte "Neturei Karta", deren Jerusalemer Hauptquartier im ultraorthodoxen "Mea Schearim"-Viertel liegt.

- Minister für Kommunikation: Abdul Hafiz Ashhab, 67, er wird der Palästinensischen Volkspartei zugerechnet, Arzt.

- Ohne Portefeuille: Faisal Husseini, 54, Fatah. (Für Jerusalem verantwortlich, aber nicht vereidigt und "inoffizielles" Mitglied der PNA, um die Fortführung seiner Arbeit von Ostjerusalem aus zu ermöglichen.)

- Ohne Portefeuille: Munib Masri, 46, unabhängig, aus einer Notablenfamilie, Geschäftsmann.

- Koordinierung der Ministerien: Jamil Tarifi, 47, Fatah, Rechtsanwalt, Vorsitzender des Verbindungskomitees zu Israel

- Generalsekretär der PNA: Tayeb Abdul Rahim, 50, Fatah, zuletzt PLO-Botschafter in Jordanien.

(Nach The Jerusalem Times,10.6. u. 8.7.94, und The Jerusalem Report, 11.8.94).

17. Die Schrift an der Wand... Der Untersuchungsbericht über das Massaker in Hebron

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:30

"Es hat den Anschein, daß die Mitglieder der Shamgar-Kommission vom Mond gefallen sind und daß sie tatsächlich glauben, daß es ein Gesetzsystem gibt, nach dem sowohl die Juden wie die Araber in den besetzten Gebieten regiert werden." (Kol Hair, 11.3.94)

Am 25.2.94 wurden 29 Muslime beim Morgengebet in der Ibrahim-Moschee in Hebron erschossen, annähernd hundert weitere wurden verletzt. (S. ak 364) Eine Kommission zur Untersuchung des Massakers wurde gegen den erklärten Willen des Ministerpräsidenten Rabin eingerichtet; er befürchtete eine Schädigung des israelischen Ansehens im Ausland und eine Minderung des Vertrauens der jüdisch-israelischen Bevölkerung in ihre Armee.

Nach zweieinhalbmonatiger Tätigkeit - in 31 Sitzungen wurden 106 Zeugen gehört - legte die nach ihrem Vorsitzenden Shamgar benannte Untersuchungskommission am 26.6. dem Kabinett ihren 338 Seiten umfassenden Abschlußbericht vor.

Zentrale Bedeutung hatte die Shamgar-Kommission der Frage beigemessen, ob der Attentäter Baruch Goldstein, Siedler aus Kirjat Arba und Arzt, alleine gehandelt habe. Die Aussagen zweier Soldaten und palästinensischer Zeugen, die von zwei oder mehr Tätern sprachen, wurden als widersprüchlich und somit nicht beweiskräftig gewertet. Die Kommission kam aufgrund der überwiegenden Anzahl von Aussagen, daß Goldstein alleine gewesen sei und keine Helfer gehabt habe, zu dem Schluß, daß es sich um einen einzelnen Täter gehandelt habe. (Teil 2 des Berichts)

An einer - im engsten Sinne verstandenen - Einzeltäterschaft Goldsteins zu zweifeln, scheint es tatsächlich keinen Grund zu geben. Dieser Umstand ist allerdings hier auch von nur kriminalistischer, nicht aber von politischer Bedeutung. Überdies gehört es zum politischen Tagesgerangel, daß Israeli im gegebenen Falle stets Einzeltäter, palästinensische Attentäter aber ebenso stets "im Auftrage" wenn schon nicht der PalästinenserInnen insgesamt - die dann eben sämtlich unter Ausgangssperre gestellt werden -, so doch "als" Mitglieder von Hamas, Dschihad Islami oder ähnlichen Gruppierungen gehandelt haben. Ebenso ist auch unter Palästinensern die Neigung nicht gering, in Fällen wie bei diesem Massaker von einem größeren "Komplott" auszugehen - womit sie in einem weiteren Sinne gar nicht so Unrecht haben.

Mein Name ist Hase ...

Generalstabschef Ehud Barak hatte vor der Kommission ausgesagt, das Massaker sei "wie ein Blitz aus heiterem Himmel" geschehen. Diese Auffassung ist von der Shamgar-Kommission einschränkungslos übernommen worden: "Wir glauben nicht", heißt es in ihrem Bericht, "daß irgendjemand beschuldigt werden kann, den Umstand nicht vorausgesehen zu haben, daß ein Jude ein Massaker an Muslimen in der Machpela-Höhle (in der eine Synagoge und eine Moschee nebeneinander liegen - Anm. KM) planen und ausführen würde." In Geheimdienstberichten sei nicht vor dem Angriff eines Juden auf Muslime, sondern vor Angriffen von Hamas auf Juden gewarnt worden. Auch müsse in Betracht gezogen werden, daß es in den vergangenen 27 Jahren (d.h. seit Beginn der Besetzung 1967) vielfach Streit u.a. über die Zutrittszeiten für Juden oder Muslime gegeben habe, niemals aber Waffen eingesetzt worden seien. Dies alles zusammengenommen könne also keiner Befehlsebene des Militärs, das für Aktivitäten in der Machpela-Höhle verantwortlich ist, Fahrlässigkeit vorgeworfen werden. (Teil 8 des Berichts)

Tatsächlich war jedoch in der Vergangenheit nicht nur vielfach allgemein vor Siedlerangriffen gewarnt worden. Der Hohe Islamische Rat Hebrons hatte sich mit einem Schreiben vom 18.10.93 an Rabin gewandt und namentlich auf Goldstein hingewiesen. Ein Sicherheitsbeauftragter Kirjat Arbas hatte von "irgendeinem durchgedrehten" Siedler, der "30, 40 Araber" umbringen wolle, gesprochen. Sogar ein Rabbiner aus Kirjat Arba, Shimon Ben Tsion, der sich als "Seelenfreund" Goldsteins bezeichnete, klagte vor der Presse: "Ich muß Ihnen sagen, daß ich, als ich von dem Geschehen an diesem Tag hörte, nicht überrascht war (...) Ich war nicht überrascht, weil es Warnungen gegeben hatte, mündlich und schriftlich, an befehlshabende Offiziere, über die

Möglichkeit eines solchen oder ähnlichen Geschehens (...) Es war klar, daß dies geschehen würde, und es ist eine Schande, daß unsere Worte nicht ernst genommen wurden." (Haaretz, 23.3.94)

Weit mehr noch als von diesen ergangenen Warnungen wird das Untersuchungsergebnis der Kommission vom Vorgehen der Siedler und des zeitweise tätigen "Jüdischen Untergrunds" widerlegt. Seit dem Einzug von Juden nach Hebron Anfang der siebziger Jahre und der Gründung der Siedlung Kirjat Arba kurz darauf gelten diese Orte als Hochburgen des jüdischen Rechtsextremismus. Noch Anfang Dezember 93 unternahmen Siedler dieser Orte - unter dem Schutz des Militärs - am muslimischen Feiertag einen provokativen Zug durch Hebron und schossen gezielt auf steinewerfende Jugendliche. Bilder dieses Geschehens erschienen auch in der israelischen Presse. In den Jahren von 1980-84 war ein "Jüdischer Untergrund", eine Gruppe von 25 Männern, größtenteils Siedler von der Westbank, mörderisch aktiv. Sie plazierten Sprengsätze unter Wagen von palästinensischen Bürgermeistern; sie überfielen das Islamische Kolleg Hebron, ermordeten drei Studenten und verletzten weitere dreißig; sie brachten Bomben in palästinensischen Bussen an und bereiteten die Sprengung des sog. Felsendoms auf dem Haram el-Sherif in Ostjerusalem vor. Seit Beginn der Intifada haben Siedler vielfach Vandalenzüge durch palästinensische Ortschaften unternommen, die teilweise pogromartige Ausmaße annahmen. Nach einer Untersuchung der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem sind zwischen 1988 und 1992 48 PalästinenserInnen von Siedlern getötet worden. (S.ausführlich ak 367)

Nicht aber diese Geschehnisse wurden von der Shamgar-Kommission in Betracht gezogen. Gemäß der Aussage von Generalstabschef Barak, daß "es vernünftig ist zu glauben, daß ein bewaffneter Palästinenser im Begriff ist, einen seiner Brüder oder einen Juden zu töten", aber "ein Siedler seine Waffe (braucht), um sich selbst zu verteidigen", ließ es sich die Kommission angelegen sein, das Mitführen von Waffen, auch an dem muslimisch-jüdischen Gebetsort in Hebron, als "Resultat der Sicherheitssituation in der Region" zu rechtfertigen. Soweit den veröffentlichten Passagen des Berichts zu entnehmen ist, stand die "Sicherheitssituation" der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten nicht zur Debatte. Hingegen wird des längeren und breiteren die von den PalästinenserInnen ausgehende Bedrohung der Siedler gewürdigt. "Seit dem Ausbruch der Intifada hat diese Bevölkerung (die Siedler - Anm. KM) unter dem Schatten fortwährender physischer Bedrohung gelebt. (...) Wenn israelische Bürger dicht bevölkerte arabische Gebiete passieren, ist die Gefahr sogar noch größer, und ein Bürger, der dies unbewaffnet unternimmt, riskiert sein Leben." (S. 152) Akribisch aufgelistet wird, daß es zwischen dem Ausbruch der Intifada und der Zeit des Massakers "154.754 Fälle von Steinewerfen" gegeben habe, "5655 Brandsatzangriffe, 2979 Angriffe und Messerattacken, 821 Zwischenfälle mit Schußwaffen und es wurden 256 Handgranaten geworfen (...) 64 Israeli wurden getötet und 3866 verletzt (...) 373 Araber wurden von Arabern getötet." (S. 167)

Wo nun keiner nichts gewußt hat, keiner für nichts verantwortlich ist, blieb nur noch, die fünf der insgesamt sechs Wachhabenden an der Machpela-Höhle, die am Morgen des 25.2. verschlafen oder ihren Dienst sonstwie verdaddelt hatten, zu rüffeln und einen der Kommandeure zu versetzen. Ansonsten wurde empfohlen, das Waffentragen in der Machpela-Höhle grundsätzlich zu verbieten und eine strikte Trennung jüdischer und muslimischer Gläubiger durchzuführen.

Nationale Verantwortlichkeit

Von jedweder Verantwortung freigesprochen, herrschte eitel Freude in Regierung und Parlament. Rabin, ursprünglich Gegner einer Untersuchung des Massakers, sprach der Shamgar-Kommission namens der Regierung "Dank und Wertschätzung" für die "umfassende, gründliche und vollständige" Untersuchung aus. Der Likud-Vorsitzende Netanyahu war befriedigt, daß die Kommission Armee und Siedler von jeglicher Verantwortung freigesprochen habe. Das rechtsextreme Parlamentsmitglied Ariel Sharon lobte, die Kommission habe Sinn für "nationale Verantwortlichkeit" bewiesen. Zugleich nutzte er die Gelegenheit, die Arbeit der Kahan/Barak-Kommission zu bepöbeln, die 1982 zur Untersuchung des Massakers in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila eingesetzt worden war. Sehr viel anders als die Shamgar-Kommission hatte diese Kommission die Verantwortlichkeit auch führender Politiker und Militärs untersucht. Eines ihrer Ergebnisse war, daß der seinerzeitige Verteidigungsminister Sharon zurücktreten mußte.

Was kann aber auch, heißt es in einem Kommentar der von jüdischen Israeli und Palästinensern herausgegebenen The Other Front, von einer Untersuchungskommission erwartet werden, die von einem

Besatzerland eingesetzt wird, um zu untersuchen, was unter Besatzungsbedingungen geschah? Was kann erwartet werden, wenn die Kommission von der Person präsidiert wird, die die rechtlichen Normen für die besetzten Gebiete bestimmt, dem Präsidenten des Obersten Gerichts, Meir Shamgar, und der Person, die für die Voraussetzungen, unter denen das Massaker verübt wurde, verantwortlich ist, dem früheren Stabschef, Reserve-General Moshe Levi? Was war zu erwarten, wenn die Regierung der Kommission nur ein sehr eingeschränktes Mandat gab, um sie zu hindern, den politischen Zusammenhang, in dem das Massaker geschah, zu untersuchen?

Klaus Mellenthin

Quellen: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 30.6.94; Biladi - The Jerusalem Times, 1.7.; Jerusalem Post, int. Ausg., 9.7. u. 23.7.94; Neue Zürcher Zeitung, 27.6.94; The Other Front, 29.6.94; Süddeutsche Zeitung, 27. u. 28.6.94.

Israelische Kinder und Araber

Bei der zweiten "Internationalen Konferenz über Vorurteil, Diskriminierung und Konflikt", die im Juli in Jerusalem stattfand, stellte Prof. Daniel Bar-Tal von der School of Education in Tel Aviv die Ergebnisse seiner Untersuchung der Vorstellungen jüdisch-israelischer Kinder über Araber vor. (Unter dem Begriff "Araber" sind hier die Angehörigen arabischer Völker im allgemeinen wie die Palästinenser in den besetzten Gebieten und in Israel zu verstehen.)

Kinder neigen schon in sehr frühem Alter zur Entwicklung stereotyper Vorstellungen, und die seien fast immer negativ. So hat schon die überwiegende Mehrheit der zwei- bis dreieinhalbjährigen jüdischen Kinder in Israel stereotype Vorstellungen von Arabern. Sie sehen sie als Mörder oder als Menschen, die Kinder töten oder stehlen. Diese Vorstellungen resultieren aus einer Vielzahl von Einflüssen, einschließlich der aktuellen Politik, Kinderbüchern, Fernsehen und Schulbüchern. Nur 10-15% der Kinder haben eine entweder neutrale oder positive Einstellung zu Arabern. Diese stereotypen Vorstellungen erreichen ihren Höhepunkt im Alter von fünf, sechs Jahren. Zwischen neun und zwölf Jahren tendieren die Kinder zur Differenzierung zwischen "guten" und "bösen" Arabern.

"Wir wissen, daß die in einem frühen Alter angeeigneten Stereotypen kulturelle Stereotypen sind, die auf den Konsens der Gesellschaft zurückzuführen sind." Mit der Zeit werden diese kulturellen Stereotypen durch persönliche ersetzt, aber der Einfluß der kulturellen Stereotypen beeinflusse den Menschen während seines ganzen Lebens.

(Nach: The Jerusalem Post, International Edition, 16.7.94)

18. Kurswert für Demokratie: leicht steigend. Zur politischen Entwicklung in der Slowakei vor den Wahlen

Zur politischen Entwicklung in der Slowakei vor den Wahlen - von Balduin Winter

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Slowakei · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:14

Im September finden in der Slowakei zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Wahlen statt. Ursprünglich erst für 1996 vorgesehen, mußten sie aufgrund der parlamentarischen Krise vorgezogen werden. Diese Krise erreichte im März dieses Jahres mit dem Sturz der Meciar-Regierung einen vorläufigen Höhepunkt. Sie ist freilich bloß Teil einer tiefergehenden, allgemeinen Krise von Staat und Gesellschaft, in der nahezu alle grundlegenden Fragen neu gestellt werden.

Das beginnt für große Teile der Bevölkerung mit dem alltäglichen Existenzkampf: Massenentlassungen, im wesentlichen die Folge von Stillegungen, haben die Arbeitslosenrate auf etwa 18% (in der Ostslowakei teilweise weit über 25%) anschnellen lassen; um die verbliebenen Arbeitsplätze wird ein scharfer Konkurrenzkampf geführt. Lohn- und Rentenkürzungen und eine Inflation von 20% haben ein Sinken des Lebensstandards bewirkt. Dementsprechend weit klafft die Schere zwischen den Preisen eines enorm gestiegenen Warenangebots und der Massenkaufkraft auseinander. In den letzten fünf Jahren haben die slowakischen BürgerInnen eine schmerzliche Nachhollektion in Sachen Kapitalismus erfahren müssen. Für die meisten ist es normal, daß die Hälfte des Lohns oder der Rente in Fixkosten für Miete, Heizung, Strom, Gas und Nebenkosten fließt.

Die unsichere sozialökonomische Lage zahlreicher BürgerInnen ist nur ein Ausdruck der tiefen ökonomischen Krise, deren Wurzeln allerdings weit zurück ins realsozialistische System reichen. Schon in den 70er Jahren setzte in den meisten Ostblockstaaten wirtschaftliche Stagnation ein. Die Wende von 1989 zeigte schonungslos den maroden Charakter der Volkswirtschaften auf. Auf die Schwachstellen der slowakischen Wirtschaft wies vor zwei Jahren eine Studie des Gewerkschaftsbundes hin:

- insgesamt eine geringe Konkurrenzfähigkeit der Produkte;

- höhere Abhängigkeit (im Vergleich zur Tschechischen Republik, Anm. Verf.) von osteuropäischen Märkten;

- hohe Abhängigkeit vom internationalen Waffenmarkt (rund 60% der Waffenproduktion beider Republiken kommen aus der Slowakei);

- hoher spezifischer Rohstoff-, Material- und Energieverbrauch;

- schwach entwickelte Verarbeitungsindustrie;

- relativ niedrige Qualifikation der Beschäftigten." (aus: Hospodárské noviny Nr. 147, 30.7.1992)

Einer wesentlich auf Grundstoffproduktion (Stahl, Energie) und Schwermaschinenbau (Rüstung) basierenden Industrie, zugeschnitten für den Comecon-Markt, ist es seither kaum gelungen, auf neuen, internationalen Märkten zu reüssieren. Die Entwicklung neuer wirtschaftlicher Strukturen sowie die Verbesserung infrastruktureller Rahmenbedingungen scheitern an der völlig unzulänglichen Eigenkapitaldecke: Der Staat ist schwer verschuldet, die Devisenreserven sind weitgehend aufgebraucht, und ausländisches Kapital fließt sehr spärlich und punktuell. Darin liegt auch ein Grund für den stockenden Gang der Privatisierung. Ihre Hauptprobleme sind freilich vorwiegend politischer Natur: Die Meciar-Regierung hatte sich noch in der CSFR gegen den scharfen neoliberalen Wirtschaftskurs von Vacláv Klaus gewandt und statt der raschen "Kupon-Privatisierung" eine den slowakischen Besonderheiten angepaßte Reformgangart gefordert. Propagandistisch begleitet wurde dieser Kurs mit dem Argument der "sozialen Rücksichtnahme", was Meciar vorübergehend den Ruf eines "Kryptokommunisten" einbrachte. Grund für diese Politik waren allerdings nicht soziale Motive, sondern die Option auf eine "Nomenklatura-Privatisierung", d.h., auf die Verteilung des Staatsbesitzes unter die Klientele der politischen Klasse. Mit einem sozialen Wirtschaftskonzept hat das absolut nichts zu tun. Es ist daher kein Zufall, daß die triste Lage durch allerlei mafiose Vorgänge rund um die

abgebremste Privatisierung garniert wird, wie z.B. den Verkauf von Staatsbetrieben unter der Hand um ein Sechstel bis ein Viertel des amtlichen Schätzwerts an Günstlinge der ehemaligen Meciar-Regierung.

Ein anschauliches Beispiel, wie sich verschiedene Seiten der ökonomischen Krise auf kleinem Raum fokussieren, ist die Stadt Sal'a, 100 Kilometer südöstlich von Bratislava am Rande der Donauebene gelegen. Die Stadt mit 20.000 Einwohnern ist ein typisches Produkt der nachgeholten Industrialisierung, ein paar Bauernhäuser am Fluß gehen in der Plattenbau-Skyline unter. Das Chemiekombinat Duslo ist das Herz der Stadt, hier waren bis 1989 etwa 6000 Menschen beschäftigt, weitere Arbeitsplätze boten einige Zulieferbetriebe. 75% der Produktion wurden in die Sowjetunion ausgeführt. Nach Zusammenbruch dieses Marktes ging die Produktion rapide zurück, viele Abteilungen wurden ebenso geschlossen wie die meisten Lieferbetriebe, etwa 2500 Beschäftigte wurden bei Duslo entlassen, jeder Dritte in der Stadt ist inzwischen arbeitslos. Doch haben sich auch einige Abteilungen des Kombinats verselbständigt, z.B. die Regeltechnik, die nunmehr von einem früheren Angestellten geleitet wird und mit Gewinn arbeitet. Die Löhne der 70 Arbeiter wurden um ein Drittel erhöht, also soziale Differenzierung auch "nach oben", entgegen dem allgemeinen Trend zunehmender Pauperisierung. Auch diese Situation kann sich rasch ändern, etwa wenn sich ein ausländischer Konzern (es gibt schweizerische und schwedische Interessenten) einkauft und mit dem Betrieb tabula rasa macht.

Unlösbar verzahnt mit den wirtschaftlichen Problemen sind die ökologischen Alt- und Neulasten. Eine hemmungslose Industrialisierung hat zu vielfach irreparablen Umweltschäden geführt. Die Kraftwerke sind wesentlich an der hohen Luftverschmutzung beteiligt (79%). In mehr als 50% des gelieferten Trinkwassers überschreitet zumindest ein Schadstoff den gesetzlichen Grenzwert. Weniger als 30% der Abwässer werden geklärt. Dazu kommen die großräumigen Probleme mit dem Kraftwerkskomplex von Gabcikovo: Bereits ein Jahr nach der heftig umstrittenen Inbetriebnahme fließen nur noch 10-15% der früheren Wassermenge durch den alten Donaulauf, der Grundwasserspiegel ist um 6 Meter abgesunken, einige Brunnen mußten bereits wegen Verseuchung gesperrt werden, 3% der Auwälder sind schon krepiert. 50 Kilometer weiter nördlich befindet sich mit dem AKW Jaslovské Bohunice ein weiterer Risikofaktor für Großkatastrophen - das Vorgänger-AKW mußte 1977 aufgrund mehrerer Unfälle mit Toten und wegen Freisetzung größerer Mengen von Radioaktivität stillgelegt werden.

Nationalismus

und Minderheiten

Im Osten nichts Neues - so könnte man sagen, denn ökonomische Krisen mit ähnlichen Merkmalen kennzeichnen heute das Bild der meisten ehemaligen Ostblockstaaten. Dabei zeichnet sich bereits eine Differenzierung der Volkswirtschaften ab: Die besten Bedingungen für den Sprung in den kapitalistischen Sumpf hat Tschechien; Polen, Ungarn und Slowenien liegen deutlich über den Durchschnitt. Im hinteren Bereich dieser Kategorie befindet sich auch die Slowakei: qualitativ liegt ihre Wirtschaft vor jener des Gürtels der ehemaligen westlichen Sowjetrepubliken - eine mittlere Transformationskrise also, nicht mehr.

Ihren spezifischen Charakter erhält die Krise in der Slowakei durch die nationale Problematik, die auch noch in den abgelegensten Fragen durchschlägt. So wird z.B. das Wohnen laut einer Umfrage im Frühjahr 1994 zu einer "nationalen Angelegenheit": 80% der SlowakInnen wollen keinen Roma als Nachbarn, 36% keinen Ungarn und 18% keinen Juden. Und das in einem Staat, in dem Roma (500.000) und Ungarn (600.000) zusammen ein Fünftel der gesamten Bevölkerung ausmachen. Diese Ablehnung führte z.B. in der mittelslowakischen Tatra-Gemeinde Spisské Podhradi 1993 zu einem Gemeinderatsbeschluß, demzufolge eine nächtliche Ausgangssperre für Roma und "andere verdächtige Bürger" erlassen wurde; nach Aufhebung dieses Beschlusses wurden "Bürgerwehren" aufgestellt.

Die Situation der Roma ist ziemlich trist. In manchen Romagemeinden der Ostslowakei beträgt die Arbeitslosenrate bis zu 80%. Zahlreiche Roma haben früher im Baugewerbe gearbeitet, wobei sie vor allem auf Baustellen im tschechischen Landesteil eingesetzt waren. Aufgrund ihres Status als Gastarbeiter mit slowakischem Hauptwohnsitz hatten sie nach der Trennung zwischen Tschechischer Republik und Slowakei keinen Anspruch auf tschechische Staatsbürgerschaft und mußten Tschechien verlassen. In der Slowakei mit ihrem Mangel an Arbeitsplätzen aber werden "weiße" Arbeitskräfte den Roma vorgezogen - ein Grund, warum viele Roma sich als ethnische Slowaken ausgeben. In der Schule sind Roma-Kinder von vornherein

benachteiligt, weil es keine Romanes-Schulen gibt. Und Politiker nehmen kein Blatt vor dem Mund, wenn sie ihre Meinung zu den Roma kundtun: "Genetische Minderwertigkeit" bescheinigte Ex-Premier Meciar der Volksgruppe.

Wie sehr die Auseinandersetzung um elementarste Schutzrechte für Minderheiten die Gesellschaft spalten können, hat sich an der Frage der ungarischen Volksgruppe gezeigt. Schon im Herbst 1990 brach um das Sprachengesetz ein turbulenter Streit aus, in dessen Verlauf die SNS (Slowakische Nationalpartei) und die Matica Slovenská (Slowakische Kulturorganisation) die Forderung "Slowakisch ohne Ausnahme" aufstellten. Damals war es Meciar, der gegen die Sprachnationalisten das Sprachgesetz im Slowakischen Nationalrat durchbrachte. Eine Reihe weiterer Rechte, vom Europarat an die Adresse der slowakischen Regierung gerichtet, sind nach wie vor nicht verwirklicht. Unlängst ist eine Gesetzesvorlage über die Einführung zweisprachiger Ortstafeln in den Gebieten der ungarischen Minderheit am Veto der HZDS (Meciars Partei "Bewegung für eine Demokratische Slowakei") und der SNS gescheitet, deren Argument lautete, daß der Entwurf separatistische Tendenzen fördere. Zum parlamentarischen Alltag gehört es schon, die Parteien der Ungarn als "antislowakische Gruppierungen" zu denunzieren.

Die Ausflüsse des Nationalen sind zu einem festen Bestandteil des Alltags in der Slowakei geworden; man trifft auf sie in der Umgangssprache ebenso wie im Verfassungswort. In der Parlamentsdebatte zur Verabschiedung der Verfassung im Sommer 1992 wurde die Formulierung "Wir Bürger der Slowakischen Republik" gestrichen und durch "Wir, das slowakische Volk" ersetzt - statt des Territorialprinzips das völkische Prinzip.

Die Auflistung nationalistischer und rassistischer Phänomene ließe sich noch lange fortsetzen. Für breite Teile der medialen, politischen und wirtschaftlichen Öffentlichkeit im bundesdeutschen Glashaus gibt sie Anlaß zum Steinewerfen. Wolf von Amerongen etwa hat die Slowakei geringschätzig als "Armenhaus Europas" bezeichnet, andere Wirtschaftsführer warnen wegen der "unsicheren politischen Lage" vor Investitionen - eine allgemein verbreitete Bemäntelung für den Rückzieher von den großen Versprechungen, die 1989 westliche Banker und Manager abgegeben haben. Im Blätterwald zwischen "Welt" und "Zeit" rauscht es unisono, wenn ihre redaktionellen Waldhüter von den Hochständen deutscher Größe die Lage in der Slowakei kommentieren. In bester Schwarzweiß-Malerei steht da Tschechien für Demokratie und Europabewußtsein, während die Slowakei zur nationalistischen Provinz und Heimat der Hinterwäldler degradiert wird. Auch linkerseits ist man mit Vorurteilen nicht zimperlich. Es hilft aber in der Analyse der neuen ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten nicht weiter, jede Äußerung über den Leisten des Nationalismus zu scheren.

Ohne Zweifel gilt das Phänomen des Nationalismus für ganz Osteuropa. Meines Erachtens muß jedoch unterschieden werden zwischen zwei Dingen: Erstens dem jeweils spezifischen Nationalismus, der auf ganz bestimmten Voraussetzungen aufbaut (nationale Mythen, Geschichte incl. ihrer Verdrehungen, "historische" Vorrechte, nationale Feindbilder, Primat des nationalen Kollektivs usw.) und nationale Minderwertigkeitsgefühle und Hysterien ganz gezielt für seine politischen Zwecke instrumentalisiert. Und zweitens der Prozeß der Nationsbildung, der sich aufgrund historischer Bedingungen und der besonderen Entwicklung im 20. Jahrhundert sozusagen im Nachzugsverfahren vollzieht und zum Teil andere Merkmale aufweist, als vom adäquaten Prozeß im Westen her bekannt sind.

Diesen Prozeß zu analysieren, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Dazu müßte auf die historischen Voraussetzungen eingegangen werden, auf die Spaltung Europas in drei historische Regionen mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Strukturen, z.B. dem Gegensatz von westlicher Staatsnation und östlicher Sprachnation. Und zu untersuchen ist auch die schwierige Frage, was das realsozialistische System zur nationalen Frage, möglicherweise auch zum heutigen Nationalismus beigetragen hat. Generell läßt sich heute sagen, daß der die Wende 1989 beflügelnde Gedanke einer Bürgergesellschaft vorläufig gescheitert ist, seine politischen Vertreter aus der oppositionellen Intelligenz weitgehend aus dem politischen Leben ausgeschaltet sind. Es scheint, daß der ältere Prozeß der Nationsbildung, zwischenzeitlich gebremst, wieder in Bewegung geraten ist, wobei noch unklar ist, ob sich bei seinen zumeist konservativen Triebkräften (auch den linkskonservativen Wendeparteien) die demokratische oder die totalitäre Komponente durchsetzen wird.

Die Grundmuster des slowakischen Nationalismus

Der slowakische Nationalismus baut im wesentlichen auf zwei Grundmustern auf. Rechtsextremisten treten mit aggressiven Ausdrücken und Symbolen auf. Eine rechte Abspaltung der rechten SNS, die Slowakische Volkspartei, fordert z.B. offen die Rehabilitierung von Jozef Tiso, dem 1947 hingerichteten Präsidenten des klerikalfaschistischen Staates zwischen 1939 und 1945, bezeichnet diese Ära als "slowakisches Wunder" und die enge Anbindung an Hitler als das "kleinere Übel". Das andere Muster mit weit größerer Breitenwirkung geht vom Volk als einem "gekränkten Wesen" (Martin M. Simecka) aus. Das geschichtliche Material - die jahrhundertelange Unterdrückung, insbesondere die scharfe Magyarisierungspolitik Ungarns in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder der "Pragozentrismus" seit 1919 - wird für die Aktualisierung von Feindbildern benutzt, die das kleine Volk in seiner Existenz bedrohen. Mit dem Feindbild der tschechischen Staatsbürokratie, deren Reformen angeblich slowakische Arbeitsplätze zerstören und deren Absichten bei den Minderheitenrechten auf Schwächung des Slowakentums abzielen, wurden die letzten Wahlen geführt; gewonnen wurden sie von jenen, die den "logischen Schluß" daraus zogen, nur eine weitreichende Autonomie könnte die "tschechische Bedrohung" abwenden. Was die "Magyarisierung" betrifft, hat Meciar im Februar die Behauptung aufgestellt, der ungarische Staat verfüge bereits über 50% des in der Südslowakei (dem Gebiet der ungarischen Minderheit) investierten Kapitals und drohe auf kaltem Weg die Herrschaft zu übernehmen. Mit dieser Absurdität knüpft er an reale Ängste an: Der Slowakei wurde dieses Gebiet, etwa ein Viertel des gesamten Staatsgebiets, 1939 weggenommen und dem ungarischen Horthy-Staat angegliedert.

Regierungskrise und demokratische Differenzierung

Die zahlreichen nationalistischen Töne veranlassen westliche Kommentatoren (meist kommentieren sie aus Prag...) häufig, von einer Rechtsentwicklung zu sprechen: In der FAZ heißt das dann "autoritärer Kurs", und jeder dritte der seltenen Berichte in der taz beschwört den Rechtsruck. Das ist mit großer Vorsicht zu genießen. Hatte die Meciar-Regierung fast täglich die Frage gestellt, wie hältst du es mit der Nation?, so zeichnet sich inzwischen eine zunehmende Differenzierung der Parteien ab, sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Die letzten CSFR-Wahlen im Juni 1992, ganz im Zeichen der nationalen Polarisierung, haben in der Slowakei den politischen Schwerpunkt zu den Autonomisten verschoben. Die HZDS gewann damals 37,3% der Stimmen und 74 der 150 Sitze im Nationalrat. Gemeinsam mit der SNS (7,9% und 15 Sitze) verfügte sie über eine bequeme Mehrheit. Auf der anderen Seite stürzten die demokratischen Kräfte der Wende völlig ab: Weder "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VOM), Sammelbecken der dissidenten Intelligenz, noch die Sozialdemokraten unter dem inzwischen verstorbenen Alexander Dubcek konnten die Sieben-Prozent-Klausel überspringen.

Das Votum für die Trennung war freilich nicht so eindeutig, wie es die Sitzverteilung im slowakischen Nationalrat erscheinen läßt. Die "tschechischen" Parteien, also jene, die für einen gemeinsamen Staat auftraten, erhielten über 40% der Stimmen. Die aus der früheren KP hervorgegangene Partei der Demokratischen Linken (SDL) bekam 14,7% (29 Sitze), die Christdemokratische Bewegung (KDH) 8,9% (18), die Ungarische Koalition 7,4% (14). Dazu sind noch die Stimmen für VOM, Sozialdemokraten und andere Kleinparteien zu zählen.

HZDS-Chef Meciar bildete die Regierung unter Einbeziehung der SNS, eine brüchige Koalition zwar, aber stark genug, um sich gegen eine zersplitterte Opposition durchzusetzen. Noch eine Zeitlang hielt das gemeinsame Feindbild "die Tschechen" beide Parteien und ihre Koalition zusammen. Freilich wurde Meciars Image deutlich geschwächt durch seine Niederlagen in der Auseinandersetzung mit der tschechischen Regierung um das Staatsvermögen, um die gemeinsamen Schulden, um die Zollunion sowie im Scheitern um eine angestrebte gemeinsame Währungspolitik. Zudem wurden die zentrifugalen Kräfte in der HZDS immer stärker: Deutlich zeigte sich nun, daß diese Partei nicht mehr als ein loser Zusammenschluß miteinander rivalisierender Gruppen ist, wobei das Spektrum von massiv nationalistischen Kreisen (etwa um Ex-Kulturminister und "Chefideologen" Dusan Slobodník) über demokratische Autonomisten bis zu Exkadern des KP-Mittelbaus reicht. Einige dieser Gruppen wollten Meciars zunehmend autoritärem Kurs nicht mehr folgen. Aufgrund des Absprungs von mehreren HZDS-Abgeordneten war die Meciar-Partei nicht mehr mehrheitsfähig. Der Versuch, die SDL in eine Koalition einzubinden (Oktober 1993), mißlang. Blieb ihm nur noch, die SNS in die Regierung zu nehmen. Das gab den nationalistischen Kräften in der HZDS weiteren Auftrieb und rief zugleich die innerparteiliche Opposition auf den Plan.

Für Herbst 1993/Winter 1994 ergab sich eine eigentümliche Situation. Das SNS-Bündnis, die Aufwertung der nationalistischen Kräfte schienen die These des Rechtsrucks zu bestätigen. Dazu kam, daß die SDL noch zu keiner Linie gegenüber der HZDS gefunden hatte. Sie stimmte sogar dem Budgetentwurf der Regierung zu, wobei Beobachter ein abgekartetes Spiel vermuteten: Meciar habe der SDL angeboten, das gegen Exkommunisten und Ex-Mitarbeiter der Stasi gerichtete Lustrationsgesetz fallen zu lassen. Tatsächlich hätte eine Neutralisierung der SDL Meciars Position entschieden gestärkt.

Doch auf dem Hintergrund dieser Rechtsentwicklung begann sich die Opposition zu formieren. Wesentlich trug dazu bei, daß die Demokraten in der HZDS zunehmend vom nationalistischen Zug absprangen. Mit seinem Vorschlag, ein Präsidialsystem einzuführen, vergrämte Meciar den Präsidenten Michal Kovac, zumal er sich selbst als Kandidat vorschlug; mit seinen scharfen Ausritten gegen die ungarische Minderheit verprellte er seinen Außenminister Moravcik, der, zumindest in Andeutungen, eine Annäherung an Ungarn suchte. Das Faß war voll mit einer Gesetzesvorlage über die Privatisierung, durch die sich Meciar die Kontrolle über die Großbetriebe sichern wollte.

Inzwischen hatten sich zwei größere Gruppierungen aus der HZDS abgespalten, die eigene Parteien bildeten: der frühere HZDS-Vize und Ex-Außenminister Milan Knazko gründete die "Allianz der slowakischen Demokraten" (AD), der nachfolgende Ex-Außenminister Moravcik und Vize-Premier Roman Kovac die "Demokratische Union der Slowakei" (DUS). Auch die SNS bröselte: Vor längerer Zeit hatte sich bereits eine rechtsradikale Gruppierung von ihr abgelöst, die Slowakische Volkspartei (SNP), und im Februar 1994 spaltete sich ein größerer, gemäßigter Flügel unter Ludovít Cernák ab, aus dem sich die "Nationaldemokratische Partei"/NDS) herausschälte.

Neuformierung der

politischen Kräfte

Vor einem Jahr hätte niemand in der Slowakei eine Annäherung zwischen Exkommunisten und Christdemokraten für möglich gehalten. Nun erzwang es die politische Situation, daß sich die beiden größten Oppositionsparteien miteinander verständigten - schon deshalb, weil sie damit rechnen mußten, durch die HZDS-Abspaltungen im Parlament mehrheitsfähig zu werden. Alarmstimmung herrschte, als Meciar ein Referendum ankündigte, mit dem er das Plazet der BürgerInnen für vorgezogene Wahlen erhalten wollte. Abgestimmt sollte auch darüber werden, ob abgesprungene Abgeordnete ihr Mandat weiter ausüben dürfen oder nicht. Die Absicht war klar: Damit wollte er unliebsame Gegner ausschalten, für rasche Neuwahlen seinen Amtsbonus nutzen und verhindern, daß in einer längeren Vorwahlphase die Parteien der Opposition an politischem Profil gewinnen könnten. Sein Sturz (Anfang März) verhinderte diese Strategie.

Seither wird die Slowakei von einem provisorischen Kabinett regiert. Darin stellt die KDH fünf Minister, die SDL mit AD, DUS und NDS (über deren politische Stärke noch wenig gesagt werden kann) 13 Minister. Nicht in der Regierung sind die Vertreter der ungarischen Minderheit. Diesen Umstand begründete der KDH-Vize Frantisek Miklosko: "Zum einen wollten wir Meciar und seinen Anhängern nicht das Argument liefern, er sei von den ‚Tschechoslowakisten` zusammen mit den Ungarn gestürzt worden. Dann könnte er leichter erneut als Retter der Nation auftreten. Zum anderen wollten die ungarischen Parteien nicht in die Regierung. Für sie ist das Verbleiben in der Opposition wahrscheinlich wahltechnisch aussichtsreicher, weil ihr Wahlprogramm primär nationaler Natur ist. In dieser Frage haben wir schnell einen Konsens gefunden." (taz, 27.5.94)

Zwar ist es bereits zu ersten Konflikten zwischen dieser Koalition und den Ungarn gekommen. Doch tendenziell läßt sich sagen, daß diese politische Konstellation eine Abkehr vom bisherigen politischen Kurs signalisiert. Wurde nach der Wende 1989 zu Recht befürchtet, daß die Ausformung der Parteienlandschaft sich am ethnisch-nationalen Prinzip orientiert, so stehen nunmehr für die Mehrzahl der Parteien politische und soziale Fragen im Vordergrund. Dazu kommt, daß auch mit den Sozialdemokraten und der kritischen Intelligenz wieder vermehrt zu rechnen ist. Ein Wiedererstarken der Sozialdemokraten könnte aber, so fürchten KDH-Politiker, die SDL in den Sattel heben, ohne daß sie auf das schwierige Bündnis mit den Christdemokraten angewiesen sind. Diese Option erscheint allerdings fragwürdig, da die SDL selbst nichts anderes als bessere Sozialdemokraten sind: "Die Partei der Demokratischen Linken, die das Erbe der Kommunisten antrat, hat sich von allen Nachfolgeparteien im ehemaligen Ostblock am vorbildlichsten

reformiert und agiert am demokratischsten", bescheinigt ihr der Korrespondent der biederen "Süddeutschen Zeitung". (profil Nr.8, 21.2.94)

Natürlich bilden diese Kräfte, die sich in der Opposition zum Populisten Meciar zusammengefunden haben, keinen einheitlichen Block. Gerade in der zentralen Frage, der Wirtschaft, kommt die Labilität der Koalition deutlich zum Ausdruck. Die KDH will die Privatisierung vorantreiben, die SDL bremst, da sie um ihre Wählerbasis in der Arbeiterschaft fürchtet, um so mehr, als diese zum Meisterdemagogen Meciar abwandern würde. Andrerseits muß die SDL kompromißbereit bleiben, um Zugeständnisse der KDH hinsichtlich des schon erwähnten Lustrationsgesetzes zu erreichen. Positive Absichtserklärungen wurden allerseits zur Minderheitenfrage gegeben; der alte neue Außenminister Moravcik plant einen Grundlagenvertrag mit Budapest, der die Rechte der Minderheiten und die Unverletzlichkeit der Grenzen festschreiben soll.

Es werden spannende Wahlen im September sein. Die Kernfrage ist, ob sich, ungeachtet der konkreten Koalitionen, eine demokratische Parteienlandschaft etablieren kann, die von Sozialdemokraten (SDL, SDS) bis zu Neokonservativen (AD) reicht und in der dem Nationalismus nur eine untergeordnete Rolle zukommt. Oder ob der die Klaviatur der Demagogie virtuos beherrschende Meciar sich mit Hilfe seiner nationalistischen Steigbügelhalter erneut in den Sattel der Macht schwingen kann. Mit Sicherheit wird er auf Panikmache gehen und, mit Verweis auf Polen und Ungarn, die Rückkehr der "roten Socken" an die Wand malen.

Eine Illusion wäre es freilich, in den Regierungsübernahmen ehemaliger kommunistischer Parteien eine linke Alternative zu sehen. Zur Wahl steht nicht "links contra bürgerlich". Zur Wahl steht die Weiterentwicklung einer noch schwachen parlamentarischen Demokratie gegenüber einem unberechenbaren Nationalismus, dessen Wucherungen demokratische Institutionen sturmreif für ein autoritäres Regime machen können. Und nur ersteres kann den Rahmen für die Entfaltung der notwendigen Debatte über die gesellschaftlichen Fragen abgeben.

19. Die vergessenen Koreanerinnen und Koreaner. Hiroshima und Nagasaki 49 Jahre danach

Hiroshima und Nagasaki 49 Jahre danach - von Rainer Werning

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Nord); Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:15

"Durch einen grellen Lichtblitz, der den Himmel zerteilte, und einen Donnerschlag, der die Grundfesten der Erde erschütterte, wurde Hiroshima in einem einzigen Augenblick dem Erdboden gleichgemacht. Wo einst eine ganze Stadt gestanden hatte, stieg eine riesige Feuersäule gradlinig zum Himmel auf. Eine dichte Rauchwolke erhob sich, breitete sich aus und verdunkelte den ganzen Himmel. Darunter versank die Erde in tiefe Finsternis. Überall lagen Tote und Verwundete auf dem Boden, aufeinander gehäuft; dieses Blutbad glich einer Höllenszene. Dann brachen rundum Feuer aus, bald herrschte eine einzige riesige Feuersbrunst, die von Augenblick zu Augenblick heftiger wurde. Da starker Wirbelsturm herrschte, begannen sich halbnackte und splitternackte Körper zu bewegen, dunkel gefleckt und blutüberströmt; zu Gruppen zusammengeschlossen wankten sie, wie die Geister der Verstorbenen, davon, um in wirrer Flucht dem Inferno zu entgehen. Einer nach dem anderen fiel zu Boden und starb. Zahllose andere lagen unter dem heruntergefallenen Schutt begraben und verbrannten bei lebendigem Leib; inmitten des wilden Tanzes der Flammen war zu hören, wie sie mit klagenden Stimmen nach ihren Familien und um Hilfe schrien. (...)

Wenn sie die Hände nach unten hängen ließen, sammelte sich das Blut in den Fingerspitzen und verursachte pochende Schmerzen, so hielten sie die Arme nach oben und nach vorne; so schlimm waren sie verbrannt, daß die Haut sich abschälte und aus dem rohen Fleisch der Hände und Arme Blut sickerte und tropfte. Sie glichen Gespenstern. Sich nur mit Mühe auf den Beinen haltend, wankten sie in langen Reihen dahin, um dem Feuertod zu entkommen."

Hiroshima Genbaku Sensaishi (Dokumentation der Atombomben-Katastrophe von Hiroshima) (1)

Diese apokalyptischen Szenen wurden in den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki zur Wirklichkeit, als über ihnen Flugzeuge der US-Luftwaffe am 6. bzw. 9. August 1945 zwei Bomben mit verheerender Wirkung gezündet hatten. In einer am 6. August in Washington veröffentlichten Erklärung beschrieb US-Präsident Truman die in Hiroshima explodierte Bombe und erklärte die "Notwendigkeit" ihres Einsatzes mit folgenden Worten:

"(...) Die Sprengkraft dieser Bombe betrug mehr als 200.000 Tonnen TNT. Ihr Explosionsdruck war zweitausendmal so groß wie der der britischen Bombe ‚Grand Slam` (‚Erdbebenbombe` - Anm. R.W.), der größten Bombe, die in der Geschichte der Kriegsführung bislang eingesetzt wurde. (...) Jetzt sind wir bereit, jedes oberirdische Produktionsunternehmen der Japaner in jeder Stadt schneller und vollständiger zu vernichten. (...)

Um die Japaner vor der vollständigen Zerstörung zu bewahren, wurde in Potsdam das Ultimatum vom 26. Juli gestellt. Ihre Führung lehnte das Ultimatum sofort ab. Wenn sie unsere Bedingungen jetzt nicht akzeptiert, darf sie mit einem Regen der Zerstörung aus der Luft rechnen, wie ihn die Erde bislang nicht erlebt hat." (2)

Dieser "Regen der Zerstörung" kostete bis heute - auf Grund von Spätfolgen des atomaren Infernos - über 300.000 Menschen das Leben. Im sogenannten kritischen ersten Stadium betrug die Gesamtzahl der Atombomben-Toten in den Städten Hiroshima und Nagasaki ca. 120.000 bzw. 70.000. Sechs Tage nach dem Atombombenabwurf über Nagasaki endete mit der Kapitulation Japans der 2. Weltkrieg im Fernen Osten und Pazifik.

Daß etwa 20 bis 25 Prozent der Atombombenopfer Hiroshimas und Nagasakis Koreaer und Koreanerinnen waren und die Kaiserlich-Japanische Armee im Zuge ihrer Kriegsführung in Südost- und Ostasien auf eine Großzahl zwangsrekrutierter Soldaten aus Korea zurückgegriffen hatte, verweist auf die leidvolle (Vor)Kriegsgeschichte beider Länder, deren Aufarbeitung erst reichlich zwei Jahrzehnte nach Kriegsende begann und deren vollumfängliche "Bewältigung" noch aussteht. Während sich beim alljährlichen Gedenken der ersten Atombombenopfer das Schicksal der Koreaner weitgehend dem öffentlichen Bewußtsein entzieht und regelmäßig die Opferrolle Japans im Vordergrund weltweiter Aufmerksamkeit steht, empfiehlt es sich zu

vergegenwärtigen, daß Japans vorhergehende Täterschaft in seinen Anrainer-Staaten erst die Bedingungen dafür schuf, daß in Hiroshima und Nagasaki an Ausländern vorrangig koreanische Zwangsarbeiter (gefolgt von chinesischen) den Tod fanden.

Korea - Opfer der "Pax Nipponica"

Nach seinen beiden siegreichen Kriegen gegen China (1894/95) und Rußland (1904/05) war Japan in der Region zu einer bedeutenden Macht aufgestiegen, die sich anschickte, ihren Einfluß fortan auch politisch und wirtschaftlich zu festigen und auszuweiten. Bereits 1905 zum japanischen Protektorat erklärt, wurde Korea im Jahre 1910 von seinem übermächtigen Nachbarn okkupiert und bis 1945 als Kolonie Japans beherrscht.

Der Zusammenschluß von Korea und Japan, den der Tenno, der japanische Kaiser, verfügt hatte, sah eine tiefgreifende Unterwerfung Koreas unter das Joch der japanischen Kolonialadministration vor, die so weit ging, daß selbst das Sprechen der Landessprache verboten und die Japanisierung der koreanischen Namen erzwungen wurde. Die vorwiegend ländliche Bevölkerung Koreas (80 Prozent waren Bauern) mußte innerhalb einer bestimmten Frist die Lage und Größe von Landparzellen den Kolonialbeamten melden, damit sich diese ein genaues Bild über die Boden- und Besitzverhältnisse verschaffen konnten. Der Zweck dieser Maßnahme bestand darin, Grundbesitz kollaborationswilligen Koreanern und Japanern zu übereignen. Die meisten Bauern, ohnehin des Lesens und Schreibens unkundig, verstanden diese Aufforderung der Kolonialbehörden nicht. Fast alle Bauern verpaßten den fristgemäßen Meldetermin und verloren so das Land, von dem ihre Familien seit Generationen gelebt hatten.

Korea sollte schrittweise zur Reiskammer Japans verwandelt und sein Arbeitskräftereservoir systematisch ausgebeutet werden. Die Bauern hatten weiterhin auf "ihrem" Land zu arbeiten, nunmehr freilich als Pächter. Lediglich Reis durfte von ihnen angebaut werden, was alsbald dazu führte, daß zahlreiche Menschen verarmten und verhungerten. Gleichzeitig wußte die Besatzungsmacht zu verhindern, daß sich eine eigenständige koreanische Industrie entwickelte. Statt dessen wurde die wachsende japanische Industrie mit dringend benötigten, zudem billigen Arbeitskräften versorgt. Waren koreanische Pachtbauern außerstande, ihre Abgaben pünktlich zu entrichten, wurden sie gezwungen, in japanischen Fabriken und Bergwerken zu schuften. Dort betrug ihr Entgelt etwa die Hälfte des ohnehin kargen Lohns der japanischen Arbeiter.

Die soziale Lage der Koreaner wurde ab 1937 - mit der Eskalation der japanischen Aggression gegen China - noch unerträglicher. In großem Stil wurden Koreaner zwangsweise in die japanischen Armeen gepreßt, deren Reihen für die Eroberung Chinas und später des Pazifiks und Südostasiens (bis hin nach Burma) aufgefüllt werden mußten. Andere sahen sich aus purer Not oder durch falsche Versprechungen genötigt, Soldat zu werden. Etliche Familien der koreanischen Ober- und Bildungsschicht dagegen, vor allem jene, die offen mit der Besatzungsmacht paktierten oder deren Wirken stillschweigend duldeten, schickten ihre Söhne aus Prestigegründen auf japanische Militärakademien, nach deren Absolvierung sie als Offiziere in japanischen Truppenverbänden dienten.

"Mit 17", berichtete die Koreanerin Jon Sun Nam, "habe ich den zehn Jahre älteren Lee geheiratet. Kaum ein Jahr später wurde er nach Japan deportiert. Ich war noch immer 17, als ich mein erstes Kind erwartete. Was sollte ich nur tun? Ich habe ständig geweint. Dort auf dem Lande, wo ich wohnte, wurden die Männer massenweise verschleppt. Wer unter 22 Jahre alt war, mußte Kriegsdienste leisten, die älteren Arbeitsdienst. Nach und nach verschwanden alle Männer im Dorf. Ganz schlimm war es, wenn die japanischen Soldaten mit LKW vorfuhren und die jungen Leute von den Feldern wegschleppten."

Sie folgte später ihrem Mann nach Japan. Dort versuchte man, wie in Korea, ihnen die Persönlichkeit zu rauben, um sie zu willenlosen Werkzeugen zu machen. Sie mußten japanische Namen annehmen, das Sprechen ihrer Sprache und das Tragen ihrer Nationaltracht wurde ihnen verboten. Zwölf bis fünfzehn Stunden täglich arbeiteten sie in Kohlengruben, beim Staudammbau und in Rüstungsfabriken. Ihre Unterdrücker versuchten ihnen einzubleuen, daß es für sie eine große Ehre sei, ein ‚Kind des Tenno`, des japanischen Kaisers, zu sein. So mußten sie täglich folgende Grundsätze auf japanisch aufsagen: Erstens: Wir sind das Volk des heiligen Landes des Tenno. Diesem Land bleiben wir treu und opfern uns dafür. Zweitens: Wir, das Volk des heiligen Landes des Tenno, lieben uns gegenseitig und werden eine Einheit. Drittens: Wir, das Volk des heiligen Landes des Tenno, ertragen Kummer, lassen in Zähigkeit Prüfungen über uns ergehen und folgen dem Weg des Kaisers." (3)

Um die japanischen Verbände an den Fronten "bei Laune zu halten", wurden seit Beginn der 40er Jahre in erster Linie koreanische jungshindae (sog. military comfort women) in die Prostitution gezwungen, ein Schicksal, daß erst durch eine 1991 von betroffenen koreanischen Frauen gegen die japanische Regierung angestrengte Klage erhellt wurde. Mindestens 200.000 Mädchen und Frauen - neben Koreanerinnen auch Chinesinnen, Filipinas und Holländerinnen - sind in jenen Jahren als Frontprostituierte mißbraucht worden. (4)

"Pionier der orientalischen Moral"

Politisch fand die Überhöhung und der exklusive Führungsanspruch der japanischen Nation seinen Niederschlag in dem Projekt der sogenannten "Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre", einen Begriff, den der japanische Außenminister Yosuke Matsuoka am 1.8.1940 auf einer Pressekonferenz geprägt hatte und mit dem Tokio seine imperialen Interventionen in Ost- und Südostasien sowie in Ozeanien legitimierte. Begründet wurde diese "Wohlstandssphäre" wie folgt:

"Da das japanische Kaiserreich das Zentrum und der Pionier der orientalischen Moral und des kulturellen Wiederaufbaus ist, müssen die Offiziellen und das Volk dieses Landes zu dem orientalischen Geist zurückkehren und ein gründliches Verständnis des Geistes des moralischen Charakters der Nation erwerben. Ferner: Das japanische Kaiserreich ist eine Manifestation der Moral, und sein besonderer Charakter ist die Verbreitung des kaiserlichen Weges. (...) Es ist notwendig, die Macht des Kaiserreiches zu nähren, um Ostasien zu seiner ursprünglichen Gestalt der Unabhängigkeit und des gemeinsamen Wohlstandes (...) zurückkehren zu lassen." (5)

Ein von der Forschungsabteilung des Oberkommandos der Kaiserlich-Japanischen Marine vom 29. November 1940 datiertes Geheimpapier (Entwurf für die Errichtung der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre) sah Japan als das Zentrum dieser Regionalordnung, welches Korea, Taiwan und die Mandschurei ("Mandschukuo") mit einschloß. Die Peripherie wurde in eine mittlere und eine äußere unterteilt. Erstere schloß China, ganz Mikronesien und Hawaii ein, letztere wurde definiert als "solche daran angrenzenden Gebiete, deren Besitz für die Erlangung der absoluten wirtschaftlichen Selbstversorgung des Größeren Ostasiens notwendig ist".

Mißachtung seiner Opfer

Erst als nach Kriegsende bereits die neu-alten, von Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter unbehelligten Firmen des japanischen Big Business in neuem Glanz erstrahlten, anerkannte die Regierung in Tokio eine staatliche Fürsorgepflicht gegenüber Strahlenopfern. Zwei Tage nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von San Francisco, am 30. April 1952, wurde in Japan das Gesetz zur Versorgung der Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen verkündet. Dieses galt allerdings nicht für Atombombenopfer unter "normalen Bürgern". Diese wurden nicht als Kriegsopfer klassifiziert, so daß deren Versorgung im wesentlichen lokale und regionale Bürgerinitiativen, die sogenannten Räte für die Atombombenopfer, leisteten. (6)

Widerfuhr der japanischen Zivilbevölkerung, insbesondere in und um den Städten Hiroshima und Nagasaki, infolge des Hochmuts imperialer Kriegspolitik und der kleinmütigen Beachtung und "Entschädigung" durch ihre Regierung in den Nachkriegsjahren großes Leid, so hatten die koreanischen (Atombomben)Opfer ungebrochen eine erniedrigende Existenz zwischen Traumatisierung, Demütigung und Unterdrückung zu fristen. Stellvertretend für das Schicksal der allein etwa 20.000 koreanischen Zwangsarbeiter in Nagasaki, die vornehmlich zum Dienst für den Mitsubishi-Konzern abkommandiert worden waren, der dort Kreuzer und Torpedoboote für die kaiserliche Kriegsmarine fertigte und reparierte, gab der in einem Bunker überlebende Augenzeuge Pak Su Ryong zu Protokoll:

Die Zwangsarbeiter "waren alle in Baracken gesteckt worden. Wie Hunde und Schweine. viele aus dem Norden (Koreas; R.W.), glaube ich. Sie durften nicht raus, nicht mit anderen Leuten reden. Wenn mehr als drei zusammenstanden, sperrte der Aufpasser von der Militärpolizei sie ein. (...) Sie wurden mit Bohnenkeks gefüttert. Das ist Schweinefutter. Natürlich sind sie Menschen. Sie flohen aus den Baracken. Ein paar Leute überlebten die Bombe, weil sie raus waren. (...) Nun sagt die Regierung: ‚Geben Sie die Namen der durch die Bombe Getöteten oder Erkrankten an.` Nach so vielen Jahren! (Erst 1968 wurde mit Untersuchungen über koreanische Opfer begonnen; R.W.) Wie willst du das machen? Den toten Mann fragen? Die Bombe war nicht der Anfang des Mordens. Da war schon vorher mehr. (...)" (7)

Weil für die überlebenden Koreaner der Atombombenabwürfe über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki - am 6. bzw. 9. August 1945 - in den stehengebliebenen Häusern an den Stadträndern und in der Umgebung kein Platz war, waren sie die ersten, die in der verseuchten Atomwüsten nahe der Explosionsnullpunkte zurückkehrten, dort ausharrten und kampierten. Sofern überhaupt, wurden verwundete Koreaner zuletzt gepflegt und ärztlich behandelt. Steht der Gedenkstein für die japanischen Atombombenopfer inmitten des Friedensparks von Hiroshima, so befindet sich jener zur Erinnerung der koreanischen Opfer außerhalb dieses Parks auf der anderen Flußseite.

Mit dem Ende des Krieges und der japanischen Kolonialherrschaft verbanden vor allem die zu dieser Zeit in Japan registrierten Koreaner (ca. 2,3 Millionen im August 1945) die Hoffnung auf eine rasche Rückkehr in ihre Heimat. Vor allem die etwa 30.000 überlebenden Atombombenopfer unter ihnen erwarteten zu Hause ein menschenwürdiges, besseres Leben. Bis Ende 1946 sind schätzungsweise 1,3 Millionen Koreaner heimgekehrt - vielfach unter größten Schwierigkeiten. Im Nachkriegschaos fühlte sich niemand für sie verantwortlich: Die, die sie einst geholt hatten (Japaner), kümmerte nunmehr ihr Schicksal nicht, während die neuen Sieger in Korea - die USA im südlichen und die Sowjetunion im nördlichen Teil der Halbinsel - mit anderem als der "Entsorgung" japanischer "Altlasten" befaßt waren. So verkauften Koreaner, die überhaupt etwas zu veräußern hatten, ihre letzte Habe, um auf eigene Faust auf dem Seeweg die Heimreise anzutreten. Je ärmer die Rückkehrer, desto zerbrechlicher die Boote, in denen sie die waghalsige Reise riskierten. Wie viele solcher "Nußschalen" kenterten und wie viele Menschen dabei ertranken, hat keine Statistik erfaßt.

Doch bereits 1947 ließ die Rückkehrbereitschaft der Koreaner spürbar nach. Die Ursache dafür waren die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Südkoreas unter der US-amerikanischen Militärregierung und die Beschränkung mitgeführter Bargeldbeträge für Heimkehrer. Laut Statistiken des japanischen Ministeriums für soziale Fürsorge, die unter der Ägide des US-Oberkommandos erhoben wurden, gab es zu dieser Zeit noch 647.000 Koreaner in Japan. Fast 80 Prozent von ihnen hatten die Absicht geäußert, in die Heimat zurückkehren, und etwa 10.000 von ihnen beabsichtigten nach Nordkorea zu gehen. (8) Doch der Beginn des Koreakrieges im Sommer 1950 durchkreuzte diesen Wunsch.

Fortgesetzte Diskriminierung in Korea

Diejenigen Koreaner, die es schließlich geschafft hatten, in ihre Heimat zurückzukehren, warteten und litten weiter. Vor allem galt das für die Hibakusha (die Atombombenopfer). Niemand, außer der eigenen Familie, sofern sie noch eine hatten, kümmerte sich um sie. Auch nach dem Ende des Koreakrieges (Juli 1953) erhielten sie weder ärztliche Betreuung noch öffentliche Hilfe. Appelle an den südkoreanischen, japanischen und US-amerikanischen Staat verhallten ohne Resonanz.

In dem 1965 auf Druck des gemeinsamen militärischen Bündnispartners USA zustandegekommenen sogenannten Normalisierungsvertrag mit dem ehemaligen Aggressor Japan verzichtete das südkoreanische Militärregime gegen Zahlung von umgerechnet 500 Mio. US-Dollar auf jedwede weitere Entschädigung für die Greuel der Kolonialzeit. Das Geld floß in Prestigeobjekte der Regierung in Seoul (z.B. Autobahnen), während die Opfer (Zwangsarbeiter, ihres Bodens beraubte Bauern, ehemalige politische Gefangene, Hinterbliebene und schließlich die Hibakusha) leer ausgingen. Auf eben diesen Vertrag, mit dem der damalige südkoreanische Diktator Park Chung-Hee die Rechte seiner Bevölkerung preisgegeben hatte, berief sich die Regierung in Tokio wiederholt, wenn es darum ging, den in Korea lebenden Atombombenopfern eine Entschädigung oder medizinische Behandlung vorzuenthalten.

Gleichermaßen verweigerten die USA jede offizielle Unterstützung der koreanischen Hibakusha mit dem Argument, der Sieger in einem Krieg hafte nicht für dessen Folgewirkungen. Diese Haltung ist insofern kritikwürdig, da die USA die Atombomben nach Meinung einiger Historiker zu einem Zeitpunkt abwarfen, als die Kapitulation Japans unmittelbar bevorstand. War es demnach nicht denkbar, daß die USA in jenen Augusttagen des Jahres 1945 die letzte sich auf lange Sicht bietende Gelegenheit nutzten, um die neue Uran- bzw. Plutonium-Waffe in einem "echten" Krieg zu testen? Jedenfalls befanden sich die koreanischen (Atombomben)Opfer nicht im Kriegszustand mit den USA, so daß zumindest humanitäre Hilfe den Hibakusha gegenüber angemessen gewesen wäre.

1986 lief das bislang einzige Projekt aus, das rund 300 von etwa 20.000 südkoreanischen überlebenden Atombombenopfern jeweils für einige Wochen oder Monate eine kostenlose Behandlung in japanischen

Spezialkliniken ermöglichte. Die südkoreanische Regierung unterließ es, sich diplomatisch um darüber hinausgehende japanische Hilfe für die koreanischen Hibakusha zu bemühen. Die bis Anfang 1993 in Seoul regierenden Militärs waren zu abhängig von Japan als dem für die südkoreanische Wirtschaft vor den USA wichtigsten Kapital- und Lizenzgeber, als daß sie bereit gewesen wären, die Regierung in Tokio mit der Entschädigungsfrage zu konfrontieren. Besonderes Ärgernis hatte die Äußerung des Diktators Chun Doo-Hwan erregt; auf die Bitte, sich bei seiner (heftig umstrittenen) ersten Japanreise eines koreanischen Staatsoberhauptes im September 1984 für die Belange der Atombombenopfer einzusetzen, reagierte er ungehalten und erklärte, auf seinem Besuchsprogramm stünden wichtigere Themen. So blieben sporadische Hilfen für die Atombombenopfer auf Initiativen säkularer wie kirchlicher Organisationen beschränkt - darunter u.a. Korea Church Women United, Brot für die Welt, Berliner Missionswerk und Christian Aid (Großbritannien).

Nachhaltige körperliche Schäden

Mit Mitteln von Brot für die Welt wurde 1979 die bisher einzige Erhebung unter den in Südkorea Überlebenden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki durchgeführt. Darin ist zu lesen: "In ihren Haushalten - mit einer Durchschnittsgröße von fünf bis sechs Personen - sind davon durchschnittlich zwei bis drei krank: Schwäche, Neuralgie, Störungen der Verdauungsorgane, Schwindel, Erbrechen, Kopfschmerzen, körperliche oder geistige Behinderungen verschiedenster Art, chronischer Durst, Augenkrankheiten sind die häufigsten Leiden. Nur ein Drittel aller Überlebenden ist voll arbeitsfähig. Fast alle sind sehr arm.

Die Zahl der Überlebenden der ersten Generation beträgt in Südkorea schätzungsweise 20.000. (Zahlen aus Nordkorea sind nicht bekannt - R.W.) Dazu kommen mehr als 100.000 Opfer der zweiten und dritten Generation, deren Zahl weiter wächst. Fast alle klagen ebenfalls über gesundheitliche Beschwerden, die sich jedoch anders als bei ihren Eltern äußern: Sie sind meist nicht belastungsfähig, halten den Schul- und Berufsalltag nicht durch, haben Haut- und Augenkrankheiten (z.B. Schielen und starke Sehschwäche) oder sind schwerhörig. Die meisten von ihnen verfügen nur über geringe Abwehrkräfte gegen Infektionen.

Einige Male waren Fachärzte für kurze Zeit aus Japan eingeladen. In Korea gibt es keine auf die (Spät)Folgen radioaktiver Strahlen spezialisierten Ärzte. Die Patienten stoßen dort im Krankenhaus und in der Arztpraxis oft auf völliges Unverständnis und werden als Simulanten nach Hause geschickt.

Tragisch wirkt sich daneben auch die - wie in Japan - starke soziale Diskriminierung der Opfer aus. Mangels Aufklärung wurden viele in den ersten Jahren als vermeintlich leprakrank gemieden. Bis heute will niemand in Familien mit Strahlenkranken einheiraten. Meist heiraten diese deshalb untereinander.

Die Vereinigung der koreanischen Atombombenopfer, zu der sich 10.000 Überlebende in Südkorea zusammengeschlossen haben, hat große Schwierigkeiten, ihren Mitgliedern zu helfen, da die Regierung alles tut, um ihre Arbeit zu behindern. Sämtliche Versammlungen werden bespitzelt und die Mitarbeiter regelmäßig unter Druck gesetzt, sich jeder ‚regierungsfeindlichen` Äußerung zu enthalten. Vor Jahren versuchten sie einmal, für Entschädigungszahlungen zu demonstrieren. Doch die Polizei jagte den jämmerlichen Zug von Alten und Krüppeln auseinander.

Die Regierung weiß natürlich, was sie tut: Die Opfer der Atombombenabwürfe sind - auch in der zweiten und dritten Generation - nicht nur eine sichtbare Erinnerung an deren schreckliche Folgen, sondern auch gleichzeitig Ermahnung, zur Verhinderung eines möglichen atomaren Holocausts beizutragen. Noch ist es in Südkorea gefährlich, sich für den Abzug der von den Amerikanern dort dislozierten Nuklearwaffen auszusprechen. Dadurch setzte man sich dem Risiko aus, der Freundschaft zu Nordkorea bezichtigt zu werden und ist im Gefängnis mit Folter und Mord bedroht. Unter vier Augen befragt, lehnt jedoch fast jedes Strahlenopfer der ersten oder weiterer Generationen die Stationierung aus innerster Überzeugung ab." (9)

Anmerkungen:

1) Die fünfbändige Ausgabe dieser Dokumentation erschien 1971 in Hiroshima auf japanisch. Sie ist hier zitiert nach: "Leben nach der Atombombe: Hiroshima und Nagasaki 1945-1985", hg. vom Komitee zur Dokumentation der Schäden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki, Frankfurt/New York (Campus) 1988, S. 43-45. (Dieser Band ist eine gekürzte populärwissenschaftliche Ausgabe von "Hiroshima-Nagasaki no Genbaku Saigai" (Atombombenschäden in Hiroshima und Nagasaki) bzw. dessen

englischer Ausgabe "Hiroshima and Nagasaki - The Physical, Medical and Social Effects of the Atomic Bombings", die 1979 bzw. 1981 vom Verlag Iwanami Shoten (Tokio) veröffentlicht wurden.

2) zit. nach: "Leben nach der Atombombe...", S. 198f

3) Elke Tashiro/Jannes Kazuomi Tashiro, "Die vergessenen Opfer von Hiroshima und Nagasaki", in taz, 5.8.1982

4) Siehe: Korea Forum (Neue Folge) Nr. 2-3/93

5) zit. nach: "Der japanische Imperialismus", Berlin 1971, S. 42f. Dazu ferner: Renato Constantino (Hg.), "Southeast Asian Perceptions of Japan", Tokyo/Quezon City 1991 sowie Saburo Ienaga, "The Pacific War: World War II and the Japanese, 1931-1945", New York 1978

6) Zu den späteren gesetzlichen Sondermaßnahmen zur "Unterstützung" der japanischen Atombomben-Überlebenden vgl. "Leben nach der Atombombe...", S.176-189

7) zit. nach taz, 5.8.92 (Anm. 3) Fallbeispiele dieser Art enthält auch die Dokumentation "The Children of the Atom - The Cases of the Second Generation Atom-bomb Victims" Seoul 1986), die von Soo Bok Park im Auftrag der Korea Church Women United verfaßt wurde.

8) Hwesong Lee (Kaisei), "Eine bedrängte Minderheit: Die Koreaner in Japan", ii: Korea Forum Nr. 9 (1987). Der Autor ist Schriftsteller, lebt seit langem in Japan und befaßt sich schwerpunktmäßig mit den sozialen und politischen Problemen der dort ansässigen Koreaner und Koreanerinnen.

9) zit. nach: "Im Auge des Taifuns - Atomare Schicksale und Strategien in Korea", Basisinfo 26 des Vereins für Friedenspädagogik Tübingen e.V., Tübingen 1987, S.21

20. "Gesinnungsverbrechen". Türkische Intellektuelle im Knast

Im Fadenkreuz der politischen Justiz:

Autor: Udo Wolter · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:28

In der Türkei verschärft sich mit der Eskalation des Konfliktes um Kurdistan die Repression gegen jede Form gesellschaftlicher Opposition. Militärs und Justiz versuchen, Friedhofsruhe in der Gesellschaft zu schaffen, um die "Endlösung der kurdischen Frage" (O -Ton Ministerpräsidentin Ciller) ungestört exekutieren zu können.

Anfang August begann in Ankara unter großer internationaler Anteilnahme der seit langem vorbereitete Schauprozeß gegen sechs Abgeordnete der inzwischen verbotenen prokurdischen Demokratiepartei DEP. Für das Bekenntnis zu ihrer kurdischen Identität und ihr Eintreten für eine politische Lösung der kurdischen Frage müssen sie sich wegen Separatismus und Hochverrat verantworten. Die Staatsanwaltschaft fordert ihre Verurteilung nach dem berüchtigten Separatismusparagraphen 125 des türkischen Strafgesetzbuches, der die Todesstrafe vorsieht. Das Vorgehen der türkischen Staatssicherheitsjustiz gegen kurdische Parlamentsabgeordnete wegen bloßer Meinungsäußerungen und die massiven Behinderungen der Presse und der zahlreich erschienenen BeobachterInnen sorgten hierzulande bis weit in die bürgerlich-liberale Presselandschaft für kritische Schlagzeilen.

Wie sich das politische Klima in der Türkei im Gefolge der Eskalation des Kurdistankonfliktes verschärft, zeigt sich nicht nur an den Verfahren gegen politisch aktive KurdInnen, sondern auch an dem Ausmaß, welches die Verfolgung kritischer Intelligenz als "Gesinnungsverbrechen" in letzter Zeit angenommen hat. Intellektuelle, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen geraten zunehmend in die Mühlen der u.a. mit Militärrichtern besetzten Staatssicherheitsgerichte und wandern für ihre Meinungsäußerungen in die Gefängnisse. Amnesty international hat in ihrem neuesten Bericht zur Türkei eine dramatische Zunahme von Gesinnungsurteilen beklagt und über 80 solcher Fälle aufgelistet. Das Ausmaß politischer Verfolgung in der Türkei hat damit einen Stand erreicht, der an die Jahre nach dem letzten Militärputsch vom 12. September 1980 erinnert.

Grundlage der Gesinnungsurteile ist in den meisten Fällen Artikel 8 des sogenannten Antiterrorgesetzes (ATG), der "schriftliche und mündliche Propaganda, Versammlungen und Demonstrationen" verbietet, "die mit welchen Mitteln, Zielen und Ideen auch immer die Zerstörung der unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk zum Ziel haben". Mit diesem und einer Reihe weiterer Gummiparagraphen läßt sich fast jede kritische Äußerung verfolgen.

Da ist z.B. der Politikwissenschaftler Haluk Gerger, der für eine Grußadresse an eine Gedenkveranstaltung für zwei von der 1972 herrschenden Militärjunta hingerichtete Studenten 20 Monate Gefängnis erhielt. Oder der Wirtschaftswissenschaftler Fikret Baskaya, der wegen seines Buches "Verwestlichung, Modernisierung und Entwicklung - der Zusammenbruch eines Paradigmas" ebenfalls für 20 Monate ins Gefängnis ging. Das Buch enthält neben einer Analyse der offiziellen Ideologie der Türkei in all ihren ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Aspekten auch einige kritische Anmerkungen zur Kurdistanpolitik des türkischen Staates. Auch der frühere Vorsitzende der Ölgewerkschaft, Münir Ceylan, ging wegen eines Artikels zur kurdischen Frage (Titel: "Morgen wird es zu spät sein") Anfang Juni für 20 Monate ins Gefängnis. Er wurde bei seinem Haftantritt demonstrativ von zahlreichen Gewerkschaftern zum Gefängnis geleitet.

Der Soziologe Ismael Besikci schließlich, seit Jahren wegen seiner Veröffentlichungen zu Kurdistan mit kurzen Unterbrechungen im Gefängnis, erhielt kürzlich in einem Sammelprozeß wegen verschiedener Veröffentlichungen weitere 10 Jahre. Bei 77 noch gegen ihn laufenden Verfahren sind von den Staatsanwälten insgesamt 350 Jahre für ihn gefordert!

Seit neuestem holt die türkische Staatssicherheitsjustiz nun auch zum Schlag gegen die VerlegerInnen unliebsamer Publikationen aus. Für die Herausgabe des letzten Buches von Besikci, einer historischen Untersuchung mit dem Titel "Das Programm der republikanischen Volkspartei von 1931 und die kurdische Frage", ist seit dem 4. Mai auch die Eigentümerin des Istanbuler Belge-Verlages, Ayse Nur Zarakolu für 5 Monate im Gefängnis. Damit wurde erstmals in der Türkei ein/e Verleger/in für die Herausgabe eines Buches

zu Gefängnis verurteilt - obwohl nach der bestehenden Gesetzeslage zwar exorbitante Geldstrafen, jedoch keine Haftstrafen für VerlegerInnen vorgesehen sind. Dies wurde durch eine juristisch unzulässige Analogiebildung erreicht: Ayse Nur Zarakolu wurde nach einem entsprechenden Gesetzeskommentar des Staatssicherheitsgerichtes wie eine verantwortliche Redaktionsleiterin einer Zeitschrift behandelt, obwohl sie Eigentümerin eines Buchverlages ist.

Mit dieser Praxis greifen die Gerichte einer entsprechenden Änderung des Antiterrorgesetzes vor, die im Parlament gerade erst eingebracht wurde. Indem die Staatssicherheitsgerichte trotzdem bereits jetzt Haftstrafen gegen VerlegerInnen aussprechen, degradieren sie das Parlament zur bloßen Akklamationsinstanz einer selbstherrlich agierenden Staatssicherheitsjustiz.

Das Urteil gegen Ayse Nur Zarakolu blieb kein Einzelfall, inzwischen sind mindestens drei weitere Verleger in Haft. Einer davon ist der Rechtsanwalt Selim Okcuolu, Besitzer des Doz-Verlages und Verleger des bereits erwähnten Buches von Prof. Baskaya. Eine ganze Reihe weiterer VerlegerInnen sind bereits zu Gefängnis verurteilt oder stehen in noch schwebenden Verfahren, bei denen ebenfalls Haftstrafen gefordert sind.

Die zunehmende Verfolgung Intellektueller wurde auch im Nationalen Sicherheitsrat, dem von den Militärs dominierten eigentlichen Machtzentrum der Türkei, zum Thema. Als der sozialdemokratische Justizminister Oktay, der sich wegen der wachsenden Zahl Intellektueller hinter Gefängnismauern Sorgen um das Image der Türkei in Europa machte, vom Nationalen Sicherheitsrat mit einem Bericht beauftragt wurde, wertete dies die taz (14.7.94) bereits als Signal der Militärs für eine Änderung der Gesinnungsparagraphen des Antiterrorgesetzes. Ihre Abschaffung war aus den Reihen des kleineren Koalitionspartner SHP in der Regierung immer wieder gefordert worden, jedoch am Widerstand des größeren Koalitionspartners, Ministerpräsidentin Cillers DYP, gescheitert.

Doch nicht das Gesetz wurde geändert, sondern der Justizminister. Ein Istanbuler Beobachter sieht jedenfalls einen Zusammenhang der aktuellen Kabinettsumbildungen mit den Diskussionen im Nationalen Sicherheitsrat und verweist darauf, daß der ebenfalls ausgewechselte Außenminister Cetin auch einen kritischen Bericht zum Thema im Nationalen Sicherheitsrat vorgetragen hatte. Auf jeden Fall gelten beide Nachfolger als absolute Hardliner in der Kurdenfrage.

Udo Wolter

Im Fadenkreuz der politischen Justiz:

Der Belge-Verlag in Istanbul

Der 1977 gegründete und von Ayse Nur Zarakolu geleitete Belge-Verlag in Istanbul ist einer der wenigen fortschrittlichen Buchverlage, die nach dem Putsch in der Türkei 1980 trotz fortgesetzter Repression überleben konnten. Einen Schwerpunkt seiner publizistischen Linie bilden Publikationen aus dem Bereich der marxistisch orientierten Theorie, auch türkische Übersetzungen aus der internationalen Diskussion. "Belge mißt dem Kampf gegen ‚Tabus` als Prinzip des Publizierens große Bedeutung bei", erklärt Ayse Zarakolus ebenfalls im Verlag tätiger Ehemann Ragip Zarakolu. Dies gilt nicht nur für die offiziellen Tabus des türkischen Staates, sondern auch für diejenigen der Linken. Als diese in der Türkei weitgehend auf die programmatischen Richtlinien der 3. Internationalen eingeschworen war, veröffentlichte Belge Texte von Gramsci, Luxemburg, Connoly oder auch Lukacs sowie Kritik an der Tradition der 3. Internationalen, um der dogmatischen Erstarrung der Linken entgegenzuwirken. Die von Belge herausgegebene Theoriezeitschrift "Onbirinci Tez" (Elfte These) ist als wissenschaftlich orientiertes, linkes Diskussionsforum (etwa vergleichbar mit deutschen Publikationen wie Prokla, Peripherie o.ä.) in der Türkei nahezu einzigartig.

Daneben gibt der Verlag auch Lyrik und Belletristik fortschrittlicher AutorInnen heraus. In der interkulturellen Reihe "Marenostrum" ist neben Übersetzungen griechischer AutorInnen die erste türkische Übersetzung einer literarischen Arbeit aus dem ehemals sowjetischen Armenien erschienen.

Entsprechend der politischen Entwicklung ist in den letzten Jahren die Beschäftigung mit der kurdischen Problematik auf politischer wie kultureller Ebene stark in den Vordergrund der Veröffentlichungen des Belge-Verlages getreten. Und vor allem das hat den Verlag seit etwa 1990 auch in die Schußlinie der Staatssicherheitsjustiz gebracht. So ist der Verlag Herausgeber mehrerer Bücher des bekannten Soziologen Ismail Besikci (s.o.)

Es kam zu Verboten und zahlreichen Verfahren gegen Autoren und Verlag, schließlich wurde Ayse Zarakolu als erste Verlegerin in der Türkei zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Außerdem muß der Belge-Verlag aufgrund dieses Verfahrens noch eine Geldbuße von 100 Mio. türkische Lira zahlen (das entspricht der Miete des Verlags für zwei Jahre bzw. dem Doppelten seines Monatsumsatzes).

Während ihres Gefängnisaufenthaltes muß sich Ayse Nur Zarakolu noch auf weitere fünf Prozesse vorbereiten, die derzeit gegen den Belge-Verlag anhängig sind. Einer davon betrifft einen Essayband mit Artikeln des ehemaligen "Özgür Gündem" Herausgebers und Vorsitzenden der prokurdischen Demokratiepartei DEP, Yasar Kaya, der kürzlich vor drohender langjähriger Haft nach Deutschland ins Exil flüchten mußte. Ein anderer betrifft einen Gedichtband (!) von Mehdi Zana (dem Ehemann der ebenfalls inhaftierten kurdischen Abgeordneten Leyla Zana), den der Verlag auf kurdisch herausgegeben hat - allein das gilt den Staatssicherheitsgerichten bereits als Separatismus.

Auch Veröffentlichungen zu Armenien betrachten die Strafrichter der politischen Justiz als ihr Aufgabengebiet. Die Übersetzung eines Buches des belgisch-jüdischen Historikers Yves Ternon über den türkisch-osmanischen Genozid an den ArmenierInnen zu Beginn des Jahrhunderts mit dem Titel "Das armenische Tabu" brachte dem Belge-Verlag neben dem Vorwurf des Separatismus (da der Begriff "türkisch Armenien" verwendet wird) auch noch eine Anklage wegen "Hervorrufen rassistischer Empfindungen" ein. "Das entbehrt nicht einer gewissen Komik," kommentiert Ragip Zarakolu. "Wir kämpfen gegen rassistische Gefühle in dieser Gesellschaft, und genau deshalb haben wir dieses Buch veröffentlicht. Aber sie klagen uns an, rassistische Gefühle zu fördern!" Auch in diesem Prozeß wurde von der Staatsanwaltschaft eine zweijährige Haftstrafe für Ayse Nur Zarakolu gefordert. Da die türkische Staatssicherheitsjustiz bei Ternons Buch weder des Autors noch des Übersetzers (der im deutschen Exil lebt) habhaft werden kann, setzt sie die Verlegerin an deren Stelle.

Beim Prozeßtermin am 4. Juli haben Ayse Nur Zarakolu und der in einem anderen Prozeß angeklagte Verleger Nabi Barut im Namen von 23 inhaftierten VerlegerInnen und JournalistInnen erklärt, daß sie ihre weitere Prozeßteilnahme verweigern, da die mit zivilen und Militärrichtern besetzten türkischen Staatssicherheitsgerichte "den Begriff der Unabhängigkeit der Justiz zerstören und das Rechtsempfinden der Gesellschaft schädigen".

Die Häufung von Prozessen hat den Belge-Verlag nun auch finanziell an den Rand des Ruins getrieben. Ebenfalls gefährdet ist der Versuch, unabhängige Buchläden in den kurdischen Landesteilen aufzubauen und durch die Abgabe von Literatur zu extrem günstigen Konditionen zu fördern: Die beteiligten Buchhändler wurden zur Zielscheibe des schmutzigen Krieges in Kurdistan. Zwei Buchhandlungen in Diyarbakir und Van wurden von "unbekannten Tätern" angezündet, andere wurden von der Polizei überfallen und Bücher konfisziert bzw. die Buchhändler verhaftet. Zeki Yalcin, der Vorsitzende der Buchhändler in Hakkari, wurde von den staatlich gedeckten Todeskommandos verschleppt und umgebracht. Ein Buchvertrieb in Ankara mußte die Auslieferung nach Kurdistan einstellen, nachdem seine Fahrer ständig verhaftet wurden und ein Mitarbeiter erschossen wurde.

Wenn der Belge-Verlag wie die Zeitung "Özgür Gündem" durch vielfältige Repressionsmaßnahmen zum Aufgeben gezwungen würde, so verschwände damit ein wichtiges Forum freier politisch-wissenschaftlicher und literarischer Diskussion von der Bildfläche der Öffentlichkeit in der Türkei. Neben Protesten bei der türkischen Botschaft in Bonn oder dem Innen- bzw. Justizministerium in Ankara halten wir auch eine direkte finanzielle Unterstützung des Verlages für geboten.

Spendenkonto:

Sparkasse Freiburg, BLZ 680 501 01; Kto. Nr. 25 120 08, Stichwort Belge-Verlag. (Wichtig für Spendenbescheinigungen: Anschrift bei Überweisungen im Feld "Verwendungszweck" mit angeben!)

Offener Brief an das Justiz- und Kultusministerium

(...) Vor 1980 wurden Verleger nicht aufgrund der Bücher, die sie veröffentlicht hatten, verurteilt. Die Junta hat bezüglich dieser Gesetze keine Änderungen vorgenommen. Doch unter der sogenannten "zivilen" Regierung von Özal wurde damit begonnen, die Verleger erneut aufgrund von Veröffentlichungen zu verurteilen.

Die Aufhebung der Art. 141, 142, 163 der Verfassung zeigte eine positive Entwicklung, doch zur gleichen Zeit wurde der Artikel 8 des Antiterrorgesetzes eingeführt, welcher die Verleger zu astronomischen Geldstrafen verurteilt.

Die Gesetzesvorlage, welche von der Ciller-Regierung am 9.11.1993 dem Parlament vorgelegt wurde, sieht nicht nur eine Geldstrafe vor, sondern auch Gefängnisstrafen. Dies bedeutet eine Neuerung in den türkischen Strafgesetzen. (...)

Wir, die unterzeichnenden Verleger, möchten, daß Verleger, Schriftsteller, Übersetzer, Denker, Journalisten aufgrund ihrer Gedanken weder zu Geld- noch zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Da die Öffentlichkeit keine Reaktion zeigt, nimmt die Willkür ständig größere Ausmaße an. (...)

Alle Teile des türkischen Antiterrorgesetzes, die die Gedankenfreiheit bedrohen oder beeinträchtigen, müssen aufgehoben werden.

Gedanken können nicht mit Terror in Verbindung gebracht werden. Die zur Revision anstehenden Urteile dürfen nicht bestätigt werden. Es muß ein Ende damit haben, daß Gedanken als "Straftat" oder gar "terroristische Straftat" betrachtet werden.

Alle Schriftsteller, Journalisten, Verleger, die hinter Gittern sind oder damit bedroht werden, wie Dr. Ismael Besikci, Prof. Fikret Baskaya, Günay Aslan, Edip Polal, Hacay Yilmas, Haluk Gerger, Mehdi Zana, der junge Autor Numan Baktas, der Gewerkschafter Münir Ceylan, müssen ihre Freiheit wieder erlangen.

Dieser offene Brief wurde von 90 Ver- legerInnen/Verlagen unterzeichnet

Liste der von Ayse Zarakolu im Belge und Alan Verlag herausgegebenen und verbotenen bzw. juristisch verfolgten Bücher

Autor / Titel, Jahr, Anklage /

Verbotsgrund, Ergebnis

Mete Tuncay: Neue Aspekte über die alte Linke, 1982, Aufwiegelung zum

Klassenkampf, Autor freigesprochen,, Herausgeberin für 3 Monate inhaftiert,, 1800 Bücher vernichtet

Georg Lukacs: Die Aktualität der Revolution, 1982, Aufwiegelung zum

Klassenkampf, Verfahren wegen Verjährung eingestellt

Dido Sotiriyu: Anatolien

meine Liebe, 1982, Kritik am

Türkentum und

der Armee, Freispruch; Buch wurde nach seiner Auszeichnung mit dem türkisch-griechischen Freundschaftspreis freigegeben

Ismail Besikci: Kurdistan

internationale Kolonie, 1990, Behandlung des

Themas Kurdistan

(separatistische

Propaganda), Verfahren nach Abschaffung des 142 TStGB eingestellt,, ca. 100 Bücher vernichtet

Ismail Besikci: Offizielle Wissenschaft: Ideologie,, Staat,, Demokratie und das

kurdische Problem, 1990, dto., dto.

Haydar Isik: Agha Memik aus Dersim (Novelle), 1990, dto., dto.

Hüseyin Erdem: Siyabend und Xece

(volkstümliche Erzählung), 1990, dto., dto.

Soysal Ekinci: Botschaft

(Gedicht), 1990, dto., dto.

Ismail Besikci: General Muglali Event: 33 Kugeln, 1991, dto., dto.

Ismail Besikci: Das Programm der Republikanischen Volkspartei von 1931 und die kurdische Frage, 1993, dto., Autor zu zweijähriger Haftstrafe und 41 Mio. TL Geldstrafe verurteilt; Herausgeberin zu fünfmonatiger Haftstrafe und 41 Mio. TL Geldstrafe verurteilt; sämtliche 2000 beschlagnahmte Bücher wurden vernichtet

Yves Ternon: Das armenische Tabu, 1993, Hervorrufen

rassistischer

Empfindungen

(Dealing with

racist feelings), Strafantrag auf 3 Jahre Gefängnis und 100 Mio. TL aufgrund zwei verschiedener StGB-Artikel gegen die Herausgeberin

Yasar Kaya: Artikel, 1993, dto., Strafantrag auf zwei Jahre Haft und 100 Mio. TL gegen den Autor; Strafantrag auf 6 Mon. Haft und 100 Mio. TL gegen

die Herausgeberin

Hasan Bildirici: Bekaa: das

gelobte Land, 1993, dto., dto.

Mehdi Zana: Dila Evina Min (kurdische Gedichte), 1993, dto., dto.

21. Öko-imperialistische Ideologie. Teil 2: Am imperialistischen Wesen soll die Welt genesen

Teil 2: Am imperialen Wesen soll die Welt genesen - von Andreas Schweer

Autor: Andreas Schweer · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:08

Im ersten Teil dieses Artikels (ak 368) erörterte der Autor den Begriff der Einen Welt als zentrales Element öko-imperialistischer Ideologie und den Versuch imperialistischer Machtzentren, die ausgebeuteten Weltregionen als die eigentlichen Verursacher weltweiter Umweltschäden auszugeben. Im vorliegenden zweiten und abschließenden Teil seiner Arbeit analysiert der Autor den tatsächlichen Gehalt der von fast allen Bundestagsparteien propagierten "ökosozialen Marktwirtschaft" und stellt die Instrumente öko-imperialistischer Politik dar.

Nach der Ausrufung der Einen Welt als Notgemeinschaft gegen den drohenden Öko-Kollaps und nach der Hervorhebung der Verantwortlichkeit der ausgebeuteten Weltregionen für den weiteren ökologischen Niedergang ist der Weg frei für die imperialistischen Machtzentren, sich selbst als Krisenmanager in Zeiten weltweiter ökologischer Gefahren darzustellen. Die imperialistischen Machtzentren erheben den Anspruch, die Kapitäne im Boot der ökologisch bedrohten Einen Welt zu sein.

"Ökosoziale Marktwirtschaft"

Das Etikett für das propagierte Erfolgsrezept in der ökologischen Krise trägt den Namen "ökosoziale Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung".

Michael Müller, Umweltpolitiker der SPD, schrieb 1992: "Den Schlüssel für eine ‚nachhaltige Entwicklung` haben die Industrieländer. Sie allein verfügen über den Reichtum, das technische Wissen und die politischen Voraussetzungen, um den sozialen und ökologischen Umbau ihrer Gesellschaften wie auch der Weltwirtschaft einleiten zu können."

Der nationale Bericht der BRD für die UNCED 1992 formulierte: "Die soziale Marktwirtschaft ist die geeignetste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch zur Bewältigung der Umweltprobleme. (...) Wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung (in der BRD, d. Verf.) sind geschaffen."

Al Gore will die Welt - in begrifflicher Anlehnung an ein politisches Instrumentarium im Kalten Krieg - mit einem "ökologischen Marshallplan" retten: Unter der Führung der USA sollen mit technologischen Innovationen, entwickelt in den imperialistischen Machtzentren, weltweit die Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung herbeigeführt werden. Ausgerechnet also die weltweit größte Energie- und Rohstoffverschwenderin USA beansprucht für sich eine Führungsrolle in der internationalen Umweltpolitik. (27)

Die "ökosoziale Marktwirtschaft" taucht als Begriff in den Programmen fast aller politischen Parteien der BRD auf. Im Grundsatzprogramm der CDU, verabschiedet am 23.2.94, trägt das 3. Kapitel die Überschrift "Für eine ökologische und Soziale Marktwirtschaft". Die FDP titelt in ihrem Diskussionsentwurf für ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1994: "Ökologische Weiterentwicklung der Marktwirtschaft". Die SPD spricht sich in ihrem Diskussionsentwurf für ein Regierungsprogramm 1994 im 5. Abschnitt für "eine soziale und ökologische Gesellschaft" aus. Und das Bündnis 90 / Die Grünen erklären in ihrem Bundestagswahlprogramm: "Wir wollen einen ökologisch-solidarischen Gesellschaftsvertrag". Damit wollen sie "Verantwortung für die Weltgesellschaft und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen übernehmen." Einzig die PDS enthält sich des Begriffes der ökosozialen Marktwirtschaft und spricht vom "ökologischen Umbau" und der "staatlichen Eingrenzung spontaner Marktregulierung". (Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck, Wahlprogramm der PDS 1994, S.18/19)

Der Begriff der "ökosozialen Marktwirtschaft" suggeriert, mehr oder weniger deutlich ausgesprochen, eine grundsätzliche Vereinbarkeit der ökonomischen Strukturen in den imperialistischen Machtzentren mit ihrer Ökologisierung, d.h. einer dauerhaften Sicherung der Regenerationsfähigkeit ihrer natürlichen Grundlagen. Was ist davon zu halten?

Das, was sich etwas verschämt "Marktwirtschaft" nennt, ist nichts anderes als eine kapitalistisch organisierte Ökonomie, das heißt ein Wirtschaftssystem, das seinem Wesen nach die vom Profitmaximierungsinteresse angetriebene Konkurrenz von Produktionsbetrieben gegeneinander organisiert. Ein entscheidender Faktor in diesem Konkurrenzkampf ist für jeden Produktionsbetrieb die Notwendigkeit, die Produktionskosten so weit wie möglich zu senken: Der Produktionsbetrieb der am schnellsten, am billigsten und am effektivsten seine Produkte herstellen und auf den kapitalistischen Markt werfen kann, verschafft sich Wettbewerbsvorteile gegenüber konkurrierenden Produktionsbetrieben und damit höhere Profitrealisierungschancen. Die in dieser Wirtschaftsstruktur erzielten Profite werden erneut in den ökonomischen Konkurrenzkampf geworfen, um in einer neuen Produktionsrunde möglichst noch schneller, noch billiger und noch effektiver neuen Profit zu erzielen.

Der beschriebene Konkurrenzmechanismus führte in der Frühphase des Kapitalismus zu unermeßlichem menschlichen Elend, da die Arbeitskraft bei Hungerlöhnen ausgesaugt wurde - notwendigerweise, da jede Ausweitung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft als Kostensenkungsfaktor zu einem Konkurrenzvorteil wurde, und damit derjenige Kapitalbesitzer, der nicht diesem Ausbeutungszwang folgte, letztlich im Konkurrenzkampf untergehen mußte. Diese außerordentliche Ausbeutungssituation hatte jedoch auch für Kapitalverwertungsinteressen - aufgrund zunehmender Arbeitsausfälle wegen Krankheit, Arbeitsunfällen, etc., sowie der gefährlich wachsenden politischen Organisierung der Arbeiterschaft - kontraproduktive Folgen. Zur Vermeidung dieser für Kapitalverwertungsinteressen nachteiligen Entwicklung wurden der Arbeiterschaft sozialpolitische Verbesserungen der Lebenssituation zugestanden. Es entstanden so Strukturen, die heute als Sozialstaat bezeichnet werden und mit denen für alle Kapitalbesitzer gleiche, d.h. nicht mehr in der Konkurrenzsituation zu unterbietende, sozialpolitische Grenzen der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft gezogen werden. An der grundsätzlichen Ausbeutungssituation ändern diese staatlich gezogenen sozialpolitischen Grenzen jedoch nichts. Darüberhinaus sind diese Grenzen politisch flexibel, d.h. jederzeit den jeweils aktuellen ökonomischen und politischen Interessen anpaßbar. (28)

Ein weiterer Faktor, mit dem die Produktionskosten gesenkt werden können, um so Konkurrenzvorteile zu erlangen, ist die Tendenz, die Arbeitsprozesse technisch zu effektivieren. Damit nimmt die durch den Konkurrenzkampf der Produktionsbetriebe untereinander forcierte technologische Entwicklung einen Verlauf, der darauf abzielt, immer mehr Rohstoffe immer effektiver und immer schneller dem kapitalistischen Verwertungsprozeß zuzuführen. Der gigantische weltumspannende Vernutzungsprozeß von Rohstoffvorkommen findet hierin seine Ursache. Innerhalb weniger Jahrzehnte werden z.B. Erdölvorkommen, die Jahrmillionen zu ihrer Entstehung gebraucht haben, deswegen rücksichtslos vernutzt, weil mit ihnen Produktionsprozesse effektiver und schneller durchgeführt werden können. Jede Intensivierung von Produktionsprozessen aber führt notwendigerweise zu einer Intensivierung von Naturvernutzung, da jeder Produktionsprozeß nichts anderes als eine Umwandlung von Natur in Waren ist. (29)

Ein dritter Ansatz zur Senkung der Produktionskosten liegt darin, den jeder Produktion zugrunde liegenden Zugriff auf natürliche Ressourcen immer mehr zu verbilligen. Wenn seit Jahrzehnten die Rohstoff-Preise und damit die terms of trade auf dem Weltmarkt verfallen (30), so ist dieser ökonomische Vorgang Ausdruck kapitalistischer Profitmaximierungsinteressen. Möglichst kostenlos sollen die Rohstoffe in den Produktionsprozeß einfließen. Diesem Ziel dient auch die Verschuldungspolitik der imperialistischen Machtzentren gegenüber den ausgebeuteten Weltregionen, deren Ökonomien auf Exportproduktion umgestellt und so genötigt werden, ihre Rohstoffvorkommen zu immer niedrigeren Preisen abzugeben.

Der kapitalistische Verwertungsprozeß eignet sich aufgrund seiner expansiven Struktur tendenziell die ganze Erde an, verwandelt sie in Waren, um sie auf kapitalistischen Märkten zu verwerten, d.h. in Profite zu verwandeln, mit denen der Kapitalverwertungsprozeß in eine neue Runde eintreten kann. Es ist systembedingt zwingend, daß sich mit der Globalisierung der kapitalistischen Ökonomien auch die Naturvernutzung und Naturzerstörung globalisiert. Der zusätzliche Treibhauseffekt mit seiner globalen Erwärmung der Erdatmosphäre, die Zerstörung der Ozonschicht, die globale Entwaldung, Verwüstungsprozesse, die umfassende Vergiftung von Boden, Wasser und Luft sind konsequente Folgeerscheinungen der Durchkapitalisierung der Welt. (31)

Entsprechend den sozialen Grenzen des Ausbeutungsprozesses menschlicher Arbeitskraft aufgrund negativer Rückkopplungen auf den Kapitalverwertungsprozeß stößt auch der Ausbeutungsprozeß kapitalistischer Naturverwertung an Grenzen, die, werden sie überschritten, zu einer negativen Rückkopplung auf die

zugrundeliegende Kapitalverwertung führt. Absterbende Wälder z.B. schädigen die Forstwirtschaft, durch den zusätzlichen Treibhauseffekt hervorgerufene Naturkatastrophen führen zu hohen Infrastruktur-Schäden, und dramatisch sich verschlechternde Umweltbedingungen können politische Legitimationsverluste zur Folge haben.

In dem Maße, in dem die ökologischen Grenzen kapitalistischer Produktionsprozesse politisch bewußt wurden, kam es zur Herausbildung eines neuen politischen Konzeptes, mit dem eine Lösung der ökologischen Frage verknüpft wird. Die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zur öko-sozialen Marktwirtschaft ist die Antwort des herrschenden ökonomischen und politischen Systems auf die ökologische Krise. Das Konzept der öko-sozialen Marktwirtschaft zeichnet sich gerade dadurch aus, daß es dem beschriebenen global wirksamen Kapitalverwertungsprozeß nicht die Grundlagen entzieht, sondern vielmehr, mehr oder weniger deutlich formuliert, auf diesen Grundlagen aufbauen will, um vorgeblich zu einer Lösung der globalen ökologischen Krise zu gelangen.

Die Begrenztheit dieses politischen Ansatzes, ökologische Grenzen und kapitalistische Ökonomie miteinander zu vereinbaren, wird deutlich, wenn man ihn mit der Realität weltweit herrschender, politischer und ökonomischer Machtstrukturen und deren politischer Dynamik konfrontiert.

Die "Eine Welt" - mehrfach tief gespalten

Betrachtet mensch diese Strukturen, so springt zunächst ins Auge, daß die viel beschworene Eine Welt eine politische und ökonomische Fiktion ist. Die Eine Welt ist vielmehr in sich mehrfach tief gespalten.

Da ist zunächst die Spaltung in imperialistische Machtzentren und in von diesen ausgebeutete Weltregionen. Die politischen, ökonomischen, militärischen und auch die umweltpolitischen Maßnahmen der imperialistischen Machtzentren zielen im wesentlichen - entgegen allen anderslautenden propagandistischen Verlautbarungen - auf die Aufrechterhaltung dieser ausbeuterischen Zweiteilung der Einen Welt ab.

Im Zuge der Kolonialisierung der Welt haben die imperialistischen Machtzentren die ausgebeuteten Weltregionen zu Rohstoff-Lieferanten ihrer kapitalistischen Ökonomien gemacht. Auch nach dem Ende des kolonialistischen Weltsystems blieb dieses ökonomische Ausbeutungsverhältnis nicht nur erhalten, vielmehr besteht es heute tiefer denn je zuvor. (32) Über die Verschuldungspolitik der imperialistischen Machtzentren werden die ökonomischen Strukturen in den ausgebeuteten Weltregionen den jeweiligen Interessen der imperialistischen Machtzentren angepaßt. Diese zwingen die ausgebeuteten Weltregionen z.B. dazu, in gegenseitiger Konkurrenz zueinander Rohstoffvorkommen und landwirtschaftlich nutzbare Bodenflächen immer intensiver auszubeuten und ihre Produkte zu immer niedrigeren Preisen auf den kapitalistischen Weltmarkt zu werfen.

Entgegen allen öko-sozialen Verlautbarungen bestätigen die imperialistischen Machtzentren dieses Ausbeutungsverhältnis. Sie verweigern eine Abkehr von ihrer Verschuldungspolitik und profitieren maßlos vom Verfall der Rohstoffpreise und der terms of trade. (33) Der IWF setzt seine Strukturanpassungsprogramme, die auf eine fortgesetzte Öffnung der Ökonomien in den ausgebeuteten Weltregionen zielen, weiter fort. Entschuldungsmaßnahmen werden als politisches Erpressungsinstrument eingesetzt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion werden auch die osteuropäischen Staaten und Rußland als Rohstofflager in den kapitalistischen Weltmarkt eingeführt. (34) Der freie Zugang zu den weltweiten Rohstoffvorkommen wird zu einem strategischen Ziel in der Bundeswehreinsatzplanung. (35)

Wer also Lösungskonzepte für die globale ökologische Krise anbietet, der muß auch dieses ökonomische Ausbeutungsverhältnis aufheben wollen und nicht statt dessen behaupten, von den ausgebeuteten Weltregionen gingen die eigentlichen ökologischen Gefahren aus. Ohne eine umfassende Entschuldung der ausgebeuteten Weltregionen und den Erhalt und Wiederaufbau regionaler Selbstversorgungsstrukturen (36) werden die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse nicht aufzuhalten sein. (37)

Die zweite, für die globale ökologische Entwicklung ebenso wirksame Spaltung der Einen Welt entwickelt sich zwischen den imperialistischen Machtzentren.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion formieren sich verstärkt drei miteinander konkurrierende ökonomische, politische und militärische imperialistische Staatenblöcke. Das sind die Europäische Union, mit der BRD als eine ihrer führenden Staaten, die USA, die sich über den Abschluß des NAFTA einen größeren

ökonomischen Binnenmarkt geschaffen hat, und Japan, vor allem mit seinen südostasiatischen Einflußzonen. Diese drei imperialistischen Staatenblöcke befinden sich in einem weltweit wirksamen ökonomischen, technologischen, politischen und letztlich auch militärischen Konkurrenzverhältnis zueinander. Der Anfang der 90er Jahre bekannt gewordene US-amerikanische "No-Rivals-Plan", ein Leitlinien-Entwurf des Pentagon, bringt dieses Konkurrenzverhältnis deutlich zum Ausdruck. Darin heißt es: "Wir müssen versuchen zu verhüten, daß irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen - unter gefestigter Kontrolle - ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. Solche Regionen sind Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der früheren Sowjetunion und Südwestasien. (...) Unser erstes Ziel muß es sein, das Wiedererstehen eines neuen Rivalen zu verhindern (...) Wir müssen unsere Strategie darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen." (Defense Planning Guidance / Fiscal Years 1994-1999, zit. in: isw-wirtschaftsreport Nr. 14, Januar 1993, S. 8)

Wenn Helmut Kohl 1991 in einer ausgerechnet am 30. Januar, dem Jahrestag der Machtübergabe an Hitler, gehaltenen Regierungserklärung feststellt, daß "Deutschland (...) sich offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und diese ausweiten" solle, wenn der jetzige Verteidigungsminister Volker Rühe auf dem außenpolitischen Kongreß der CDU im Mai 1991 erklärt, daß "unsere wirtschaftliche, technologische und finanzielle Leistungsfähigkeit (...) eine Selbstbeschränkung deutscher Außenpolitik nach dem alten Muster nicht mehr zulassen " würde (zit. in: isw-wirtschaftsreport Nr. 14, Januar 1993, S. 9), dann bewegen sich beide in der Logik des US-amerikanischen "No-Rivals-Plan". (38) Konsequent wird im Hamburger Grundsatzprogramm der CDU vom 23.2.94 gefordert, daß "die EU über Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns verfügen können" muß. (S. 69) (39)

Dieses Konkurrenzverhältnis zeigt sich z.B. auch in der Technologiepolitik. In einer europapolitischen Broschüre der CDU heißt es zur Begründung der europäischen Raumfahrt: "Erforschung und Nutzung des Weltraums sind für ein Industrieland wie die BRD aus wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen sowie außen- und sicherheitspolitischen Gründen unverzichtbar. Die europäischen Projekte COLUMBUS (Weltraumlabor), Ariane 5 (Trägerrakete) und HERMES (Raumgleiter) sichern durch die Entwicklung von Schlüsseltechnologien Europas Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten und die Unabhängigkeit von amerikanischen und japanischen Konkurrenten." (40)

Es zeigt sich, daß jedes imperialistische Machtzentrum bemüht ist, gegenüber konkurrierenden imperialistischen Machtzentren ökonomische und politische Vorteile zu erzielen. In diesem Macht-Poker spielt eine Ökologisierung der Ökonomien eine höchst untergeordnete Rolle.

Umweltschutz-Standards werden dabei schnell zu Konkurrenznachteilen. Es ist nicht überraschend, daß z.B. innerhalb des Formierungsprozesses der EU deren Umweltgesetzgebung nach unten harmonisiert wird. Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Umsetzung des NAFTA zu beobachten. In der Klimaschutz-Politik drückt sich diese Unterordnung umweltpolitischer Ziele darin aus, daß im Rahmen der Diskussion um die Einführung von Energie-Steuern die Bundesregierung diese Maßnahme zunächst mit dem Hinweis auf eine zuvor notwendige Harmonisierung innerhalb der EU verweigerte, woraufhin anschließend die EU die Einführung von Energie-Steuern mit der Begründung, es seien ökonomische Konkurrenznachteile gegenüber den anderen imperialistischen Machtzentren USA und Japan zu befürchten, zurückwies. (41)

Der Konkurrenzkampf der imperialistischen Machtzentren gegeneinander und deren gemeinsames Interesse an einer Fortsetzung der Plünderung der ausgebeuteten Weltregionen ist auch einer der wesentlichen Gründe für das Festhalten an der ökologisch in hohem Maße unverantwortlichen Atomtechnologie. Jedes imperialistische Machtzentrum braucht die eigene Atombombe als militärisches Drohpotential, um sich weitgehende politische Unabhängigkeit gegenüber der imperialistischen Konkurrenz, aber auch gegenüber möglichen weltpolitischen Emporkömmlingen aus den ausgebeuteten Weltregionen bewahren zu können. "Die Welt soll vor der US-Armee zittern. (...) Ich möchte, daß jeder tödliche Angst vor uns hat", erklärte Collin Powell, US-Generalstabschef. Und Bill Clinton versprach den US-Militärs, daß auch unter seiner Regierung, die US-Streitkräfte "die besten der Welt bleiben" werden. (lt. isw-wirtschafts-report, Nr. 14, Januar 1993)

Die reale Bedeutung des Konzeptes "ökosoziale Marktwirtschaft" kann nur vor dem Hintergrund der dargelegten mehrfachen Spaltung der Einen Welt und der darin sich entfaltenden politischen Dynamik angemessen erfaßt werden. Die mehrfache Spaltung der Einen Welt steckt den Handlungsrahmen ab, innerhalb dessen die Vorstellungen von einer ökosozialen Marktwirtschaft entwickelt werden. Innerhalb dieses

Handlungsrahmens sind über eine staatlich kontrollierte Steuer-, Abgaben-, Subventions- und Verbotspolitik durchaus umweltentlastende Wirkungen zu erzielen. Jedoch verbleiben diese in den Grenzen der umfassenderen, in ihrer ökologischen Wirkung katastrophalen weltweiten politischen und ökonomischen Herrschaftsstrukturen und greifen darum, gemessen an den ökologisch notwendigen strukturellen Veränderungen, viel zu kurz.

Solange das Konzept "ökosoziale Marktwirtschaft" nicht grundsätzlich mit den global wirksamen politischen, ökonomischen und militärischen Konkurrenz- und Ausbeutungsstrukturen bricht, solange bleibt es politische Phrase und muß als Teil öko-imperialistischer Ideologiebildung begriffen werden. Der Begriff der ökosozialen Marktwirtschaft suggeriert, daß eine Abwehr der globalen ökologischen Zerstörungsprozesse unter Beibehaltung grundlegender Herrschaftsstrukturen in den imperialistischen Machtzentren möglich sei, und sorgt so für eine Wiederherstellung der innenpolitischen Legitimität, die aufgrund der globalen ökologischen Krise brüchig zu werden drohte.

Die Instrumente öko-imperialistischer Politik

Wer für sich in Anspruch nimmt, zur Rettung vor dem ökologischen Untergang als Kapitän im Boot der Einen Welt berufen zu sein, der erhebt als nächstes den Anspruch, den von ihm vorgegebenen Kurs des Bootes auch gegen mögliche Widerstände durchzusetzen.

Vorbereitend auf die Propagierung und Anwendung einzelner Instrumente öko-imperialistischer Politik wird zunächst das grundsätzliche Recht auf nationale Souveränität der Staaten in den ausgebeuteten Weltregionen in Abrede gestellt. In der Argumentation verwandelt sich das "eigentlich" jedem Staat zugestandene Recht, seine Belange im Inneren selber zu regeln, in ein Recht der imperialistischen Machtzentren, die Souveränität von Staaten in den ausgebeuteten Weltregionen im Namen der globalen ökologischen Sicherheit außer Kraft zu setzen.

Perez de Cuellar, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen, sagte 1991, daß der Kampf gegen die Umweltzerstörung zeigen würde, daß das Konzept des Nationalstaates von der Wirklichkeit überholt worden sei. (Die Zeit, 26.4.91) Dies ist der Grundtenor in der Legitimierung öko-imperialistischer Interventionspolitik.

Besonders drastisch, aber treffend, formulierte Udo Knapp, seinerzeit noch Mitglied bei den GRÜNEN den öko-imperialistischen Interventionsansatz. Der Weltnorden sei, so Knapp, zur "ökologischen Vorherrschaft verpflichtet". Der Weltnorden müsse sich zu einer für die Menschen aus dem Weltsüden nicht erreichbaren "Festung" formieren, um aus dieser Position heraus "eine gemeinsame ökologische Außenpolitik" umzusetzen. Der Weltnorden sei dabei "angehalten, jedwede finanzielle, ökologische und politische Anstrengung zu unternehmen, die den Weltsüden zur unabdingbaren Kooperation bewegen kann. Ein wichtiger Schritt zu dieser Zusammenarbeit wäre es, ein internationales ökologisches Gewaltmonopol einzurichten." (zit. n. natur 2/92 - Hervorhebung v. Verf.)

Aber auch andere, umweltpolitisch Etabliertere stehen dem nicht nach. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Leiter des Wuppertal-Instituts und einer der bekanntesten Verfechter des Konzeptes "ökosoziale Marktwirtschaft", schrieb 1989: "Halten wir fest, daß die neuen global-ökologischen Herausforderungen (...) eine ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten` fast unausweichlich machen. (...) Ein legitimes Mittel der Umweltpolitik könnte es werden, schweren inneren und äußeren Druck zu erzeugen, (um die geforderten Einmischungen) realpolitisch möglich zu machen." (E.U. v. Weizsäcker, a.a.O., S. 215/216)

Im Vorfeld der UNCED tauchte verstärkt eine militärische Variante öko-imperialistischer Interventionspolitik in der umweltpolitischen Diskussion auf. Die Aufstellung sogenannter "Grünhelm-Truppen" als internationale Eingreiftruppe gegen "Umweltverbrecher" (Klaus Töpfer) wurde gefordert.

Die Forderung nach "Grünhelmen" hat weiter zurückliegende politische Wurzeln. Es ist bald 25 Jahre her, da nahm sich die NATO des Umwelt-Themas an. In einem Strategiepapier aus dem Jahre 1971 stellte die NATO fest, daß Umweltfragen zu "Angelegenheiten von globalem Interesse werden", und sie müsse darum "bei der Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt einen bedeutsamen Beitrag leisten". Was im übrigen den politisch dominantesten Staat der NATO, die USA, nicht hinderte, parallel zur Veröffentlichung dieser umweltpolitischen Gedankengänge einen auch chemisch geführten Vernichtungskrieg gegen die vietnamesische Bevölkerung zu führen.

1988 veröffentlichte die KFA Jülich eine Studie über das "Klimaproblem zwischen Naturwissenschaft und Politik", in der die Entwicklung einer "ökologischen Weltinnenpolitik" und die Etablierung eines "Weltregimes" gefordert werden. Dabei müsse dieses ökologisch motivierte "Weltregime" stark genug sein, "durch Machtpolitik auf die außerhalb des Regimes stehenden Staaten einzuwirken, um sie zu Vermeidungsmaßnahmen zu bewegen. (...) Staaten wie China, aber auch Indien, potentielle Großmächte des 21. Jh. und auf die Nutzung fossiler Energien ausgerichtet, können von den Supermächten nicht ohne ein hohes Maß an Konfliktbereitschaft durch die Sanktionsspannen der Macht zu durchgreifenden, sie wirtschaftlich schwer belastenden Vermeidungsmaßnahmen gedrängt werden. (...) Die nationale und internationale Politik könnte vor einer schwierigen Wahl stehen: die zumindest ansatzweise antizipierbaren Konflikte im Rahmen einer Vermeidungsstrategie auszutragen oder gänzlich unvorhersehbare Konflikte in einer mit einem neuen Klima konfrontierten Welt zu riskieren." (Sassin/Jäger/Jill, a.a.O.)

In der BRD beteiligen sich Menschen aus nahezu allen politischen Parteien an der Propagierung der Forderung nach Aufstellung von "Grünhelm-Truppen".

Klaus Töpfer, Umweltminister der BRD, erklärte u.a. auf dem 43. Landesparteitag der saarländischen CDU, daß seiner Meinung nach Grünhelme überall dort eingreifen sollten, wo Verbrechen an der Natur begangen würden. Im CDU-Grundsatzprogramm "Freiheit in Verantwortung" (beschlossen am 23.2.94 in Hamburg) wird gefordert, daß "die völkerrechtlichen Voraussetzungen für das Eingreifen der UNO bei (...) schweren Umweltverbrechen weiter entwickelt werden" müßten. (S. 72/73) Die CDU will umweltaußenpolitisch ein "weltumspannendes Handlungsprogramm entwickeln". (S. 83)

In der FDP ergriff Genscher die Initiative. Er forderte u.a. die Aufstellung von Grünhelm-Verbänden im Rahmen der KSZE. Als mögliches Angriffsziel dieser Truppen benannte Genscher marode AKWs in Osteuropa, die, wenn nötig, auch mit militärischer Gewalt stillzulegen seien. Im Diskussionsentwurf für ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1994 formuliert die FDP einen "erweiterten Sicherheitsbegriff", in dem auch die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen mitaufgenommen ist. (S. 2)

Freimut Duve sprach sich als SPD-Genosse für die Anwendung des "Weltknüppels" aus, wenn Staaten die Übernationalität von Umweltproblemen nicht anzuerkennen bereit sind, indem sie einer Einschränkung ihrer Souveränität nicht zustimmen. (Spiegel 39/91)

Die Diskussion um die Aufstellung von Grünhelm-Truppen bringt vielleicht am deutlichsten den imperialistischen Charakter globaler Umweltpolitik der imperialistischen Machtzentren zum Ausdruck. Unvorstellbar ist ja, daß diese Grünhelme in den imperialistischen Machtzentren selber zum Einsatz kommen würden, um ökologisch unverantwortbare industrielle Produktionsanlagen stillzulegen.

Ein anderes Mittel öko-imperialistischer Interventionspolitik ist die sogenannte umweltorientierte Entwicklungspolitik. Hier nehmen die imperialistischen Machtzentren über Auflage-Maßnahmen im Rahmen ihrer Verschuldungspolitik Einfluß auf die Umweltpolitik von Staaten in den ausgebeuteten Weltregionen. Da wird zum Beispiel über "dept-for-nature"-Maßnahmen unter Rückgriff auf zum größten Teil finanziell bereits abgeschriebene Schuldtitel maßgeblich Einfluß auf die Umweltpolitik von Staaten in den ausgebeuteten Weltregionen genommen. Seit kurzem auch flankiert die Weltbank teilweise ihre Entwicklungsprojekte mit Umweltschutzmaßnahmen, die aus dem GEF finanziert werden. Ca. 50% aller GEF-Projekte pfropft die Weltbank als zusätzliche grüne Komponente auf normale Weltbank-Projekte auf. Diese Umweltschutzmaßnahmen machen jedoch finanziell nur einen geringen Prozentsatz gegenüber den Geldern aus, die für die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen eingesetzt werden. Das Geldvolumen des GEF beträgt beispielsweise nur 1% des gesamten Vergabevolumens der Weltbank. (Sonderdienst des WEED, Oktober 1993) Ein weiteres Beispiel ist ein Mammutkredit von 610 Mio. Dollar, dem größten Projektdarlehen, das die Weltbank je bereitgestellt hat, der in Westsibirien die Erdölförderung forcieren soll. Weitere 250 Mio. Dollar werden von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) als Darlehen in das Projekt gesteckt. Als Ergebnis des Kredits wird eine Förderung von 12 Mio. Tonnen pro Jahr erwartet. 90% der bereitgestellten Kredite sollen für den Import von Ausrüstungsgütern, Dienstleistungen und Waren aus den westlichen Industriestaaten verwendet werden. Im Projekt sind Mittel in Höhe von 3,5 Mio. Dollar, d.h. nicht einmal 0,5% des Gesamtkredites, zur ökologischen Abfederung vorgesehen. (Sonderdienst WEED, 14.3.94) Schließlich hat auch der IWF damit begonnen, seine Kreditvergabe an die Erfüllung von vorgegebenen Umwelt-Programmen zu binden.

Ein drittes Mittel öko-imperialistischer Interventionspolitik schließlich sind internationale Umweltverträge. In den Verhandlungen über diese internationalen Umwelt-Verträge verteidigen die imperialistischen Machtzentren ihre ökonomischen und politischen Ausbeutungsinteressen. Z.B. weigern sich die imperialistischen Machtzentren bislang ein Wälderabkommen auszuhandeln, in dem auch die Wälder ihrer Territorien miteinbezogen sind. Die imperialistischen Machtzentren versuchen in den Verhandlungen durchzusetzen, daß nur die tropischen Regenwälder in den ausgebeuteten Weltregionen einer internationalen Regulierung unterstellt werden. Ähnliche Interessengegensätze kommen auch in den Verhandlungen über eine internationale Klima-Konvention zum Tragen. Kleinspurigen Ankündigungen über eine Reduzierung des Ausstoßes von klimarelevanten Gasen und darauf folgende noch kleinspurigere praktische Maßnahmen zum Klimaschutz stehen um so demagogischere Warnungen vor einer unkontrollierten nachholenden Industrialisierung der Staaten in den ausgebeuteten Weltregionen gegenüber. Tendenziell zielen die politischen Initiativen der imperialistischen Machtzentren im Bereich des globalen Klimaschutzes darauf ab, das Recht auf Inanspruchnahme der Erdatmosphäre zur Belastung mit klimarelevanten Gasen für die imperialistischen Machtzentren zu monopolisieren. Besonders deutlich wird das in dem Vorschlag, Verschmutzungsrechte zu monetarisieren, was zur Folge hätte, daß überwiegend die finanzkräftigen Unternehmen in den imperialistischen Machtzentren ökonomische Vorteile aus solcherart Umweltpolitik ziehen würden, da nur sie sich dann das Recht auf Umweltverschmutzung kaufen könnten.

Ein linksökologischer Politikansatz ...

Aufgrund der sich zuspitzenden globalen ökologischen Zerstörungsprozesse, die ihre Ursache überwiegend in der ökologisch unverantwortlichen Produktionsweise der imperialistischen Machtzentren haben, entwickeln diese zunehmend ein öko-imperialistisches politisches, ökonomisches und militärisches Instrumentarium, das auf der Basis der weitgehenden Beibehaltung der Produktionsweise in den imperialistischen Machtzentren und unter Wahrung derer Herrschaftsinteressen im Verhältnis zu den ausgebeuteten Weltregionen und im Verhältnis zueinander eine politische Regulierung der ökologischen Krise ermöglichen soll. Dieses öko-imperialistische Instrumentarium wird entsprechend ideologisiert in den imperialistischen Machtzentren der heimischen Wohlstandsbevölkerung als zukunftweisendes Fortschrittsmodell für die Weltgesellschaft vermittelt. Zentrale Elemente dieser öko-imperialistischen Ideologie sind die Verschleierung der zentralen Ursachen der globalen ökologischen Krise und die Propagierung der ökosozialen Marktwirtschaft als die Problemlösung für die globale ökologische Krise.

Dementgegen muß ein linksökologischer Politikansatz die zentrale Verursachung der globalen ökologischen Krise durch die Herrschaftsinteressen der imperialistischen Machtzentren und der daraus resultierenden ökologisch unverantwortbaren Produktionsweise benennen, die Phrase von der ökosozialen Marktwirtschaft zurückweisen, da sie an der zentrale Ursache der ökologischen Krise nichts grundlegend verändert, und politische Alternativen entwickeln, deren Grundlagen die Anpassung der ökonomischen Prozesse an ökologische Notwendigkeiten und die gleichzeitige Abschaffung ökonomischer und politischer Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen sind.

Anmerkungen:

(27) Al Gore verbindet seine umweltpolitischen Vorschläge mit einem ungeschminkten US-amerikanischen Chauvinismus: Nach Gore seien "die Vereinigten Staaten (...) lange der natürliche Führer der weltweiten Gemeinschaft der Völker gewesen. (...) Die USA muß ihre Verpflichtung zur Übernahme der Führungsrolle in der Welt einlösen. (...) Damit kann die USA ein weiteres Mal ihr Versprechen einlösen, die letzte und beste Hoffnung der Menschheit auf Erden zu sein." (S. 171-175)

(28) Die aktuell geführte Standort-Debatte in der BRD zeigt dies sehr deutlich. Mit dem Hinweis auf die ökonomische Konkurrenz aus den USA und Japan, aber auch aus den Billiglohnländern der ausgebeuteten Weltregionen, werden die Löhne gedrückt. Der massive Angriff der französischen Regierung auf das Lohnniveau von Berufseinsteigern konnte erst nach massiven und andauernden Protesten (zunächst) abgewehrt werden.

(29) Schon vor über 100 Jahren stellte Karl Marx fest, daß der Kapitalismus letztlich die "beiden Springquellen allen Reichtums: die Arbeitskraft und die Natur" zerstören wird.

(30) Rohstoffe kosten heute auf dem Weltmarkt fast ein Drittel weniger als 1980 (Spiegel 11/94, S. 113). Die Staaten der ausgebeuteten Weltregionen haben allein in den letzten beiden Jahren aufgrund der fallenden Rohstoffpreise ein Sechstel ihres Exporteinkommens verloren (Infobrief des WEED, Oktober 1993). Die terms of trade haben sich beispielsweise wie folgt verschlechtert: Für einen Traktor mußten Staaten der ausgebeuteten Weltregionen 1985 93 Sack Kaffee oder 75 Doppelzentner Kakao liefern. 1990 waren es dann schon 302 Sack Kaffee oder 290 Doppelzentner Kakao. (Aus: Nord-Süd-Politik, hrsg. v. Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, 1993).

(31) Die Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist eine Voraussetzung zur Abwehr globaler ökologischer Zerstörungsprozesse, jedoch keine hinreichende Bedingung. Die Politik der ehemaligen Sowjetunion basierte ebenfalls auf einem rücksichtslosen Raubbau an der Natur. In machtpolitischer Konkurrenz zu den Zentren kapitalistischer Produktionsverhältnisse stehend setzten die politisch Herrschenden in der Sowjetunion auf dieselben Konzepte industrieller Produktionsweise. Die Entfesselung der Produktivkräfte galt in der politischen Ideologie der Sowjetunion als Voraussetzung zur Errichtung des Sozialismus. Dies hat sich auch ökologisch als gravierende Fehleinschätzung erwiesen.

(32) Über die Auslagerung von arbeitsintensiven Produktionsstätten gehören die Menschen der ausgebeuteten Weltregionen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft billigst vernutzen zu lassen, auch - zynisch formuliert - zu den Rohstofflagern, die die imperialistischen Machtzentren zu ihrem Vorteile ausbeuten.

(33) Allein im Jahr 1991 zahlten die ausgebeuteten Weltregionen ca. 250 Mrd. US-Dollar an die imperialistischen Machtzentren, erhielten jedoch nur 64 Mrd. US-Dollar an offizieller Entwicklungshilfe zurück. (J. Trittin, in: Nord-Süd-Politik, a.a.O., 1993) Trotz permanenten Schuldendienstes ist die Verschuldung der ausgebeuteten Weltregionen derweil auf über 1,5 Billionen US-Dollar angestiegen (Bericht des UNDP 1992). Ein weiterer Angriff auf die Ökonomien der ausgebeuteten Weltregionen ist von den jüngst abgeschlossenen GATT-Verhandlungen zu erwarten. Eine Studie der Weltbank (!) und der OECD untersuchte die zu erwartenden Auswirkungen der beschlossenen Handelsliberalisierungen. Das Ergebnis: "Obwohl die reichen Länder des Nordens nur 20% der GATT-Mitglieder stellen, werden 70% des zusätzlichen Verdienstes aus den Liberalisierungen des Welthandels in ihre Taschen fließen." (Junge Welt, 5.4.94) Im Zuge der Handelsliberalisierungen wird ein weiterer rapider Verfall der Rohstoffpreise erwartet: "Kakao verliert um 4% und Kaffee gar um 6%." (ebd.) (vgl. auch Anm. 30)

(34) Die Europäische Energie-Charta ist ein deutlicher Ausdruck dieses imperialistischen Ausbeutungsinteresses.

(35) Strategiepapier vom damaligen Verteidigungsminister Stoltenberg, Januar 1992

(36) Die Zur Zeit wirksamen globalen ökonomischen Herschaftsstrukturen zerstören systematisch bestehende Selbstversorgungsstrukturen. So gingen z.B. 1993 in Brasilien nach Angaben von Bauernverbänden durch hohe Weizeneinfuhren 600.000 Arbeitsplätze verloren. 1986 ist Brasilien beim Weizen noch nahezu Selbstversorger gewesen. (taz, 21.4.94)

(37) Eine Aufhebung des Ausbeutungsverhältnisses zwischen den imperialistischen Machtzentren und den ausgebeuteten Weltregionen ist eine Voraussetzung für die Lösung der ökologischen Krise, jedoch keine hinreichende Bedingung. Auch innerhalb der Staaten in den ausgebeuteten Weltregionen gibt es ökonomische und politische Herrschaftsstrukturen, deren Nutznießer, die jeweiligen nationalen Eliten, ein materielles Interesse an rücksichtsloser Naturausbeutung haben können. Das Beispiel Malaysia zeigt, mit welcher Doppelzüngigkeit herrschende Politiker in den ausgebeuteten Weltregionen einerseits imperialistische Ausbeutungsverhältnisse anklagen können, andererseits aber innenpolitisch ihre ökonomischen Herrschaftsinteressen sozial und ökologisch rücksichtslos durchsetzen. Eine Abschaffung auch dieser Herrschaftsverhältnisse ist daher ebenso eine notwendige Voraussetzung zur Lösung der globalen ökologischen Krise. (Vgl. auch Anm. 26, ak 368)

(38) Der Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) und deren zunehmende Selbständigkeit, sowie der Aufbau eigenständiger europäischer Truppenverbände sind trotz aller anders lautender Erklärungen Ausdruck dieser militärischen Konkurrenzsituation.

(39) CDU-Dokumentation 7/1994, Grundsatzprogramm: Freiheit in Verantwortung, Beschluß des 5. Parteitages der CDU vom 23. Februar 1994 in Hamburg

(40) Europa von A-Z, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, S. 37/38

(41) Während die Propagandisten der ökosozialen Marktwirtschaft es als Beispiel der Möglichkeit ökosozialer Reform feiern, wenn Daimler-Benz bereit ist, Autositze aus nachwachsenden Rohstoffen herzustellen, zeigt sich die Beschränktheit dieses Konzeptes in der Tatsache, daß von solcherart ökologischer Reformierung das Interesse an einer fortgesetzten Rüstungsproduktion bei Daimler-Benz unberührt bleibt.

Quellen:

Endrukaitis-Tschudi, Weltwirtschaft und Entwicklung, hrsg. v. BUND, Bonn 1993

Hein, W., Hrsg., Umweltorientierte Entwicklungspolitik, Hamburg 1991

Jahrbuch Ökologie, hrsg. v. Beck-Verlag, 1992

Matthies, V., Hrsg., Kreuzzug oder Dialog, Bonn 1992

Sassin/Jäger/Jill, Das Klimaproblem zwischen Naturwissenschaft und Politik, hrsg. v. der KFA Jülich, 1988

Spiller, I., in: WEED, Hrsg., Grünhelme?, Bonn 1992

Tuckfeld/Müller, Kritik der Theorie eines ökologischen Kapitalismus, Mainz 1991

Weizsäcker, E.U. v., Erdpolitik, 1989

Abkürzungsverzeichnis:

BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; EU -Europäische Union; GATT - Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; GEF - Globaler Umweltfond; KFA -Kernforschungsanlage; KSZE - Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; NAFTA - Nordamerikanisches Freihandelsabkommen; OECD - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; UNCED - UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro; UNDP - Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen; UNEP - Umweltprogramm der Vereinten Nationen; UNHCR - Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen; WEED - Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.

22. 100 Jahre HEW. Im Dienste des Profits (aus "100 Jahre HEW - ein alternativer Bericht)

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:07

Der 100. Geburtstag der HEW legt den Versuch nahe, sich mit der Geschichte und Gegenwart des Unternehmens eingehender zu befassen. Während der zahlreichen Diskussionen, die wir in der Vorbereitung dieses Alternativen Geschäftsberichtes untereinander hatten, kamen wir immer wieder auf die Frage: Lassen sich Kontinuitäten in der Geschäftspolitik der HEW aufspüren, die sich wie ein roter Faden durch die nunmehr hundertjährige Stromproduktion der HEW ziehen?

Diese Fragestellung stellt einen hohen Anspruch, den wir bis heute nur teilweise einlösen können. Ein Grund dafür ist die Schwierigkeit, die Geschichte der HEW vom Kaiserreich und dem Ersten Weltkrieg, von der November-Revolution und der Weimarer Republik, vom Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg bis hinein in die Bundesrepublik zu rekonstruieren. Teilweise fehlt es an Material, teilweise fehlte es uns an Zeit.

Daher haben wir uns bei unserer Recherche auf die Zeit des Nationalsozialismus bis heute "beschränkt". Gerade der Versuch, die Geschichte der HEW im deutschen Faschismus aufzuspüren, hat dabei für uns überraschende, aber auch beklemmende Erkenntnisse erbracht. Erkenntnisse über die Verwicklungen der HEW mit dem Nazi-Staat, die in zwanzig Jahren Anti-AKW-Bewegung entweder nicht bekannt waren, - oder aber seitens der Anti-AKW-Bewegung bislang nicht zur Kenntnis genommen wurden. Heute jedoch, wo nicht nur von rechten und neofaschistischen Gruppen, Organisationen und Parteien gegen Ausländer und Flüchtlinge zur Hatz geblasen wird, wird es um so dringender, rassistische Strukturen auch in der Energiepolitik aufzudecken. Die Ursprünge der Anti-AKW-Bewegung sind auch mit einer fundamentalen Kritik gegen obrigkeitsstaatliches Denken und dem Atomstaat (Wyhl, Brokdorf) verbunden und mündeten im Prinzip der Basisdemokratie. Wir halten es für nötig, daß die Anti-AKW-Bewegung sich aus ihrer Tradition zu demokratiefeindlichen und tendenziell totalitären Politikkonzepten äußert.

In folgenden Aufsatz werden wir auf wesentliche Stationen der HEW-Geschäftspolitik eingehen. Im Dienste des Profits war die HEW an der Vernichtung von KZ-Häftlingen im Nationalsozialismus ebenso beteiligt, wie an dem Völkermord, der derzeit in den Uranabbaugebieten betrieben wird, um die Versorgung für die Atomreaktoren sicherzustellen. Eine dem Uranabbau vergleichbare Zerstörung von Natur und Lebensräumen der indigenen Völker wird möglicherweise durch ein Wasserstoff-Projekt, an dem die HEW beteiligt ist, auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Die HEW ist ein kapitalistisches Unternehmen. Der Zweck dieses Unternehmens ist der Profit, das Mittel ist die Stromproduktion. Die optimalen Verwertungsbedingungen zu erhalten bzw. zu schaffen, ist vorrangige Aufgabe für die Realisierung dieses Profits aus dem Stromgeschäft, wenn dieses Unternehmen "erfolgreich" sein will. Die wichtigste Frage dieses Unternehmens war und mußte daher sein: Welches politische Herrschaftssystem kann dieser Profitmaxime am meisten nützen? Theoretisch läßt sich schlußfolgern: Für ein ausschließlich am Profit orientiertes Unternehmen mußte am Ende der Weimarer Republik und den damaligen Klassenauseinandersetzungen zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterbewegung, wenige Jahre nach der erfolgreichen Oktoberrevolution in Rußland und zahlreichen revolutionären Erhebungen und Aufständen in Osteuropa ebenso wie in München (Räterepublik) und Hamburg die faschistische Rassenideologie extrem reizvoll sein. Die Nationalsozialisten tasteten die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nicht an, stellten aber den Klassenkämpfen eine rassistische, völkische Klassifizierung der Gesellschaft gegenüber. An die Stelle des Klassenkampfes sollte der "Rassenkampf" treten. Daß diese Ideologie auch mit Terror und Gewalt zur Macht gebracht werden mußte, störte die ökonomischen Herrschaftseliten nur wenig. Zur Neuordnung der kapitalistischen Herrschaft wurde der Rassismus zur Staatsdoktrin. Praktisch läßt sich diese Schlußfolgerung nicht mit Unterlagen über die HEW belegen. Sie erklärt aber die gute Zusammenarbeit zwischen HEW und faschistischen Machthabern.

Nach der Befreiung vom Faschismus und mit der Entstehung der BRD trat die "soziale Marktwirtschaft" als sozialökonomisches Modell und konstituierendes Merkmal neben die Einführung der parlamentarischen

Demokratie. An die Stelle des Klassenkampfes (Weimar) und des Rassenkampfes (Drittes Reich) trat nun die Sozialpartnerschaft. Die HEW benutzte diese Strukturen jeweils zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen. (...)

Von der Gründung

bis zur Nazidiktatur

Die HEW wurde 1894 als rein privatkapitalistisches Unternehmen gegründet. Sie hatte die Aufgabe, die Hamburger Stadtgebiete zu elektrifizieren. Von der Stadt Hamburg bekam sie gegen eine Produktionsabgabe und Gewinnbeteiligung die Konzession zur Elektrizitätsversorgung zugestanden. Dies war eine Entscheidung für den zentralisierten Aufbau der Stromversorgung gegen eine Vielzahl von privat betriebenen Blockanlagen. Denn diese kleinen Stromerzeuger durften die öffentlichen Wege nicht überqueren und blieben somit auf einzelne Wohnblocks und Firmen beschränkt.

Da jedoch die HEW anfangs auf die nachteilige Gleichstromtechnologie setzte, und die Preise zudem vertraglich fixiert waren, entwickelte sich Hamburg zu einem Hochpreisgebiet, aus dem die Industrie fernblieb. Vor diesem Hintergrund stieg der Senat 1914 mit einer 50%gen Beteiligung bei der HEW ein und erneuerte den Konzessionsvertrag. In diesem Jahr wurden erstmals die Preise nach Tarifkunden und Sonderabnehmern gestaffelt - eine Struktur, die sich bis heute aufrecht erhalten hat. Ziel war es, Industrie und Gewerbe durch niedrigere Strompreise nach Hamburg zu holen. In den zwanziger Jahren begann die HEW eine aggressive Expansionspolitik. Sie wollte bei der deutschen Elektrizitätswirtschaft ganz oben mitmischen. Da ihr Abnahmegebiet jedoch auf Hamburg begrenzt war, konnte sie keine weiteren Preissenkungen durch den Bau noch größerer Kraftwerksanlagen erzielen. Denn dafür fehlten ihr bis dato die Abnehmer. Also war die Expansion ins Umland angesagt, insbesondere in die umliegenden Städte und Gemeinden Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg. Dem Senat wurde diese Expansionspolitik als energiepolitischer Vorgriff auf einen einheitlichen Wirtschaftsraum Groß-Hamburg schmackhaft gemacht. Wäre erst einmal die Stromversorgung der unterelbischen Gebiete in der Hand der HEW, so könnte dem politisch die zentralisierte Verwaltung in Hamburger Hand folgen. Der Senat unterstützte fortan die HEW in diesen Bestrebungen.

Gelang es der HEW in den zwanziger Jahren, einige kleinere kommunale E-Werke zu übernehmen, so blieben doch die EWU (für Altona und Pinneberg) und die NWK (u.a. Harburg-Wilhelmsburg) die Konkurrenten, die die weitere Expansion der HEW blockierten. Erst die Nazis verhalfen der HEW hier zum Durchbruch. Unter ihnen beschleunigte sich die Übernahme kommunaler und stadteigener Anlagen.

Die HEW im Faschismus

Über die Reichsgruppe Energiewirtschaft arbeitete die HEW am Energiewirtschaftsgesetz mit, das 1935 erlassen wurde. Es diente vor allem der Absicherung der bis dahin entstandenen Gebietsmonopole der wenigen großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU). Es ließ Preis- und Gebietsabsprachen zu, ermöglichte die Enteignung kommunaler EVU und förderte die zentralisierte Großkraftwerkstechnologie im Verbundsystem ("Reichssammelschiene"). Dies sollte die energiepolitische Voraussetzung für die beschleunigte Wiederaufrüstung und spätere Kriegswirtschaft schaffen. Die Strommonopolisten sollten gewährleisten, daß immer ausreichend Strom für die Rüstungsindustrie bereitgestellt wird.

Die Nazis wollten Hamburg zur vorherrschenden regionalen Metropole machen. Sie setzten das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 durch. In Folge wurden Altona, Wandsbek, HarburgWilhelmsburg und weitere Gebiete einverleibt. Damit war verwirklicht worden, was die HEW schon 1921 als Zielvorstellung formuliert hatte. Die beiden Gesetze ermöglichten es der HEW, beschleunigt gemeinde- und stadteigene Kraftwerksanlagen sowie kommunale EVU zu übernehmen und ihr Monopol auszuweiten. Denn ihr Stromversorgungsgebiet wuchs von 415 auf 747 qkm. Hamburgs Bevölkerung wuchs um eine halbe Million auf knapp 1,7 Mio. Menschen. Die Übernahme kleinerer EVU geschah im engen Zusammenspiel mit den faschistischen Machthabern. Die Zentralisierung der Stromversorgung von Groß-Hamburg bei der HEW verschaffte ihren Expansionsplänen Geltung. Die Faschisten versprachen sich davon eine direkte Steuerbarkeit der Stromversorgung über die HEW. Der größte noch verbliebene regionale Konkurrent der HEW, die Altonaer EWU, wurde dann schließlich 1940 aufgekauft. Die letzte große unabhängige Blockanlage in der Stadt war bereits 1938 stillgelegt worden. Damit wurde Groß-Hamburg strompolitisch von der HEW beherrscht, und sie hatte ihre Position im monopolistischen Reichskartell der großen EVU gesichert. Zugleich

siedelten sich im Stadtgebiet massiv Rüstungsindustrien an (Metall- und Mineralölverarbeitung, Ausweitung der Werftenindustrie), die den Stromabsatz der HEW in die Höhe schnellen ließen. (...)

1938 wurde mit den Planungen für ein Großkraftwerk mit 140 MW Leistung begonnen. Als Standort wurde Alt-Garge bei Bleckede ausgewählt. Das Kraftwerk wurde bis Kriegsende nicht mehr fertig, wesentliche Bauarbeiten waren aber bereits ausgeführt.

Kontinuitäten

So konnte die HEW nach dem Krieg bruchlos da weitermachen, wo sie unter den Nazis aufgehört hatte. Weder wurden die Aktionäre der HEW enteignet (50% der Aktien gehörten der Stadt, die anderen 50% überwiegend Kleinaktionären) noch das halb fertiggestellte Kraftwerk in Alt-Garge konfisziert. Alt-Garge wurde nach dem Krieg weitergebaut und 1946 in Betrieb genommen. Es leistete den Hauptanteil an der Grundlastversorgung Hamburgs bis Ende der 50er Jahre und sicherte so die ökonomische Existenz der durch den Krieg angeschlagenen HEW. Verstaatlichungsversuche seitens der britischen Ordnungsmacht und des Hamburger Senats konnten vom Vorstand und Kleinaktionären abgewehrt werden.

Bemerkenswert auch die personellen Kontinuitäten in Vorstand und Aufsichtsrat der HEW. Laut HEW-Selbstdarstellung ("Stadt am Strom", S. 94) wurde das Unternehmen wie andere auch von den Nazis "gleichgeschaltet". Über die konkreten Umstände schweigt sich die Selbstdarstellung aus. Es wurden zwar die politischen Vertreter und die Betriebsratsmitarbeiter 1933 aus dem Aufsichtsrat entfernt, viele Industrievertreter blieben jedoch auf ihren Posten. Auch der Vorstand machte nach dem Machtantritt der Nazis weiter, lediglich der Vorsitzende Dr. Albert Bannwarth ging in den Ruhestand und wurde Aufsichtsratsmitglied. Offensichtlich gab es für die Faschisten bei den Vertretern der Industrie und bei der HEW-Spitze nichts mehr "gleichzuschalten". Um so verwunderlicher dann, daß nach 1945 zwar erneut die politischen Vertreter im Aufsichtsrat ausgewechselt wurden, die Vertreter der Firmen Commerzbank, Nottebohm und Donner aber bleiben konnten. Und Dr. Bannwarth, der 12 Jahre lang dem Aufsichtsrat der "gleichgeschalteten" HEW angehört hatte, wurde wieder zum Vorstandsvorsitzenden berufen! Hier wird auf personeller Ebene verständlich, warum es nach 1945 keinen Bruch bei der HEW mit ihrer bisherigen Expansionspolitik gegeben hat, und insbesondere der Einsatz von KZ-Häftlingen in Alt-Garge (siehe im Anschluß) jahrzehntelang unerwähnt blieb. Immerhin mußten aber zwei Vorstandsmitglieder auf Anweisung der britischen Militärregierung ausscheiden.

Es gibt noch andere Kontinuitäten. Auch die Kundenzentren der HEW haben ihren Ursprung im Faschismus. 1933 entstand die "Elektro-Gemeinschaft Hamburg", ein Zusammenschluß von Elektro-Installateuren, dem Fachhandel und der HEW. Sie sollte die Kunden mit elektrischen Geräten versorgen, vor allem aber mit Rundfunkgeräten. Daran hatte der nationalsozialistische Propagandaapparat ein besonderes Interesse. In diesem Zusammenhang wurde 1934 beim Verwaltungsgebäude der HEW die "Elektroschau" eingerichtet, die wohl als das erste HEW-Kundenzentrum gelten kann. Diese "Elektroschau" wurde 1947 wiedereröffnet und dient seitdem der konsequenten Förderung des Stromabsatzes in Haushalten.

HEW und Zwangsarbeiter

Die HEW baute im Nationalsozialismus nicht nur ihre wirtschaftliche Machtstellung aus. Auch um die nationalsozialistische Wirtschafts- und Kriegspolitik machte sich die HEW verdient und erhielt dafür die Auszeichnung als nationalsozialistischer Musterbetrieb. Im Zusammenhang mit den faschistischen Kriegsvorbereitungen begann die HEW 1938/39 mit der Planung eines Kohlekraftwerks. Als Standort wählte sie in Erwartung des bevorstehenden Krieges Alt-Garge gegenüber von Lauenburg. Dort sollte das Kraftwerk direkt an die Elbe in den Hang gebaut werden. Dies erforderte aufwendige Vorarbeiten.

Mit den Bauarbeiten wurde im Jahr 1941 begonnen. Da aufgrund des Krieges Arbeitskräftemangel bestand, wurden für die erforderlichen Vorarbeiten (Erdarbeiten, Gleisbauarbeiten) Kriegsgefangene eingesetzt.

In Alt-Garge wurde von der Wehrmacht ein Lager für etwa 1000 kroatische, serbische und slowenische Kriegsgefangene (Lager A) eingerichtet. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene stellten somit die ersten Kolonnen für die Planierungsarbeiten und den Aufbau des neuen HEWWerks. Über ihr Schicksal ist bis heute fast nichts bekannt. Das "Kroatenlager" ist spätestens im Frühjahr oder Sommer 1944 aufgelöst worden.

Im August 1944 wurde ein zweites Lager, das "Lager B", als Außenkommando des KZ Neuengamme eröffnet. Am 25. August 1944 kam ein erster Transport mit 500 polnischen Widerstandskämpfern an, die am Warschauer Aufstand teilgenommen hatten. Unzureichend verpflegt und bekleidet, mußten sie schwerste körperliche Arbeiten leisten, wobei mindestens 50 Häftlinge durch Entkräftung, Mißhandlungen und Arbeitsunfälle ums Leben kamen. Ein Häftling berichtet über diese Mißhandlungen: "Dezember 1944 lag der Kamerad Majewicz nach einer Rippenfellentzündung mit starkem Fieber und Geschwüren im Revier. Eines Morgens wurde er von seiner Pritsche gejagt und - obschon es über seine Kräfte ging - an den Arbeitsplatz im Freien geschleppt. Da lag er bis zum Arbeitsschluß um 18 Uhr. Dann wurde er von seinen Kameraden wieder ins Lager und ins Revier transportiert." (s. John Hopp) Als Ersatz kamen Häftlinge verschiedener Nationalitäten, darunter etwa 20 norwegische und 70 dänische Widerstandskämpfer. (...)

Noch im Januar 1945 berichtete der "Werksbeauftrage Osthannover", Heinemann, an das Rüstungsministerium, daß "das SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt, Amtsgruppe D, (...) beabsichtigt, die etwa 350 in Osthannover eingesetzten Sträflinge zur anderweitigen Verwendung abzuziehen. Die HEW haben sofort schriftlich bei dieser Stelle Einspruch erhoben und gebeten, die Häftlinge bis zum 15.3.1945 im Einsatz zu lassen. Sie werden sich inzwischen bemühen, Polen oder Italiener als Ersatz zu bekommen. Ich bitte Sie, die Bemühungen der HEW dadurch zu unterstützen, daß Sie sich mit dem zuständigen Herrn der Amtsgruppe D, Standartenführer Maurer, in Verbindung setzen und Verlängerung des Einsatzes befürworten."

Trotz derartiger Beweise für ihre direkte Verantwortung als Generalunternehmer hat die HEW bis heute Entschädigungsforderungen ehemaliger KZ-Häftlinge abgelehnt. 1985 hatte die HEW-Hauptverwaltung Post von einem ehemaligen KZ-Häftling erhalten, der in Alt-Garge für die HEW ausgebeutet worden war. Die HEW-Führung antwortete folgendermaßen: "Gewiß sind Sie mit uns der Meinung, daß Sie zu keiner Zeit bei unserem Unternehmen beschäftigt waren und auch kein Mitarbeiter unseres Unternehmens Ihnen Schaden zugefügt hat."

Tatsächlich befanden sich die KZ-Häftlinge in keinem "ordentlichen Arbeitsverhältnis" mit den sie ausbeutenden Firmen, weil das nazistische "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" sie aufgrund besonderer Zusatzerlasse in rassistischer Diskriminierungsabsicht von der "Betriebsgemeinschaft" ausschloß. Dieses Gesetz ist 1945 vom Alliierten Kontrollrat als typisch nazistisches Gesetz annulliert worden. Und auf diese nazirassistische Diskriminierung berief sich die HEW-Führung in ihrer Korrespondenz mit dem ehemaligen KZ-Häftling, ohne sie allerdings offen beim Namen zu nennen. Die HEW-Hauptverwaltung hat sich noch 1985/86 als eine Konzernspitze präsentiert, die bewußt und planvoll an ihrer Nazivergangenheit festhält. Bis zum Mai 1994 hatte die HEW ihre Auffassung nicht geändert. Am 25. Mai erhielt der HEW-Vorstand abermals Post aus Polen. Neun Überlebende aus Alt-Garge hatten die HEW schriftlich erneut zur Zahlung einer Entschädigung aufgefordert. Diesmal reagierte die HEW moderater. Gegenüber der Presse ließ sie verlautbaren, daß zunächst geprüft werden solle, ob die Überlebenden bereits aus Bundesmitteln Zahlungen erhalten haben. Sei dies nicht der Fall, so die HEW, werde eine Entschädigungszahlung wohlwollend geprüft. Angemerkt sei dazu nur soviel: Seit rund zwei Jahren besteht eine deutsch-polnische Stiftung, deren Aufgabe die Regelung von Entschädigungszahlungen in Polen ist. Die BRD hat dafür 500 Millionen DM eingezahlt. Dabei hat die Bundesregierung jedoch die Aufforderung des Bundestages, die deutsche Industrie zu einer zusätzlichen Finanzierung zu gewinnen, bisher ignoriert. (...)

In ihrer Jubiläumsschrift "Stadt am Strom" geht die HEW immerhin etwas auf den Zwangsarbeitereinsatz in Alt-Garge ein. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, daß die Veröffentlichungen von John Hopp und Grit Petersen (siehe Quellen) kaum zu ignorieren waren. Zwar ist es zu begrüßen, daß die HEW nicht länger diesen Teil ihrer Geschichte totschweigt. Dennoch: Die Entschädigungsforderungen, die 1985/86 an die HEW gerichtet wurden, bleiben völlig unerwähnt.

Darüber hinaus liegen weitere Verdachtsmomente vor, die eine noch weitergehende Verstrickung der HEW in die Ausbeutung von Zwangsarbeitern erkennbar werden läßt. Ralph Giordano erwähnt in seinem Roman "Die Bertinis" an mehreren Stellen die HEW, in einer Konkretheit, die den Verdacht nahelegt, daß die historischen Fakten zutreffend sein könnten: So wird berichtet, wie die HEW einen Mitarbeiter entlassen hat, der in einer jüdischen Mischehe lebte. Dienstverpflichtete Männer aus jüdischen Mischehen wurden auf dem HEW-Kraftwerksgelände in Neuhof zu Zwangsarbeitseinsätzen herangezogen. Ebenfalls in Neuhof sind auf HEW-Gelände polnische Zwangsarbeiter eingesetzt worden, die zuvor wie die Gefangenen in Alt-Garge am

Warschauer Aufstand teilgenommen hatten. Auch Roma und Cinti, so berichtet Giordano in seinem Buch, sind auf dem HEW-Gelände in Neuhof eingesetzt worden. (...)

Es wird Sache der Faschismusforschung in Hamburg sein, diese Hinweise zu untersuchen und aufzuklären, ob sie den Tatsachen entsprechen oder nicht. Soweit es uns möglich sein wird, werden wir versuchen, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Die HEW haben den Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik weitgehend unbeschadet überstanden. Ihre im Dritten Reich erlangte wirtschaftliche Stellung in Norddeutschland blieb auch durch die Alliierten unangetastet. Fortgesetzt hat sie später auch ihre menschenvernichtende Politik. Damit meinen wir vor allem den Uranabbau, der für den Betrieb der Atomkraftwerke erforderlich ist. Im Vorgriff auf spätere Kapitel zu Unterelbeindustrialisierung und Atomenergie zeigen wir in den folgenden Beiträgen auf, welch zerstörerische Folgen der Uranabbau hat, und daß der Bezug von Uran durchaus rassistische Merkmale aufweist.

Uranabbau

Laut einer Informationsbroschüre der HEW ist Uran ein billiger Rohstoff, von dem praktischerweise nicht allzu große Mengen gebraucht werden. So wird das Image der "sauberen Kernenergie" gewahrt. Wer mehr darüber wissen möchte, sollte besser nicht die HEW fragen. Denn die brachte es fertig, auf eine Anfrage in der Hamburger Bürgerschaft 1992 zu antworten, Gesundheitsgefahren durch Uranabbau wären ihnen nicht bekannt. Dabei haben unabhängige Wissenschaftler und Betroffene aus den Uranabbaugebieten seit Jahrzehnten die verheerenden Folgen des Uranabbaus in zahlreichen Veröffentlichungen dargestellt.

Uran kommt nirgendwo auf der Erde in reiner Form vor. Es ist immer in anderes Gestein eingebunden. Sobald an diesem Gestein gerührt wird, findet radioaktives Radongas - ein Zwischenprodukt in der langen Zerfallsreihe des Urans zu endlich nicht mehr strahlendem Blei - seinen Weg in die Atmosphäre und erhöht die Strahlenbelastung in der Umgebung. Besonders im Untertage-Bergbau sind die Bergleute hochgradig gefährdet, durch dieses Gas u.a. an Lungenkrebs zu erkranken.

Um an den brauchbaren, d.h. im Reaktor spaltbaren, Anteil Uran 235 heranzukommen, müssen riesige Mengen Erz abgebaut werden. Die HEW braucht für ihre beiden Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel ca. 44 t Uran im Jahr, was etwa 550 t Natururan entspricht. Für diese gering erscheinende Menge müssen - je nach Urangehalt - 30.000 bis 1.200.000 t Erz abgebaut werden.

Und der nicht verwertbare Abraum strahlt. Etwa 85% der Radioaktivität bleiben in ihm zurück. In der zerstörten Landschaft der Uranabbaugebiete liegen Berge aus strahlendem Abraum und große Seen mit flüssigen strahlenden und chemisch giftigen Rückständen aus der Erzverarbeitung. Anders als alle anderen Bergbauhinterlassenschaften, die man in der Regel nach 100 bis 200 Jahren vergessen kann, weil sie vollständig renaturiert sind, stellen diese strahlenden Abfälle für unvorstellbar lange Zeit eine riesige Gefahr für die Umwelt dar. Radioaktiver Staub und Radongas werden durch den Wind weiträumig verteilt. Durch Auswaschungen bei Regen oder Überschwemmungen werden Böden, Grund- und Oberflächenwasser kontaminiert und die gefährlichen Stoffe gelangen unweigerlich in die Nahrungskette. Auch große Unfälle, wie Dammbrüche bei den künstlichen Schlammseen, kommen immer wieder vor.

Drei Viertel des Uranerzes werden in Regionen der Welt abgebaut, in denen indigene Völker (Ureinwohner, in Nordamerika nennen sie sich selbst native americans) leben, für die eine intakte Umwelt absolut lebensnotwendig ist. Sie profitieren in der Regel nicht vom großen Geschäft mit dem Uran, sondern sind die ersten, die unter den fatalen Folgen des Uranabbaus zu leiden haben. Ihr Trinkwasser wird verseucht, Wild, Fische und Pflanzen gehen zugrunde, Krebs und andere strahlenbedingte Krankheiten, Fehl- und Totgeburten sowie Behinderungen nehmen zu, bei Mensch und Tier.

Interessanterweise gibt es bei nahezu allen indigenen Völkern, auf deren Territorien Uran vorkommt, sei es nun in Australien, Kanada, den USA, Südafrika oder Peru, Überlieferungen, die die Uranerzlagerstätten mit Tabus belegen, die Tod und Vernichtung voraussagen, wenn gerade dort in der Erde gegraben wird. (...)

Die HEW baut selber kein Uran ab und ist auch nicht direkt an den Minen beteiligt, sie kauft es nur ein. Aus diesem Grund behauptet sie stets, für die Folgen des Uranabbaus nicht zuständig zu sein. Die HEW erzeugt

ihren Strom größtenteils aus Uran. Deswegen muß die Frage nach den Auswirkungen ihrer Produktionsweise gestellt werden.

Die HEW bezieht ihr Uran aus mehreren Ländern (Bü.-Drucksache 14/2527, Zahlen für 1991): Kanada: 2094 t; afrikanische Länder: 1763 t; Australien: 835 t; USA: 63 t.

Das Uran aus Kanada bezieht die HEW von der CAMECO (Canadian Mining and Energy Corporation), die u.a. die Mine Key Lake betreibt, die zu 98% auf indigenem Land liegt (Cree/Dene).

Uranabbau gefährdet das Überleben von Menschen, Tieren und der gesamten Natur egal wo er stattfindet. Da die HEW den größten Teil des Urans für ihre Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel aus Kanada bezieht, soll im folgenden der Uranabbau im Norden der kanadischen Provinz Saskatchewan als Beispiel herangezogen werden:

Kanada nennt sich einen demokratischen Staat, von dem erwartet werden könnte, daß er die Rechte seiner Minderheiten achtet und deren Leben schützt. Die Realität, nicht nur in den Uranabbaugebieten, sieht jedoch anders aus.

Nordsaskatchewan ist eines der uranreichsten Gebiete der Erde. Zahlreiche Uranminen und Uranverarbeitungsbetriebe haben seit Anfang der 50er Jahre irreparable Umweltschäden in der waldreichen Fluß- und Seenlandschaft angerichtet, in der die Gewässer untereinander in Verbindung stehen. Wie ein Flickenteppich ist das Land übersät mit vom Uranabbau verseuchten Gegenden, die von der kanadischen Regierung als "Opfergebiete" bezeichnet werden, um die Tatsache zu unterstreichen, daß sie auf Jahrtausende nicht mehr für menschliche Nutzung zu gebrauchen sind.

Die Region ist dünn besiedelt. Zwei Drittel der Bewohner sind indigener Abstammung. Ihre Lebensumstände sind für kanadische Verhältnisse sehr schlecht. Die Menschen leben in großer Armut, die Lebenserwartung ist niedriger als im übrigen Kanada, die Arbeitslosigkeit beträgt 90%. Die Uranfirmen versprachen Arbeit und Wohlstand. Tatsächlich wurden aber nur sehr wenige Bewohner des Nordens beschäftigt. Die Firmen brachten eigenes Personal aus den Süden mit. Die Bewohner des Nordens kamen noch nicht einmal in den Genuß von Verkehrswegen. Im Norden der Provinz führen alle Straßen zu den Uranminen, nicht zu menschlichen Ansiedlungen.

Als Mitte der achtziger Jahre am Wollaston See, ein autonomes Reservatsgebiet der Chipewyans, neue Uranminen in Betrieb gehen sollten, bekamen die Betreiber zum ersten Mal geschlossenen Widerstand zu spüren. Die native americans wußten aus Erfahrung mit der benachbarten Rabbit-Lake-Mine, daß die Minen den See, ihre Trinkwasser- und Nahrungsquelle, vergiften würden und ihr Überleben dann nicht mehr möglich wäre. Die Projekte wurden mit Gewalt gegen den Willen der Anwohner durchgesetzt. Als Rechtsgrundlage diente der Regierung ein 90 Jahre alter Vertrag (Treaty No. 10), der ihr Bergbaurechte in den Reservaten einräumt, den native americans aber das Recht auf freie Nutzung ihre Landes, auf Jagd und Fischfang garantiert. Vergebens weisen die native americans bis heute darauf hin, daß diese Garantien mit dem Uranabbau nicht vereinbar sind. Zur Armut kommt jetzt die Not durch die Folgen des Uranabbaus. In vielen Gegenden gibt es überhaupt kein sauberes Trinkwasser mehr. Jagd und Fischfang sind kaum noch möglich, sei es wegen der Belastung der Tiere oder weil diese durch die Umweltvergiftung aussterben. Krebserkrankungen und angeborene Krankheiten bei Kindern kommen so häufig vor, daß es an die Situation im Umkreis von Tschernobyl oder in den Atomtestgebieten erinnert. (...)

Durch die Sorglosigkeit in den Anfangsjahren des Uranabbaus und die fehlende Aufklärung der Bevölkerung wurde Material von strahlenden Uranabraumhalden sogar als Baumaterial für Häuser, Straßen, Schulen und andere öffentliche Gebäude verwendet.

Es gibt zunehmenden Widerstand der Einwohner Saskatchewans gegen die Zerstörung ihres Landes. Zwölf weitere Minenprojekte sind dort geplant. Dank heftigen Protests der Einwohner und internationaler Kritik an dem Vorhaben kam es zum ersten Mal zu einer ernsthaften Prüfung dieser Pläne auf ihre Umweltverträglichkeit durch eine Kommission. Bislang sind so erst drei neue Uranminen genehmigt worden, und zwar mit so hohen Umweltauflagen, daß die Betreiberfirmen sich möglicherweise aus Kostengründen aus dem Vorhaben zurückziehen werden. Das Märchen vom billigen Atomstrom wird, wenn die Opfer nicht mehr stillhalten, endgültig unglaubwürdig.

Auf der UNO-Konferenz für nachhaltige Entwicklung wurde gerade wieder festgestellt, daß angesichts der riesigen Umwelt- und sozialen Probleme der Welt auch von der Wirtschaft globales Denken und verantwortliches Handeln gefordert werden muß. Mit der Haltung der HEW, die sich für die Folgen ihrer Produktionsweise hinter ihrer Haustür nicht mehr zuständig fühlt, verträgt sich das sicherlich nicht.

Rassistische Strukturen hierzulande

Von den vorab geschilderten sozioökonomischen Auswirkungen des Uranabbaus in Kanada sind vorwiegend indigene Bevölkerungsgruppen betroffen. Die durch den Uranabbau bedingten Folgen entziehen den indigenen Völkern ihre Lebensgrundlage und führen in direkter Folge zu einem Genozid (= Völkermord). Aus dieser Tatsache lassen sich Parallelen ableiten, die die Unternehmenstrategie der HEW betreffen. Zur Zeit des Faschismus hatte die HEW unter Zuhilfenahme des unfreiwilligen Arbeitseinsatzes von KZ-Häftlingen ihr Energieunternehmen ausgebaut. Heute sind es indigene Völker, auf deren Kosten die HEW ihre derzeitige Energiepolitik aufrechterhalten kann. Durch den Kauf des Urans von Händlern und Produzenten ist die HEW mittelbar beteiligt an den Folgen des Uranabbaus. (...)

Der größte Teil der indigenen Bevölkerung Kanadas spricht sich gegen den Uranabbau auf ihrem Land aus. Seit der Kolonisierung Kanadas durch europäische EinwanderInnen begann der Kampf der UreinwohnerInnen um ihre Landrechte. Das bedeutet bis heute, daß jeder Landanspruch und damit die Nutzung des Landes durch bundesstaatliche Reglementierungen beantwortet wird. Den UreinwohnerInnen Kanadas wird somit die Möglichkeit entzogen, über die wirtschaftliche Nutzung ihrer angestammten Territorien selbst zu entscheiden. Die bundesstaatlichen Behörden diktieren, wo, wann und wie auf indigenem Territorium Bodenschatzabbau betrieben werden kann und das beinhaltet in der Regel die Verletzung indigener (Land-)Rechte.

Bis heute erklären die UreinwohnerInnen, daß sie ihre Landrechte niemals abgetreten haben. Zum Teil existieren keine Gesetze, die eine Landabgabe geregelt hätten, noch ist jemals ein Preis vereinbart worden, um indigenes Land zu (ver)kaufen. Dennoch hat die kanadische Regierung Gesetze verabschiedet, in denen die Vergabe von indigenem Land an Weiße ermöglicht wurde. Ungeregelte indigene Landrechtsansprüche nehmen gemessen an der Landfläche Kanadas immerhin 40% ein. In diesen Fällen existieren keine Verträge, die eine Nutzung seitens der Uranindustrie rechtfertigen würden.

Im Frühjahr 1987 endete die Verfassungskonferenz, die das Recht der Eingeborenen Kanadas auf Autonomie innerhalb der Verfassung verankern sollte, ohne Erfolg. Die native americans Kanadas werden weiterhin in allen sozioökonomischen Belangen diskriminiert. Die Cree haben sich daher u.a. an die UN-Menschenrechtskommission gewandt, wo Kanada bereits mehrfach wegen Menschenrechtsverletzungen gegenüber indigenen Nationen kritisiert wurde.

Das Ignorieren der Forderungen der UreinwohnerInnen, den Uranabbau auf ihrem Land zu stoppen, kann solange fortgesetzt werden, wie es Abnehmer für Uran gibt. Alle Belange der Sicherung indigener Interessen der kanadischen Regierung zu überlassen, heißt die dortige Praxis zu unterstützen, die die UreinwohnerInnen einer permanenten radioaktiven Strahlung aussetzt. Die Nachfrage der HEW nach Uran beinhaltet somit die permanente Verletzung indigener Rechte. Mit der Verlagerung der Problematik des Uranabbaus nach Kanada glaubt die HEW in der Lage zu sein, die Verantwortung für die entstehenden Folgen von sich weisen zu können.

Würde das Uran für deutsche AKWs hier abgebaut, müßten die Betreiber für die Sicherung stillgelegter Bergwerke und die Rekultivierung (wenn überhaupt möglich) zerstörter Flächen aufkommen. Sie sparen diese Kosten durch die Methode des "Problem-Exports" zum Land indigener Völker, deren Rechte staatlicher Diskriminierung unterliegen. Deswegen ist das Uran aus den Gebieten indigener Völker auf dem Weltmarkt auch so "billig" zu haben. Daraus ergibt sich eine Verpflichtung der Nutznießer zur Wiedergutmachung. (...)

Wasserstoffimporte

Als einen weiteren Tätigkeitsbereich hat sich die HEW die Wasserstofftechnologie ausgeguckt. Bislang müssen regenerative Energien (Sonnen-, Wind- und Wasserenergie) in dem Moment genutzt werden, in dem sie erzeugt werden. Wasserstoff könnte sich als Speicher- und Transportmedium für regenerative Energien eignen. Technisch gesehen funktioniert das so: Wasser wird mittels Elektrolyse in Wasserstoff und Sauerstoff getrennt. Der so gewonnene Wasserstoff wird zum Verwendungsort transportiert und dort bis zur Verwendung

gelagert. In Gasturbinen oder in Brennstoffzellen kann er dann zur Stromerzeugung eingesetzt werden. Wie ökologisch diese Art von Stromlagerung ist, wird sich erst noch klären müssen. Zweifelhaft wird es dann, wenn zum Transport und zur Lagerung des Wasserstoffs giftige Chemikalien eingesetzt werden. Davon abgesehen ist jedoch das größte Problem, wo der Wasserstoff erzeugt wird. Denn die HEW denkt hier typischerweise in erster Linie nicht an die Windräder in Norddeutschland, sondern an Staudämme in Kanada.

Die HEW ist mit 20% an der GHW (Gesellschaft für Hochleistungselektrolyseure zur Wasserstofferzeugung) beteiligt (weitere Beteiligungen: Dasa 40%, Linde AG 40%), die in Hamburg Demonstrationsanlagen sowohl für die Wasserstofferzeugung als auch dessen Anwendung in Brennstoffzellen (Produktion von Strom und Wärme) planen. Parallel dazu ist die HEW zusammen mit 20 weiteren deutschen Firmen am kanadischen Euro-Quebec Hydro-Hydrogen Pilot Project beteiligt. Dort soll zunächst in einem 100-MW-Projekt die großtechnologische Anwendung von Wasserstoff - Erzeugung, Transport über den Ozean, Anwendung in Europa - erprobt werden. Sollte das Projekt erfolgreich sein und u.a. die HEW große Mengen Wasserstoff nachfragen (z.B. weil sie damit später die AKW ersetzen will), dann soll in der James Bay in Quebec ein Riesen-Staudammkraftwerk mit einem Flächenbedarf von 4485 qkm gebaut werden. Das hätte den Ethnozid (Aussterben eines Volkes durch die Zerschlagung der kulturellen und sozialen Strukturen) der dort lebenden indigenen Völker und ökologische Katastrophen zur Folge. Denn das betroffene Gebiet ist der am dichtesten besiedelte Lebensraum der Cree und der Inuit, die dort traditionell vom Jagen, Fallenstellen und Fischen leben. Ihnen wäre mit einem Schlag ihre Lebensgrundlage entzogen, eine Umsiedlung hätte eine Auflösung ihrer sozialen Strukturen zur Folge. Ökologisch gesehen würde u.a. der Treibhauseffekt verstärkt, denn die unter Wasser gesetzten Waldgebiete setzen Methan und CO2 frei. Das Aufstauen der Wassermassen würde die Flußläufe verändern und nachhaltig in die Tierwelt eingreifen. Nistplätze und übliche Wanderrouten würden zerstört und dadurch viele einheimische Tiere vernichtet.

Dies alles macht deutlich, daß dieser scheinbar umweltfreundliche Energieträger wiederum verheerende Wirkungen in seiner Herstellung zeitigt und in seiner Struktur (HEW kauft auf dem Weltmarkt Energieträger ein und kümmert sich nicht um die Herstellungsbedingungen) dem Uranabbau sehr ähnlich ist. Gerade jetzt werden aber die Voraussetzungen geschaffen, um tatsächlich in den nächsten Jahrzehnten massenhaft in die Wasserstofftechnologie - und damit in den Bau von Mega-Staudämmen - einzusteigen.

Rassismus in der Chefetage

Die dargelegten Etappen aus der Geschichte der HEW ergeben aus unserer Sicht durchaus einen Zusammenhang. Dabei ist einerseits das Profitinteresse eines der mächtigsten norddeutschen Konzerne ausschlaggebend. Doch das allein würde nicht ausreichen, um das Engagement der HEW zwischen Zwangsarbeit im Faschismus und dem Umgang damit heute, sowie die Beteiligung am Völkermord gegen die indigenen Völker, wie am Beispiel Kanadas gezeigt, hinreichend zu erklären.

Der Rassismus der Eroberer und Kolonialisten des nordamerikanischen Kontinents hat dazu geführt, daß die indigenen Nationen weitgehend ausgerottet wurden. Die letzten Überlebenden wurden in Reservate auf für die weißen Siedler totes Land gesperrt. Doch selbst dieses "Tote Land" bot für die indigenen Nationen keine Sicherheit. Die Geschichte der Vernichtung der indigenen Völker in Nordamerika nahm ihre Fortsetzung, nachdem die militärischen und später "zivilen" Segnungen des Urans entdeckt wurden. Denn genau dieses Uran fand sich in der Folge auf den Gebieten, in denen diese Nationen ihre letzten Zufluchtsstätten erhalten hatten. Das "Tote Land" bestand aus den größten und ergiebigsten Uranerzvorkommen.

"Das Uran muß in der Erde bleiben" ist eine der Forderungen der indigenen Völker, der wir uns angesichts der ökologischen, militärischen und "zivilen" Gefahrenpotentiale voll anschließen.

Allerdings ist für uns auch wichtig, die Motivationen solchen Handelns, an dem die HEW beteiligt ist, herauszustellen. Was treibt ein Unternehmen wie die HEW dazu, ihren Uranbedarf unter Beteiligung am Völkermord zu beschaffen und es in Atomkraftwerken einzusetzen, die im Falle eines jederzeit möglichen Super-GAUs den nordeuropäischen Kontinent unbewohnbar machen können?

Menschenverachtung, war unsere erste Antwort. Kapitalistisches Profitinteresse war die zweite Antwort. Doch bei genauerem Hinsehen waren uns diese Antworten nicht ausreichend.

Sämtliche Uranerzminen, die es in der Bundesrepublik gibt, sind in den vergangenen Jahren dichtgemacht worden. Bemerkenswert ist sicherlich die Tatsache, daß auch die Wismut-AG, ein Uranabbaugebiet, das jahrzehntelang zu fast einem Drittel an der realsozialistischen Uranproduktion beteiligt war, umgehend geschlossen wurde, nachdem die DDR aufgehört hatte zu existieren. Entscheidend waren dafür aber nicht so sehr wirtschaftliche Überlegungen, sondern vor allem ökologische. Denn die Umweltbelastungen und Altlasten, ebenso wie die gesundheitlichen Risiken, waren derart gravierend, daß der Weiterbetrieb dieser Abbaustätten zu schweren politischen Auseinandersetzungen geführt hätte.

Nun gibt es keinerlei Grund anzunehmen, daß die Belastungen und Folgen des Uranabaus in Kanada (oder Australien, USA ...) nicht zumindest vergleichbar wären. Doch offenbar ist es ein Unterschied, ob man Mitteleuropäern derartige Belastungen zumutet oder aber "irgendwelchen unzivilisierten Indianern". Wir sehen in der Geschäftspraxis der HEW daher nicht nur ein "normales" kapitalistisches Interesse sondern auch ein rassistisches Verhalten.

Um es verständlicher zu machen: Der Uranabbau in Kanada führt zum Völkermord an den indigenen Nationen, denn deren Kultur und Existenz ist angesichts deren Wertevorstellungen, deren Religion und Verbundenheit zu ihrer Heimat akut bedroht. Da sterben nicht nur Menschen, sondern Völker, die mit ihrer Tradition und Geschichte, mit ihrer Religion und Gegenwart einzigartig und von "unseren" westlichen Traditionen und Wertvorstellungen gänzlich zu unterscheiden sind.

Dieser Unterschied ist gemeint, wenn wir der HEW rassistische Geschäftspraktiken vorwerfen, die sie mit dem Einkauf von Uran von Regierungen betreibt, die ihrerseits Uranabbau auf Kosten der indigenen Völker betreiben. Zwar sind wir der Meinung, daß das Uran in der Erde bleiben soll, nicht nur in Kanada, sondern überall. Aber: Wenn die HEW ihre AKWs weiter betreiben will, was wir entschieden bekämpfen werden, dann soll sie das dafür notwendige Uran dort besorgen, wo Völkermord ausgeschlossen werden kann, und die dabei entstehenden Konflikte mit den dort lebenden Menschen lösen. Damit wäre dann Uranabbau auch nicht zu akzeptieren. Aber die HEW müßte die Auseinandersetzung mit einer Bevölkerung eingehen, die nicht zusätzlich rassistisch diskriminiert wird und als Verbraucher von Atomstrom dann auch mit dessen negativen Folgen konfrontiert wird.

Die Verweigerung der Verantwortungsübernahme für das eigene Handeln kennen wir aus dem Nationalsozialismus und der beschämenden Umgehensweise der HEW mit ihrer eigenen Vergangenheit. Noch vor wenigen Jahren lehnte die HEW das Ansinnen eines ehemaligen polnischen Zwangsarbeiters ab, der für seine erzwungene Arbeit beim Bau des HEW-Kraftwerks in Alt-Garge entschädigt werden wollte. Die Begründung dieser Ablehnung macht deutlich, wie lebendig die nazistische Vergangenheit noch heute ist. Ohne sie beim Namen zu nennen, lehnte die HEW eine Entschädigungszahlung ab, indem sie die nationalsozialistische Gesetzgebung heranzog, nach der der ehemalige Zwangsarbeiter nicht bei der HEW angestellt war. Nach dem Motto, was damals Recht war, muß auch heute rechtens sein, bestätigtet die HEW, daß moralische oder völkerrechtliche Kategorien dann keine Rolle spielen, wenn es der eigenen Geschäftspolitik nützt.

Wer sich wie die HEW auf faschistisches Recht auch nur indirekt positiv bezieht, der muß sich vorwerfen lassen, ein bestenfalls funktionelles Verhältnis zu diesem durch und durch rassistischen Rechtssystem zu haben. Eine demokratische, moralische und antifaschistische Wertestruktur hätte ein deutlich anderes Vorgehen der HEW als Reaktion auf das Ansinnen des ehemaligen Zwangsarbeiters aus Polen erwarten lassen müssen.

Das kapitalistische Verwertungsinteresse der HEW hat zur Folge, daß sich dieses Unternehmen opportunistisch in die jeweiligen Herrschaftssysteme, die diese Eigentumsverhältnisse respektierten, eingeordnet hat. Dort, wo sich diese Eigentumsverhältnisse nur über eine völkische, rassistische Politik erhalten ließen, hat die HEW sich diesem System eingepaßt, es unterstützt und zu ihrem ökonomischen Vorteil benutzt. Moralische oder ethische Skrupel hat die HEW offenbar nicht geplagt.

Der Rassismus der Nationalsozialisten, der Ausgangspunkt für die Vernichtung der "Ostarbeiter" in Konzentrationslagern und Zwangsarbeitseinsätzen war, ist keineswegs verschwunden. Elemente einer rassistischen Wirtschaftspolitik lassen sich in den Wirtschaftsbeziehungen der HEW am Beispiel des

Uranabbaus ebenso wie bei den Planungen für den großindustriellen Einsatz von Wasserstoff als Energieträger erkennen.

Nur daß dies heutzutage - im Gegensatz zur Zeit des Faschismus - scheinbar hinter den stummen Zwängen des Weltmarktes verschwindet. Das marktwirtschaftliche System kennt keine moralische oder ethische Verantwortung. Der Käufer gibt vor, nicht für die Entstehung des Produkts verantwortlich zu sein. Wegen der Maxime der Profitproduktion kennt die HEW keine übergeordneten menschlichen Kriterien. Das Grundproblem bleibt das kapitalistische System, das die Erdkugel nach Verwertbarem abgrast - mit der Folge der Zerstörung von Mensch und Natur. Das Problem mit der HEW ist deren Profitorientierung, die sie veranlaßt(e), sowohl in faschistischen Strukturen zu arbeiten als auch Energieträger unter Ausnutzung rassistischer Strukturen einzukaufen.

Wohlgemerkt: Die Dimension eines faschistischen Deutschlands, unter denen die HEW rassistische Politik betrieben und unterstützt habt, soll keineswegs mit der heutigen Praxis beim Uranabbau gleichgestellt werden. Die HEW ist heute kein faschistisches Unternehmen und wir können auch nicht erkennen, daß die HEW in irgendeiner Form an der Herstellung ähnlicher Verhältnisse interessiert wäre.

Allerdings: Nicht erst wenn man sich die heutige Rechtsverschiebung innerhalb der BRD ansieht, die mit der Entstehung neofaschistischer Organisationen einhergeht, muß der Finger auf jeden Ansatz von rassistischen Handlungsmustern gelegt werden. Eine im Kern rassistische Wirtschaftspolitik, wie sie sich heute in den Urangeschäften der HEW zeigt, muß als solche kritisiert werden, und es ist Aufgabe sämtlicher demokratischer Kräfte in diesem Land, daß derartige Geschäfte sofort gestoppt werden. Wer rassistische Geschäftspraktiken heute duldet oder verharmlost, der geht nicht nur leichtfertig mit der deutschen Geschichte um. Der hilft möglicherweise auch, daß sich in Zukunft ähnliche Dinge wie im Dritten Reich in anderer Form wiederholen könnten. Noch sind es die indigenen Nationen in Kanada, die die Folgen einer rassistischen Wirtschaftspolitik zu spüren bekommen. Doch das kann sich jederzeit ändern und nach innen umschlagen.

Der Artikel wurde redaktionell gekürzt. Die ungekürzte Ausgabe findet sich in der Broschüre "100 Jahre HEW - ein alternativer Bericht" herausgegeben von: Aktionskreis Stillegen (AS), Brunsbüttel; Anti-Atom-Büro/Gewaltfreies Aktionsbündnis (AAB/GAB), Hamburg; BI Umweltschutz, Geesthacht; BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg; Eltern für unbelastete Nahrung (EfuN), Kiel; Energiewendekomitee (EWK), Hamburg; Landesverband BIs Umweltschutz Niedersachsen (LBU), Hannover; Robin Wood; Tschernobyl-Gruppe Hamm/Horn, Hamburg.

Zum Weiterlesen:

Quellen zum Faschismus:

* Beimel/Grobeker/Verg Stadt am Strom. 100 Jahre Strom und Fernwärme für Hamburg, HEW, Hamburg 1994

* Eckhardt/Meinerzhagen/Jochimsen Die Stromdiktatur. Hamburg 1985, Rasch und Röhring Verlag

* Ralph Giordano Die Bertinis, Fischer Taschenbuch, November 1988

* Hennicke/Johnson/Kohler/Seifried Die Energiewende ist möglich. Frankfurt am Main 1985

* John Hopp Die Hölle in der Idylle, Das Außenlager Alt-Garge des Konzentrationslagers Neuengamme, 2. Auflage, zu beziehen beim Autor, Postfach 1338, 21413 Winsen/Luhe (die 1. Auflage wurde von John Hopp und Grit Petersen veröffentlicht)

* Karl Heinz Roth Die HEW - ein Nazikonzern. Arbeiterkampf Nr. 320 v. 25.6.90 - HEW-Jahresberichte 1931 bis 1946

Quellen zum Uranabbau:

* BUND/Gesellschaft für bedrohte Völker Das Uran muß in der Erde bleiben, Informationsmappe 1988

* Bürgerschafts-Drucksache 14/2527 Schriftliche kleine Anfrage des Abgeordneten Holger Matthews (Grüne/GAL) an die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg vom 21.9.1992

* Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.), Pogrom: Der lange Weg zur Selbstbestimmung, Nr. 140, 19. Jahrgang, Göttingen 1988

* Miles Goldstick Voices from Wollaston Lake, verlegt von Earth Embassy und WISE 1987

* Gert Hensel Strahlende Opfer, Ökozid extra, Focus-Verlag Gießen 1987

* Holger Schuhmacher, u.a. Das Uran und die Hüter der Erde, Quell Verlag Stuttgart 1990

* WISE Environmental racism und nuclear development, aus WISE News Communique Nr. 387 (3/93)

* WISE Canada, Credibility Environmental rewind process damaged, aus WISE News Communique Nr. 407 (Feb. 94)

Quellen zu Wasserstoff:

* Jürgen Deppe Quebecs Flüsse unter Strom. die tageszeitung, 17.12.92

* R. Domnick Rede auf der HEW-Aktionärsversammlung am 8.7.93

* GHW (Hrsg.), Wasserstoff - Energieträger für eine saubere Zukunft

* HEW Geschäftsbericht 1992

23. Stoppt den Castor (Demonstration in Gorleben)

Autor: at. · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:36

Seit Wochen steht ein Castor-Behälter beladen mit abgebrannten Brennelementen abfahrbereit auf einem Bahnwaggon auf dem Gelände des baden-württembergischen AKW Philippsburg. Die Einlagerung des hochradioaktiven Atom-Mülls war ursprünglich für den 11. Juli 1994 in Gorleben geplant.

Daraus wurde aber nichts. Unter dem Motto "Den Castor stoppen, bevor er losfährt" wurde rund um Gorleben auf vielfältigste Weise Widerstand geleistet. Tausende gingen auf die Straße und erklärten "Wenn der Castor kommt stellen wir uns quer!" Zur Vorbereitung des "Tag X" errichteten die AKW-GegnerInnen das Hüttendorf "Castornix", bauten Barrikaden und buddelten Gräben. Die Hüttendorf-BewohnerInnen wurden geräumt, waren aber wenige Tage später wieder da. Ortsschilder wurden geschwärzt, wiederholt wurden auf der Atomtransportstrecke Bahnschwellen durchsägt. Die Feuerwehr mußte eine Straße, die mit einer Mischung von Gülle und Seifenlauge geschmiert wurde, säubern. Landwirte blockierten mit Traktoren die Zufahrtswege zum Atom-Müllager.

Schließlich mußte die niedersächsische Polizei zugeben, daß sie für den Transport während der Schulferien die Sicherheit nicht gewährleisten kann: Zu wenig Personal - zuviele entschlossene DemonstrantInnen. Ein Riesenerfolg für den Widerstand gegen das Atommüll-Lager Gorleben. Doch Innenminister Glogowski (SPD) hat angekündigt den Castor-Transport nach den Schulferien, d.h. Anfang September, erneut auf den Weg zu schicken.

Daß die Castor-Halle seit Erteilung der Betriebsgenehmigung im September 1983 leer steht, ist dem beharrlichen Widerstand zu verdanken. Fünfmal hatten in den letzten elf Jahren Proteste der UmweltschützerInnen Atomtransporte nach Gorleben verhindert.

Oberirdisches Endlager

Der Castor aus Philippsburg ist nur die Spitze des Eisberges. Im Herbst soll nach bisherigen Angaben ein weiterer Castor aus dem AKW Biblis folgen. Und die hochradioaktiven Abfälle aus den Wiederaufbereitungsanlagen im französischen La Hague und dem britischen Sellafield sollen ebenfalls in Gorleben gestapelt werden. Insgesamt werden bis zum Jahr 2003 rund 2.800 Behälter aus La Hague und weitere 650 Gebinde aus Sellafield von der BRD zurückgenommen werden. Sie sollen in Gorleben und Ahaus kompakt gelagert werden, mangels Endlager eben oberirdisch und dauerhaft, auch wenn Töpfer dies offiziell noch energisch bestreitet.

Der Atommüll soll in der filterlosen, luftgekühlten Leichtbauhalle gelagert werden; die eher einer modernen Kartoffelscheune ähnelt als einem scheinbar sicheren Atommüll-Lager, so die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Daneben soll Gorleben zum Atommüll-Zentrum der Republik werden. Im Salzstock soll der hochradioaktive Müll irgendwann im nächsten Jahrtausend endgelagert werden. Der heiße Müll soll in der Pilotkonditionierungsanlage, die frühestens 1996 in Betrieb gehen kann, ausgepackt, zerteilt und neu verpackt werden.

In das Faßlager rollen seit 1984 Transporte mit schwachradioaktiven Atommüll.

Von Castornix zu Atomnix

Derzeit wird der täglich anfallende Atommüll in den immer voller werdenden Lagern der Atomreaktoren gelagert oder zu den Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) transportiert, in denen aber weiterer Atommüll entsteht. Es gibt weltweit kein funktionierendes Endlager für hochaktiven Müll und auch kein schlüssiges Konzept, wie radioaktive Stoffe langfristig von der Biosphäre abgehalten werden können. Die in Gorleben, wie auch in Ahaus und Greifswald, geplante "Zwischenlagerung" dient lediglich der Verschleierung des Atommüll-Desasters und der Verschiebung des unlösbaren Problems auf die nächsten Generationen. Es geht also nicht nur um diesen einen Castor-Transport.

Es gibt nur einen einzigen Weg das Atommüll-Problem nicht weiter zu verschärfen: Die sofortige Stillegung aller Atomanlagen.

at.

nach Informationen der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Stoppt den Castor!

Seit Wochen steht ein Castor-Behälter beladen mit abgebrannten Brennelementen abfahrbereit auf einem Bahnwaggon auf dem Gelände des baden-würtenbergischen AKW Philippsburg. Die Einlagerung des hochradioaktiven Atom-Mülls war ursprünglich für den 11. Juli in Gorleben geplant.

Daraus wurde aber nichts. Unter dem Motto "Den Castor stoppen, bevor er losfährt" wurde rund um Gorleben auf vielfältigste Weise Widerstand geleistet. Tausende gingen auf die Straße und erklärten "Wenn der Castor kommt stellen wir uns quer!" Zur Vorbereitung des "Tag X" errichteten die AKW-GegnerInnen das Hüttendorf "Castornix", bauten Barrikaden und buddelten Gräben. Die Hüttendorf-BewohnerInnen wurden geräumt, waren aber wenige Tage später wieder da. Ortsschilder wurden geschwärzt, wiederholt wurden auf der Atomtransportstrecke Bahnschwellen durchsägt. Die Feuerwehr mußte eine Straße, die mit einer Mischung von Gülle und Seifenlauge geschmiert wurde, säubern. Landwirte blockierten mit Traktoren die Zufahrtswege zum Atom-Mülllager.

Schließlich mußte die niedersächsische Polizei zugeben, daß sie den Transport in den Schulferien nicht sichern kann: Zu wenig Personal - zuviele entschlossene DemonstrantInnen. Ein Riesenerfolg für den Widerstand gegen das Atommüll-Lager Gorleben. Doch Innenminister Glogowski (SPD) hat angekündigt den Castor-Transport nach den Schulferien, d.h. Anfang September, erneut zu versuchen.

Daß die Castor-Halle seit Erteilung der Betriebsgenehmigung im September 1983 leer steht, ist dem beharrlichen Widerstand zu verdanken. Fünfmal hatten in den letzten elf Jahren Proteste Atomtransporte nach Gorleben verhindert.

Oberirdisches Endlager

Der Castor aus Philippsburg ist nur die Spitze des Eisberges. Im Herbst soll nach bisherigen Angaben ein weiterer Castor aus dem AKW Biblis folgen. Und die hochradioaktiven Abfälle aus den Wiederaufbereitungsanlagen im französichen La Hague und dem britischen Sellafield sollen ebenfalls in Gorleben gestapelt werden. Ingesamt werden bis zum Jahr 2003 rund 2.800 Behälter aus La Hague und weitere 650 Gebinde aus Sellafield von der BRD zurückgenommen werden. Sie sollen in Gorleben und Ahaus kompakt gelagert werden, mangels Endlager eben oberirdisch und dauerhaft, auch wenn Töpfer dies offiziell noch energisch bestreitet.

Der Atommüll soll in der filterlosen, luftgekühlten Leichtbauhalle gelagert werden; die eher einer modernen Kartoffelscheune ähnelt als einem anscheinend sicheren Atommüll-Lager, so die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Daneben soll Gorleben zum Atommüll-Zentrum der Republik werden. Im Salzstock soll der hochradioaktive Müll irgendwann im nächsten Jahrtausend endgelagert werden. Der heiße Müll soll in der Pilotkonditionierungsanlage, die frühestens 1996 in Betrieb gehen kann, ausgepackt, zerteilt und neu verpackt werden.

In das Faßlager rollen seit 1984 Transporte mit schwachradioaktiven Atommüll.

Von Castornix zu Atomnix

Derzeit wird der täglich anfallende Atommüll in den immer voller werdenen Lagern bei den Atomreaktoren gelagert oder zu den Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) transportiert, in denen aber weiterer Atommüll entsteht. Es gibt weltweit kein funktionierendes Endlager für hochaktiven Müll und auch kein schlüssiges Konzept, wie radioaktive Stoffe langfristig von der Biossphäre abgehalten werden können. Die in Gorleben, wie auch in Ahaus und Greifswald, geplante "Zwischenlagerung" dient lediglich der Verschleierung des Atommüll-Desasters und der Verschiebung des unlösbaren Problems auf die nächsten Generationen.

Es geht also nicht nur um diesen einen Castor-Transport. Es gibt nur einen einzigen Weg das Atommüll-Problem nicht weiter zu verschärfen: Die sofortige Stillegung aller Atomanlagen.

at.

nach Informationen der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Kein Castor nach Gorleben!

Stoppt die Atommüllproduktion!

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

Demonstration in Gorleben am Samstag, 3. September 1994

14 Uhr: Sammelpunkt an den Ortsausgängen von Gorleben und Gedelitz

15 Uhr Kundgebung an den Atomanlagen

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Tel. 05841/4684, Fax. 05841/3197

Spendenkonto: KSK Lüchow (BLZ 25851335) Konto 2060721

24. Hat sich der Arbeitskampf gelohnt? Anmerkungen zum Tarifabschluß in der Druckindustrie

Autor: Pfi · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:13

Anfang Juli war auch in der Druckindustrie die diesjährige Tarifrunde beendet. Nach 17 Wochen Arbeitskampf wurde ein Abkommen geschlossen, das eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 2% (bei drei Leermonaten), die verbindliche Aufnahme von Verhandlungen zum Manteltarifvertrag und zur Tarifrente sowie die Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1.4.1995 umfaßt. Nicht wenige Beschäftigte in der Druckindustrie stellen sich angesichts dieses Ergebnisses die Frage, ob sich der Arbeitskampf gelohnt hat.

Von Gewerkschaftsseite wird der Abschluß durchaus mit gemischten Gefühlen betrachtet. So gibt es zum einen Enttäuschung über den Lohn- und Gehaltstarifabschluß, der auch für 1995 eine Erhöhung von nur 2% vorsieht. Auf der anderen Seite macht sich Erleichterung darüber bemerkbar, daß in den festgefahrenen Streit um Manteltarif (MTV) und 35-Stunden-Woche doch noch Bewegung gekommen ist. Hatten sich die Arbeitgeber während der Tarifverhandlungen von Anfang an geweigert, überhaupt in Sachen MTV zu verhandeln, versuchten sie durch die Forderung nach einem "Arbeitszeitkorridor" (33-37-Stunden-Woche) die Einführung der 35-Stunden-Woche doch noch zu verhindern.

Vor neuen Verhandlungen

Ab Oktober soll nun über den Manteltarifvertrag und über "Vorruhestandsregelungen für Nachtarbeit" verhandelt werden. Der alte MTV bleibt bis Ende 1996 in Kraft. Über zwei Jahre Frist geben sich die Tarifparteien, um über Fragen von Gesundheitsschutz, Frauengleichstellung, Teilzeitarbeit und Arbeitssouveränität sowie über die Tarifrente für Nachtarbeit zu einer Einigung zu kommen. Dabei hat die IG Medien eine bittere Pille schlucken müssen und sich für den gesamten Zeitraum auf die Friedenspflicht festgelegt. An die Friedenspflicht ist die Gewerkschaft nicht gebunden, falls die Arbeitgeber die Verhandlungen abbrechen oder sie total verschleppen. Ein Verhandlungsmarathon ohne wirksames Druckmittel zeichnet sich ab - bestimmt keine einfache Aufgabe für die IG Medien. Zumal in einigen Unternehmerköpfen ähnliche Gedanken wie die in der "Welt" geäußerten herumschwirren dürften: Bei den Forderungen der IG Medien ginge es "im Kern um eine andere als die soziale Marktwirtschaft, eher um ein räte- und gremienbestimmtes Funktionärssystem, in dem die Gewerkschaft alles zu bestimmen und der Unternehmer nichts zu bestellen hätte." (Die Welt, 18.4.94)

35-Stunden-Woche

Ab 1.4.1995 soll in der Druckindustrie nur noch 35 Stunden pro Woche gearbeitet werden. Doch auch da mußten Zugeständnisse gemacht werden: Für eineinhalb Jahre gilt eine Regelung, daß zur "Bewältigung betrieblicher Probleme" der Arbeitgeber mit dem Betriebsrat vereinbaren kann, daß die KollegInnen 10 Überstunden pro Monat ohne die entsprechenden Zuschläge arbeiten "dürfen". Von Gewerkschaftsseite wird vermutet, daß diese Überstundenregelung wegen der Mitbestimmungspflichtigkeit wenig praktische Bedeutung erlangen wird. Dies mag vielleicht für Großbetriebe gelten, wo Überstunden erfolgreich abgelehnt werden können. Doch für die KollegInnen in den zahlreichen Kleinbetrieben der Branche sieht es wohl nicht so gut aus.

Trotz all der Einschränkungen und Haken muß doch festgehalten werden, daß der Tarifabschluß ohne den 17wöchigen Arbeitskampf, ohne den Einsatz der KollegInnen ziemlich düster ausgesehen hätte: keine Verbesserungsmöglichkeiten der Arbeitsbedingungen durch den MTV, keine 35-Stunden-Woche. Schlußendlich wäre wahrscheinlich nur eine minimale Lohnerhöhung geblieben.

Zur Streiktaktik

Rückblickend noch ein paar Worte zu Streiktaktik und -verlauf. Erstmals wurde von der IG Medien die bewegliche Streiktaktik, der "marktwirtschaftlich orientierte Streik" durchgeführt: Arbeitsniederlegungen ohne Vorankündigungen da, wo die Produktion ohne allzu großen Kraft- und Finanzaufwand wirksam getroffen werden konnte.

So effektiv diese Taktik auf der einen Seite auch sein mag, hat sie doch auch Schwächen deutlich gemacht: "Aber es waren unsichtbare Streiks; Kontakte zu anderen Betrieben, sichtbare Zeichen solidarischer Verbundenheit waren kaum möglich; die Streikenden fühlten sich vereinzelt. (...) Je länger der Arbeitskampf dauerte, desto tiefer wurden hier und da die Gräben zwischen streikenden Belegschaftsteilen und solchen Abteilungen, die an den Streiks nicht beteiligt waren." (aus der Streikauswertung in "Druck und Papier" 8/94, Zeitung der IG Medien)

Wenn schon nicht einmal innerhalb der eigenen Gewerkschaft die notwendige Solidarität hergestellt werden konnte, wie sah es dann beim DGB aus? Von Unterstützung war da nichts zu bemerken. Es gab nicht einmal verbale Aufmunterung für die KollegInnen oder Zustimmung zur Linie der IG Medien. Mit dieser Verweigerungshaltung wurde einem politischen Klima Vorschub geleistet, in dem der IG- Medien-Vorsitzende Hensche angegriffen und in die Sektiererecke gestellt werden konnte, wie es beispielsweise Wolfgang Pütz vom Bundesverband Druck in einem Interview getan hat: "Für Herrn Hensche ist der Sozialismus noch nicht tot. Nur der Sozialismus der DDR-Prägung habe nicht überlebt. Aber Hensche will im Grunde ein sozialistisches Modell und mißbraucht unter anderem die Tarifpolitik als Mittel dazu, seine ordnungspolitischen Vorstellungen durchzusetzen." (Frankfurter Rundschau, 29.4.94) Mit solchem Gerede soll nicht nur ein nicht-angepaßter und nicht dem DGB-Schmusekurs folgender Gewerkschaftsführer angepinkelt werden, damit soll die "aufmüpfige" Politik der IG Medien weiter isoliert werden.

Für die kommenden Verhandlungen um MTV und Tarifrente muß aus diesem Arbeitskampf die Lehre gezogen werden, die inhaltlichen Forderungen klarer darzustellen, um so für die nötige Unterstützung und den Druck innerhalb und außerhalb der IG Medien zu sorgen.

Pfi

25. Feinbild Nordkorea oder: Die Regulierung des Kalten Krieges

oder: Die Regulierung des Kalten Krieges - von Rainer Werning

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Nord) · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:11

Vor 41 Jahren endete mit dem Koreakrieg (Juni 1950-Juli 1953) der erste "heiße" Konflikt des Kalten Krieges. Mit dem Unterton des Bedauerns konstatierten damals US-amerikanische Luftwaffengeneräle, Nordkorea - durch Flächenbombardierungen und bakteriologische Kriegführung in ein Trümmerfeld verwandelt - böte ihren Piloten keine Angriffsziele mehr. Heute dient Washingtons neuen Weltordnern das nordkoreanische Regime neuerlich als Zielscheibe. Mit dem Unterschied, daß statt militärischer Mittel - vorerst - massiver politisch-diplomatischer Druck und wirtschaftliche Sanktionsdrohungen eingesetzt werden. Ungeachtet des Todes des 82jährigen "Großen Führers" Kim Il Sung am 8. Juli sinnen die Protokollchefs Süd- und Nordkoreas über die Details des ersten innerkoreanischen Gipfeltreffens der beiden Staatspräsidenten, das alsbald in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang stattfinden soll.

Feindbilder drüben ...

Wie sich die Bilder gleichen! In der nordkoreanischen Kapitale, deren museale Realität an das China zu Zeiten der Kulturrevolution erinnert, gehen die Lichter aus. Autos dürfen nur noch mit Parklicht fahren. Unter Sirenengeheul übt die Bevölkerung Luftschutz. Zeitweilig sind die Telefonverbindungen für Inlands- und die meisten Auslandsgespräche gekappt. Über den Rundfunk erhält die Bevölkerung Anweisung, die Stadt im Falle eines Angriffs zu evakuieren. Wohin, bleibt im dunkeln.

In Südkoreas Elf-Millionen-Metropole Seoul schießen Kids Flugzeuge ab, lassen Panzer explodieren, meucheln Soldaten. Gnadenlos - doch elektronisch. Die martialischen Bilder in den Videotheken flimmern in abgewandelter Form auf TV-Bildschirmen auf. Am 15. Juni 1994 kündet landesweites Sirenengeheul Zivilschutzübungen an. Kafkaeskes im KBS: Im Hauptgebäude der staatlichen Fernsehanstalt schlüpft das uniformierte Wachpersonal hurtig in Kampfanzüge. Dennoch herrscht Gelassenheit, von Panik, gar Kriegshysterie keine Spur. Nur die Magier von Endlosbildern des US-amerikanischen Nachrichtensenders CNN suggerieren Endzeitstimmung, im Einklang mit den Feindbildnern im Pentagon und State Department. In Seouls Nobelviertel Kangnam kommt es zeitweilig zu Hamsterkäufen; tafelfertige Nudelgerichte sind der Renner. Als gelte es, den aus der Flasche gelassenen bösen Geist wieder in dieselbe zu bannen, rügt tags darauf die Regierung CNN und zeiht den Sender der maßlosen, unverantwortlichen Übertreibung.

Seit der auf imperialen Druck der beiden Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, der USA und der Sowjetunion, erfolgten Teilung Koreas im Jahre 1948 (siehe Kasten) sind - eine auffällige Konstante in der gesamtkoreanischen Politik - in Seoul wie in Pjöngjang zwecks jeweiliger Herrschaftsstabilisierung unablässig Feindbilder konstruiert worden. Gilt Nordkorea aus Seouler Perspektive als trostloser Ameisenstaat und seine Bevölkerung als Hungerleider unter einer roten Despotie, so zeichnete Pjöngjang im Gegenzug ein Bild des Südens, in dem die Menschen unter der Knute des US-Imperialismus und ihrer einheimischen militärischen Handlanger ein geknechtetes, unwürdiges Dasein fristen. Bis vor kurzem noch wurde der seit Februar 1993 amtierende südkoreanische Präsident im nordkoreanischen Staatsrundfunk als "Verräter", "Bandit" und "Dieb" bezeichnet.

Das wechselseitige Hochschaukeln solch realitätsverzerrender, bizarrer Wahrnehmungen bleibt sinnlich erfahrbar in der nach wie vor intakten "Koreanischen Mauer", beschönigend DMZ (Demilitarisierte Zone) genannt. Kein Wunder, daß Korea im ideologischen Widerstreit - aggressiver Antikommunismus kontra aufgeheizter Antiimperialismus - zur Metapher für die politische Licht- bzw. Schattenwelt wurde und das Ende des Kalten Krieges und der West-Ost-Blockkonfrontation dort bislang folgenlos blieb. Wer sich der Mühe unterzöge, die Korea(kriegs)-Berichterstattung zu Beginn der 50er Jahre nachzuverfolgen, würde alsbald feststellen, daß die Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel - vorrangig in der jungen Bundesrepublik Deutschland - zur Legitimation der Wiederbewaffnung, mithin zum Aufbau der Bundeswehr und gleichzeitigen Stärkung der NATO dienten. Mit dem Eingreifen sogenannter Freiwilligenverbände aus der VR China in das Kriegsgeschehen wurde der Mythos der "dunklen, unergründlichen, allseits todesbereiten asiatischen Seele" reaktiviert.

Dieser Mythos bleibt virulent; seitdem ist er mindestens dreimal im Kalkül hegemonialer Interessen des Westens (kultur)politisch strapaziert worden: während der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der VR China; zur Zeit des Vietnamkrieges (der zwar von den Amerikanern militärisch verloren, im nachhinein aber cineastisch und schließlich ökonomisch gewonnen wurde); schließlich im Falle des letzten Golfkrieges, da Saddam Hussein als Inkarnation des Bösen schlechthin und der Islam/islamische Fundamentalismus als Gefährdung von freedom & democracy galt.

... und hüben

Zwar ist Ronald Reagan von der politischen Bühne verschwunden und mit ihm die von ihm einst als "Reich des Bösen" gescholtene Sowjetunion. Geblieben aber ist die politisch instrumentalisierbare Bedrohungslüge des einstigen US-Präsidenten. Demnach sind Nordkorea, Kuba und Libyen als "Horte des internationalen Terrorismus" ausgemacht und deren subversive Regime zum Abschuß freigegeben, zumal sie als ideeller Gesamtterrorist und renitente realsozialistische Restposten "jenem scheußlichen heidnischen Götzen (gleichen), der den Nektar nur aus den Gehirnschalen Erschlagener trinken wollte" (K. Marx).

Da sich Nordkorea bis dato als relativ krisenresistent erwies, unbeirrt an seinem Konzept von Sozialismus festhält, aufgrund geübter Äquidistanz zur Sowjetunion und zur VR China außenpolitisch Unabhängigkeit demonstrierte, öffentlich die anachronistischen südkoreanisch-amerikanischen Team Spirit-Manöver sowie die gerade beendete Seeübung RIMPAC '94 als kalkulierte Provokation attackierte (an der nebst Verbänden aus Südkorea auch US-amerikanische, kanadische, australische und japanische Soldaten teilnahmen) und schließlich die Forderung der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien nach zusätzlichen und erweiterten Inspektionen als beispielloses, die eigene Souveränität verletzendes Ultimatum zurückwies, empfahl es sich als besonders verwerflich und lieferte vorrangig den USA den Vorwand zu einem internationalen Kesseltreiben.

Während Seoul in diesem Konflikt und im Gegensatz zu seinen vorherigen Militärmachthabern mit auffälliger Zurückhaltung, gar mäßigend agierte, südkoreanische Intellektuelle sowie (außer)parlamentarische Oppositionelle auf Demonstrationen und Protestveranstaltungen den von den USA systematisch geschürten Druck auf Nordkorea scharf kritisierten, befleißigten sich die westlichen Medien und Teile des akademischen Mandarinats in den USA einer perfiden Propaganda und erhoben die Amnesie zum quasi-politischen Programm.

Die Medien, selbst zur Gegenaufklärung von links geneigte Blätter wie die taz, feuerten Breitseiten gegen das Regime in Pjöngjang, als ginge es darum, dessen Nomenklatura mit Wortkaskaden zur Strecke zu bringen. Von "byzantinischem Pomp in Pjöngjang", vom "weltweit letzten roten Gulag-Staat" und "stalinistischen Sonnenkönig Kim Il Sung" war die Rede, während Porträts grimmig dreinschauender nordkoreanischer Soldaten die Titelseiten US-amerikanischer Nachrichtenmagazine zierten. Unzweideutig die Botschaft: Nordkoreas politische Führung sei ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges, seine Handlungen - vor allem im Poker um tatsächlich existente oder vermutete einsatzfähige Atomwaffen - blieben unkalkulierbar und sein Fortbestehen bedrohe akut den Frieden in der Wachstumsregion Ostasien/Nordpazifik.

Konfuzianisch-islamische Verschwörung?

Nordkorea war bereits 1985 dem sogenannten Atomwaffensperrvertrag beigetreten, unterzeichnete Anfang 1992 - nachdem Washington zugesichert hatte, seine auf südkoreanischem Boden dislozierten Atomsprengköpfe bis Ende 1991 abzuziehen - dessen Sicherheitsabkommen und gestattete seitdem IAEA-Inspektoren mehrfach den Zutritt zu seinem Nuklearkomplex in Yongbyon, etwa 100 km nördlich von Pjöngjang. Selbst wenn dort vertragswidrig waffenfähiges Plutonium hergestellt worden sein sollte (was Pjöngjang wiederholt bestritt; russische, chinesische und japanische Atomphysiker erklärten, das Land verfüge weder über das notwendige Know-how noch die entsprechenden atomaren Zündvorrichtungen, und der Leiter der Asien-Pazifik-Abteilung im russischen Außenministerium, Nikolai Solowjow, sagte in einem Interview mit der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap, Nordkorea sei "sehr weit entfernt von Atomwaffen"), rechtfertigte das allein kaum die Vehemenz, mit der gegen Nordkorea Front gemacht wurde.

Just in diesem Augenblick setzte die medial inszenierte Amnesie ein: Indien, im Westen als "größtes Schaufenster der Demokratie" gepriesen, zündete vor genau 20 Jahren in der Wüste Rajasthans seine erste Atombombe und verfolgt seitdem - gleich seinem Nachbarn Pakistan und wie dieser kein Unterzeichner des

Atomwaffensperrvertrags - ein ambitioniertes Nuklearprogramm. Israel, Südafrika, Brasilien und Argentinien, ebenfalls Nichtunterzeichner des Atomwaffensperrvertrags, verfüg(t)en über Atomwaffen, ohne dafür vom Westen jemals Schelte bezogen zu haben. Südkorea, das 1992 knapp 13 Prozent seines Energiebedarfs aus neun Atomkraftwerken bezog (weitere sieben sind im Bau), gegenwärtig etwa 10 Tonnen Plutonium 239 lagert und den Großteil der benötigten Kerntechnologie selbst zu beherrschen imstande ist, hält an seinem ehrgeizigen Atomprogramm zwecks ziviler Nutzung fest, wenngleich die Trennlinie zur potentiell militärischen Nutzung bekanntlich schmal ist. In Japan verschwanden, fernab internationaler Entrüstung oder Besorgnis, vor wenigen Wochen aus dem Atomreaktor Tokaimura 70 kg Plutonium, was in Südkorea Befürchtungen nährte, Tokio arbeite seinerseits an einem Atomwaffenprogramm. Würde Nordkorea dem Sozialismus abschwören, könnten dessen Pläne durchkreuzt werden, sämtliche Führungspositionen Kim Il Sungs auf dessen designierten Sohn-Nachfolger Kim Jong Il zu übertragen, und beugte es sich nolens volens Uncle Sam - keiner wäre der Idee verfallen, um dieses Land Zeter und Mordio zu inszenieren.

Was die akademischen Mandarine in den USA angeht, so hat der einflußreiche Politologe und Politikerberater Samuel P. Huntington eine pfiffige Variante des Rekurses auf "die" Zivilisation präsentiert. (Huntington vermochte z.B. während des Vietnamkrieges selbst den US-amerikanischen Flächenbombardements noch Positives abzugewinnen; dadurch bedingte Fluchtbewegungen erhöhten den Grad der Urbanisierung, was wiederum den Modernisierungsprozeß beschleunigen würde.) Nachdem die Sowjetunion und deren Herrschaftsideologie zusammengebrochen sind, sieht er den Westen fortan von der "konfuzianisch-islamischen Connection" bedroht. Diese, so der Professor in einem Interview mit der in Hongkong erscheinenden Asiaweek (6.4.1994), bestehe in den Waffenschiebereien zwischen China und Nordkorea auf der einen und denen Irans, Iraks, Syriens und Libyens auf der anderen Seite. In diesen Ländern würde man danach trachten, die militärische Überlegenheit des Westens auszubalancieren. Nächste Konflikte, bereits vorprogrammiert, würden entlang der Grenzen der "Kulturen" und "Zivilisationen" ausbrechen (Der Zusammenbruch der Kulturen, in: Die Zeit 33/93).

"Die erste 'zivilisatorische' Tat Huntingtons besteht darin", merkte dazu Rudolf Walther in seinem Essay "Aufklärung, Untergang, Fortschritt, Verfall - der leere Streit um die Logik der Zivilisation" an, "daß er sich im Schutz einer billigen Polemik gegen den ‚Menschenrechtsimperialismus` von universalistischen Normen verabschiedet, um die Abschottung der eigenen ‚Kultur` legitimieren zu können. Begriffsgeschichtlich dokumentiert er seine Vernagelung dadurch, daß er auf den weit gefaßten angelsächsischen Zivilisationsbegriff verzichtet und statt dessen auf ‚culture` setzt - im Amerikanischen allemal nur ein Synonym für den ‚American way of life`. Insofern steht die deutsche Übersetzung des Aufsatzes den wahren Absichten des Autors näher als das Original und entlarvt dessen Chauvinismus. Was der ‚westlichen` Besitzstandswahrung dient, kommt gerade recht, so auch ein paar frisch angestrichene geopolitische Ladenhüter: Der Brennpunkt künftiger Konflikte liege, so Huntington, ‚zwischen dem Westen und mehreren islamisch-konfuzianischen Staaten`, denn ‚der Westen ist westlich und modern` und der Ball rund." (Frankfurter Rundschau, 7.5.1994)

Im übrigen weist Huntingtons Gerede von der "konfuzianisch-islamischen Connection" Berührungspunkte mit der im September 1993 unter dem Titel The Bottom-Up Review: Forces For A New Era vom Pentagon herausgegebenen Studie auf. Diese geht, pointiert zusammengefaßt, von der Führ- und Gewinnbarkeit zweier Regionalkriege - sowohl im Nahen Osten als auch in Korea - aus und dürfte Präsident Clinton im Frühjahr dieses Jahres zu der Entscheidung veranlaßt haben, 36 mobile Abschußrampen für die während des Golfkrieges erprobten Patriot-Raketen sowie Apache-Helikopter in Südkorea zu stationieren.

Keine Endzeitstimmung in Nordkorea

Nordkoreas Behauptungen, die Nuklearfragen auf der koreanischen Halbinsel resultierten ursprünglich aus der Stationierung atomarer Waffen aus den USA sowie aus konzertierten Aktionen des "Dreieckbündnisses" (womit die bilateralen militärischen Kooperationsverträge der USA mit Südkorea und Japan sowie Washingtons eingegangene Verpflichtung, über beide Länder den "Atomschirm" aufgespannt zu halten, gemeint sind) und es hege weder die Absicht noch sei es imstande, Atomwaffen zu entwickeln, fielen im Westen auf taube Ohren.

Immerhin führte sein Atompoker zu ersten Verhandlungen mit den USA (Mitte Juni 1993 in New York und einen Monat darauf in Genf), was Pjöngjang bereits als bescheidenen außenpolitischen Erfolg wertete.

Während die erste Gesprächsrunde auf höherer Ebene Fragen der Souveränität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des Einsatzverbots von Nuklearwaffen behandelte, bat Nordkorea in Genf um technische und finanzielle Hilfeleistungen durch die USA bei der anstehenden Modernisierung seines bisherigen gasgekühlten und graphitmoderierten Reaktorsystems durch Leichtwasserreaktoren, die mehr Sicherheit böten und den Verdacht der Produktion von waffenfähigem Plutonium ausräumten. Washington schlug diese Offerte nicht nur aus (ein Einlenken hätte zwangsläufig eine direkte bilaterale Beziehung erfordert), sondern setzte fortan auf Konfrontation.

Anstelle weiterer Treffen wurde der auf Nordkorea ausgeübte Druck eskaliert. Womöglich spekulierte man aufgrund sich häufender Berichte über ökonomische Schwierigkeiten in der Volksrepublik auf soziale Spannungen, die zivile und/oder militärische Opposition schüren und einen reibungslosen politischen Machtwechsel auf Kim Jong Il, als Nummer 2 der Nomenklatura bereits qua Vorsitz der Militärkommission der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) Oberkommandierender der Streitkräfte, vereiteln würden.

Wie stabil also ist die wirtschaftliche und politische Situation in der Volksrepublik? Ist eine Implosion des Regimes in Pjöngjang denkbar, vergleichbar den 1989er-Ereignissen in der früheren DDR? Wie gestaltet sich Nordkoreas Verhältnis zum Süden und seinen Anrainern?

Poröse Festungsmauern?

Nordkoreas Variante des "Schaffens aus eigener Kraft", die Juche-Ideen (siehe Kasten "Die drei Kims"), und das als praktische Handlungsanleitung formulierte Prinzip "Das ganze Land in eine Festung verwandeln" beinhalteten nebst rein militärischen Aspekten, daß beispielsweise noch Ende der 80er Jahre Textilfabriken in Bergstollen angelegt wurden. Doch bereits seit Mitte der 60er Jahre ist landesweit mit dem Aufbau gleichzeitig subsistenter Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten bis hinunter auf Kreisebene, darunter Kombinaten, begonnen worden, die idealiter eine Fertigungstiefe besitzen sollten, die bei der Rohstoffgewinnung beginnt und mit dem Fertigprodukt endet. Diesen Einheiten obliegt es, sowohl als Teil des staatlichen Planungssystems und Wirtschaftskreislaufs (d.h. des Mittelabzugs) als auch als dezentrale ökonomische Einheiten ihre Investitionsmittel selbst zu erwirtschaften und sich weitgehend selbst zu ernähren. Der Kollaps des osteuropäischen Marktes wirkte sich auf Provinzebene vor allem als Verschlechterung der Treibstoffversorgung aus, zumal Ölimporte - vorrangig aus China, des im vergangenen Jahr mit einem Handelsvolumen von 900 Mio. US-Dollar seit 1991 wichtigsten Wirtschaftspartners - mit Devisen beglichen werden müssen. Bei den geringen Austauschbeziehungen zwischen Betrieben, dem Gütertransport auf dem Schienenweg und dem Fehlen privater Pkw trifft dies vorrangig die (Mechanisierung der) Landwirtschaft.

Die Seouler Nationale Vereinigungsbehörde (NUB) beziffert die Summen, die Pjöngjang 1993 für Öl- und Getreideeinfuhren aus China berappen mußte, mit 240 bzw. 100 Mio. Dollar, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 7,2 bzw. 44 Prozent bedeutete. So gab denn das Zentralkomitee der herrschenden PdAK im Dezember 1993 erstmals zu, in Schlüsselindustrien (namentlich der Strom-, Stahl- und Kunstfasererzeugung) stagniere die Produktion oder gehe zurück, und es gebe Probleme in der Landwirtschaft, was letztlich zur Nichterfüllung des Siebenjahrplans 1987-1993 geführt habe. Für den Mißerfolg machte die Partei, ohne freilich genaue Statistiken zu präsentieren, die noch immer als Quasi-Staatsgeheimnis gehütet werden, die "internationalen Veränderungen" verantwortlich. Die antisozialistische Offensive sei in den vergangenen Jahren verstärkt worden wie nie zuvor. Lang- wie kurzfristige Außenhandelsabkommen seien geplatzt, und die traditionelle wirtschaftliche Zusammenarbeit sei zum Stillstand gekommen, womit auf den Wegfall der Wirtschaftshilfe und des Handels vor allem mit der früheren Sowjetunion angespielt wurde.

(Politisch indes bewirkten diese Rückschläge keinerlei Schwächung in der Führungsspitze von Staat und Partei. Eher könnte von deren zusätzlicher Stärkung gesprochen werden; nach knapp 20jähriger Versenkung avancierte Kim Il Sungs jüngerer Bruder, Kim Yong Ju (72), zum Vizepräsidenten und Vollmitglied des Politbüros, was ihn in der Machthierarchie auf Platz sieben vorrücken ließ. Zwei Wortführer einer Politik der offenen Tür, Parteisekretär Kim Yong Sun und Kim Dal Hyon, Vizepräsident und Minister für staatliche Planung, wurden derweil zurückgestuft bzw. verloren ihren Status als alternierendes Politbüromitglied. Erklärtermaßen soll der ideologischen "Aufklärung" noch größeres Gewicht zukommen; die PdAK-Führung hat wiederholt als zentrales Manko der vormals regierenden sozialistischen und kommunistischen Parteien deren Unfähigkeit und/oder Laxheit gegeißelt, den ideologischen Kampf allseitig und offensiv zu führen.)

Russische Ökonomen schätzen, daß Nordkoreas Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr um 40 Prozent unter das Niveau von 1988 gefallen ist und die Kapazitätsauslastung der Hauptindustrien weniger als 25 Prozent beträgt. Sie sprechen zwar von einer "instabilen Balance auf niedrigem Niveau" der Volkswirtschaft insgesamt, heben gleichzeitig aber hervor, die Wirtschaft versinke aufgrund autarker Strukturen und fortgesetzter zentralstaatlicher Planung keineswegs im Chaos. Intern räumen nordkoreanische Wirtschaftswissenschaftler enorme Schwierigkeiten ein, doch insistieren sie darauf, daß diese im Vergleich zu den aussichtslos erscheinenden wirtschaftlichen Zuständen in den meisten der sogenannten Reformländer Osteuropas und in der ehemaligen UdSSR relativ gering und behebbar seien und die Überlebensfähigkeit des Landes selbst im Falle eines Embargos außer Frage stehe. Entscheidend ist aus der Sicht Pjöngjangs die Modernisierung der Industrie und ein entsprechender Ausbau der Infrastruktur, was mittel- und langfristig Fremdbeteiligungen erfordere.

Reis und Fleischsuppe

Für die soziale Stabilität Nordkoreas kommt der landwirtschaftlichen Produktion ungleich größere Bedeutung zu als etwa verbesserten Außenhandelsbilanzen. Im Gegensatz zu der in Südkorea weitverbreiteten Auffassung, im Norden herrsche eine permanente Hungersnot, ist für die Versorgung des Landes auch in schlechten Erntejahren davon auszugehen, daß die mit gartenbaulicher Intensität betriebene Landwirtschaft die quantitative Versorgung der Bevölkerung selbst in mageren Zeiten soweit zu sichern vermag, daß kein offener Hunger herrscht. Nach mehrjährigen, hauptsächlich witterungsbedingten Ertragseinbußen von bis zu 40 Prozent bezeichnete die nordkoreanische Presse das Erntejahr 1993 als Rekordjahr und wertete dies - so Rodong Shinmun, das Zentralorgan der PdAK - "als einen Ausdruck und Beweis der Überlegenheit des sozialistischen Systems". Trotz überaus schlechter Ernteergebnisse zwischen 1988 und 1990 blieben nach Aussagen von seinerzeit im Lande stationierten osteuropäischen Experten die Felder, Dreschplätze und Getreidespeicher praktisch frei zugänglich - undenkbar bei einer Hungersnot.

Dennoch herrscht seit längerem spürbare Knappheit an wichtigen Nahrungsmitteln; die von der Bevölkerung erwartete und von der Regierung immer wieder versprochene Verbesserung der Versorgung gewinnt unter den jetzigen äußeren Bedingungen zusätzlich an politischer Bedeutung. Bereits in seiner Neujahrsbotschaft 1992 hatte Kim Il Sung hervorgehoben, "jeder Bürger soll, soviel er will, weißen Reis und Fleischsuppe essen und sich in Seide kleiden können" - eine metaphorische Umschreibung, die Lebensqualität der Landsleute nachhaltig zu verbessern. Auch Ministerpräsident Kang Song San verknüpfte in seiner Rede anläßlich des 45. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik (9.9.1993) die Legitimität des Systems ausdrücklich mit dessen Fähigkeit zur Lösung der sozialen Fragen.

Daß selbst das Grundnahrungsmittel Reis mehr und mehr durch Mais- und Nudelprodukte ersetzt wird, der geschätzte jährliche Pro-Kopf-Fleischverbrauch bei etwa sechs Kilogramm liegt und die Versorgung mit Fisch, Zucker und Speiseöl ungenügend bleibt, ist weniger Ausdruck einer Strukturkrise in der Produktion denn ein gravierendes Allokationsproblem. Im eigenen Lande dringend benötigte Nahrungs- und Genußmittel sind in der Vergangenheit zunehmend exportiert worden (beispielsweise erhielt Frankreich im Gegenzug zu geleisteter Kapitalhilfe Fischereiprodukte), was heute innenpolitisch schwerlich praktikabel sein dürfte und zusätzlich zu den existierenden Problemen in der Exportwirtschaft (mangelnde Qualität und fehlendes technologisches Know-how) den Ausfall von Deviseneinnahmen bedeutet.

Landeskenner sehen die landwirtschaftlichen Probleme nicht so sehr im Mangel einer Ressourcenausstattung und ihrer sorgfältigen Nutzung denn in unzureichenden Kapazitäten bei der Erntespeicherung begründet. Pjöngjangs Wirtschaftsplaner erhoffen sich derweil einen Produktivitätszuwachs in der Landwirtschaft, wenn die Neulandgewinnung aus dem Meer (geschätzte 300.000 Hektar) abgeschlossen ist.

Öffnungstendenzen

Schwachstellen bleiben im industriellen Bereich, der ohne ausländische Kapitalinvestitionen mittelfristig in eine schwere Krise geriete. So hat denn der Pjöngjanger Verwaltungsrat in seinem Erlaß Nr. 74 bereits im Dezember 1991 grünes Licht für die Schaffung einer Freihandelszone entlang Nordkoreas nordöstlicher Küstenregion gegeben, wo auf einem 621 Quadratkilometer großen Areal nahe den Städten Rajin und Sonbong - u.a. mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) - ein moderner Industrie-, Handels- und Tourismuskomplex entstehen soll. Nordkoreanische Quellen sehen gar ein "Goldenes

Dreieck" an Konturen gewinnen, das im Gegensatz zum notorischen Drogenumschlagplatz im thailändisch-birmanisch-laotischen Grenzgebiet die infrastrukturelle Verbesserung im Dreiländereck China, Rußland und Korea bedeute und dessen wirtschaftliche Erschließung nachhaltig fördere.

Im Frühjahr dieses Jahres hat Pjöngjang ebenfalls die Städte Nampo und Sinuiju als freie Handels- und Wirtschaftszonen avisiert, die vor allem aus chinesischer Sicht und für bereits in dieser Region Chinas engagierte südkoreanische Firmen von Interesse sind. Dandong, gegenüber Sinuiju auf der anderen Seite des Yalu-Flusses gelegen, ist eine boomende City, in der etliche Seouler Investoren auf die Gunst der Stunde hoffen. Bleibt trotz der Verfassungsänderung vom April 1993 (die einen beträchtlichen Teil des bisherigen staatlichen Außenhandelsmonopols an 80 staatliche Unternehmen delegierte und privatbäuerliches Nebenwirtschaften prinzipiell gestattet) als große Unbekannte, ob und inwieweit es den Bürokraten in Pjöngjang gelingt, bekundeten Pragmatismus und Reformfähigkeit jenseits unkontrollierbarer politischer und sozialer Nebeneffekte miteinander in Einklang zu bringen.

Mit dem Tod der charismatischen Galionsfigur Kim Il Sung wird die Propagandalosung "Leben, lernen und arbeiten wie die antijapanischen Partisanen" ohnehin stumpfer; der Partisanenkampf, den meisten NordkoreanerInnen nur aus Schulbüchern und Museumsbesuchen (dort aber reichlich ausgewalzt) ein Begriff, ist für die junge Generation allenfalls archäologisch interessant. Außerdem war der Handel freier Bauernmärkte, auf eigene Rechnung arbeitender Genossenschaften sowie von An- und Verkaufsläden für Devisen- und Edelmetallgeschäfte mitverantwortlich dafür, daß 1992 der Geldumlauf aus den Fugen geriet: Ein Erlaß des Zentralen Volkskomitees vom 14. Juli 1992 setzte alle Banknoten mit Wirkung vom 15. September 1992 außer Kraft und räumte für den Neuumtausch zwei Tage an.

Der Widerspruch zwischen realem Leben und ideologischen Postulaten ist auch Kim Jong Il durchaus bewußt; bereits am 7. November 1992 zitierte The Pyongyang Times den "Geliebten Führer", daß "im Verlauf von vielen Jahren, die im Sozialismus in Wohlstand gelebt werden, der revolutionäre Geist nach und nach schwinden kann".

Freundliches Umfeld

Japan hat sich im Atompoker zwischen Nordkorea und den USA dergestalt eingemischt, daß Pjöngjang die laufenden Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern Ende 1992 ohne die Vereinbarung weiterer Gesprächstermine abbrach. Nordkorea hielt vor allem Japans Vorwurf, es bedrohe mit seinen Rodong-1-Raketen mit einer Reichweite von 800 bis 1.000 km japanische Städte wie Osaka, für maßlos übertrieben und fuhr eine Retourkutsche, indem es Tokio vorwarf, die Atomfrage zu theatralisieren, um eigene (japanische) "militärische Großmachtambitionen" zu verschleiern. Das bilaterale Verhältnis könnte sich mit dem Amtsantritt des neuen Premiers (Anfang Juli), des linken Sozialdemokraten Tomiichi Murayama, verbessern; seine Partei hat den Dialog mit Nordkorea und eine Entspannung auf der koreanischen Halbinsel stets hoch veranschlagt. Teile des japanischen Big Business dürften indes einer Nord-Süd-Annäherung, gar Wiedervereinigung Koreas skeptisch gegenüberstehen. Just vor ihrer Haustür entstünde ein wirtschaftspolitisch potenter Rivale in der Region, der aus historischen Gründen (Japan war von 1910 bis 1945 Kolonialmacht in Korea) überdies eine engere Kooperation mit China anstreben würde.

China spielt, nicht zuletzt in Atomfragen, eine Schlüsselrolle. Kurz vor Beginn der Beratungen über Sanktionsmaßnahmen gegen Nordkorea im UN-Sicherheitsrat reisten die Außenminister Südkoreas und Japans nach Peking, um Chinas kritische Haltung gegen jedwede Sanktionsmaßnahme (in diesem Falle machte Peking von seinem Vetorecht Gebrauch) umzustimmen. Statt dessen beharrte China auf seinem Standpunkt, zwecks Lösung von Spannungen in Korea unbedingt den Dialog aller Beteiligten zu führen. Sein letzter Atomtest Mitte Juni könnte in diesem Sinne als indirekte Parteinahme für Nordkorea "gezündet" haben.

Rußland, einst Hauptlieferant von Atomtechnologie an Nordkorea und mit diesem, wie auch China, seit Beginn der 60er Jahre noch immer durch einen militärischen Beistandspakt verbunden, befürwortet gleichermaßen eine Verhandlungslösung, die allerdings über die unmittelbaren Protagonisten hinaus - Südkorea, Nordkorea und die USA - es selbst, Japan, die IAEA und den UN-Generalsekretär einschließen sollte. Wie China unterhält Rußland nicht nur diplomatische Beziehungen zu Seoul; beide halten Südkorea wirtschaftspolitisch und als Kreditgeber für weitaus wichtiger als den Norden, den sie freilich aus sicherheitspolitischen Erwägungen und eigener Staatsräson nicht in die Enge gedrängt sehen wollen, und versprechen sich bei einer

Nord-Süd-Annäherung zumindest eine beachtliche Expansion von Investitionen und Handelsaktivitäten im gemeinsamen Grenzgebiet.

Nordkoreas relativ freundliches außenpolitisches Umfeld gestattet seiner politischen Führung noch genügend Handlungsspielraum, um zu überleben und sich möglicherweise in Kooperation mit südkoreanischen Großunternehmen wirtschaftlich zu konsolidieren. (Laut Angaben des Seouler Ministeriums für Handel, Industrie und Energie wuchs der innerkoreanische Handel von umgerechnet mickrigen 1,04 Mio. US-Dollar im Jahre 1988 binnen vier Jahren auf 213,5 Mio. Dollar und betrug 1993 immerhin noch 200,6 Mio. Dollar. Überdies scharren die großen südkoreanischen Mischkonzerne, wie Hyundai, Samsung, Daewoo und LuckyGoldstar, in den Startlöchern, darauf erpicht, mit Pjöngjang schnellstmöglich ins Geschäft zu kommen.) Dazu freilich bedarf es der Entschärfung von Konflikten in Atomfragen und des ständigen Nord-Süd-Dialogs.

Im Augenblick spricht vieles für die Wahrung des Status quo, d.h. für den Fortbestand Nordkoreas als Völkerrechtssubjekt:

- Im Lande selbst sind keine Kräfte, seien sie zivil oder militärisch, auszumachen, die es auf die Zerstörung des Staates abgesehen hätten und/oder sich widerstandslos einem Seouler Diktat beugten.

- Die (Nord)KoreanerInnen beanspruchen mit gutem Recht, die Befreiung vom japanischen Militarismus wesentlich aus eigener Kraft realisiert zu haben, was ihr Selbstwertgefühl steigerte und ihnen aufgrund ihrer Aufbauleistungen nach zweimaligen Kriegsverwüstungen international Anerkennung eintrug.

- Wie wohl kein anderes Land hat sich Nordkorea seit vielen Jahren auf eine politische Nachfolgeregelung vorbereitet und entsprechende Vorkehrungen getroffen. Gerade die (angestrebte) Symbiose von Etatismus, Juche-Sozialismus und Neokonfuzianismus, was das Bestehen hierarchischer Strukturen (die ihrerseits gemäß kollektivem Selbstverständnis nicht per se als verwerflich gelten) zur Voraussetzung hat, liefert einen Schlüssel zum Verständnis der politischen Kontinuität der Pjöngjanger Führung in einem nahezu durchgängig als feindselig wahrgenommenen Klima. Diese als faschistisch oder stalinistisch zu charakterisieren, erforderte den Nachweis, daß sie die physische Liquidierung bestimmter Klassen und/oder Volksgruppen jemals zum politischen Programm oder zur strategischen Aufgabe erhoben hätte. Repressiv ist das Kim-Regime indes zweifellos gegen jene vorgegangen, die es in Zweifel zogen oder auf dessen Beseitigung drängten.

- Implodierte oder explodierte Nordkorea, so führte das zur unregulierbaren Gewalteruption und hätte fatale Konsequenzen nicht nur für das gesamte Land, sondern auch regionalpolitisch. Einen Sieger gäbe es in solchem Falle nicht; sämtliche Protagonisten würden - ob politisch, wirtschaftlich oder finanziell, materiell - etwas verlieren.

Gestern noch Beelzebub der internationalen Staatengemeinschaft, womöglich in Kürze Ausrichter des ersten Gipfeltreffens beider koreanischen Präsidenten - damit ist Pjöngjang qua Einschaltung von Ex-Präsident Jimmy Carter ein noch vor kurzem für undenkbar gehaltener diplomatischer Coup geglückt, der, so er denn reist, Kim Young Sam veranlaßte, seine Trumpfkarte, nämlich erst im Falle wachsender innenpolitischer Schwierigkeiten daheim nach Nordkorea zu reisen, vorzeitig auszuspielen.

"Wer auf der Matte schläft", lautet ein koreanisches Sprichwort, "der fällt nicht tief." Kim Il Sungs Epigonen haben dies in einem für sie vorteilhaften Sinne beherzigt; sie sind - zunächst einmal - wieder hoffähig und können ihr Gesicht wahren.

Rainer Werning ist u.a. Herausgeber und Verfasser mehrerer Publikationen zu Korea (darunter "Nordkorea - Annäherungen an einen Außenseiter. Analysen und Berichte", Ffm. 1988) und seit 1986 verantwortlicher Redakteur des in Köln/Hannover erscheinenden KOREA FORUM. Seit 1970 hat er Süd- und Nordkorea mehrmals bereist und kehrte erst vor kurzem aus Südkorea zurück.

Die drei Kims

Der am 8. Juli im Alter von 82 Jahren verstorbene dienstälteste Staats- und Parteichef Kim Il Sung stand seit der Staatsgründung Nordkoreas im Jahre 1948 unangefochten an der Spitze der politischen Führung seines Landes. Als Initiator der sogenannten Juche-Ideen - Selbständigkeit in der Wirtschaft, Unabhängigkeit in der Außenpolitik und Eigenständigkeit in Fragen der Sicherheit und Ideologie - hatte Kim Il Sung für Äquidistanz zu den beiden großen kommunistischen Nachbarn, der Sowjetunion und der Volksrepublik China, plädiert und

den Beitritt in den mittlerweile aufgelösten, einst wesentlich von Moskau gelenkten RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) gemieden.

Seit Peking und Moskau diplomatische Beziehungen zu Seoul aufnahmen und darauf bestehen, daß Pjöngjang seinen Handel mit Rußland und China auf Devisenbasis abwickelt, ist Nordkorea verstärkt auf andere Wirtschaftspartner angewiesen. Die politische Führung des Landes, als deren künftiger Chef Kim Jong Il (52), der älteste Sohn des verstorbenen Präsidenten, auserkoren wurde, will unter allen Umständen vermeiden, gleich der DDR "vereinnahmt" und "geschluckt" zu werden. Wegen der Gefahr "ideologischer Kontaminierung" waren bereits 1989 sämtliche einst in der DDR studierende NordkoreanerInnen nach Pjöngjang zurückbeordert worden. Was die Wiedervereinigung betrifft, so hat Pjöngjang stets ein (Kon)Föderationskonzept favorisiert, was das Anerkennen der eigenen staatlichen Souveränität voraussetzt.

Im mit den USA verbündeten Süden herrschte seit 1961 das Militär, das u.a. im Mai 1980 einen Volksaufstand in der südwestlich von Seoul gelegenen Provinzhauptstadt Kwangju brutal niederschlug und dabei schätzungsweise 2.000 Personen ermordete. Aus der Präsidentschaftswahl im Dezember 1992 ging erstmalig nach dreißig Jahren ein Zivilist, der ehemalige Oppositionspolitiker Kim Young Sam, als Sieger hervor. Sein Wahlerfolg wurde mit der Hoffnung der Bevölkerung auf Demokratie und politische Stabilität begründet.

Neben Hongkong, Taiwan und Singapur zählt Südkorea zu den sogenannten "vier Drachen", Staaten auf der Schwelle zum Industrieland. 1991 betrug das Bruttoinlandsprodukt Südkoreas pro Einwohner umgerechnet 6.500 US-Dollar (Nordkorea: 1.038 Dollar). Als Schwerpunkte seiner Politik kündigte Kim die Bemühungen um die Wiedervereinigung bis zum Jahr 2000 und wirtschaftliche Reformen an, welche die Umgestaltung Südkoreas in einen modernen Industriestaat vollenden sollen.

Trotz des im Dezember 1991 unterzeichneten Nord-Süd-Vertrags über "Aussöhnung, Gewaltverzicht, Austausch und Zusammenarbeit" setzt man beim Thema Wiedervereinigung auf Zeit, seitdem Wirtschaftsexperten in Seoul errechneten, sie koste Südkorea zwischen 800 Milliarden und 1,2 Billionen US-Dollar. Um den eigenen Besitzstand zu wahren, will sich der Süden nicht am Norden verschlucken und pflegt mehr als in der Vergangenheit den bilateralen Austausch auf verschiedenen Ebenen, vornehmlich der wirtschaftlichen.

Rainer Werning

Fortdauernde Teilung

Nach der japanischen Kapitulation im August 1945 wird Korea (seit 1910 eine Kolonie Japans) in eine sowjetische und eine amerikanische Besatzungszone geteilt. Trotz intensiver politischer Bemühungen aller beteiligten Parteien, einschließlich der UN, mißlingt die Wiederherstellung der Einheit: Am 15. August 1948 wird die Republik Korea (Südkorea) und am 9. September desselben Jahres die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) ausgerufen.

Im Koreakrieg (1950-53) wird Südkorea von Truppen der UN und der USA, Nordkorea von chinesischen Verbänden unterstützt. Das am 27. Juli 1953 im Grenzort Panmunjom zwischen den USA und Nordkorea unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen (dem beizutreten sich Südkorea geweigert hatte und dessen Umwandlung in einen Friedensvertrag aussteht) legte den Grenzverlauf zwischen beiden koreanischen Staaten entlang des 38. Breitengrads fest. Selbst nach dem Ende des Kalten Krieges und der West-Ost-Blockkonfrontation durchschneidet die "Koreanische Mauer" als undurchlässigste Grenze der Neuzeit die Halbinsel in einer Länge von etwa 240 km und vier Kilometern Breite; Telefon-, Post- und Verkehrsverbindungen zwischen Nord und Süd gibt es ebenso wenig wie einen Besucheraustausch.

Beiderseits der sogenannten Entmilitarisierten Zone (DMZ) entlang des 38. Breitengrads stehen sich noch immer rund zwei Millionen bis an die Zähne bewaffnete Soldaten gegenüber. Während der Norden etwa 1,1 Millionen Mann unter Waffen hält, befehligt das nach wie vor US-geführte gemeinsame amerikanisch-südkoreanische Militärkommando offiziell 665.000 südkoreanische Soldaten und zirka 38.000 ständig auf der Halbinsel stationierte GIs.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Todes von Kim Il Sung wurde die südkoreanische Armee in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt.

Rainer Werning

26. Die "Sonne der Nation" ist verloschen. Biographische Mitteilungen über Kim Il Sung. Teil 1

Autor: nyg. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Korea (Nord) · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:32

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas, Präsident der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik, der Große Führer Genosse Kim Il Sung verstarb am 8. Juli 1994 um 2.00 Uhr Ortszeit in Pjöngjang.

Seit die Staaten, die sich noch zum Sozialismus bekennen, an den Fingern einer Hand abzuzählen sind, wartet die kapitalistische "one world" auf solche Meldungen, als seien sie neue Fanfarenstöße zu Ehren ihres Sieges über die Mächte des Bösen.

"Der letzte Dinosaurier des Kommunismus" (1), der "Honi-Freund Kim", der "trotz Jungfrauenblut" starb (2), das er sich angeblich zur Jungerhaltung literweise übertragen ließ und der unter einer Daunendecke schlief, für die 700.000 Spatzen ihr Leben lassen mußten, wurde er "vom eigenen Sohn ermordet?" (3) Wie auch immer, er ist tot, wirklich tot, nicht wie bei seinem letzten Tod 1986, als er 24 Stunden nach der Meldung "Nordkoreas Staatschef Kim Il Sung getötet?" (4), die seitenweise Spekulationen und provisorische Nachrufe in allen Zeitungen nach sich zog, auf dem Flughafen Pjöngjang mit S. Batmunch, damaliger Staats- und Parteichef der Mongolischen VR, zusammentraf und berichtet werden mußte: "Nordkoreas KP-Chef Kim Il Sung lebt offenbar noch." (5) Man hatte sich schon so auf seinen Tod eingestellt, daß sich die Frage "Spiel mit einem Double?" (6) stellte, die mit "Ein Double hätte übertrieben" sachkundig von René Wagner in der FAZ beantwortet wurde (7). Doch zurück in die Gegenwart. Emmeline Dyer, eine englische Sekretärin, sagt uns, wovor wir nun, da er wirklich tot ist, keine Angst mehr haben müssen: "Sein Glied war riesig! Ich war noch Jungfrau." (8) Sind wir das nicht irgendwie alle, unschuldig und hilflos, bedroht von "riesigen" Raketen mit roten Atomsprengköpfen!? Die fallen jetzt dem Sohn und Erben in die Hände, Mr. "Baby Kim" (9), dem "nordkoreanischen Dr. Seltsam" (10), einem "Blaubart und Caligula" (11) namens Kim Dschong Il (Kim Jong Il). Wir dürfen uns also weiter fürchten.

Auch wenn man kein Psychologe zu sein braucht, um sich angesichts solcher Schlagzeilen seine Gedanken über die seelische Verfassung einiger Schreiberlinge der spätkapitalistischen Bourgeoisie zu machen, ist der Tod Kim Il Sungs doch ein Anlaß, sich einmal mit der KDVR ("Nordkorea") und der Person des Verstorbenen zubeschäftigen. So wie die KDVR in der Geschichte der realexistierenden sozialistischen Staaten einen absoluten Sonderfall darstellt, der weder mit Albanien noch mit der VR China zu Zeiten der Kulturrevolution zu vergleichen ist, so sind Kim Il Sung und die Partei der Arbeit Koreas (PDAK) einzigartige Erscheinungen in der internationalen kommunistischen Bewegung. Es steht zu befürchten, daß einst, an Ende der KDVR, noch einmal Wahrheiten auf alle kommunistischen und revolutionären Menschen zukommen werden, die Erinnerungen an jene Zeiten wecken werden, als Pol Pot und das "Demokratische Kampuchea" für den Kommunismus "warben". Deshalb sollen in diesem ak und möglicherweise in ein bis zwei weiteren Ausgaben die KDVR und Kim Il Sung einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

Sohn armer Bauern

Die Biographie des "Großen Führers" war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Gegenstand heftigster Propaganda aus dem Norden und ebenso heftiger Polemik aus dem Süden. Dem unvoreingenommenen Leser erscheinen zunächst beide Seiten wenig glaubhaft. Die offiziellen Versionen aus dem Norden, die seit den 50er Jahren auch mehreren Revisionen unterworfen waren, sind der Form und dem Ausdruck nach hymnisch und aufgrund ihres entsetzlichen Personenkultes, der Geschichte zum Mythos zurückformt, kaum lesbar. Wer sich zutraut, genug Hartnäckigkeit, Sitzfleisch und Leidensbereitschaft aufzubringen, dem sei der "Kurze Abriß über die revolutionäre Tätigkeit des Großen Führers Genossen Kim Il Sung" (12) zugemutet, der kürzesten von drei offiziellen Biographien (die anderen sind bisher nur auf Englisch zu erhalten). Die südkoreanische Gegenpropaganda erweckt hingegen oft den Eindruck, als seien ihre Autoren Angestellte des KCIA bzw. seiner Nachfolgeorganisation, die beauftragt sind, billige antikommunistische Propaganda als Meterware zu verfassen.

An dieser Stelle soll kurz der relativ gesicherte Informationsstand zusammengefaßt und auf einige offene Fragen eingegangen werden. "Der große Führer Genosse Kim Il Sung, die Sonne der Nation und legendärer Held, wurde am 15. April 1912 in einer armen Bauernfamilie in Mangjongdä, Stadt Pjöngjang (damals Gemeinde Nam, Unterkreis Kopjong, Kreis Dädong, Bezirk Süd-Pjöngjang) geboren." (13) Diese Angabe, sowie sein eigentlicher Name (Kim Song Dzu, nach anderer Umschrift: Kim Sung Ju), werden auch von südkoreanischer Seite bestätigt (14), wobei anzumerken ist, daß die Familie wohl nicht so "arm" war, wie es heute dargestellt wird. Immerhin besaß sie einen kleinen Bauernhof, und der älteste Sohn konnte zur Schule geschickt werden. Sein Vater Kim Hjong Dzik, der im damals japanisch besetzten Korea in der patriotischen Bewegung aktiv war, wurde 1917 von der japanischen Polizei verhaftet und floh mit Frau und Kindern nach seiner Entlassung in den Nordosten Chinas. Im Jahre 1923 kehrte Kim Il Sung allein in seinen Geburtsort zurück und besuchte die Schule. Als sein Vater 1925 in Nordost-China wieder verhaftet wurde, ging Kim, angeblich allein und zu Fuß zum damaligen Wohnort seiner Eltern, Bedaogou, um sich um seine Mutter zu kümmern. Als er auf diesem Weg den Yalu (koreanisch: Amnok), den Grenzfluß zwischen China und Korea, überquerte, schwor er angeblich, "um jeden Preis die Wiedergeburt der Heimat zu erringen und zurückzukehren". (15)

Er besuchte in verschiedenen Orten die Schule, zunächst in Fusong, dann die Hwasong-Uisuk-Schule in Huadian (seit Juni 1926) und schließlich die Yuwen-Mittelschule in der Stadt Jilin. Sein Vater starb am 5. Juni 1926, wohl an den Folgen der Haft, aus der er geflohen war. Seit dem Juni 1926 soll Kim, im Alter von 14 Jahren (!) "gründlich den Marxismus-Leninismus" studiert haben (16), was zumindest fragwürdig ist, da zu diesem Zeitpunkt kaum marxistische Literatur in chinesischen oder koreanischen Übersetzungen zur Verfügung stand, und die wenigen Ausgaben noch dazu streng verbotene Untergrundpublikationen waren. Während es in der offiziellen Biographie von 1951 noch heißt, Kim sei 1926 einer "Kommunistischen Jugendliga" beigetreten (17), heißt es im "Kurzen Abriß ...", er habe "am 17. Oktober 1926 den Verband zur Zerschlagung des Imperialismus" (VZI) gegründet". (18) Beide Versionen sind höchst zweifelhaft. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hatte damals in dem genannten Gebiet keinen Zweig ihrer Jugendliga, und in den Mitglieder-Akten der "Kommunistischen Jugendliga von Koryo", die unter der Leitung des "Mandschurischen Generalbüros der Koreanischen KP" stand, findet sich Kim weder unter seinem richtigen Namen noch unter Pseudonym. (Die Akten waren den Japanern 1927 bei einer Razzia in die Hände gefallen.) (19) Über den "VZI" gibt es überhaupt keine überprüfbaren historischen Quellen.

Während Kim die Yuwen-Schule in Jilin besuchte, wurde er nach übereinstimmenden Angaben aufgrund seiner politischen Aktivitäten für einige Monate inhaftiert, entweder 1927/28 (20) oder 1929/30. (21) Kurz nach seiner Entlassung (ca. 1931) trat er der Kommunistischen Partei bei, und zwar zweifellos der KP Chinas, eine Tatsache, die heute in der offiziellen Biographie ganz verschwiegen wird. (22) Angeblich nahm er etwa zu diesem Zeitpunkt auch sein Pseudonym Kim Il Sung an. Il Sung bedeutet in einer ersten Schreibweise "ein Stern", in einer zweiten, endgültigen, "die Sonne geht auf". (23) In südkoreanischen Publikationen ist häufig der Vorwurf zu finden, daß Kim sich damit den Namen eines "anderen Kim Il Sung" angeeignet habe, eines "legendären antijapanischen Helden", der schon in den 20er Jahren Partisaneneinheiten geführt habe und in den 30er Jahren gefallen sei. Das mag stimmen oder nicht (wobei der "richtige" Kim Il Sung eben auch mehr durch Legenden denn durch historische Quellen belegt ist), es ist in jedem Fall für den Kim Il Sung, von dem hier die Rede ist, relativ belanglos, denn es handelt sich zweifellos um die Person, die nach dem Zweiten Weltkrieg Nordkorea regierte.

Verschwiegene

internationale Erfahrungen

Während die offiziellen koreanischen Biographien von diesen Zeitpunkt an Kim zum Begründer und Führer einer originär koreanischen kommunistischen Partisanenbewegung machen (24), belegen chinesische Quellen (die in der VR China - wohl aus Rücksicht auf die KDVR - immer nur "intern" verbreitet werden) und südkoreanische wie japanische Archivmaterialien, daß Kim Il Sung ab 1932 Kommandeur der dritten Division der "Nordostchinesischen Revolutionären Volksarmee" (später: "Nordostchinesische Vereinigte Antijapanische Armee") war, einer ethnisch gemischten militärischen Formation, (25) die unter Führung der KPCh stand und von General Yang Jingyu kommandiert wurde, einem Chinesen aus der Provinz Henan, der für diese Aufgabe in den Nordosten abkommandiert worden war. (26) Die in den offiziellen Darstellungen vielgerühmten Guerilla-Aktivitäten Kims zur Befreiung des Heimatlandes, die hauptsächlich auf chinesischem Boden

stattfanden und sich nur selten und für kurze Zeit in nordkoreanisches Gebiet ausdehnen konnten, waren also Bestandteil des antijapanischen Widerstandes der KPCh. Viele ethnische Koreaner, die diesen Einheiten angehörten, blieben noch dem Krieg in China ansässig und wurden chinesische Staatsbürger.

Die japanische Guandong-Armee verstärkte ihren Kampf gegen die Partisanen so, daß zu Anfang der 40er Jahre praktisch alle Guerilla-Einheiten zerschlagen wurden oder nordwärts in die Sowjetunion flohen. Nachdem das erste Armeekorps aufgerieben worden und Yang Jingyu am 23. Februar 1940 gefallen war (27), war die Einheit Kim Il Sungs bei Shisidaogou eingeschlossen. Kim konnte Anfang 1941 mit einigen seiner Soldaten - man spricht von etwa 200 Personen - in die SU fliehen, wo seine Einheit bei Chabarowsk militärisch ausgebildet wurde. (28) Dort ist am 16. Februar 1941 auch Kim Dschong Il, sein ältester Sohn und heutiger Nachfolger, geboren worden.

Nach japanischen Angaben wurde Kims Einheit schließlich zu einer Kompanie innerhalb eines "Nationalen Bataillons" von Angehörigen der koreanischen Minderheit in der SU, das zur Verteidigung Stalingrads eingesetzt wurde. Später sei das Bataillon nochmal zum Einsatz gekommen, als die Blockade Leningrads durchbrochen wurde. Dabei habe sich Kim Il Sung derart ausgezeichnet, daß ihm der Rotbanner-Orden der SU verliehen wurde. (29)

Die offiziellen Biographien verschweigen diesen Abschnitt der Lebensgeschichte Kims vollkommen. Er soll das Chungbai-Gebirge, also das chinesisch-koreanische Grenzgebiet nie verlassen und den Guerillakrieg unablässig fortgeführt haben. Kim Dschong Il sei am 16.2.1942 (aus "jubiläumstechnischen" Gründen wurde in den 80er Jahren sein Geburtsdatum um ein Jahr verschoben, um einen exakten Drei-Jahrzehnte-Abstand zum Vater herzustellen) am Fuße des Bäktu-San, des heiligen Berges der koreanischen Mythologie, in einer Blockhütte geboren. Sinn und Zweck dieser Geschichtsfälschungen ist, für Übereinstimmung mit den Prinzipien der von Kim Il Sung kreierten Dschutsche(Juche)-Ideologie zu sorgen, nach denen Revolution und sozialistischer Aufbau autozentriert und aus eigener Kraft erfolgen müssen. Ihre nationalchauvinistischen Züge verbieten internationalistische "Eskapaden", wie sie sich Kim Il Sung in seiner Jugend offenbar hat "zuschulden" kommen lassen.

So kam Kim im August 1945, nach der japanischen Kapitulation am 15.8., zusammen mit der Einheit seiner Getreuen im Gefolge der sowjetischen Armee und im Rang eines Majors zurück nach Korea. In der offiziellen Fassung liest sich das so: "Am 9. August 1945 gab der große Führer Genosse Kim Il Sung den Befehl, zur entscheidenden Angriffsoperation für die Befreiung der Heimat überzugehen. Auf Befehl der Genossen Kim Il Sung gingen die Einheiten der KRVA zum Generalangriff über und rückten stürmisch voran, indem sie mit den Truppen der Sowjetarmee, die sich am Krieg gegen Japan beteiligten, in Verbindung standen." (30)

Am 14. Oktober 1945 wurde Kim schließlich auf einer Massenkundgebung der Bevölkerung Pjöngjangs vorgestellt. Die sowjetische Führung unter Stalin beabsichtigte wohl, einen zuverlässigen, zumindest zeitweise in der SU ausgebildeten Politiker an die Macht zu bringen, um Korea zu einem festen Bestandteil des sich herausbildenden "sozialistischen Lagers" zu machen.

nyg.

Kims Biographie nach dem 2. Weltkrieg wird im nächsten ak zusammen mit der Geschichte der koreanischen kommunistischen Bewegung und der Partei der Arbeit Koreas (PDAK) dargestellt.

Anmerkungen:

1) Berliner Morgenpost, 10.7.94

2) BZ am Sonntag, 10.7.94

3) BILD (Berlin), 11.7.94

4) Berliner Morgenpost, 18.11.86

5) Berliner Morgenpost, 19.-20.11.86

6) SZ, 20.11.86

7) FAZ, 20.11.86

8) "Ich war die Sex-Sklavin von Kim", in: BZ, 11.7.94, S. 3

9) taz, 11.7.94

10) "Der kleine, böse Prinz", in: Die Woche, 14.7.94, S. 17

11) Wochenpost, 21.7.94, S. 16.

12) Verlag für Fremdsprachige Literatur, Pjöngjang 1982, 327 S.

13) "Kurzer Abriß ...", S. 4

14) vgl. z.B. Kim, Chang-soon, "Formation of Kim Il-Sung Regime", In: North Korean Communism. A Comparative Analysis" (fortan zitiert als NKC), ed. by Chung, Chong-Shik and Kim, Gahb-chol, Seoul 1980, S. 9-78, hier S. 36.

15) "Kurzer Abriß ...", S. 9

16) ebd., 3. 11.

17) vgl. NKC, S. 28f.

18) "Kurzer Abriß ...", S. 11.

19) NKC, S. 31

20) nach offiziellen Angaben von 1951, vgl. ebd., S. 29

21) "Kurzer Abriß ...", S. 20

22) Die Koreanische KP war aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen und bis spätestens Dezember 1929 sowohl in ganz Korea, als auch in Nordost-China aufgelöst worden. Die offizielle Kim-Biographie von 1951 spricht einfach vom Eintritt in "die KP" (vgl. NKC, S. 31), während sowjetische Quellen eindeutig die KPCh nennen (Bolsaja Sovetskaja Enciklopedija, Bd. 20, S. 625), eine Darstellung, die in den 50er Jahren im gesamten sozialistischen Lager übernommen wurde (vgl. z.B. Max Zimmering, "Land der Morgenfrische", Berlin (DDR) 1956, S. 49).

23) "Kurzer Abriß ...", S. 26

24) So soll Kim an 6. Juli 1930 die "Koreanische Revolutionsarmee", am 25. April 1922 die "Antijapanische Partisanenvolksarmee" und schließlich im März 1934 die "Koreanische Revolutionäre Volksarmee" (KRVA) gegründet haben ("Kurzer Abriß...", S. 24f., 33, 53).

25) Später gab es wohl auch eine eigene sog. Kim-Il-Sung-Einheit, die zur sechsten Division gehörte (vgl. NKC, S. 57).

26) vgl. Yang, Ho-min, "Personality Cult in North Korea", in: NKC, S. 167209, hier S. 171

27) vgl. NKC, S. 57, dort aber falsche Angabe "Second Army"

28) NKC, S. 57f., 171f.

29) zitiert nach NKC, S. 58

30) "Kurzer Abriß ...", S. 93

27. Gewittersturm über Warschau. Politische Akzente des Aufstandes 1944

Autor: Werner Röhr · Rubrik: Geschichte; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:10

Der Warschauer Aufstand 1944 gehört zu jenen Ereignissen der Geschichte Polens, die in diesem Lande widersprüchliche Gefühle und Gedanken hervorrufen. Und das hängt nicht nur mit der Tragödie Warschaus als dem Ergebnis dieses Aufstands zusammen, sondern ebenso mit seinem zwieschlächtigen Charakter:

- Er bildet einen der Höhepunkte des bewaffneten Kampfes gegen die Okkupationsherrschaft des deutschen Faschismus. (1) Nach fünf Jahren Unterdrückung und Diskriminierung, Verelendung und Terrorisierung, nach riesigen Verlusten durch Mordterror und Völkermord bestand für die Warschauer Bevölkerung endlich die Möglichkeit, den verhaßten Besatzern im offenen Kampf entgegenzutreten. Ungeachtet des gravierenden Mangels an Waffen und Munition brachten Kampfesmut und Opferbereitschaft der Aufständischen die Okkupanten in eine schwierige Lage. Erst nach neun Wochen erbitterter und verlustreicher Kämpfe konnten sie den Widerstand brechen. An jedem der 63 Kampftage habe der Aufstand, so klagte Himmler, "300 Mann Infanterie gekostet". (2) Die Niederschlagung hielt zwei Monate lang etwa 25 000 deutsche Soldaten mit schweren Waffen vom Kampf an anderen Fronten ab. Selbst das Armeeoberkommando (AOK) 9, dem die zur Niederschlagung eingesetzten Truppen unterstanden, mußte einräumen: "Die Polen kämpfen wie Helden." (3)

- Auch wenn die polnischen Soldaten und Offiziere die geheimen Instruktionen ihrer Führung und deren politische Absichten nicht kannten, so waren gerade diese für den politischen Charakter des Aufstandes maßgebend. (4) Der Exilregierung in London, ihrer Delegatur in Warschau und dem Kommando ihrer Landesarmee (Armia Krajowa - AK) ging es bei dem Aufstand entscheidend um die eigene politische Macht. Er war eine politische Machtdemonstration mit militärischen Mitteln. Militärisch war der Aufstand gegen die deutschen Okkupanten gerichtet, politisch aber gegen das eine Woche zuvor gebildete Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (Polki Komitet Wyzwolenia Narodowego - PKWN) als faktische provisorische Regierung Polens und gegen die Sowjetunion. Innenpolitisch sollten so der Machtanspruch der vor 1939 herrschenden Klassen Polens durchgesetzt und revolutionäre Veränderungen mit Gewalt verhindert werden. Außenpolitisch sollte die Macht der Exilregierung in der Hauptstadt vor deren Befreiung durch die Rote Armee geltend gemacht werden. Da sich diese Demonstration politisch gegen die Sowjetunion richtete, wurde absichtlich auf jede Information und jede Absprache mit ihr verzichtet. Aber auch die westlichen Alliierten wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die abenteuerliche Zielsetzung zog zwangsläufig militärisch abenteuerliche Konsequenzen nach sich.

Im folgenden sollen vor allem die politischen Zwecke erörtert, dagegen militärische Aspekte nur insoweit berührt werden, wie jene darin Ausdruck fanden.

I. Okkupationsherrschaft und Aufstandsplanung

Nach der Niederlage Polens bildete General Wladyslaw Sikorski am 30. September 1939 in Paris (ab 1940: London) eine polnische Exilregierung. Sie stützte sich auf vier Parteien, die ebenso wie Sikorski selbst vorher in Opposition zum Sanacja-Regime (5) gestanden hatten. Doch die militärischen und politischen Vertreter der Sanacja verstanden es, sich auch in der Exilregierung starken Einfluß zu sichern und in deren Streitkräften die entscheidenden Positionen zu besetzen. Neben Exilpräsident Radkiewicz war der wichtigste politische Exponent des Sanacja-Flügels der polnischen herrschenden Klassen General Kazimierz Sosnkowski. Er avancierte nach dem Tode Sikorskis zum Oberkommandierenden aller dem Londoner Lager unterstehenden Streitkräfte. Im besetzten Polen war der Kommandeur der AK (bis 1942: Zwiazek Walki Zbrojnej - ZWZ, Kampfbund), General Stefan Rowecki ("Grot"), der mächtigste Vertreter des Sanacja-Flügels. Die politischen Gegensätze zwischen den Flügeln des Londoner Lagers erstreckten sich auf alle grundlegenden politischen Fragen, schlossen daher das Verhältnis zur Sowjetunion ebenso ein wie die Widerstandskonzeption und Aufstandsplanung.

Der vom Londoner Lager getragene Widerstand hatte viele Stränge. (6) Hier sei auf die zwei wichtigsten verwiesen, einmal die Planung und Vorbereitung eines gesamtnationalen Aufstandes, zum anderen Nachrichtendienst und Diversion. Beide waren eng mit den strategischen Plänen Großbritanniens verbunden. Die Tätigkeit vieler Widerstandsorganisationen in Polen war in die europaweite Konzeption der britischen

Special Operations Executive (SOE) eingeordnet. Diversion und Informationsgewinnung erfolgten z.T. in deren direktem Auftrag und unter Finanzierung durch die SOE.

Die im Verständnis der Führung der AK wichtigste Tätigkeit war die Planung und Vorbereitung eines allgemeinen nationalen Aufstandes gegen die Okkupanten. Er sollte mit den polnischen Streitkräften im Exil gemeinsam durchgeführt und mit den strategischen Plänen Frankreichs und Großbritanniens koordiniert werden.

Bis zum Aufstand sollte die AK allerdings "Gewehr bei Fuß" stehen. Der Aufstand sollte eine einmalige Aktion, nicht aber Abschluß eines längeren bewaffneten Kampfes sein. Die AK-Führung lehnte den Partisanenkampf, wie er seit 1942 von der Volksgarde (Gwardia Ludowa - GL; ab 1944: Volksarmee, Armia Ludowa - AL) geführt wurde, entschieden ab. Deren Kritik, daß ein Aufstand aus dem Stand scheitern müsse und nur eigene Kampferfahrungen zu einem erfolgreichen bewaffneten Aufstand befähigen würden, wies die AK zurück. Erst der bewaffnete Widerstand der polnischen Bauern gegen ihre Aussiedlung im Kreise Zamosc zwang die AK-Führung Ende 1943, wenigstens partiell von ihrer "Gewehr-bei-Fuß"-Haltung abzugehen. (7)

Von den einzelnen Planungsphasen und -varianten können hier nur einige skizziert werden. Sie alle gingen von der Annahme der "zwei Feinde" Polens aus: Deutschland und die Sowjetunion. Ein erster Plan (Raport operacyjny nr. 54) von Anfang 1941 sah den bewaffneten Kampf sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die Sowjetunion vor. Er basierte auf der Annahme, die Deutschen würden sich wie 1918 aus Polen zurückziehen. Dieser Aufstandsplan kannte weder Sabotage und Diversionshandlungen noch Partisanenaktionen. Für einen Aufstand von zwei bis drei Tagen sollten nicht einmal größere Kreise der Bevölkerung bewaffnet werden, denn man wollte die Übergabe von Waffen an Gegner der Sanacja vermeiden.

Das Abkommen zwischen der Exilregierung Sikorski und der Sowjetunion vom 30. Juli 1941, das Militärabkommen zwischen ihnen vom 14. August 1941 sowie die Deklaration über Freundschaft und gegenseitige Hilfe vom 4. Dezember 1941 hätten die Aufstandsplaner zu entscheidenden Veränderungen veranlassen müssen. Doch das Verhältnis der AK-Führung zur Sowjetunion änderte sich im Grunde wenig. Zwar hob Sikorski als Oberster Befehlshaber in einer Depesche vom 3.3.42 an Rowecki dessen Befehl auf, der Roten Armee im Fall ihres Betretens polnischen Territoriums in den Grenzen von 1939 bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Doch Rowecki stand unverändert auf der Plattform der zwei Feinde und verhielt sich ablehnend zu Sikorskis Instruktion, die UdSSR wenigstens zeitweise als Bündnispartner zu behandeln und einer Polen befreienden Roten Armee keine Kämpfe zu liefern. In einem Radiogramm nach London vom 22.6.42 bekräftigte Rowecki: "Rußland war und wird unser Feind sein." (8) Einen bewaffneten Aufstand gegen die deutschen Okkupanten sah der Kommandeur der AK nur für den Fall vor, daß die Deutschen den anglosächsischen Kräften erliegen und selbst den Rückzug aus den okkupierten Gebieten beginnen würden. Roweckis Plan, die AK gegen eine Polen von den deutschen Okkupanten befreienden Rote Armee einzusetzen, widersprach den Absichten Sikorskis, der kein schnelles Auseinanderbrechen der Antihitlerkoalition erwartete. Auch er verband die Aufstandsplanung mit der Absicht, die Sowjetunion vor die vollendete Tatsache der Anwesenheit britischer Truppen in Polen zu stellen. Daher dementierte er Roweckis Aussage, Großbritannien hätte die Hegemonie in Osteuropa an Rußland abgegeben.

Im nächsten Plan (Raport operacyjny nr. 154) vom September 1942, den Rowecki und sein Stabschef, General Tadeusz Pelczynski ("Grzegorz"), unter Berücksichtigung einiger Hinweise Sikorskis ausgearbeitet hatten, war vorgesehen: Der Aufstand hat erst zum Zeitpunkt der unzweifelhaften militärischen Niederlage des III. Reiches zu beginnen. Hauptziel ist die Liquidierung der Okkupationsmacht im Generalgouvernement (GG). Obgleich Rußland potentieller Gegner bleibt, werden zunächst keine bewaffneten Kämpfe für den Fall vorgesehen, daß die Rote Armee die polnisch-sowjetische Grenze von 1939 überschreitet. Doch hielten sich Rowecki und Pelczynski diese Möglichkeit offen. Auch in ihrem Plan wurde vor allem davon ausgegangen, daß Deutschland vor den Westmächten kapitulieren und sich wie 1918 aus Polen zurückziehen werde.

Sikorski kennzeichnete im Schreiben vom 28. November 1942 an Rowecki den Plan der AK-Führung, den militärischen Kampf mit der Roten Armee aufzunehmen, als hellen Wahnsinn und wiederholte am 6. Februar 1943 noch einmal: "Ihr müßt begreifen, daß Polen weder heute noch in Zukunft einen Krieg an zwei Fronten führen kann und eine Verständigung mit Rußland unabdingbar ist." (9)

Nach der Stalingrader Schlacht war auch für die verbohrtesten Sowjetfeinde die Möglichkeit nicht mehr zu ignorieren, daß nicht britische Truppen, sondern die Rote Armee die deutschen Okkupanten aus Polen vertreiben werde. Im Zusammenhang damit befahl Sikorski Rowecki: "Jedoch für den allerschlimmsten Fall, wenn ein Eindringen erfolgen sollte, bevor unsere Verbündeten zu uns gelangen, und ohne genauere Absprachen mit uns, müßten wir den Russen zuvorkommen und vollendete Tatsachen schaffen, durch die Schaffung und die Übernahme der militärischen und der administrativen Macht im Lande, an die erste Stelle die östlichen Städte setzend mit Wilna und Lwow an der Spitze. Die sowjetische Armee müßten wir als Bündnispartner behandeln, aber für jede Illoyalität von ihrer Seite eine anglosächsische Intervention fordern (...) Den Trumpf der Zusammenarbeit mit der sowjetischen Armee können wir politisch gewinnen." (10) Diese Orientierung sollte 1944 für die Aktion "Burza" (Gewittersturm) entscheidende Bedeutung gewinnen: An die Stelle eines bewaffneten Aufstandes trat damit in den Planungen eine militärisch-politische Demonstration. Es sei jedoch hinzugefügt, daß in allen Planungsvarianten auch die innenpolitische Funktion des Aufstandes gravierende Bedeutung hatte: Der Aufstand sollte nach außen und innen den Machtanspruch der bis 1939 herrschenden Klassen mit Gewalt absichern.

Rowecki kehrte am 8. Juni 1943 zur ursprünglichen Konzeption der Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die Rote Armee, sobald diese die Grenzen von 1939 überschreite, zurück und schrieb dem Premier: "Die einzige zweckmäßige und begründete Haltung gegenüber Rußland ist angesichts dessen unsere Position der Verteidigung und der Aktivität, also eine grundsätzlich feindliche (...) Selbst der Versuch einer Anerkennung der Russen als Verbündete schädigt die Bereitschaft der bewaffneten Kräfte und die Grundlage des ganzen Landes (...) Selbst der Versuch einer freundschaftlichen, verbündeten Position spaltet uns und hindert uns, die grundlegenden soldatischen Aufgaben in dem Fall zu erfüllen, daß es notwendig ist, Rußland entgegenzutreten." (11) Für Rowecki war die beste Lösung eine Niederlage der Sowjetunion durch Hitlerdeutschland, für günstig hielt er auch deren Auflösung durch innere Diversion. Praktisch sollte die AK bei einer Annäherung der Roten Armee gegen sie dieselbe Diversion anwenden wie gegen die deutschen Okkupanten: die Kommunikationslinien bis zur Weichsel und zum San zerstören, den Kampf dort aufnehmen, wo eine minimale Chance bestand, ihn auszufechten und dort in der Konspiration verharren, wo keine Aussicht bestand. Allerdings sollte die AK in jedem Fall bereit sein, auf Befehl den Kampf gegen Rußland aufzunehmen.

Sikorskis Verhältnis zu diesen Vorschlägen ist nicht bekannt, er kam am 4. Juli 1943 in Gibraltar bei einem Absturz seines Flugzeuges, dessen Umstände bis heute nicht geklärt sind, um.

II. 1943: Bürgerkrieg im Untergrund

Nach der Aufdeckung der Gräber 1939 der von der UdSSR internierten polnischen Offiziere bei Katyn im April 1943 brach die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung ab. (12) Sie nahm die Bitte der Exilregierung an das Internationale Rote Kreuz, bei der Exhumierung der Leichen und der Klärung der Umstände ihres Todes zu helfen, zum Vorwand, der Exilregierung eine direkte Unterstützung der Nazipropaganda zu unterstellen. Fehlende diplomatische Beziehungen hinderten beide Regierungen jedoch nicht daran, in London offizielle Verhandlungen zu führen.

Nach dem Tod General Sikorskis im Juli wurde Stanislaw Mikolajczyk von der Bauernpartei (Stronnictwo Ludowe - SL) sein Nachfolger als Chef der polnischen Exilregierung. Doch Sikorskis Stellung als Oberster Befehlshaber übernahm General Sosnkowski. Damit hatte der Sanacja-Flügel nun ausnahmslos die höchsten militärischen Machtpositionen besetzt.

Am 30. Juni 1943 hatte die Gestapo in Warschau General Rowecki verhaftet. Er lehnte die Angebote einer Kollaboration mit den deutschen Faschisten ab und wurde nach den Ausbruch des Warschauer Aufstandes im KZ Sachsenhausen erschossen. Nachfolger Roweckis als Befehlshaber der AK wurde der politisch unerfahrene ehemalige Kommandant einer Kavallerieschule, General Tadeusz Komorowski ("Bor"). Gleichzeitig hatte die Gestapo auch den Vertreter der Exilregierung im Lande, Prof. Jan Piekalkiewicz von der Bauernpartei, verhaftet. Zum neuen Delegaten wurde Jan Stanislaw Jankowski bestimmt, ein der Sanacja nahestehender Gutsbesitzer von der Partei der Arbeit (Stronnictwo Pracy - SP). In den Spitzen des Londoner Lagers hatte sich so im Sommer 1943 ein scharfer Rechtsruck vollzogen, die antikommunistischen und antisowjetischen Tendenzen wurden verschärft. Während Sanacja-Offiziere alle Kommandopositionen der Streitkräfte inne hatten, wurde der Apparat des Londoner Lagers im Untergrund des besetzten Landes von den rechtskonservativen Kräften majorisiert.

Für die neue Equipe in Exilregierung, Delegatur und AK-Führung gehörte das Prinzip der zwei Feinde Polen ebenso zu den grundlegenden Voraussetzungen ihrer Politik wie die Annahme eines Konfliktes mit der UdSSR. Diese Verschiebung im Kräfteverhältnis innerhalb des Londoner Lagers hatte im Sommer 1943 sofort praktische Folgen: Mit dem Überfall auf eine Abteilung der Volksgarde am 9. August 1943 bei Borow und der Ermordung von 29 ihrer Partisanen eröffnete die polnische Rechte den Bürgerkrieg im Untergrund. Die Mörder waren Angehörige der Nationalen Streitkräfte (Narodowe Sily Zbrojne - NSZ), des bewaffneten Armes der der Exilregierung angehörenden Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe - SN). Abteilungen des NSZ, aber auch reaktionäre AK-Einheiten, verfolgten und mordeten seither sowjetische und polnische Partisanen (der GL), aber auch fortschrittliche Vertreter der Bauernbataillone, vor allem aber Kommunisten und Juden, letztere sogar noch während des Aufstandes in befreiten Teilen Warschaus. Während des Warschauer Aufstandes verübte eine NSZ-Abteilung am 8. September 1944 bei Rzabiec einen bestialischen Mord an 88 polnischen und sowjetischen Partisanen.

Im März 1943 hatte Premier Sikorski einige Vorschläge Roweckis für die Aufstandsplanung gebilligt, vor allem jenen, den Aufstand von Osten her zu beginnen. Seit dieser Zeit bemühte sich die Exilregierung verstärkt darum, dem Aufstand stärkere Unterstützung seiner Alliierten, insbesondere durch die amerikanische Seite, zu sichern. Die Exilregierung nahm ebenfalls Verhandlungen auf, um in der Endphase des Krieges alle ihr unterstehenden polnischen Streitkräfte für den Aufstand in Polen einsetzen zu können. Dies war auch Gegenstand einer Beratung der Komitees der Vereinigten Stabschefs (Combined Chiefs Staff - CCS) in Washington. Bedingung eines Aufstandes sollte seine genaue Abstimmung mit den Plänen der Alliierten sein, in Abhängigkeit davon, daß deren Einmarsch nach Polen von Süden, aus dem Balkan erfolgte. Eine vollständige Bewaffnung der AK hing von deren Stellenwert für die Pläne der Alliierten ab.

Die führenden Vertreter Großbritanniens und der USA berieten 1943 mehrfach über ihre gegenseitige Abstimmung und trafen Entscheidungen von strategischer Bedeutung. Dabei setzte sich der amerikanische Standpunkt durch, die Operation Overlord im westlichen Frankreich durchzuführen. Diese Entscheidung wurde von der UdSSR in Teheran im November/Dezember 1943 unterstützt. Die Festlegungen von Teheran schlossen ein, daß Polen sich im Operationsbereich der Roten Armee befinden würde: Mitteleuropa und Süd-Osteuropa wurden als deren Operationsgebiet bestimmt. Alle Rechnungen der polnischen Exilregierung und der AK-Führung auf eine Teilnahme britischer und amerikanischer Streitkräfte an der Befreiung Polens waren damit gegenstandslos geworden.

Wie sehr politisches Wunschdenken im Londoner Lager die Wahrnehmung der Realität prägte, zeigt eine Denkschrift des Delegaten Jankowski für Premier Mikolajczyk vom 10. Februar 1944 über territoriale Kriegsziele Polens: Über die polnisch-sowjetische Grenze von 1921 hinaus sollte Litauen dem polnischen Staat einverleibt werden - und im Falle militärischer Schwäche der Sowjetunion Lettland und Estland ebenfalls - während die Ukraine und Weißrußland politisch und militärisch mit Polen verbunden werden müßten. (13) Der fehlende Realitätssinn der führenden Politiker des Londoner Lagers wurde nur noch von ihrer Beunruhigung über die sowjetischen militärischen Erfolge übertroffen.

III. Gesamtnationaler Aufstand oder Aktion "Burza"?

Unabdingbare Bedingung des Gelingens eines Nationalaufstandes gegen die deutsche Okkupationsherrschaft in Polen war dessen Abstimmung mit jener Armee, in deren Operationsstreifen sich Polen befand. Ebenso unerläßlich für sein Gelingen war eine Hilfe mit Waffen, Munition und anderen Kampfmitteln durch Polens Verbündete. Während die Exilregierungen aller jener europäischer Länder, die im Operationsgebiet der alliierten Armeen lagen - ob Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen oder die Tschechoslowakei -, entsprechende Abkommen aushandelten, vermied die polnische Regierung trotz Drängens ihres Gastgebers jede Vereinbarung. Zwar gab es trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Kontakte und Verhandlungen im Mai und Juni 1943 in London, doch machte die polnische Seite jede Übereinkunft von einer Anerkennung der Grenzen von 1939 abhängig. Delegat Jankowski sprach sich im Februar 1944 sogar gegen jegliche Verhandlungen mit der Sowjetunion aus.

Starke Kräfte in Exilregierung und Delegatur sowie die AK-Führung rechneten darauf, die Antihitlerkoalition entzweien und über die Regierungen in London und Washington stärkeren Druck auf die UdSSR ausüben zu können, sobald die alliierten Kräfte in Europa gelandet wären. Nun duldete aber keine der alliierten Armeen im Rücken ihrer Front irgendwelche Truppen oder Partisanen, mit denen sie keine vertraglichen Regelungen

hatte. Auch die Rote Armee verfuhr so. Erst das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung schloß am 26. Juli 1944, d.h. eine Woche vor dem Warschauer Aufstand, einen solchen Vertrag mit der sowjetischen Regierung ab.

Je näher die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands rückte und je offensichtlicher es wurde, daß nur die Rote Armee Polen befreien würde, desto paradoxer wurde die Haltung des Londoner Lagers: In dem Maße, wie das Interesse der Briten und der Amerikaner an einem polnischen Aufstand und an der Tätigkeit der AK nachließ, wuchsen die Hoffnungen dieser polnischen Politiker auf deren Einmischung in die polnischen Fragen. Anstatt eigene, innerpolnische Lösungen zu suchen und mit der Sowjetunion zu verhandeln, setzten sie immer stärker auf äußere Kräfte, die aus Klassensolidarität mit der polnischen Bourgeoisie bereit wären, diese politisch und militärisch zu unterstützen.

Deren sinkendes Interesse drückte sich auch in der Beschränkung alliierter Waffenabwürfe für die AK im ersten Quartal 1944 aus. Ein Besuch von Mikolajczyk in Washington konnte daran nicht viel ändern. Schließlich entschieden die Stabschefs der USA und Großbritanniens in der Frage der Hilfe für einen Aufstand in Polen am 7. Juli 1944:

- Die alliierte Führung hat nicht die Möglichkeit, auf dem Luftweg ausreichende Mengen Waffen zur Sicherung eines Aufstandes zu liefern. Möglich wäre das allein zu Lande, oder über das Meer im Zusammenhang mit sowjetischen Operationen.

- Den Termin eines Aufstandes in Polen können nur die polnischen Stellen in Abstimmung mit dem am meisten interessierten Bündnispartner vornehmen, der UdSSR.

- Die Diversionstätigkeit gegen die deutschen Kommunikationslinien ist eine vor allem für die UdSSR nützliche Operation und sollte daher mit ihr abgestimmt werden. (14)

Die Aufstandsvarianten sahen niemals vor, durch den Aufstand eine sowjetische Befreiung Polens zu unterstützen. Im Gegenteil, je näher die Front rückte, desto mehr fürchtete man in der Führung des Londoner Lagers, ein gesamtnationaler Aufstand könnte eine "vorzeitige" Niederlage Deutschlands herbeiführen helfen. Das Interesse am Aufstand erlahmte sichtlich, schließlich wurde der Plan eines allgemeinen Aufstandes durch den der Aktion "Burza" ersetzt. In der "Instruktion der Regierung für das Land" vom 27. Oktober 1943 und im Befehl des Kommandeurs der AK vom 20. November 1943 wurden die Ziele für "Burza" festgelegt: Aufgabe der AK sollte es sein, im Maße des Rückzuges der Wehrmacht einzelne Ortschaften einzunehmen, um dort der Roten Armee und den mit ihr verbündeten Streitkräften der 1. Polnischen Armee (Berling-Armee) wie auch den Partisanen der Volksarmee als bereits etablierte Staatsmacht der Londoner Exilregierung gegenüberzutreten. Im Falle des sowjetischen Vormarsches hatten die jeweiligen AK-Einheiten unmittelbar vor dem Durchbrechen der Front bzw. vor der Befreiung einer Stadt offen aufzutreten und Kampfhandlungen gegen die deutschen Truppen aufzunehmen. Dabei könnten sie ggfs. mit den sowjetischen Einheiten zusammenwirken, und sich dabei den sowjetischen Kommandeuren als Einheiten der AK vorstellen.

Dieses Auftreten hatte in die Forderung auf politische und militärische Anerkennung als Hausherr, als legitime Macht des umkämpften Gebietes sowie als militärischer Bündnispartner zu münden. Auf diese Weise wäre mit einem Minimum militärischen Einsatzes gegen die deutschen Okkupanten ein Maximum an politischer Anerkennung zu erreichen.

Statt eines militärischen Kampfes gegen die Okkupanten, der ihnen ernsthafte Schläge versetzte und die Okkupationsherrschaft stürzte, sollte "Burza" also entscheidend eine politische Demonstration mit militärischen Mitteln sein: Militärisch gegen die Wehrmacht gerichtet, war der politische Zweck die Demonstration des Machtanspruchs gegenüber der Roten Armee und der polnischen Linken.

Nur ein Teil der AK-Einheiten sollte offen auftreten, die anderen hatten auch im Hinterland der Roten Armee in der Konspiration zu verbleiben. Sowohl die illegalen als auch die bekannten AK-Kräfte sollten ihre geheime Kommunikation mit der AK-Führung in Warschau aufrechterhalten. Würden sie deshalb von der Roten Armee inhaftiert werden, so sah die Instruktion den Übergang zur militärischen Selbstverteidigung vor, bei gleichzeitigem Protest bei den Alliierten.

Die AK-Führung war sehr besorgt, ihre Soldaten könnten sich der 1. Polnischen Armee anschließen, die an der Seite der Roten Armee Krieg gegen die deutsche Okkupationsmacht führte. Sie gab Befehl, jeden Versuch

gewaltsam zu unterbinden. Dies hinderte jedoch einzelne Soldaten und manche Einheiten nicht daran, in die Reihen jener polnischen Armee überzutreten, die nicht "Gewehr bei Fuß" stand. Während des Warschauer Aufstandes ordnete das Polnische Komitee zur Nationalen Befreiung am 15. August 1944 für die befreiten Gebiete eine Mobilisierung an. Die AK-Führung befahl deren Boykott und übte Terror gegen polnische Wehrpflichtige aus. Sie verhinderte so, daß schnell stärkere Kräfte zur Befreiung Warschaus mobilisiert werden konnten.

Als die Rote Armee im Februar 1944 die polnisch-sowjetische Grenze von 1939 überschritt, wurde die Aktion "Burza" ausgelöst. In Wolhynien kämpfte die dort für diesen Zweck zusammengezogene 27. AK-Division ab 18. März 1944 mit Teilen der 2. Belorussischen Front gemeinsam im Angriff auf Kowel. Die Exilregierung gab dem ein großes Echo, wollte sie doch ein Beispiel ihres angeblich positiven Verhältnisses zur UdSSR vorweisen, zugleich aber die notwendigen konkreten Entscheidungen und Absprachen vermeiden. Der sowjetische General Sergejew forderte am 26.3.44 vom Kommandeur dieser AK-Division, sich der Führung der 2. Belorussischen Front operativ unterzuordnen, gewährte ihr aber das Recht, ihre Eigenständigkeit zu bewahren und sich in eine reguläre Division umzubilden. Sergejew informierte sie, daß die sowjetische Führung im Hinterland ihrer Front keinerlei Partisanenabteilungen dulden werde. Der exilpolnische Historiker Ciechanowski schrieb darüber: "Es war klar, daß die Russen die Soldaten der AK an der Front sehen wollten, aber nicht in ihrem Rücken." (15) Doch die Instruktionen der AK-Führung für ihren Divisionskommandeur waren bewußt so gehalten, daß sie für die Rote Armee unannehmbar sein sollten. Zum Konflikt kam es über die Aufrechterhaltung des geheimen Funkkontaktes der 27. Division aus dem Hinterland der Roten Armee mit der AK-Führung, die sich bekanntlich im Hinterland der deutschen Front befand. Ein deutscher Gegenangriff auf Kowel entsetzte die Stadt und führte dazu, daß sich die 27. Division wiederum im Hinterland der Deutschen befand. Ihr neuer Kommandeur wollte nun die Front überqueren, um an der Seite der Roten Armee zu kämpfen. Das Haupt-Kommando der AK untersagte es ihm. (16)

War es in Wolhynien gelungen, einen ernsthaften Konflikt zu vermeiden, so trat er im Falle der litauischen Hauptstadt Vilnius - oder auch von Lwow - um so unvermeidlicher ein. Die Führung der AK hatte den Eindruck gewonnen, daß ihre Kräfte dann von der Roten Armee toleriert würden, wenn sie wirklich mit den Deutschen gekämpft hatten. Sie war deshalb bemüht, vor voraussehbaren Konflikten mit der Roten Armee Kampfhandlungen gegen die Deutschen zu führen. Unzweideutig kennzeichnete General Komorowski die Ziele dieser Politik in seinem Bericht an General Sosnkowski vom 14. Juli 1944: "Indem wir den Sowjets ein Minimum am militärischer Hilfe geben, schaffen wir ihnen jedoch politische Schwierigkeiten. Die AK unterstrich den Willen des Volkes im Streben nach Unabhängigkeit. Das zwingt die Sowjets, unseren Willen gewaltsam zu brechen und schafft ihnen Schwierigkeiten im Beurteilen unserer Forderungen (...) Es wird offene Gewalt folgen müssen, das kann den Protest der uns freundschaftlich verbundenen Verbündeten hervorrufen." (17)

Im Zuge der Aktion "Burza" traten Abteilungen der AK in zahlreichen Städten und Ortschaften hervor und schufen dort den Vertretern der Delegatur die Möglichkeit, die Macht zu übernehmen. Da in diese Ortschaften auch Einheiten der Volksarmee einrückten und örtliche Nationalräte bildeten, gab es nicht selten zeitweise eine Doppelherrschaft. Doch insgesamt scheiterten die mit "Burza" verfolgten Pläne auch dort, wo sie nicht unmittelbar zum offenen Konflikt mit der Roten Armee führten. Denn diese negierte den Hoheitsanspruch der polnischen Exilregierung auf die litauische Hauptstadt und auf Gebiete östlich der Curzon-Linie. Auch duldete sie im Rücken ihrer Front keine bewaffneten Kräfte, die einem Kommando unterstanden, mit dem es keinerlei Vereinbarungen gab. Daher war die Alternative für die AK-Kräfte jene zwischen Anschluß an die offiziellen Polnischen Streitkräfte (Wojsko Polskie - WP) des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung oder Entwaffnung und Auflösung.

Manche Formationen ließen sich entwaffnen, andere versuchten, dieser Alternative zu entgehen und verblieben in der Konspiration. Sie bekämpften und terrorisierten die Volksmacht im befreiten Polen. Doch ein großer Teil ehemaliger AK-Mitglieder kämpfte schließlich in den Reihen des Wojsko Polskie gegen Hitlerdeutschland.

IV. Voraussetzungen Ende Juli/ Anfang August 1944

Warschau war zunächst aus der Aktion "Burza" ausgeklammert worden. Erst im Juli 1944 kehrte die AK-Führung zur Idee zurück, Warschau müsse das Zentrum des Aufstandes sein. Dies ergab sich aus seiner Stellung als Hauptstadt. Kurz vor dem Aufstand, am 26. Juli, erhob die Exilregierung ihren Delegaten in

Warschau noch zum stellvertretenden Premier. Mit drei Ministern bildete er den Landesministerrat (Krajowa Rada Ministrow - KRM), jenes Gremium, das vor Ort die Staatsmacht verkörpern sollte.

Den Autoren des Aufstandsplans ging es weniger darum, die Okkupanten aus der Hauptstadt herauszuwerfen. Das sollte die Rote Armee für sie tun. Doch sie wollten ihr dabei auch nicht helfen. Entscheidend ging es darum, durch eine militärische Machtdemonstration starke politische Effekte hervorzurufen - und sei es durch blutige Kämpfe zwischen Polen und Sowjets. Diesen das größtmögliche Echo zu geben, zielte darauf ab, die britische und die amerikanische Gesellschaft stark zu beeindrucken, damit sie bereit wären, im Interesse der polnischen Exilregierung auf die Sowjetunion einzuwirken.

Denn der Prozeß der Übernahme der Macht im befreiten Teils Polens durch das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung seit dem 21. Juli 1944 verlief zunächst ohne ernsthafte oder größere blutige Konflikte und bot so keinen Anlaß für "einen Skandal im Weltmaßstab". Angesichts der realen Perspektive der Machtübernahme durch die revolutionären Kräfte in ganz Polen wuchsen Besorgnis und Nervosität der AK-Führung. Unter dem Druck ihres politischen Zieles vermochte sie die unmittelbar vor dem Aufstand gegebenen Bedingungen nicht mehr vorbehaltlos einzuschätzen. Ihre Absicht, der Roten Armee im Interesse des eigenen Machterhalts eine politische Falle zu stellen, ließ die den Aufstand auslösenden Politiker und Militärs entscheidende Realitäten mißachten:

- Die sowjetische Sommeroffensive hatte der Wehrmacht ihre bisher größte Niederlage zugefügt: Eine ganze Heeresgruppe (Mitte) war zerschlagen worden. Im befreiten Polen fungierte das am 21. Juli 1944 gebildete Polnische Komitee der Nationalen Befreiung in Lublin de facto als provisorische Regierung. Damit war der Machtanspruch der Londoner Regierung sichtbar in Frage gestellt. Die Lubliner Regierung nahm an der Seite der Sowjetunion aktiv am Krieg gegen Hitlerdeutschland teil. Sie vereinigte die aus der UdSSR kommende 1. Polnische Armee unter General Berling mit der Volksarmee im Lande zu den Polnischen Streitkräften und ernannte Marschall Zymierski ("Rola") zum Oberkommandieren. Damit gab es neben der illegalen AK im Lande offizielle polnische Streitkräfte, die sich zudem aktiv im Krieg befanden. Die Lubliner Regierung konnte sich zwar nur schrittweise durchsetzen. Doch ihre ersten wichtigen Aufgaben, die Durchführung der Landreform und die Mobilisierung für den Krieg gegen Deutschland, konnte sie trotz des Terrors des Londoner Lagers mit Erfolg durchführen.

- In Frankreich war die Operation "Overlord" erfolgreich. Die Streitkräfte der Alliierten konnten nach schweren Kämpfen aus ihrem Brückenkopf ausbrechen und in großer Breite Frankreich befreien. Während des Warschauer Aufstandes wurde Paris durch einen Aufstand befreit. Ebenso wie der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte trug diese Landung der Alliierten dazu bei, den Entschluß zum Attentat auf Hitler endlich umzusetzen. Wenn allerdings die AK-Führung das Attentat vom 20. Juli 1944 als Symptom für eine Erosion der Okkupationsmacht ansah, so täuschte sie sich. Panikerscheinungen der deutschen Okkupationsverwaltung am 22. und 23. Juli in Warschau wurden schnell überwunden. Am 21. Juli entschied das Triumvirat der Generäle Komorowski, Okulicki und Pelczynski, den Aufstand zum Zeitpunkt des Rückzugs der Wehrmacht über die Weichsel zu beginnen und ordnete ab 25. Juli Alarmbereitschaft für die AK in Warschau an.

- Mitte Juli 1944 hatte sich die große sowjetische Sommeroffensive erschöpft. Ihren Spitzen fehlten Treibstoff und Munition, z.T. war die Kommunikation unterbrochen. Der deutsche Widerstand vor Warschau versteifte sich. Ab 26. Juli trafen neue deutsche Divisionen im Warschauer Gebiet ein, aus Rumänien, Holland und Italien herangeführt. Am 30. Juli erkannte die Wehrmachtführung, daß der sowjetische Panzerkeil nicht auf Warschau-Praga zielte, sondern über Radzymin auf einen Brückenkopf an Narew und Bug. Denn Warschau sollte nicht frontal über die Weichsel hinweg angegriffen, sondern umgangen werden. Im Süden bestand bereits ein Brückenkopf bei Magnuszew, den die Wehrmacht zwar blockieren, aber nicht eindrücken konnte. Gegen den sowjetischen Panzerkeil bei Wolomin und Radzymin nordöstlich von Warschau warf sie frische Truppen ins Gefecht: von Praga aus die Division Hermann Göring und die 19. Panzerdivision, von Norden die 4. Panzerdivision und von Osten die 5. SS-Panzerdivision "Wiking" und die 3. SS-Panzerdivision "Totenkopf". Diese Verbände erlangten gegenüber dem 3. sowjetischen Panzerkorps ein entschiedenes Übergewicht. Am 2. und 3. August konnten sie den sowjetischen Panzerkeil bei Radzymin und Wolomin abwehren und bei Okuniew stoppen. An dieser größten Panzerschlacht auf polnischem Boden waren auf deutscher Seite 500 und auf sowjetischer Seite 400 Panzer beteiligt. Die sowjetische Niederlage vereitelte den Plan, das rechte Weichselufer zu besetzten und nördlich Warschaus einen Brückenkopf zu schaffen. Die seit 18. Juli

ununterbrochen kämpfende 2. Panzerarmee war am 6. August nicht mehr in der Lage, den Angriff fortzusetzen. Sie ging auf der Linie Miedzylesie-Okuniew zur Verteidigung über.

- Am 27. Juli wandte sich die polnische Exilregierung offiziell an die britische mit der Bitte, dem bevorstehenden Aufstand Unterstützung durch die Luftstreitkräfte zu geben. Doch am 29. Juli lehnte die britische Regierung jede Hilfe für den Aufstand ab. Premier Mikolajczyk allerdings verschwieg diese Information neun Tage lang vor der AK-Führung. Diese wußte allerdings bereits, daß weder polnische Luftstreitkräfte noch die polnische Fallschirmjäger-Brigade zur Verfügung stehen würden. Sie waren von den Briten anderweitig eingesetzt. Der Kurier des Obersten Befehlshabers Sosnkowski, Jan Nowak, informierte am 28. Juli die Generale Komorowski und Pelczynski persönlich in Warschau, daß sie weder auf Waffenabwürfe noch auf den Einsatz der Fallschirm-Brigade rechnen könnten.

- Da erst Mitte Juli entschieden worden war, "Burza" auch in Warschau durchzuführen, waren in den Wochen zuvor noch viele Waffen der AK aus der Stadt geschafft worden. Am 1. August verfügte die AK in Warschau über 25.000-35.000 Kämpfer, von denen aber nur 2500-3500 bewaffnet waren. Nur ein geringer Teil von ihnen hatte militärische Kampferfahrungen. Die Munitionsvorräte reichten für zwei bis drei Tage. Damit waren entscheidende militärische Voraussetzungen des Aufstandsplans nicht gegeben.

V. Die Entscheidung über die Auslösung des Aufstands

Am 31. Juli 1944 um 18 Uhr entschied das Triumvirat der drei Generale Komorowski, Okulicki und Pelczynski, den Aufstand am nächsten Tage um 17 Uhr zu beginnen. Exilpremier Mikolajczyk hatte ihnen vor seinem Abflug zu seinen Gesprächen in Moskau die Entscheidung überlassen. General Sosnkowski lehnte den Aufstand ab. Die Entscheidung der drei Generale fand die Billigung des Delegaten Jankowski. Andere Gremien bzw. Personen wurden nicht gefragt, sondern durch Befehl informiert.

Ausgehend von dem politischen Postulat, die eigene Macht mindestens zwölf Stunden vor dem Einmarsch der Roten Armee öffentlich zu errichten, waren die Generale einer Fehlmeldung aufgesessen: Der Warschauer Kommandeur der AK, Oberst Antoni Chrusciel ("Monter"), überbrachte um 17 Uhr die Nachricht, die ersten sowjetischen Panzer seien schon in Praga, dem Stadtteil östlich der Weichsel. Die Meldung war falsch. Sie beruhte auf Hörensagen und wurde nicht noch einmal überprüft. Noch am Vortage hatte der Chef der Abt. II (Aufklärung) des Hauptkommandos der AK, Oberst Kazimierz Iranek-Osmecki, über die Zuführung frischer deutscher Truppen berichtet. Im Moment der Entscheidung entwickelte sich bereits der deutsche Gegenangriff. Noch am Vormittag des 31. Juli hielt Komorowski den Zeitpunkt um mehrere Tage für verfrüht. Alle drei Generale waren Befürworter einer beschleunigten Entscheidung über den Beginn, ohne Rücksicht auf eine mögliche Verständigung mit der Roten Armee. Ungeachtet dessen übte Okulicki stärksten Druck auf den zögernden Komorowski aus, dem dieser sich beugte. Selbst als eine Stunde nach dieser Entscheidung Offiziere des Hauptkommandos meldeten, an der Front entwickle sich der deutsche Gegenangriff, wurde sie nicht zurückgenommen. Der Leiter der Operationsabteilung des Hauptkommandos der AK, Oberst Jozef Szostak, fragte überrascht: "Brauchten Sie denn, Herr General, den Chef der Abteilungen II und III zu dieser Entscheidung nicht?" (18)

Der politische Zweck des Aufstandes ließ die Generale souverän über fehlende militärische Voraussetzungen hinwegsehen. Ihr kritikloser Optimismus hinsichtlich der Chancen, die politische Funktion des Aufstandes erfolgreich durchzusetzen, war fatal und hatte fürchterliche Folgen.

... zur Aktion "Burza" in Warschau

VI. Die erste Phase des Aufstandes

Die Aufständischen griffen am ersten Tag praktisch alle Stützpunkte der Okkupanten gleichzeitig an. Ohne eigene schwere Waffen eroberten sie eine Reihe wichtiger Gebäude in Wola, Stadtmitte und Powisle, darunter die Hauptpost, das Hochhaus am Napoleonplatz, das Kraftwerk, die Militärmagazine in Stawky, das Rathaus und andere. Es gelang in erbitterten Kämpfen mehrere Komplexe in sehr verschiedenen Stadtvierteln unter Kontrolle zu bringen: die Stadtmitte mit der Altstadt sowie in Zoliborz, Mokotow, Czerniakow, Powisle, Sielce und Sadyba. Unmittelbar nach den ersten militärischen Erfolgen wurden an den von den Aufständischen kontrollierten Ausfallstraßen Barrikaden gebaut. Bis zum 4. August befand sich die militärische Initiative in ihren Händen.

Doch die wichtigsten militärischen Ziele, die sich die Aufstandsführung gestellt hatte, konnten nicht erreicht werden: Keine der vier Weichselbrücken wurde eingenommen. Darüber hinaus blieben die beiden Flugplätze, die Kasernen von Wehrmacht, SS und Polizei, insgesamt mehr als 100 größere Gebäude in der Hand der Okkupanten. Mit der Beherrschung der wichtigsten Durchgangsstraßen, durch die auch während des Aufstandes der Nachschub an die Front östlich Warschaus befördert wurde, konnten die Deutschen die einzelnen Zentren der Aufständischen fast vollständig voneinander isolieren. Das deutsche Telefon- und Fernschreibsystem konnte nicht unterbrochen werden. Die Aufständischen selbst aber hatten außerordentliche Schwierigkeiten, die Kommunikation herzustellen. Das Fehlen der notwendigen Nachrichtenverbindungen in der Stadt - während die Funkverbindung mit London durchaus funktionierte - war ein schweres Handikap und trug zur Desorientierung bei.

Manche Militärhistoriker, so z.B. von Krannhals, schätzen ein, daß der Mißerfolg beim Sturm auf die Brücken und Flugplätze die Niederlage des Aufstandes praktisch vorweggenommen habe. Die Unterschätzung der Brücken hing jedoch direkt mit dem politischen Verständnis der Ziele des Aufstandes durch die AK-Führung zusammen: Okulicki schrieb am 6. August an Komorowski: "Wenn wir Warschau nur soweit beherrschen würden, daß eine Umsiedlung des Vizepremiers und von Ihnen möglich wäre. Für diese zwei Machtorgane müßten die zwei repräsentativsten Gebäude eingenommen werden (der Ministerrat und der Hauptstab) und eine vollständige Fasson der Staatsmacht geschaffen werden." (19) Die Einnahme wenigstens einer Brücke wäre unerläßlich gewesen, um sowjetische Hilfe zu ermöglichen. Die Brücken wurden schließlich am 13. September von der sich aus Praga zurückziehenden Wehrmacht gesprengt.

Bereits in den ersten drei Tagen zerfiel der Aufstand in mehrere Kampfregionen, die untereinander nur losen Kontakt hatten. Kämpfe fanden vor allem um die stark ausgebauten und von den Okkupanten verteidigten Gebäude und Anlagen statt. Die Aufständischen nutzen die ersten Tage, nach den hohen eigenen Verlusten und dem Nichterreichen wesentlicher Ziele eine Reorganisation vorzunehmen. Da die vielen Freiwilligen nicht bewaffnet werden konnten, bildete man aus ihnen Arbeitsbataillone. Doch die Reorganisation führte nicht zu weiteren koordinierten Angriffshandlungen, wie die Okkupanten befürchteten. Praktisch gingen die Aufständischen ab 4. August zur Defensive über. Die Schwerpunkte der Verteidigung wurden von den deutschen Angriffszielen diktiert.

Die Aufständischen kämpften mit großem Mut, was die deutschen Faschisten notgedrungen anerkennen mußten. Nur mit Handfeuerwaffen und selbst diese in verschwindend geringer Zahl, flößten sie den mit schweren Waffen versehenen deutschen Truppen nicht selten Angst und Entsetzen ein. Wenn sie später auch über einige schwerere Waffen verfügten, so nicht nur durch Abwürfe - sie hatten sie vom Feind erobert. Auf Befehl Chrusciels wurden zwar Wehrmachtsoldaten als Gefangene genommen, Angehörige der SS und der Polizei aber sofort erschossen.

Die Volksarmee und andere Formationen der polnischen Linken in Warschau wurden vom Aufstand überrascht. Sie schlossen sich ihm sofort an und ordneten sich taktisch der AK-Führung unter, bewahrten aber ihre politische Unabhängigkeit und organisatorische Selbständigkeit. Zahlenmäßig erheblich geringer als die AK in Warschau, war ihr Waffenmangel noch gravierender. Erst im Verlaufe des Aufstandes verbanden sich diese Einheiten des linken Aufstandsflügels näher miteinander und koordinierten ihr Vorgehen.

VII. Die Reaktion der Okkupationsmacht

Die deutsche Okkupationsverwaltung war über die Aufstandspläne informiert, sie wußte die Stunde des Beginns vorher. Doch nach mehrmaliger folgenloser Alarmierung zollte sie den Meldungen nur skeptisch Glauben, ja hielt einen tatsächlichen Ausbruch nicht für wahrscheinlich. Doch waren in der ganzen Stadt Verteidigungsbunker und Befestigungen gebaut worden. Für wichtige Gebäude wurden besondere Sicherungen geschaffen und die Verteidigung der Brücken verstärkt. Kleinere Posten der Okkupanten wurden eingezogen und durch Stützpunkte ab 100 Mann ersetzt. Die deutschen Bewohner erhielten zusätzlich Waffen. Bereits am 27. Juli hatte Hitler General Rainer Stahel als Stadtkommandant eingesetzt. Alle deutschen Kräfte wurden am 1. August 1944 um 13 Uhr alarmiert, die Bewachung wichtiger Objekte verstärkt.

Überrascht waren die Okkupanten jedoch von der Kraft und dem Umfang des Aufstandes. Da die Abwehrschlacht gegen die sowjetische Sommeroffensive östlich der Weichsel tobte, und alle verfügbaren Divisionen nach einem demonstrativen Marsch durch Warschau dorthin entsandt wurden, waren in der Stadt

nur wenig verfügbare Truppen, insgesamt rund 12.000 Soldaten von Heer, Luftwaffe und SS/Polizei. Zu ihnen kamen einige tausend Mitglieder der SA, von Werkschutz, Bahnschutz und andere bewaffnete deutsche Zivilisten. Sie wurden ebenso wie die sofort zusammengezogenen Einheiten von Heer, Luftwaffe, SS und Polizei General Stahel unterstellt, der die vollziehende Gewalt übernahm. Ab 5. August leitete praktisch SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach den Kampf in der Stadt. Er unterstand dem AOK 9 unter General Nicolaus von Vormann.

Hitler und Himmler betrachteten den Warschauer Aufstand als einen "Segen", als die endlich gegebene Gelegenheit, Warschau und seine Bevölkerung zu vernichten. Hitler ordnete in seinem "Befehl Nr. 1" aus den ersten Augusttagen die vollständige Zerstörung der Stadt und die Ermordung aller ihrer Bewohner an: "(...) es sind keine Gefangenen zu machen. Warschau muß dem Erdboden gleich gemacht werden, und es soll in dieser Hinsicht ein abschreckendes Beispiel für ganz Europa geschaffen werden." (20) Damit würde, so Himmler am 21. September 1944 in einer Rede vor Generalen der Wehrmacht, "die Hauptstadt, der Kopf, die Intelligenz dieses ehemaligen 16-, 17-Millionen-Volkes der Polen ausgelöscht, dieses Volkes, das uns seit 700 Jahren den Osten blockiert und uns seit der ersten Schlacht bei Tannenberg immer wieder im Wege liegt." Das "polnische Problem", so Himmler weiter, würde "geschichtlich für unsere Kinder und für alle, die nach uns kommen, kein großes Problem mehr sein." (21)

Unter dem Kommando von SS-Gruppenführer Heinz Reinefarth wurden 2740 Mann SS und Polizei aus dem annektierten Wartheland, weiterhin die berüchtigte SS-Einheit Dirlewanger mit 880 Mann sowie die Brigade des weißrussischen Faschisten Kaminski mit 1700 Mann nach Warschau gebracht. Zur Einheit Dirlewanger kamen in den nächsten Tagen noch 2500 SS-Männer aus dem SS-Straflager bei Danzig. Weiterhin wurde Bach das 608. Regiment mit aserbaidschanischen und turkmenischen Angehörigen der Wehrmacht zugeteilt. Mit den Bedienungen von Artilleriegeschützen, Mörsern, Sturmgeschützen und Panzern verfügte er am 20. August über rund 21.000 Mann, die über schwere und schwerste Waffen geboten. Vor allem in der Schlußphase des Aufstandes wurden jedoch nicht diese zusammengewürfelten Truppen, sondern die durch den Rückzug freigewordenen Fronttruppen des AOK 9 zur militärischen Hauptkraft bei der Niederschlagung des Aufstandes.

Am 5. August begann der systematischen Angriff. Bach verfolgte die Taktik, die Gebiete der Aufständischen abzuspalten und die einzelnen Stadtviertel nacheinander einzunehmen. Schwerpunkt des Angriffes und damit auch der polnischen Verteidigung war vom 5. August bis zur ihrem Fall am 2. September 1944 die Altstadt. Die faschistischen Truppen in Warschau gingen mit größter Brutalität vor. Bombardements der Luftwaffe, Beschuß durch schwere Geschütze und Panzer legten die Stadt in Trümmer. Die von Westen eindringenden "Truppen" unter Reinefarth waren zwar militärisch nicht sehr erfolgreich, dafür mordeten sie am 4. und 5. August 1944 in Wola und Ochota systematisch die gesamte Bevölkerung. In diesen beiden Tagen - später dämmte Bach diesen Mordfeldzug als unzweckmäßig ein - starben von der Hand dieser Schlächter mindestens 40 000 Menschen.

Aber selbst als diese Massenschlächtereien eingeschränkt worden waren, wurde nach wie vor jeder gefangengenommene Kämpfer sofort erschossen. Polnische Frauen wurden als "lebende Schutzschilde" vor deutschen Truppen hergetrieben. Die Gestapo ermordete alle in ihren Händen befindlichen Gefangenen. Erst als diese Massaker den Mut und den Durchhaltewillen der Aufständischen nicht zu brechen vermochten, drängte Bach die faschistische Führung zu einer Änderung: Sie versprach die Anerkennung als Kombattanten für den Fall einer Kapitulation. Doch dazu wurde er schließlich von Großbritannien und den USA gezwungen, die der AK am 28. August offiziell den Status einer alliierten Armee verliehen.

VIII. Die Krise des Aufstandes

Nach der Eroberung von Wola und Ochota im Westen Warschaus konzentrierte sich der deutsche Angriff auf die Altstadt, während ein Generalangriff auf die anderen Zentren zunächst unterblieb. Die Aufständischen außerhalb der Stadtmitte einschließlich der Altstadt beschränkten sich darauf, ihr Gebiet zu halten. Alle Viertel wurden systematisch bombardiert und besonders Menschengruppen wie Ansammlungen vor Wasserstellen mit Artillerie beschossen. In erbitterten Abwehrkämpfen konnte die Altstadt bis zum 2. September gehalten werden. Nach ihrem Fall wurde der Druck auf die anderen Stadtviertel erheblich größer, denn nun wurden die freigewordenen deutschen Kräfte hier eingesetzt. Die zersplitterte Kampfesweise der Aufständischen und die

fehlenden Verbindungen erleichterten es den Okkupanten, die einzelnen Kampfgruppen des Aufstandes nacheinander zu zerschlagen.

Der Verzicht auf weitere systematische Angriffshandlungen nach dem 4. August war entscheidend durch den Munitionsmangel erzwungen. Das Ausbleiben der von der Aufstandsführung versprochenen Hilfe an Waffen und Munition, der schreckliche Mangel an Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten, das Ausbleiben der erwarteten sowjetischen Truppen und das Fehlen jeglicher Verbindung zu ihnen, gleichzeitig die systematische Bombardierung und der Artilleriebeschuß der Stadt führten dazu, daß die Aufstandsführung immer kritischer gefragt wurde, warum sie die versprochene Hilfe der Alliierten nicht organisieren und die Verbindung zu den Sowjets nicht aufnehmen könne.

Bereits am fünften Tag des Aufstandes begannen die Führer des Londoner Lagers in Warschau mit einer Progagandaaktion, die der wachsenden Kritik begegnen und die Entscheidung zum Aufstand rechtfertigen sollte, ohne die politisch begründete Mißachtung der Kritikgründe einzugestehen. Diese Kampagne hatte zum Ziel, die Aufstandsführung vor den Vorwürfen in Schutz zu nehmen und die Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen der Roten Armee und der polnischen Linken anzulasten. Von den zahlreichen in dieser Kampagne geborenen Legenden und Verfälschungen historischer Tatsachen sei hier nur eine erwähnt: Der Delegat der Londoner Regierung, Jankowski, warf in einer Depesche nach London der Roten Armee vor, sie hätte absichtlich ihre Offensive gestoppt. Diese Behauptung sollte bald Schule machen.

Der Propaganda des Londoner Lagers stehen die internen Dokumente gegenüber. So schrieb General Komorowski am 5. September 1944: "Ich meine, daß wir keinerlei Illusionen haben sollten, die sowjetische Offensive könnte jeden Tag Warschau einnehmen. Die Deutschen haben ausreichend Kräfte bereitstellen können, um die sowjetischen Angriffe aufzuhalten. Die russischen Kräfte sind außerordentlich von ihrem organisierten Hinterland abgeschnitten, sie sind steckengeblieben, es fehlt ihnen an Kommunikationsmitteln. Umgekehrt die Deutschen: Sie haben das alles zu ihrer Verfügung (...) Die Weichsel schützt die Deutschen vor der russischen Invasion." (22)

Im Stab des Generals Okulicki arbeitete zur gleichen Zeit Prof. Kazimierz Kunaniecki eine Stellungnahme "Die Warschauer Schlacht" aus, in der es hieß: "Die Ursache der Niederlage in der Schlacht um Warschau liegt im allgemeinen Zusammenbruch der sowjetischen Offensive vor der Weichsel aufgrund der um die Monatswende Juli/August neu zugeführten deutschen Divisionen, vor allem aus Rumänien. Gestützt auf diese Kräfte blockierte die deutsche Wehrmacht den sowjetischen Brückenkopf bei Warka, vereitelte den Versuch, nördlich von Warschau durchzubrechen. Vor allem aber erhielten die auf Warschau marschierenden sowjetischen Truppen in der großen Panzerschlacht bei Wolomin am 4. und 5. August den entscheidenden Schlag. Die deutschen Truppen auf dem Brückenkopf östlich der Weichsel wurden durch vier frische Divisionen verstärkt, die über den Sieg bei Wolomin entschieden. So wurde das Schicksal der Schlacht um Warschau in der sowjetisch-deutschen Schlacht am 4. und 5. August entschieden (...) Es ist eine unzutreffende Annahme, die sowjetische Wehrmacht hätte Warschau deswegen nicht eingenommen, weil sie eine Vernichtung des Zentrums der polnischen Unabhängigkeit wollte. Die Wahrheit ist dagegen, daß die Sowjets am 4. und 5. August die eigene Schlacht um Warschau verloren haben." (23) Allerdings stieß diese Ausarbeitung auf die scharfe Kritik des Hauptkommandos und wurde unterdrückt. (24)

Auf Intervention der polnischen Exilregierung hatte Churchill am 3. August dem Abwurf von Waffen und Munition zugestimmt. Doch sein Luftmarschall John Slessor protestierte gegen diese Entscheidung und stimmte nur dem Flug polnischer Besatzungen zu. Sie begannen in der Nacht vom 4. zum 5. August. Die britischen Stabschefs bewerteten am 7. August den Beginn des Aufstandes als vorzeitig, ließen aber trotz ihrer Vorbehalte die Flüge fortsetzen. In einer offiziellen Antwort teilte das Foreign Office der polnischen Exilregierung am 14. August mit, die Entscheidung zum Aufstand sei ohne vorherige Konsultation mit der britischen Regierung erfolgt, die daher nicht in der Lage gewesen sei, die geplante Zusammenarbeit aufzunehmen - sowie ohne Information der sowjetischen Regierung. (25) Bis zum 14. August wurden auf dem Luftwege Waffen für 1000 Mann abgeworfen. Dann folgte eine lange Pause.

Sowjetische Hilfe hatten die Führer des Aufstandes in keiner Weise vorgesehen. Aufgabe der Roten Armee sollte es sein, die Deutschen aus Warschau zu vertreiben. Anschließend hätten sie entweder die Macht in der Hauptstadt den Vertretern der Exilregierung zu überweisen - oder sie befänden sich in einer Konfliktsituation internationalen Ausmaßes. Premier Mikolajczyk hielt sich vom 30.7. bis zum 9.8. zu Verhandlungen in Moskau

auf. Er informierte Stalin erst am 3. August über den Aufstand als vollendete Tatsache - ohne um Unterstützung zu bitten. Erst beim Abschlußgespräch am 9. August bat Mikolajczyk um den Abwurf von Waffen und um Luftverteidigung gegen die Bombardierung der Stadt.

Demgegenüber hatte der faktische militärische Leiter des Aufstandes, General Chrusciel, sich bereits am 8. August an General Rokossowski, den Befehlshaber der 1. Belorussischen Front, mit der Bitte um den Abwurf von Munition und schweren Waffen gewandt. (26) Dies war der erste derartige Schritt. Allerdings lief das Schreiben über London. Dort wurde es propagandistisch verwandt, so wie auch die Depesche eines ehemaligen Hauptmanns der Roten Armee und späteren Wlassow-Offiziers, Kalugin, die aus dem AK-Kommando über London an Stalin gesandt wurde. (27) Bis Mitte September gab es keinerlei Funkverbindung mit den sowjetischen Stäben östlich der Weichsel.

Ende August/Anfang September befand sich das aufständische Warschau in einer kritischen Situation. Gegen die doppelt so große Zahl der Angreifer konnten 7200 Kämpfer die Altstadt bis zum 2. September halten. An diesem Tag aber eroberten die deutschen Truppen auch Sadyba und am 6. September Powisle: Sie beherrschten mit Ausnahme eines Zugangs in Czerniakow das gesamte westliche Weichselufer und drängten die Aufständischen immer mehr nach Westen. Bombardierung und Artilleriebeschuß forderten riesige Opfer unter der Zivilbevölkerung. Außer dem Mangel an Waffen und Munition wog das Fehlen von Lebensmitteln, Wasser und Elektrizität immer schwerer. Doch das entscheidende Moment der Krise des Aufstandes war, daß ungeachtet der ungebrochenen Kampfbereitschaft und der Opfer die Zuversicht in einen siegreichen und sinnvollen Ausgang des Kampfes abnahm.

Bereits am 12. August hatte General Sosnkowski in einer Depesche den Aufständischen die Kapitulation nahegelegt und für diesen Fall sein ausdrückliches Einverständnis erteilt. Davon war zu jenem Zeitpunkt jedoch keine Rede. Auch eine Aufforderungen Bachs vom 18. August an die AK-Führung, den Kampf einzustellen, blieb ohne Antwort. Er bot für den Fall der Kapitulation an, den Status des Kombattanten - also eines regulären Soldaten - für die Kämpfer der AK zu garantieren. Doch am 7. September suchte die Aufstandsführung Verhandlungen über eine Kapitulation aufzunehmen. Sie wurden nach mehreren Tagen unterbrochen, da die AK-Führung sowohl Zusicherungen über die Vorbereitung von Militärhilfe aus dem Westen wie auch Nachrichten über eine neue sowjetischen Offensive erhielt.

Zu dieser Zeit zeichneten sich drei Möglichkeiten ab, den Aufstand aus der Krise zu führen: 1. sich durch Luftversorgung bis zur Kapitulation der Deutschen zu halten, 2. die Kapitulation vor den Deutschen und 3. die aktive Zusammenarbeit mit der Roten Armee und den Polnischen Streitkräften des Polnischen Komitees zur Nationalen Befreiung zur schnellen Befreiung der Hauptstadt. Die erste wurde von der Exilregierung favorisiert, allein sie erwies sich als irreal angesichts der Frontlage bis Januar 1945. Die dritte schloß die AK-Führung strikt aus. Als General Chrusciel - wie vor ihm andere Offiziere der AK - am 9. September vorschlug, sich an den Befehlshaber der Polnischen Streitkräfte, Marschall Zymierski ("Rola") zu wenden und sich ihm loyal unterzuordnen, wertete General Komorowski dies als Verrat (28) und befahl, Kapitulationsverhandlungen aufzunehmen.

IX. Niederlage und Kapitulation der Armia Krajowa

Am 10. September begannen erneut sowjetische Offensivhandlungen vor Warschau, daran nahmen auch drei Divisionen der 1. Polnischen Armee teil. Diese Kräfte konnten nach verbissenen Kämpfen den deutschen Widerstand östlich der Weichsel brechen und am 13. September Praga einnehmen. Während nun am rechten Weichselufer sowjetische und polnische Truppen standen, hatten die Aufständischen nur noch in Czerniakow einen schmalen Zugang zum Fluß, während die Wehrmacht ihre Stellungen am Westufer zur Verteidigungslinie ausbaute. Die 1. Polnische Armee, deren Führung sich nun in Praga befand, startete mehrere Übersetzversuche und errichtete am Westufer zwei Brückenköpfe. Diese Kämpfe kosteten über 4000 polnischen Soldaten das Leben, die meisten starben bereits beim Übersetzen. Am 15. September landeten die ersten Einheiten in Czerniakow. Sie nahmen Kontakt zu den dortigen Aufständischen auf. Da die AK-Führung in der Stadtmitte es jedoch vermied, Schritte zum Zusammenwirken mit den übergesetzten polnischen Einheiten herzustellen, konnte dieser schwache Brückenkopf nach Tagen blutiger Kämpfe eingedrückt werden. Czerniakow blieb der einzige Fall, in dem Kämpfer der AK, der Volksarmee und der 1. Polnischen Armee während des Aufstandes zusammenwirkten. Ein im Norden errichteter zweiter Brückenkopf mußte, da die

Soldaten das Steilufer im Abwehrfeuer der Deutschen nicht überwinden konnten, und die Aufständischen von Zoliborz keine Verbindung herstellen konnten, nach drei Tagen aufgegeben werden.

Die gegebene Chance, nunmehr mit der Roten Armee direkt zusammenzuwirken, wurde von der AK-Führung nicht wahrgenommen. Zwar hatte General Komorowski am 20. September sich dazu bereit erklärt. Er bevollmächtigte General Chrusciel zur Kontaktaufnahme. Eine Funkverbindung zum Stab der 1. Polnischen Armee konnte erst am 20. September hergestellt werden, als deren Brückenköpfe auf dem linken, westlichen Weichselufer bereits eingedrückt waren. Die am 22. September von der AK-Führung an Marschall Rokossowski übermittelte Bereitschaft zur Zusammenarbeit kann angesichts des tatsächlichen Verhaltens nur als Pose gewertet werden. Auch hatte Komorowski für den Fall eines Einmarsches der Roten Armee eine Anordnung erlassen, die jede Übereinkunft ausschloß: Sie erklärte von der AK beherrschtes Territorium gegenüber der Roten Armee zur Enklave der Exilregierung und drohte ihr im Falle der Nichtunterordnung unter AK-Vorschriften mit rücksichtslosem Krieg und selbst mit Hitler. (29)

Die Führung der Roten Armee rechnete durchaus mit diesen politischen Manövern der polnischen Exilführung, war jedoch ausdrücklich bestrebt, jede mögliche Konfrontation mit ihnen zu vermeiden. Daher entschied sie auch, die 1. Polnische Armee an den Abschnitt Warschau zu entsenden. Erst als diese Armee angesichts horrender Verluste beim Übersetzen in eine kritische Lage geriet, wurde die 8. Garde-Armee zu ihrer Unterstützung eingesetzt.

Seit dem 13. September warfen sowjetische und Flugzeuge der 1. Polnischen Armee täglich Waffen, Munition und Lebensmittel ab. Auch die westlichen Alliierten unternahmen erneut Abwürfe. Allerdings war es wegen der großen Höhe ihrer Flugzeuge sehr schwer, die Stützpunkte der Aufständischen zu treffen. Über den Fluß hinweg gaben Flak und Artillerie der 1. Polnischen Armee Unterstützung, sowjetische Jäger hielten die deutschen Bomber zunehmend nieder. Aber weder die Abwürfe noch andere Hilfe konnte die sich rapide verschlechternde Lage der Aufständischen ändern. Nach einer Umgruppierung der AK am 22. September kämpften die Aufständischen in drei weitläufig voneinander getrennten Stadtteilen: Zoliborz im Norden, Mokotow im Süden und Stadtmitte.

Es war dem AOK 9 gelungen, die deutschen Truppen vor dem 13. September geordnet und mit ihren Waffen über die Weichsel zurückzuführen. Diese fronterfahrenen Einheiten wurden jetzt eingesetzt, die von den Aufständischen noch gehaltenen Zentren nacheinander niederzuwerfen. Am 24. September begann der Generalangriff auf Mokotow, an dem die 19. Panzerdivision unter General Hans Källner teilnahm. Mokotow wurde bombardiert und von schwerer Artillerie beschossen. Am 26. mußte es von den Aufständischen geräumt werden. Sie zogen sich durch die Kanalisation zur Stadtmitte zurück. Die zurückgebliebenen Verteidiger kapitulierten am 27. September. Die 19. Panzerdivision wurde nun gegen Zoliborz eingesetzt. Mit dem mehrtägigen Artilleriebeschuß setzte der Generalangriff auf die Stellungen der Aufständischen am 29. September ein. Auf Befehl des Hauptkommandos der AK kapitulierte deren dortiger Kommandeur am nächsten Tag.

Danach war es offenkundig, daß sich die Aufstandskräfte in der Stadtmitte allein nicht mehr halten konnten. Auf einer Beratung des Landesministerrates mit den Führern der AK am 28. September trug General Chrusciel vor: "Der Geist der Soldaten ist ausgezeichnet. Der Soldat hat einen gewaltigen Kampfwillen, er will sich bis zuletzt schlagen (...) Die Munitionslage und der Stand der Waffen sind im allgemeinen gut, Gerät haben wir genug, um noch einige Tage kämpfen zu können. Dagegen ist die Lebensmittellage kritisch (...) allgemein kann man sagen, daß nach drei Tagen der reguläre Hunger beginnen wird." (30)

Die politische Aufstandskonzeption hatte sich als illusionär erwiesen. Selbst die AK-Führung hielt inzwischen die militärische Aufstandsplanung für irreal. Kapitulationsverhandlungen aber nahm sie nicht zuletzt deshalb auf, um den dritten Lösungsweg aus der Krise des Aufstandes, den eines Zusammenwirkens mit der Roten Armee und der 1. Polnischen Armee, abzuschneiden. In Zoliborz hatte sich der örtliche AK-Befehlshaber auf Vorschlag der Volksarmee-Garnison entschlossen, angesichts der aussichtslosen Lage am 30. September auf das Ostufer der Weichsel überzusetzen. Artillerieunterstützung und Boote hatte die 1. Polnische Armee zugesagt. Doch nur die Soldaten der Volksarmee setzten über. Zuvor hatte die AK-Führung ihrer Gruppierung in Zoliborz die sofortige Kapitulation befohlen.

Delegat Jankowski begründete die Kapitulation am 29. September 1944 vor dem Landesministerrat so: "Der Aufstand hatte nicht das Ziel, einen allgemeinen Krieg mit den Deutschen aufzunehmen und konnte nicht das Ziel haben, die Deutschen zu schlagen. Der Aufstand hat seine politischen und moralischen Ziele erreicht." (31)

Auf Vorschlag Bachs begannen am 30. September offizielle Kapitulationsverhandlungen, die am 2. Oktober mit der Übergabe abgeschlossen wurden. Die AK-Führung, 900 Offiziere und 15.000 Soldaten gingen in die deutsche Kriegsgefangenschaft. Die Zivilbevölkerung der zu über 80 Prozent zerstörten Stadt wurde evakuiert.

Anschließend begannen die deutschen Okkupanten, die noch vorhandenen Reste der Stadt Haus für Haus zu sprengen.

X. Historische Verantwortung

Jahrzehntelang beschuldigten sich die Parteigänger von Sosnkowski, Mikolajczyk, Komorowski und weiteren Führern des Aufstandes gegenseitig, ihn unverantwortlich und zum ungeeigneten Zeitpunkt ausgelöst und so die Tragödie Warschaus herbeigeführt zu haben. In diesen Polemiken wurden viele Tatsachen bekannt gemacht, einst interne Dokumente publiziert, und es wurde manche Wahrheit ausgesprochen. Die heute zugänglichen Quellen erlauben, das verantwortungslose politische und militärische Vabanque-Spiel jener polnischen Politikerkaste zu dokumentieren, die im Interesse ihres Machtanspruchs das Lebensinteresse des polnischen Volkes ignorierte.

Diese historische Verantwortung kann jedoch die deutsche faschistische Führung und ihre Exekutoren bei der Niederschlagung des Aufstandes nicht im geringsten von ihrer Schuld für die Verbrechen am polnischen Volk freisprechen: Sie ließ nach Ausbruch des Aufstandes die Insassen der Gefängnisse ermorden und die Zivilbevölkerung bombardieren. Die deutschen Truppen gingen mit größter Brutalität und absichtlicher Grausamkeit vor. Sie benutzten polnische Frauen als "lebenden Kugelfang" vor den eigenen Truppen. Sie ermordeten bis zur Kapitulation gefangene Kämpfer durchgängig als "Banditen" und ließ durch sog. Truppen unter Reinefarth die Bevölkerung abschlachten. Warschau wurde zerstört, seine Bevölkerung evakuiert und seine Kultur- und Baudenkmäler wurden vernichtet. Vor ihrer systematischen Zerstörung wurde die Stadt ausgeplündert: 26.319 Waggons "Räumungsgüter" vermeldete Gouverneur Fischer zwischen dem 15. Juli und dem 15. Dezember 1944.

Während 16.000 Soldaten des Aufstandes fielen und 6.000 verwundet wurden, wurden 200.000 Warschauer Opfer der Massaker, Beschießung und Bombardierung. Rund 17.000 Tote und Vermißte sowie 9.000 Verwundete zählten die deutschen Faschisten.

Nach der Kapitulation in Warschau stellte die AK die Aktion "Burza" und den Widerstand gegen die deutschen Okkupanten faktisch ein und beschränkte sich auf Akte der Selbstverteidigung. An den Herbstkämpfen der polnischen Partisanen gegen die im verbliebenen Okkupationsgebiet westlich der Weichsel konzentrierten Fronttruppen der Wehrmacht nahm sie nicht mehr teil. Am 19. Januar 1945 löste General Okulicki die AK formell auf und entband die Soldaten von ihrem Eid. Er war zuvor zum Kommandeur der neuen illegalen Formation "Nie" (Abk. für Niepodleglosc - Unabhängigkeit) ernannt worden, die im befreiten Polen den Bürgerkrieg gegen die Volksmacht führte.

Jede Einschätzung des Warschauer Aufstandes muß dessen komplizierten, heterogenen, ja hinsichtlich der Klasseninteressen kontroversen Charakter berücksichtigen. Ungeachtet dessen, daß die wirklichen politischen Ziele des Aufstandes vor den Kämpfern und der Bevölkerung verschwiegen wurden, richtete sich deren Kampf einzig und allein gegen die deutschen Okkupanten und lehrte sie das Fürchten. Die aktive Teilnahme auch der nicht der AK-Führung unterstehenden Widerstandskräfte und der gesamten Bevölkerung machte ihn zu einem antifaschistischen Volksaufstand. Der zweimonatige Kampf gegen die faschistische deutsche Okkupationsherrschaft war ein Beitrag des polnischen Volkes zum Sieg über den Hitlerfaschismus und bildet einen der Höhepunkte seines sechsjährigen Widerstandskampfes.

Quellen und Anmerkungen

Die Übersetzungen aus dem Polnischen stammen vom Autor. Da wir nicht über einen polnischen Zeichensatz verfügen, konnten die polnischen Namen im Text nicht mit den ausspracherelevanten Zeichen versehen werden. (Anm. d. ak-Red.)

* Das Motto "Denn dieses Los gab uns Gott, daß wir nicht wissen, wo unser Feind steht" stellte Jerzy Kirchmayer seiner Abhandlung über den Warschauer Aufstand voran (Powstanie Warszawskie, Warszawa 1959).

1) Der militärische Verlauf des Aufstandes ist vielfach dargestellt worden, hier sei auf zwei frühe Gesamtdarstellungen hingewiesen, die nachhaltigen Einfluß auf alle späteren Arbeiten ausübten: Jerzy Kirchmayer, Powstanie Warszawskie, a.a.O. sowie Hanns von Krannhals, Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt/Main 1962. Die vielleicht ausführlichste Darstellung verfaßte Antoni Przygonski, Powstanie Warszawskie w sierpniu 1944, 4 Bde. Warszawa 1980ff.

2) Bundesarchiv (BA), Abt. Potsdam, Film 13361, Rede Hitlers in Klein-Berkel am 3.11.44.

3) BA Koblenz, Zsg 122/59, KTB des AOK 9, Eintragung vom 5.9.44.

4) Zu den politischen Aspekten des Aufstandes vgl. Ryszard Nazarewicz, Z problematyki politycznej powstania warszawskiego 1944, Warszawa 1985, sowie von seiten der Exilhistoriker Jan M. Ciechanowski, Powstanie Warszawskie. Zarys podloza politycznego i dyplomatycznego, Warszawa 1989 (London 1971).

5) Sanacja (Sanierung) nannte sich das Lager Pilsudkis nach dem siegreichen Staatsstreich von 1926. Pilsudski wurde durch die Unterstützung der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie zum Sieg verholfen. Die Politik der Sanacja orientierte sich jedoch nicht an den Interessen der Arbeiter, sondern an denen der reaktionären Fraktionen der Großgrundbesitzer. Der Sanacja-Flügel der herrschenden Klassen (Großgrundbesitzer und Großbourgeoisie) stand nicht nur im Gegensatz zu den Parteien der Arbeiter und Bauern, sondern auch zum Endecja-Flügel der herrschenden Klassen (Dmowski).

6) Vgl. Wojskowy Instytut Historyczny, Polski ruch oporu 1939 - 1945, (Polski czyn zbrojny w II. wojnie swiatowej, Bd. III) Warszawa 1988.

7) Vgl. Zamojszczyzna - Sonderlaboratorium SS. Zbior dokumentow polskich i niemieckich z okresu okupcji hitlerowskiej. Pod redakcja Czeslawa Madajczyka, 2 Bde., Warszawa 1977.

8) Armia Krajowa w dokumentach, 5 Bde., Londyn 1970, 1973, 1976, 1977 und 1981, hier Bd. II. S. 277-78.

9) AK w dokumentach, Bd. II, S. 412.

10) Ebenda, S. 413.

11) Ebenda, Bd. III, S. 28-32.

12) Vgl. Czeslaw Madajczyk, Das Drama von Katyn, Berlin 1991.

13) Zit. nach R. Nazarewicz, S. 34.

14) Zit. nach Leon Mitkiewicz, Powstanie Warszawskie, in: Zeszyty Historyczne, Paris, 1962/I, S. 132-138.

15) J.M. Ciechanowski, S. 226.

16) Tadeusz Sztumberk-Richter, Artylerzysta piechurem, Warszawa 1966, S. 249 und 284.

17) AK w dokumentach, Bd. III, S. 549.

18) Adam Borkiewicz, Powstanie warszawskie 1944, Warszawa 1969, S. 32.

19) zit. nach A. Przygonski, Bd. 1, S. 338

20) Aussage von dem Bachs in Nürnberg am 20.1.1946, hier zit. nach von Krannhals, S. 420.

21) BA, Abt. Potsdam, Film 3360, Rede Himmlers in Jägerhöhe am 21.9.44.

22) Zit. nach Aleksander Skarzynski, Polityczne przyczyny powstania warszawskiego, Warszawa 1964, S. 22.

23) Centralne Archiwum Komitetu Centralnego (CA KC), t.202/XVIII-1, (Bitwa Warszawska), zit. nach Ryszard Nazarewicz, S. 189.

24) Vgl. A. Przygonski, Bd. 1, S. 216 und 337.

25) Documents of Polish-Soviet Relations 1939-1945, London, Bd. I. 1961, Bd. II,1967, hier Bd. II. S. 342-44.

26) AK w dokumentach, Bd. IV, S. 72 und 77.

27) Die gründlichste Darstellung der Geschichte und der Rolle Kalugins gibt R. Nazarewicz, S. 209-238.

28) Brief "Monters" an "Bor" vom 9.9.44, und Antwort vom 10.9.44, zitiert nach R. Nazarewicz, S. 259.

29) Wytyczne na Wypadek wkroczenia wojsk sowjeckich do Warszawa z 12.9. 44, in: Jozef Margules, Boje 1. Armii na obszarze Warszawy, Warszawa 1967, S. 433-34

30) Zit. nach Stanislaw Ploski, Dokumenty do kapitulacji powstania warszawskiego, in: Najnowsze Dzieje Polski, Warszawa 1960, Bd. IV, S. 124.

31) Protokoll der Sitzung des KRM vom 29.9.44, CA KC Bd. 429/1 k28, 31, zit. nach R. Nazarewicz, S. 322.

28. PDS und Nationalismus

Autor: J., Westberlin · Rubrik: PDS; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:34

Vermeintlichen oder tatsächlichen Nationalismus in der PDS aufzuspüren, ist etlichen deutschen Linksradikalen eine echte Herzensangelegenheit. Tatsächlich bietet ihnen dabei manche Erscheinung realer PDS-Politik gute Gelegenheit, den großen Hammer des Nationalismus-Verdikts zu schwingen, um sodann an der komplizierten Problematik mehr als nur haarscharf vorbeizuschlagen. Tangiert davon ist auch der ak, der von interessierter Seite gerne als PDS-Blatt diffamiert wird.

Die PDS bzw. wichtige ihrer Repräsentanten und Repräsentantinnen sorgen in regelmäßigen Abständen immer wieder selbst dafür, daß ihre linksradikalen Gegner zu wohlfeilen Verdächtigungen neuen Anlaß finden. Früh schon wurde klar, daß hier eine Inkompatibilität der Sichtweisen vorliegt: Als DDR-Ministerpräsident Hans Modrow (SED-PDS) am 1. Februar 1990 (nach einem Besuch in Moskau) seinen Vereinigungsplan mit dem Titel "Deutschland, einig Vaterland" präsentierte, begann das Bündnisprojekt "Radikale Linke" gerade, die Parole "Nie wieder Deutschland" aufzugreifen. Daß Modrow gegenüber dem damaligen Einheitstaumel großer Teile der DDR-Bevölkerung sowie dem aggressiven Drängen der BRD-Regierung mit seinem Plan Zeit gewinnen und die Initiative nicht völlig aus der Hand geben wollte, war für radikale Linke schon damals keinen Gedanken wert. Aber auch bei gedanklichem Verständnis für Modrows verzweifelte Taktiererei war aus moderaterer linker Sicht Modrows Initiative selbst in der damaligen prekären Situation wahrscheinlich ein Fehler. Stellte sie doch eine der wichtigsten Errungenschaften in Folge der Niederlage des deutschen Faschismus und Imperialismus, die deutsche Zweistaatlichkeit, wie selbstverständlich zur Disposition - nicht einmal mehr auf den historischen Zusammenhang wenigstens noch zur propagandistischen Gegenwehr wurde verwiesen.

Das nächste Mal fiel die PDS im Sommer 1991 bei der Hauptstadt-Entscheidung des Bundestages unangenehm auf. Bis auf den später fraktionslosen Abgeordneten Ulrich Briefs (vormals GRÜNE) stimmte die Fraktion geschlossen für Berlin, was übrigens angesichts der knappen Abstimmungsverhältnisse den Ausschlag zugunsten der alten Reichshauptstadt gab. Auch bei diesem Vorgang und seiner Beurteilung gab es zwei völlig verschiedene Blickwinkel. Die PDS wollte aus der DDR wenigstens Berlin als Hauptstadt in die neue Zeit hinüberretten und erhoffte von dem Beschluß zugleich verstärkte finanzielle Zuwendungen für Berlin, wovon zugleich die neuen Bundesländer profitieren sollten. (Daß dabei die sozialen Belange der Einwohner und Einwohnerinnen Berlins unter die Räder zu kommen drohen, war für die PDS damals noch kein Thema.) Für radikale Linke hingegen, die ideologischen Inhalten und symbolischen Handlungen höchsten politischen Stellenwert zuschreiben, mußte das damalige Abstimmungsverhalten der PDS eine krasse Fehlentscheidung sein, da die Entscheidung für Berlin den Herrschenden das bruchlose Anknüpfen an die Zeiten des imperialistischen Deutschen Reiches erleichtert. Dem läßt sich von links wiederum entgegenhalten, daß die entsprechende Empörung überzogen ist: Die Interessen des deutschen Imperialismus lassen sich in Bonn genauso gut verwalten; dieser verliert dadurch nichts von seiner expansiven Kraft. Trotzdem war es natürlich falsch, dem Gegner das ideologische Feld zu überlassen, auch wenn schwer einzuschätzen ist, welche politische Eigendynamik "symbolische Entscheidungen" denn nun eigentlich entwickeln.

Im März 1993 wurde bekannt, daß die gerade erst im Januar zuvor vom PDS-Parteitag zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählte und bis dato für ihre unkonventionelle Art geschätzte Dresdner PDS-Vorsitzende Christine Ostrowski mit einem führenden Funktionär der verbotenen "Nationalen Offensive" Gespräche in der Annahme geführt hatte, auch auf diese Art die politische Auseinandersetzung vor allem mit jugendlichen Neonazis voranbringen zu können. Zu allem Überfluß sah Ostrowski zwischen PDS und "NO" Übereinstimmung bei "unseren sozialen Forderungen ... bis hin zum Wortlaut". Über ein "gemeinsames Projekt" sei bei diesen Gesprächen "nachgedacht" worden - gemeint war, daß sich linke Jugendliche an einem von Nazis geplanten Projekt eines Jugendhauses beteiligen sollten, um - so Ostrowski - "erstens, den anderen nicht allein das Feld zu überlassen, und zweitens, die Möglichkeit zu nutzen, mit ‚rechten` Jugendlichen ins Gespräch zu kommen". (siehe ak 353, 7.4.93)

Ob solcher Unbefangenheit mußte Ostrowski von ihrem Posten als stellvertretende PDS-Vorsitzende zurücktreten. Dabei wiesen der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky sowie Gregor Gysi in einer Erklärung zugleich darauf hin, daß sie die von Ostrowski vorgebrachte Auffassung teilen, "daß es gelingen muß, sich

rechtsextrem gebende Jugendliche in den neuen Bundesländern Schritt für Schritt aus ihrem Milieu und ihrer Ideologie herauszulösen".

"konkret" veranlaßte dieser Vorgang damals zu der offenbar ernst gemeinten Frage, wann "wir ein ‚Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes` von der PDS erwarten (dürfen), wie es die KPD 1930 vorlegte, um der NSDAP nicht ‚das Feld zu überlassen`?"

Da schien es wie die Faust aufs Auge zu passen, daß der mecklenburgische PDS-Fraktionsvorsitzende Scheringer im September 1993 mit der intelligenten Nazi-Zeitung "Junge Freiheit" ein Gespräch führte, in welchem er sich zu Nationalgefühl und Nationalstaat bekannte, zugleich aber auch deren Überhöhung und Mißbrauch ablehnte und sich beispielsweise für freie Migration und Einwanderung aussprach. Der PDS-Bundesvorstand kritisierte in einer Erklärung Scheringers Interview, in dem er im wesentlichen darauf abhob, daß alles getan werden müsse, um zu verhindern, daß rechte Strukturen gesellschaftsfähig gemacht würden. Er drückte sich freilich um jegliche Ausführung zur Frage des Verhältnisses linker Politik zur Nation, woran in einer weiteren Stellungnahme der PDS-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Holter, zumindest erinnerte (ohne dazu selbst etwas anzubieten): "Die politische Auseinandersetzung um Nation, Nationalgefühl etc. ist gerade für Linke keine einfache Sache. Während die einen erklären, daß die nationale Frage nicht den Rechten allein überlassen werden darf, gehen andere davon aus, daß der Versuch der Linken, die nationale Frage positiver als die Rechten zu beantworten, nur in einer Annäherung an rechte Positionen enden kann ... Solche Interviews sind sicherlich vermeidbar, die Diskussion über die letztgenannte Frage der Nation aber nicht." (PDS-Pressedienst vom 24.9.93)

Was ist national?

Wie richtig diese Feststellung war, sollte sich zeigen, nachdem Gregor Gysi voller Freude den Eintritt des Bismarck-Urenkels Heinrich Graf von Einsiedel in seine "bunte Truppe" bekanntgab. Einsiedel (Jahrgang '21, Teilnehmer am Überfall auf Polen, Wehrmachtsflieger - 150 Feindflüge mit 35 Abschüssen -, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft dann führendes Mitglied des "Nationalkomitees ‚Freies Deutschland`" (NKFD) und sich seitdem als Sozialist verstehend), den das PDS-Management der Partei für Platz 1 der bayrischen Landesliste zu den Bundestagswahlen empfohlen hatte, wurde am 14.3. in einem eine Seite langen Interview im ND den Genossinnen und Genossen näher vorgestellt. Darin bezeichnete er sich nicht nur als Sozialist, sondern auch als Deutschnationaler und erklärte auf eine entsprechende Frage, daß er das Ende der DDR "mit Begeisterung" begrüßt habe und bereit sei, "die Nationalhymne anzustimmen ..., wenn ich heute über die ehemalige Zonengrenze fahre". (In der PDS-Mitgliederzeitschrift "Disput" (8/94) relativierte er kurze Zeit später diese Äußerungen als salopp, dumm oder mißverständlich und verwies darauf, daß er das Ehrenzeichen der Veteranen der Roten Armee trägt. Seine Bindungen an die DDR seien immer sehr emotional gewesen - in einem negativen Sinne insofern, "weil ich immer so wütend war darüber, welche Chancen verpaßt worden sind". "Aber man kann ruhig sagen, ich bin ein ‚Nationalist`. Das sind für mich tiefe emotionale Entwicklungen ... Wenn die PDS das nicht aushält, soviel ‚Nationalgefühl` ... Man kann andere Nationen nicht lieben, wenn man seine eigene verteufelt und einen Selbsthaß entwickelt, nur sagt, die Deutschen haben Auschwitz gehabt...")

Einsiedels Äußerungen im ND müssen offenbar einen Sturm der Entrüstung innerhalb der PDS ausgelöst haben. Jedenfalls könnte das aus Stil und Inhalt eines Beitrags geschlossen werden, als deren Verfasser die bestimmenden PDS-Führungsmitglieder Bisky, Brie und Gysi sowie Vorstandsmitglied Claudia Gohde und die stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende Andrea Lederer (beide ehemals ak-Redakteurinnen) zeichneten; vom Stil her zu schließen, war André Brie der federführende Autor. Offenbar in mächtigem Brass geschrieben, vergreift sich die Erklärung mehrfach im Ton. Die Einsiedel-Skeptiker werden als "blind" tituliert, "schreckliche Kulturarmut", "Kulturlosigkeit", "ideologische Scheuklappen" und "das Brett der Intellektuellenfeindlichkeit" werden ihnen um die Ohren gehauen. (ND, 29.3.94) Dafür wird um so mehr Einfühlsamkeit bei der Beschreibung des Einsiedelschen Nationalismus-Verständnisses aufgebracht: "Für so einen ist die deutsche Nation auch nicht 1871 im Spiegelsaal zu Versailles geboren worden. Sie bildete sich in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg ebenso wie in Mainz beim Drucker Gutenberg. Sie wuchs auf mecklenburgischen Kornfeldern und in erzgebirgischen Silbergruben, in den jüdischen Synagogen von Nürnberg, in den Berliner Manufakturen der Hugenotten und in Goethes Dichterwerkstatt, sie reifte auf den Einsiedelschen Weinbergen bei Meißen, in Hambach und bei einem literarischen Wintermärchen..." Der Grund, "weshalb ein solcher Mensch stärker in der Geschichte wurzelt": Die Chronik der Familie reicht weit in

die Jahrhunderte zurück, noch vor die Zeit "der Goldenen Bulle von Kaiser Karl, jenem berühmten Reichsgrundgesetz von 1356, dem ersten, das sich die Deutschen gaben".

Erinnert wird an Einsiedels Werdegang in der BRD (Ende 1948 hatte er die Ostzone verlassen, als sich für ihn abzeichnete, daß hier immer stärker stalinistische, undemokratische Methoden zur Anwendung kamen), wo er sich aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft im NKFD als Vaterlandsverräter bezeichnen lassen mußte; an seine stille Mitgliedschaft in der SPD, die er nach 35 Jahren verließ; an sein frühes Eintreten für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Interesse einer Einheit Deutschlands.

Im Eifer des Gefechts versteigt sich die Erklärung zu Behauptungen, die zwar im Kontext einer Auseinandersetzung mit Anhängern des DDR-Sozialismus einen Sinn ergeben können, bei einer nicht ganz so engen geschichtlichen Betrachtungsweise jedoch auf diese Weise nicht hätten formuliert werden dürfen, weil sie schlicht den historischen Hintergrund vergessen, vor dem die Herausbildung eines nicht-imperialistischen zweiten deutschen Staates als historische Errungenschaft und Möglichkeit zu werten ist. "Die Linke muß endlich die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen", wird behauptet; vielleicht deshalb, weil "mit dem Ende der DDR ... Sozialismus in Deutschland erst möglich geworden (ist)". Wer das meint, kann natürlich auch formulieren: "Wer sich heute gegen die Einheit stellt, verhält sich reaktionär."

Schließt sich die PDS

der Nation an?

Auf derartige Aussagen haben linksradikale Antinationalisten und Antinationalistinnen natprlich nur gewartet. Mit platter Demagogie wird auf die PDS eingedroschen, als sei sie der neue Hauptfeind. Hermann Gremliza zitiert das letztgenannte Zitat und nennt es "ein Programm: Wer heute nicht der Nation sich anschließt, ist reaktionär." ("konkret"-Streitgespräch mit Gremliza, Ebermann, Elsässer und Gröndahl einerseits; Brie und Bischoff andererseits, "konkret" 7/94) Für "junge Welt"-Redakteur Elsässer ist "dieses ganze Zeug mit Einsiedel und das Drumherum ... ein Teil dieser Wiedergutmachung der deutschen Nationalgeschichte, dieser nivellierenden Einordnung von Auschwitz in eine 1000jährige Nationalgeschichte". Ebermann: "Wenn das eure Meinung ist..., dann übernehmt ihr damit die größtmögliche Mitverantwortung für den Nationalismus und Rassismus und die rassistischen Pogrome in Deutschland. Denn es ist unbestreitbar, daß die ihre Ursache in der Wiedervereinigung haben."

Etwas feiner gesponnen sind hingegen die Gedanken des ehemaligen ak-Redakteurs Heiner Möller ("Gruppe K"). Er wähnt die PDS bzw. ihre Strategen auf populistischem Kurs: "Soziale Gerechtigkeit steht dabei nicht für sozialistisch, sondern für nationale Teilhabe (der Ostdeutschen, Anm. ak)." ("konkret" 5/94) Heinrich Graf von Einsiedel mit seiner diffusen Kritik an den herrschenden Parteien oder dem "internationalen Kapital" sei "die politische Verkörperung der Volkspartei". Möller vermutet in der Einsiedel-Verteidigungsschrift "die inhaltliche Ausrichtung der PDS auf einen stramm linksnationalistischen Kurs". Der besondere Unterschied zu den Fällen Ostrowski oder Scheringer sei, "daß das nationalistische Signal von der Parteizentrale gegeben worden ist und auch in den Landesverbänden der ehemaligen BRD strikt durchgesetzt werden soll".

Schade, daß Möller das, was er als linksnationalistisch oder populistisch bei der PDS zu beschreiben meint, nur unter der Kategorie des zielgerichteten Manövers einzuordnen vermag. "Offenkundig glauben die Wahlstrategen der Partei zu Recht, daß man die Wähler irgendwo rechts ‚abholen` muß, um erfolgreich zu sein." Damit ist für ihn offenbar der Fall klar und erledigt, während doch an dieser Stelle für linke, meinethalben kommunistische Politik die Schwierigkeiten und Probleme erst anfangen. Denn natürlich muß linke Politik einen großen Teil der Menschen "rechts" abholen - diese Aufgabe stellt sich nicht nur Parteiführungen, sondern im Prinzip einem jeden linken Menschen. Insofern sind entsprechende Bemühungen der "PDS-Strategen" nichts von vorneherein Verdächtiges, was aber Möllers Sichtweise (von der "konkret"-Crew ganz zu schweigen) per se unterstellt.

Die Auseinandersetzung müßte statt dessen um das "Wie" einer linken Politik geführt werden, die sich selbstverständlich darum bemühen muß, möglichst viele Menschen für sich zu gewinnen, ohne sich dabei inhaltlich und politisch nach rechts hin zu verlieren. In diesen Kontext würden natürlich auch Erörterungen darüber fallen, in welchem Verhältnis die praktische Politik einer linken Partei zu der Nation steht, in der sie sich nun einmal bewegen muß. Erklärungen im Verlautbarungsstil, wie sie sich im Beitrag von Brie u.a. finden ("(Die PDS) wird durch das Bündnis mit einem Mann wie Heinrich Graf von Einsiedel in diesen Positionen

(gemeint sind AusländerInnenwahlrecht, Asylrecht, Forderung nach offenen Grenzen, Ablehnung von internationalen Einsätzen der Bundeswehr, Entschuldung der Entwicklungsländer - Anm. ak) nicht geschwächt, sondern gestärkt"), sind da zu wenig, um offenbar vorhandenem Erklärungs- und Diskussionsbedarf zu genügen.

Was aber hat das nun mit dem ak zu tun? Zum einen existiert eine personelle Überschneidung: Eine Mitverfasserin der besprochenen PDS-Erklärung ist Claudia Gohde, die gelegentlich auch Artikel zur Politik der PDS für den ak verfaßt. Zum anderen kreidet Heiner Möller dem ak an, daß er "ihr Vorgehen (gemeint sind Gohde und Lederer) nicht für kritikwürdig hält". ("Bahamas" 14, 7/94) Für Möller Grund genug, dem "Ex-KB" zu attestieren, er wirke "immer mehr als Agentur des linken Nationalismus der PDS im Westen".

Das ist schon insofern einseitig, als der ak permanent Artikel aus dem PDS-Abgeordneten-Büro Jelpke veröffentlicht - Analysen, mit denen sich sicher auch in der Gruppe K politisch gut arbeiten läßt. Darüber hinaus ist es natürlich als ein gutes Stück böswillig zu bezeichnen, dem ak zu unterstellen, er würde linksnationalistische Inhalte in die Welt setzen - aber für die Gruppe K sind natürlich bereits Überlegungen zum Selbstbestimmungsrecht von Nationen oder nationalen Gruppen der Beweis für politische Versumpfung - ungeachtet der Tatsache, daß sich die kommunistische Bewegung zu allen Zeiten ihrer Existenz mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen hatte.

Der ak muß sich allerdings trotzdem vorwerfen lassen, daß er es bisher versäumt hat, die Politik der PDS genauer und auch kritischer zu untersuchen. Denn das nützt niemandem: weder den ak-Leserinnen und Lesern, noch der PDS, noch denen, die in der PDS aktiv sind, und schon gar nicht dem ak selber.

J., Westberlin

Merkt ja keiner?

Hoch her gingen die Wogen im "konkret"-Streitgespräch zwischen Ebermann, Elsässer, Gremliza einerseits, den PDS-Mitgliedern Brie und Bischoff andererseits. Ebermann: "Oder euer Bundestagswahlprogramm: ‚In Anbetracht der Verschärfung der internationalen Konkurrenz kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur durch eine zukunftsorientierte Strukturentwicklung der Wirtschaft gesichert werden, die eine aktive Industrie und Forschungspolitik voraussetzt.` Daß Deutschland auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sei, ist das ein nationalistischer Wunsch oder nicht?" Bischoff und Brie beantworten die Frage nicht direkt, sondern versuchen, den Kontext der wirtschaftsprogrammatischen Aussagen der PDS zu erklären. Das kann Ebermann natürlich nicht genügen: "Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichern zu wollen und sich das zum Anliegen zu machen, ist das ein nationalistisches Motiv oder ist es das nicht? Das bedeutet Tote woanders, Ruinen, Hungersnöte, Armut."

Schade, daß Brie und Bischoff nicht die naheliegendste Antwort gegeben haben. Den von Ebermann zitierten Satz gibt es nämlich weder so noch irgendwie ähnlich im Bundestagswahlprogramm der PDS und erst recht nicht im Parteiprogramm. Frech wie Oskar oder dummer August? Im letzten Fall unsere Empfehlung: Kneipen-Berater-Team austauschen und mal wieder selber lesen.

29. Die Vorgeschichte einer Umwälzung. Zwei neue Bücher über fünf Jahrzehnte "blockierter Demokratie" in Italien

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:12

Italien ist wie vielleicht seit Mitte der siebziger Jahre nicht mehr ins Zentrum des politischen Interesses geraten. Während die deutsche Rechte frohlockt und das Mutterland des Faschismus als "Avantgarde" in Europa und positives Beispiel für den "unverkrampften" Umgang mit dem schwarz-brauen Erbe preist, diskutiert die Linke über die Gefahr eines neuen Faschismus. Steht er kurz bevor? Ist er in Italien bereits Wirklichkeit geworden? Ist Italien ein Sonderfall oder Beispiel für andere Länder, insbesondere Deutschland? Leider werden Urteile über das "neue" Italien allzuoft in Unkenntnis des "alten" getroffen - ein Umstand, der den Erkenntnisgewinn erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Die konkrete Analyse der konkreten Situation erfordert eben auch, die Dinge nicht statisch, sondern in ihrer Entwicklung zu betrachten. Zwei Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt können dabei wertvolle Hilfestellung leisten.

Giorgio Galli: "Staatsgeschäfte"

Giorgio Gallis Buch "Affari di Stato", eine Untersuchung des "unterirdischen Italien" der Jahre 1943 bis 1990, seiner "politischen Geschichte, Parteien, Korruption, Geheimnisse, Skandale", ist im italienischen Original schon 1991 erschienen. Besonders aufmerksamen ak-LeserInnen, die auch die Fußnoten und Quellenhinweise nicht auslassen, ist es bereits mehrfach begegnet. Im Frühsommer dieses Jahres hat die Europäische Verlagsanstalt diesen Klassiker auch in deutscher Übersetzung auf den Markt gebracht - keineswegs nur für die Liebhaber von Skandalgeschichten und Verschwörungstheorien eine lohnende Lektüre. Zwar stellt der Autor, der renommierte Politikwissenschaftler Giorgio Galli, hier und da seine Thesen zu einigen unaufgeklärten Affären (z.B. der Moro-Entführung oder dem seltsamen Putschversuch des Generals De Lorenzo) zur Diskussion; aber im wesentlichen beschränkt er sich auf die Rekonstruktion der Fälle, deren Hergang er genau belegt.

Einiges aus den Anfangsjahren der italienischen Republik ist insbesondere Jüngeren gänzlich unbekannt, anderes in Vergessenheit geraten, während eine Reihe von Namen zwar vertraut, aber nicht immer auf Anhieb einzuordnen sind. Wer war noch gleich Michele Sindona, wer Roberto Calvi; war Salvatore Giuliano ein sizilianischer Robin Hood oder ein gemeiner Mörder, und was hatte es mit Licio Gellis Geheimloge P2 auf sich? Über Giulio Andreotti, gegen den derzeit wegen Anstiftung zum Mord ermittelt wird, berichtet immer mal wieder die Tagespresse - aber was hat er Mitte der fünfziger Jahre in seiner Funktion als Schatzminister getrieben? Ein genaues Personenregister hilft hier auch denjenigen weiter, die das Buch als Nachschlagewerk verwenden wollen.

Wer es ganz lesen will, hat einige Längen und Wirrnisse zu überwinden. Als Belohnung gibt es allerdings einiges zu lernen, nicht zuletzt über den historischen Hintergrund des 1992 "plötzlich" zum Skandal erklärten Korruptionssystems. Schon seit Ende der vierziger Jahre wurde die Zahlung ebenso wie die Annahme von Schmiergeld zum allgemeinen Prinzip: "Hohe Geldsummen zweifelhafter Herkunft zu kassieren, um sie dann an die Partei weiterzugeben, beeinträchtigt das Ansehen eines Politikers nicht, sondern gilt im Gegenteil fast schon als Verdienstprädikat." Daß es sich hierbei nicht um eine etwas andere Form der Gebührenzahlung, sondern um ein kriminelles Bündnis der wirtschaftlich Mächtigen mit ihren politischen Fürsprechern handelt, belegt Galli anhand einer Fülle von Beispielen.

In den siebziger Jahren besticht die US-Firma Lockheed italienische Politiker mit mehreren Milliarden Lire, um dem italienische Staat Militärflugzeuge von zweifelhaftem Wert zu verkaufen. Die "illegalen Provisionen fließen zum größten Teil in die Taschen eines italienischen Politikers aus den oberen Rängen, der bei der Lockheed unter dem Codenamen ‚Antelope Cobler` geführt und nie identifiziert wird." Ob sich hinter dem Tarnnamen, wie vermutet, der im März 1978 von den Roten Brigaden entführte und - nicht unbedingt von ihnen - ermordete führende Christdemokrat Aldo Moro verbirgt, kann natürlich auch Galli nicht mit Bestimmtheit sagen.

Wie im Fall Lockheed wird auch im Montedison-Skandal kein einziger der Beschuldigten verurteilt. Die Kernaussage der Urteilsbegründung lautet: "Die ungesetzliche Verwendung von Geldsummen, die von der Geschäftsverwaltung nicht in der Geschäftsbilanz aufgeführt werden, seitens der Verantwortlichen eines Unternehmens stellt kein Vergehen dar. (...) Es fehlt die Betrugsabsicht."

Das System der Korruption war lange vor der sog. "Revolution" der Mailänder Staatsanwälte in seinen Grundzügen bekannt, wie etwa das 1976 zu Protokoll gegebene Minderheitsvotum des PCI und der Unabhängigen Linken zum Erdölskandal der Jahre 1966-73 belegt: Hier "handelt es sich nicht um eine vereinzelte bescheidene Operation; es handelt sich um zahlreiche Machenschaften auf dem Hintergrund eines dichten Netzes von Interessen, Beziehungen, Geschäften im Wert von vielen -zig Milliarden Lire und Gewinnen von vielen Hunderten von Milliarden Lire, die im Zusammenhang von immer engeren Beziehungen zwischen Wirtschaftsmächten und politischer Macht ... realisiert wurden."

Daß die "dritte Gewalt", die Justiz, auch in diesem Fall von Verurteilungen absieht, ist auch auf dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontation zu sehen. Seit dem Korea-Krieg "verwendet die DC (Democrazia Cristiana; Anm. Js.) dieses ‚charakteristische Leitmotiv ihrer Politik`: die wachsende Korruption zu kritisieren (...), ist gleichbedeutend mit Schwächung der demokratischen Institutionen, die vom Totalitarismus bedroht sind."

Gallis Schlußfolgerungen sind für das Verständnis des sich seit 1993 vollziehenden Umbruchs von großer Bedeutung. Einerseits sei Fortschritt lange Zeit mit Korruptionswirtschaft vereinbar gewesen. Andererseits sei aber "klar, daß die mangelnde Erneuerung an der Regierungsspitze, die Fälschung der Statistiken und die chronische Steuerungerechtigkeit die drei Eigenschaften des ‚Falls Italien` sind, die den drei fundamentalen Prinzipien einer Industriegesellschaft auf der Grundlage der repräsentativen Demokratie widersprechen." Der Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems wurde vom Ende des Ost-West-Gegensatzes zwar beschleunigt, aber nicht verursacht. Daß die fast ein halbes Jahrhundert lang dominierende Quasi-Staatspartei DC von einer rechten Alternative unter Einschluß der Neofaschisten abgelöst wurde, ist kein Grund, den vermeintlich "guten alten Zeiten" nachzutrauern. Gegen diesen auch unter Linken anzutreffenden Konservatismus liefert Giorgio Gallis Skandalchronik etliche überzeugende Argumente.

Was den Lesegenuß schmälert, ist die teilweise mangelhafte Übersetzung. Stilistische Unebenheiten, mangelnde Beherrschung der Zeitenfolge, Zitate, deren Ende nicht gekennzeichnet wird, u.ä. Schlampigkeiten ist mensch von linken Gazetten, die hauptsächlich in unentgeltlicher Arbeit hergestellt werden, ja gewohnt. In einem Buch, das stolze 48 DM kostet, sind solche Schwächen ein Ärgernis. Hinzu kommen einige gravierende Fehler, die den wissenschaftlichen Wert des Buches - vor allem dort, wo Dokumente zitiert werden - erheblich einschränken. Ein Kaufkraftverlust von 1.700 Milliarden Lire schrumpft auf 1.700 Lire (nach heutigem Kurs 1,70 DM!), und die Stimmenzahl der revolutionären Linken im Jahre 1976 von 550.000 (1,5%) auf lächerliche 55.000. Da wird der Unternehmerverband Confindustria zum "Industriearbeiterverband", Werbung zu "Publizität", eine Ausschreibung zur "Versteigerung" und ein "Freund der Freunde" (Umschreibung für Mafioso) zum "Freund der Freuden". Letzteres ist natürlich ein Druckfehler, aber ärgerlich - wie auch die gänzlich unredigierten vier Seiten Abkürzungen im Anhang: Dort löst sich der PCI in den PSDI auf (nicht in den PDS) - und das verlagseigene Rechtschreibprogramm ins Nichts.

Giorgio Galli: Staatsgeschäfte. Affären, Skandale, Verschwörungen. Das unterirdische Italien 1943-1990. Aus dem Italienischen übersetzt von Monika Lustig; Hamburg (EVA) 1994, 368 Seiten, DM 48

Michael Braun: Italiens politische Zukunft

Buchverlage haben es ja auch nicht leicht. Um die potentiellen LeserInnen zum Kauf zu animieren, müssen sie alle Register ziehen. Zumindest meinen sie, das tun zu müssen. Der Fischer-Verlag hat da allerdings die Grenzen des Anstands erheblich überschritten. Das Cover eines Buches über "Italiens politische Zukunft" mit dem Foto eines Leichenzuges (sehr malerisch mit Priester, Kutsche, verhüllten Pferden und schwarzbefracktem Kutscher) zu illustrieren, mag ja noch angehen: "Pessimismus der Analyse" (Gramsci) ist allemal am Platze. Ärgerlich wird es, wenn das Buch gar nicht von der Zukunft handelt, sondern von der - wenn auch jüngeren - Vergangenheit.

Das Schlußkapitel "Wohin geht Italien?", das einen Ausblick wagt, unterscheidet sich kaum von etlichen Zeitungsartikeln mit haargenau derselben (oder geringfügig abweichender) Überschrift. Natürlich muß

Berlusconi, der in den ersten neun Zehnteln des Buches so gut wie gar nicht vorkommt, noch irgendwie untergebracht werden. Auch über die Neofaschisten erfährt mensch so gut wie nichts - ist nicht deren Rehabilitierung durch Regierungsbeteiligung bisher die wesentliche historische "Leistung" Berlusconis? Der nicht besonders erhellende Schlußsatz lautet: "Und da die materiellen Folgen der Zerrüttung des italienischen Staatshaushaltes wohl erst in den nächsten Jahren in ihrer ganzen Tragweite zur Geltung kommen werden, können Berlusconi, Bossi und Fini auf eines sicher rechnen: auf einen reichen Humus rechtspopulistischer Politik." Gemeint ist vermutlich "Humus für rechtspopulistische Politik" - ein ebenso richtiger wie banaler Gedanke.

Daß der Autor sich nicht an konkretere Prognosen heranwagt, soll ihm keinesfalls vorgeworfen werden. Im Gegenteil: Wie die Dinge derzeit laufen, würde sich auch der größte Kenner der italienischen Verhältnisse damit fast zwangsläufig blamieren. Nehmen wir also einfach an, auf dem Umschlag stünde "Zur Vorgeschichte der Umwälzungen in Italien" oder so ähnlich - und wir haben ein überaus nützliches, faktenreiches Buch zu eben diesem Thema.

Ebenso wie Giorgio Galli weist Braun nach, daß die scheinbare politische Stabilität, die durch eine schlechthin nicht abwählbare christdemokratische Dauerregierung garantiert wurde, auf Dauer die Effizienz des politischen Systems immer mehr untergraben mußte. Ohne die Ablösung der "Elitengruppierungen im Wechsel von Regierung und Opposition" war keine "Erneuerung des politischen Personals" möglich. Der Staat wurde zur Beute der Regierenden, die davon auch der staatstragenden Opposition etwas abgaben: lukrative Führungspositionen im sottogoverno (wörtlich "Unterregierung"), den Staatsbetrieben, die nach Parteienproporz aufgeteilt wurden.

Daß es in den ständigen Auseinandersetzungen innerhalb der DC weniger um "rechts" und "links" als vielmehr um die Versorgung der jeweiligen Strömung ging, zeigt Michael Braun anschaulich. Er widerlegt auch das von einigen Linken gepflegte Vorurteil, die Klientelwirtschaft sei nur eine etwas andere Form des Sozialstaates. Während die Selbständigen "de facto Steuerfreiheit genossen", wurden die Löcher im Haushalt auf dem Wege der immer weiter gesteigerten Staatsverschuldung gestopft.

Informativ sind die Abschnitte über die unterschiedlichen politischen Kräfte und Parteien, insbesondere das "bunte Heer der Neuerer": Initiatoren der Referendumskampagne wie Mario Segni, die die Einführung des Mehrheitswahlrechts zum politischen Allheilmittel erklärten - und bei der Abrechnung im März 1994 leer ausgingen.

Einige von Michael Brauns politischen Bewertungen werden bei Linken Widerspruch hervorrufen. Wieso "schien" die Einführung des Mehrheitswahlrechts "einen heilsamen Zwang auf die Parteien zugunsten der inneren Reform und der Bündelung der Kräfte auszuüben"? Undemokratisch ist dieses Wahlverfahren nicht erst, seitdem die Rechten davon profitiert haben. "Gebündelt" wurde auf der "Linken" ein diffuser und rein defensiver "fortschrittlicher Pol" ohne irgend eine gesellschaftsverändernde Ausstrahlung. Wieso sind "eindeutige Mehrheiten im Parlament" überhaupt wünschenswert?

Diese Ungereimtheiten werden durch die Fülle an Fakten zumindest ausgeglichen. Wer dieses Buch aufmerksam liest, wird den Umbruch in Italien besser verstehen und insbesondere jeden nostalgischen Blick auf das gestürzte Ein-Parteien-System vermeiden.

Michael Braun: Italiens politische Zukunft. Frankfurt am Main (Fischer) Juli 1994, 191 Seiten, DM 16,90

Js.

30. Festung Europa - Ein Handbuch

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:31

"Asyl, Drogen, ‚Organisierte Kriminalität`: Die ‚Innere Sicherheit` der 80er und 90er Jahre und ihre Feindbilder" - so lautet der Untertitel von Beat Leuthardts Buch "Festung Europa". Den Schwerpunkt bildet die Darstellung der Instrumentarien, die sich die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland - als Vorreiter für den Standard der europäischen "Inneren Sicherheit" - in den letzten zehn Jahren geschaffen haben. Gleichzeitig wird dargestellt, welchen Zusammenhang es zwischen den verschiedenen Gesetzen in den Bereichen Asylpolitik, Drogen, Organisierte Kriminalität etc. gibt, wie eins ins andere greift.

Dokumentiert werden die Auswirkungen und "Folgeerscheinungen", die die Gesetze der Schweiz und Deutschlands in den anderen Staaten Europas haben. So entsteht ein Überblick über die Situation von Großbritannien über Polen bis Bjelorußland und von Schweden über Italien bis Marokko, soweit dieses aufgrund der Materiallage möglich war.

Ein Handbuch steht im Untertitel, und das trifft den Charakter des Buches ziemlich genau. Es ist ein sehr gutes Handbuch und politisches Kompendium für alle, die an dem Thema "Innere Sicherheit" interessiert sind oder zu diesem Thema arbeiten. Hilfreich sind die ausführlichen Anmerkungen zu jedem Kapitel und der hervorragende Anhang, in dem außer einem - gut aufbereiteten - Sachregister ein Personenregister und Verzeichnisse der Organisationen (NGOs), Parteien, Unternehmen und Verbände sowie der Staaten, Grenzorte und Grenzgebiete enthalten sind. So wird quasi jede beliebige Fragestellung zum Thema beantwortet wird.

Beat Leuthard schreibt u.a. für die linke Zürcher Wochenzeitung (WoZ). Ein Teil des Kapitels "Wälle gegen die Muslims im Kosova und in Bosnien" erschien als Vorabdruck in ak 358 (September 1993) unter der Überschrift "Die Schweiz baut mit an der Festung Europa".

Beat Leuthardt: Festung Europa. Asyl, Drogen, "Organisierte Kriminalität": Die "Innere Sicherheit" der 80er und 90er Jahre und ihre Feindbilder. Ein Handbuch. 450 Seiten. Rotpunktverlag.

Bestellungen: Medienbüro, Leuthardt, Postfach 1526, 79 550 Weil am Rhein 1 oder durch Direktzahlung auf Postkonto 303857-758,

BLZ 660 100 75, Postgiroamt Karlsruhe. DM 43,- plus DM 3,- Porto.

31. Gremliza versus ak: Die Vierte

Autor: he., js. · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:29

Der Streit, den Hermann L. Gremliza meint mit dem ak ausfechten zu müssen, landete am 15.7. vor dem Landgericht Hamburg (Pressekammer) und wurde von diesem mit einem Vergleichsvorschlag an die Parteien zurückgewiesen.

Für all die, die diese Fortsetzungsfarce bisher nicht verfolgen konnten, ein Überblick. Anläßlich der Umstellung der in Berlin erscheinenden Tageszeitung Junge Welt unter Federführung von Hermann L. Gremliza hatten wir in ak 364 einige Behauptungen aufgestellt, die zwar tendenziell, aber nicht in der juristischen Form stimmten. So hatten wir geschrieben, Hermann L. Gremliza ginge als Herausgeber zur Jungen Welt, hatten das Neue Deutschland mit der Behauptung zitiert, er gehe als Verleger zur Jungen Welt und setzten noch eins drauf mit der Behauptung, er gebe seine verlegerische Tätigkeit in Hamburg auf. HLG empfand dies wohl als ehrenrührig und forderte einen Widerruf, eine Unterlassungserklärung und eine Nichtweiterverbreitungserklärung. Unterlassen wollten wir schon, nicht weiter verbreiten auch, aber beim reinen Widerruf hätten wir unsere LeserInnen doch arg täuschen müssen. Deshalb erklärten wir in der nächsten Ausgabe, daß HLG weder Verleger noch Herausgeber der JW sei, der Spiegel aber mit Zustimmung Gremlizas behaupten durfte, er gehen zur JW als "Blattmacher in verlegerischer Funktion"; weiterhin teilten wir mit, wir wollten HLG gern glauben, daß er in Hamburg weiterhin verlegerisch tätig sei; richtig sei aber auch, daß in Hamburg seine verlegerische Tätigkeit vor allem mit dem konkret herausgebenden Verlag verbunden ist. In diesem, dem GLV Verlag, war HLG bis Ende des vergangenen Jahres als Gesellschafter und Geschäftsführer tätig, bis er Konkurs anmeldete. In dem als Nachfolgefirma gegründeten Verlag bekleidet HLG keinerlei juristische Funktion. Dennoch wollen wir ihm seine verlegerische Tätigkeit nicht streitig machen - zumal diese Berufsbezeichnung wie die der Gastwirte nicht unter Artenschutz steht.

Allein, HLG reichte der uns bis hierher entstandene finanzielle Schaden (Kosten für die in diesem Fall höchst überflüssigen Anwälte DM 1.500) nicht. Mit einer fingierten Bestellung stellte er uns eine Falle. Wir lieferten an eine Buchhandlung in Berlin fünf Exemplare, an eine Figur in Frankfurt ein Exemplar und verstießen damit nach Auffassung HLGs gegen die abgegebene Nichtweiterverbreitungserklärung. Dafür wollte der Herr sechsmal eintausend, also DM 6.000 Strafgeld kassieren.

Dies alles wurde am 15.7. vor der Pressekammer verhandelt. Gremlizas Anwalt hatte in seinem Übereifer noch einen weiteren Klagepunkt hinzugefügt und die Bezahlung seines Ersthonorars in die Klage einbezogen.

Das Gericht rollte den Fall von hinten auf. Keinerlei Interesse zeigte es an vielfältigen politischen und ideologischen Facetten der Auseinandersetzung. Am Geschriebenen in konkret und ak in dieser Sache, so der Vorsitzende Richter, interessiere ihn allein, ob die Verfasser jeweils mit "Herzlichst Dein..." unterschrieben hätten. Dann wurde HLGs Anwalt bescheinigt, daß er das kleine kaufmenschliche Einmaleins nicht beherrscht: Da auf der Honorarrechnung weder ein Zahlungsziel genannt noch eine Mahnung geschrieben worden war, konnte von einem Zahlungsverzug nicht die Rede sein. Klage abgelehnt. Punkt 2: Das Gericht mochte sich unserer Auffassung, daß die fingierten Bestellungen sittenwidrig seien, nicht anschließen; aber es folgte der Argumentation, daß es sich allenfalls um zwei Verstöße handele. Wiederum mit der Einschränkung, daß die Bedienung der Bestellung durch den Buchladen schwerer wiege, da doch wohl die Weiterbreitung beabsichtigt worden sei. Die Kammer befand ein Strafgeld von DM 3.000 für angemessen. Gar nicht teilen mochte es Gremlizas Forderung nach einem erneuten Widerruf. Wenn alle von uns in der Richtigstellung angeführten Bewertungen wahr seien, wovon ausgegangen werden könne, da der Kläger - HLG - ansonsten weitere Widerrufe gefordert hätte, gäbe es keine zwingenden Gründe, weshalb wir einen Widerruf ohne redaktionelle Anmerkungen veröffentlichen sollten.

Die Pointe kam mit der Kostenfrage. Da den Löwenanteil am Verfahren die Forderung nach einem erneuten Widerruf bildete (Streitwert für diesen Teil DM 10.000) kam die Kammer zum Ergebnis: Die Kosten teilen sich im Verhältnis 79% für Hermann L. Gremliza und 21% für den ak. Der Vergleichsvorschlag sieht hingegen statt den 3.000 Mark ein Strafgeld von DM 2.000 sowie eine Teilung der Gerichts- und Anwaltskosten fifty-fifty vor. In Geld gemessen läuft das für den ak auf das gleiche hinaus. Das können wir mit einem weinenden, aber auch mit einem lächelnden Auge sehen. Zwar wird uns so diese Eskapade des Herrn von der Elbchaussee alles in allem runde 5.000 DM kosten, aber Gremliza wird davon keine müde Mark erhalten. Wie hieß es doch

in konkret: "Vielleicht entdecken die Beklagten ja vor Gericht die Klassengesellschaft in Form ihrer Klassenjustiz wieder. Wie sich denken läßt, ist ein solcher Beitrag zur Fortbildung nicht kostenlos. Aber es kommt ja einem guten Zweck zugute: KONKRET." Nun erhält konkret keinen Pfennig, weil der Herr überzogen hat. Hätte er nur das Strafgeld einklagen wollen, wäre er jetzt um 3.000 Deutschmark reicher; so muß er sie wegen seiner Eitelkeit für Gerichts- und Anwaltskosten ausgeben. Die einzigen Gewinner sind - wer hätt's gedacht - die Anwälte. Ob dies nun ein guter Zweck ist, möchten wir nicht bewerten, eine Zuwendung an HLG und das Konto von konkret wäre sicherlich ärgerlicher gewesen.

Ob dies nun der letzte Akt der Farce ist, wird sich erst nach Erscheinen dieser Ausgabe herausstellen: Bis zum 2. September haben die Parteien Zeit, sich zum Vergleich zu äußern.

he., js.

PS: Auch wenn sich der Schaden in nicht existenzbedrohenden Grenzen hält, kommen wir nicht umhin, bei etwas betuchteren UnterstützerInnen dieser Zeitung um eine milde Spendengabe zu bitte. Soweit diesem Ansinnen gefolgt wird, bitte überweisen auf das Konto des Verlags (siehe Impressum).

32. Plakativer Antirassismus. Antirassistische Plakatserie sorgt für Aufregung

Autor: Har., Al., Nürnberg · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak369/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:24

Mit einer breit getragenen Plakataktion ist es in Nürnberg gelungen, das in die Tat umzusetzen, was von linker Politik oft gefordert, aber viel zu selten auch verwirklicht werden kann: Selbst die politische Initiative zu übernehmen, mit eigenen Inhalten zu agieren und nicht nur auf rechtsradikale Übergriffe zu reagieren. Die Mischung aus solider allgemeiner Information und konkreter Detailrecherche über rechtsradikale Organisationen sowie die Darstellung ausgewählter inhaltlicher und personeller Schnittstellen zur CSU erwies sich als brisant. Die Reaktion der bayerischen Staatspartei, das Thema hochzukochen und die Plakataktion zu kriminalisieren, war letztlich ein Eigentor. Aus Sicht der Linken war (und ist) die Plakatserie ein äußerst wirkungsvolles Instrument, um den Extremisten der Mitte eine Diskussion aufzuzwingen, die sie scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Bereits zu Beginn des Jahres 1994 initiierte das "Antifaschistische Bildungs- und Dokumentationszentrum" (ABiDoZ) in Nürnberg unter dem Titel "Faschismus hat viele Gesichter" eine Plakatserie. Nach Berliner Vorbild sollte damit der Versuch unternommen werden, im Großraum Nürnberg breitere Kreise der Bevölkerung über rechtsradikale Umtriebe in der Region aufzuklären. Die Poster informieren über die lokalen Aktivitäten der vor Ort wichtigsten Nazigruppen und rechtsradikalen Parteien. Einige ihrer verborgenen Verbindungslinien wurden aufgezeigt und mehrere ihrer wichtigsten, in der Öffentlichkeit jedoch nicht bekannten Rädelsführer wurden namentlich genannt und abgebildet. Das Ziel: Einengung des Spielraums für Rechtsradikale und Rassisten, indem man die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihr Treiben lenkt.

Von den fünf Plakaten mit dem Motto "Faschismus hat viele Gesichter" befaßte sich je eines mit den Republikanern, der NPD, den Jungen Nationaldemokraten, den Naziskins sowie dem "Deutschen Freundeskreis", einer Sammlungsorganisation von Nazigruppen und -parteien aus dem fränkischen Raum.

Das sechste Plakat, auf das sich das Medieninteresse hauptsächlich konzentrierte, hatte eine andere Überschrift. Es trug den Titel "Rassismus hat viele Gesichter". Es thematisiert nicht wie die anderen fünf Poster die verschiedenen Facetten des offenen Rechtsradikalismus, sondern, am Beispiel der CSU, den Extremismus der Mitte. Mit diesem Plakat sollte gezeigt werden, daß Rechtsextremismus von der offiziellen Politik der großen Parteien verharmlost und gefördert wird. Denn "Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Brandstifter können sich auf Biedermänner berufen, die dafür sorgen, daß ihre Taten auf Verständnis und klammheimliche Freude stoßen." (Plakat zur CSU)

"Rassismus hat viele Gesichter"

Das CSU-Plakat bekam bewußt einen anderen Titel als die ersten fünf Plakate, um so klar zum Ausdruck zu bringen, daß keine plumpe Gleichsetzung zwischen militanten rechtsextremistischen Kreisen und der bayerischen Staatspartei beabsichtigt ist. Es werden rassistische Äußerungen führender CSU-Politiker (Stoiber, Waigel, Gauweiler etc.) wörtlich und unter exakter Quellenangabe zitiert sowie Verbindungslinien hochrangiger CSU-Würdenträger in die Braunzone aufgezeigt.

Ebenfalls erwähnt wird Markus Söder, Yuppie-Aufsteiger, CSU-Ortsvereinsvorsitzender und zudem für die am 25. September anstehenden bayerischen Landtagswahlen als Nürnberger CSU-Direktkandidat nominiert. Der sechsundzwanzigjährige Beckstein-Intimus hatte Anfang Februar 1994 im Nürnberger Stadtteil St. Leonhard unter dem Motto "Was können wir gegen das Asylbewerberheim tun?", so die CSU-Einladung, die Stadtteilbevölkerung zu einer Protestversammlung gegen die geplante Unterbringung von Asylbewerbern aufgerufen. In einem weiteren Flugblatt, welches an die Haushalte verteilt wurde, versprach er, sich dafür einzusetzen, daß nur "sozial verträgliche" Asylbewerber in den Stadtteil kommen würden. Als der festangestellte Redakteur des Bayerischen Rundfunks auf Gegenwehr stieß, wollte er mit der Hetze gegen Asylbewerber plötzlich nichts mehr zu tun haben.

Die Reaktion der CSU

Ein Bündnis von über 20 Gruppen und Organisationen trägt die Posterserie. Das Spektrum reicht vom ABiDoZ über diverse autonome Gruppen, den KB-Nürnberg bis hin zu den Jusos, B'90/Grünen und dem Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg. Gewerkschaften sowie die SPD trugen die Aktion nicht mit. Dies wurde offiziell mit Formalia begründet. Das Ergebnis der monatelangen Arbeit wurde der Öffentlichkeit Ende April erstmals vorgestellt. Die Presse berichtete. Erste Reaktionen der CSU ließen nicht lange auf sich warten. Mit mehreren Journalisten im Schlepptau verlangte Markus Söder Zutritt zu den Räumen des ABiDoZ, obwohl das Büro zu dieser Zeit nicht besetzt war. Dies wurde ihm jedoch von Mitarbeitern des städtischen Kulturladens verwehrt.

Die Jusos stellten ein Teilkontingent ihrer Wahlkampfständer für den Europawahlkampf zur Verfügung, so daß das CSU-Plakat schließlich den Weg aus den Szenekneipen in die Fußgängerzone fand. Als das Bündnis DM 4000,- löhnte, um 100 Stück eines jeden Plakats über die Stadtreklame auf Werbeflächen kleben zu lassen, platzte der CSU endgültig der Kragen. Ihr Möchtegern-Abgeordneter Söder erstattete postwendend Strafanzeige wegen Beleidigung: Er fühlte sich als Rassist verunglimpft. Die Justiz gab seinem Eilantrag statt und beschlagnahmte per einstweiliger Verfügung das Plakat. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen den presserechtlich Verantwortlichen ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Beleidigung ein. Die Stadtreklame überklebte die antirassistischen Aufklärungsposter.

Die CSU wähnte sich in der Offensive und zeigte sich dauerempört. Markus Söder bezeichnete das CSU-Plakat als eine "bösartige Verleumdung", welche "die genannten Personen in ihrer Ehre und ihrer Glaubwürdigkeit" treffe. Denn "die CSU trete entschieden gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein". (Nürnberger Nachrichten, 30.5.94) "Daß sich ein Teil der SPD, nämlich die Jungsozialisten, hätten einbinden lassen oder gar aktiv mitgewirkt hätten", nannte Karl Freller (CSU-MdL) "einen Skandal". Er warf den Jusos die Zusammenarbeit mit linken Gruppierungen vor, nämlich mit dem "Kommunistischen Bund, der DKP-Gostenhof-Ost und der VVN/BdA - Organisationen, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden. Die Verbrüderung der Jusos mit der ‚Roten Volksfront` schade dem Gemeinwesen." (ebd.) Dies war der Hauptvorwurf der CSU. Auf die im Plakat aufgeführten Sachverhalte ging sie wohlweislich nicht ein. Innenminister Beckstein persönlich schrieb sowohl an Nürnbergs SPD-Oberbürgermeister als auch an die bayerische SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt und den Nürnberger Ausländerbeirat Briefe, in denen er schleunigst die Distanzierung von dem üblen Machwerk der "Linksextremisten" verlangte. Zudem müßten die Jusos bestraft werden.

Zwiespältige Haltung der SPD - wo sind die Grünen?

Renate Schmidt distanzierte sich von dem Plakat, denn die "CSU (sei) nicht mit Neonazis gleichzusetzen. " (Nürnberger Nachrichten, 2.6.94) Die SPD-Spitzenpolitikerin wies aber weitergehende Kritik zurück und bezeichnete es als "haarsträubend, daß sich keiner der angegriffenen CSU-Politiker von den authentischen Zitaten distanziere (...) Diese Äußerungen würden mit dazu beitragen, daß der Rassismus in unserem Land gesellschaftsfähig wird." (NN 2.6.94) Auch lehnte sie es ab, die Nürnberger Jusos zu rüffeln. Eine explizite Entschuldigung verweigerte sie.

Die Haltung der Nürnberger SPD: Mit dem formalen Argument, städtische Gelder dürften nicht dazu verwendet werden, andere im Stadtrat vertretene Parteien anzugreifen, wurde die Unterstützung für das CSU-Plakat und auch für das Plakat über die Republikaner durch die Stadt verweigert. Der Rechtsreferent der Stadt Nürnberg, Dr. Frommer (SPD), bescheinigte den Plakaten zwar, daß keine Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegen ihren Aushang sprechen. Aber in Hinblick auf die Neutralitätspflicht der öffentlichen Hand im Superwahljahr könne es keine städtische Unterstützung für Parteienplakate geben, also auch nicht für das Plakat über die NPD und die Jungen Nationaldemokraten. Oberbürgermeister Schönlein (SPD) wies die Verwaltung an, daß keines der sechs Plakate in städtischen Dienststellen aufgehängt bzw. durch sie unterstützt werden darf.

Während sich die Jusos voll hinter die Plakataktion stellten, bekamen die anderen eher rechts stehenden Bündnispartner des UnterstützerInnenkreises zunehmend kalte Füße. Bündnis 90/Die Grünen distanzierten sich vom CSU-Plakat und schwiegen sich in der Öffentlichkeit aus.

Die konservative Fraktion des Ausländerbeirats entschuldigte sich beim CSU-Innenminister gar schriftlich. Sie beantragte eine erneute Abstimmung über die Plakatserie und setzte durch, daß der Ausländerbeirat seine Unterstützung für das CSU-Plakat zurücknehmen mußte.

Das Bündnis kartet nach

Der UnterstützerInnenkreis der Plakataktion nahm die inhaltliche Debatte um das CSU-Plakat auf und leitete seinerseits gegen die Beschlagnahme juristische Schritte ein. Der Anwalt verwies in seiner Beschwerdeschrift gegen die Beschlagnahme darauf, daß durch das CSU-Plakat nirgends behauptet werde, Herr Söder sei ein Rassist. Im CSU-Plakat werde aber der Wahrheitsbeweis, daß die geschilderten Aktivitäten des Herrn Söder unter ‚rassistische Strukturen` zu subsumieren sind, positiv geführt. Des weiteren sei ‚Rassismus` ein Fachbegriff der politischen und sozialen Sprache des 20. Jahrhunderts und keinesfalls per se ein Beleidigungsbegriff.

Mitte Juli wurde der Beschlagnahmebeschluß vom Landgericht Nürnberg-Fürth gekippt. In ihrer Urteilsbegründung verwiesen die Richter darauf, daß der "Begriff des ‚Rassismus` im vorliegenden Fall in der politischen Auseinandersetzung gebraucht" wird und nicht daran zu zweifeln sei, daß die abgebildeten Personen in der "Absicht negativer Etikettierung" mit dem Begriff Rassismus belegt werden. "Diese sollten dadurch im Bewußtsein der Betrachter des Plakats herabgewürdigt werden." Gleichwohl sahen die Richter den "Tatbestand der Beleidigung oder auch der üblen Nachrede nicht erfüllt". Die Formulierungen stellten keine unverhältnismäßige "Schmähkritik" dar. "In der politischen Auseinandersetzung ist es zulässig, aufgrund bestimmter Zitate (...) den Schluß auf ‚rassistische Strukturen` zu ziehen." (Zitate aus der Urteilsbegründung) Die Richter sahen die Beschlagnahme des Plakates als nicht rechtens an.

Nach diesem Richterspruch ging die CSU auf Tauchstation. Ihr pressegeiler Landtagsabgeordneter in spe äußerte sich nicht öffentlich zu dem Urteil. Seiner noch ausstehenden Beleidigungsklage werden nun nur noch geringe Chancen eingeräumt.

Har., Al., Nürnberg

Die Plakatserie (6 Plakate DIN A2) kann für DM 20,- incl. Porto (Schein beilegen) unter folgender Adresse bestellt werden:

Antifaschistisches Bildungs- und Dokumentationszentrum, Postfach 810146, 90439 Nürnberg

33. Quelldatei 16.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:16

Lateinamerika

Wer sich recht vollständig und aktuell über das Geschehen vom Norden Mexikos bis zum Süden Chiles informieren will, ist mit den - nun im 22. Jahrgang erscheinenden - Lateinamerika Nachrichten gut bedient. Neben Länderberichten von jeweils rund vier Seiten enthalten die Ausgaben der Zeitschrift umfangreiche Beiträge - in der Juli/August-Nummer z.B. die Betrachtungen einer Ethnologin über "Alltagskultur jenseits der Normen" (Kuba) und einen Artikel über das Vordringen der Evangelikalen (Botschaft: "Be cool, Jesus loves you!") in der Region.

Lateinamerika Nachrichten. Jahresabo (12 Nummern) 60 DM. Bestelladresse: Lateinamerika Nachrichten im Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 10961 Berlin.

IWF und Weltbank

Vor 50 Jahren wurden der Internationale Währungsfond und die Weltbank gegründet. Neben einer Darstellung der Gläubigerposition dieser Institutionen enthält die jüngste Ausgabe der blätter des iz3w Debattenbeiträge über Strukturanpassung im Norden. Der Themenschwerpunkt der Ausgabe - Koka und Drogenpolitik - stellt die Entwicklung in Kolumbien und die Drogenpolitik der Clinton-Regierung dar.

blätter des iz3w. Nr. 199, Juli/August 94. A4, 60 S., 7,50 DM.

Antimilitarismus

Einigermaßen schwer fällt es, der ami im Rahmen einer Kurzvorstellung gerecht zu werden. Welche der - in der Sommerausgabe enthaltenen - 25 Artikel sollen genannt werden, welche nicht? Mitgeteilt werden kann eigentlich nur generell: Wer sich als Pazifist, Antimilitarist, Friedensbewegter engagiert, kann ohne diese Zeitschrift eigentlich keine fundierte Politik machen, werden doch in jeder Ausgabe in Länder- und Themenartikeln sorgsam recherchiert eine große Anzahl für die antimilitaristische Arbeit wichtige Entwicklungen und Ereignisse dargestellt.

antimilitarismus information, H. 7-8/94. A5, 68 S. (Doppelheft), 4.50 DM. Jahresabo (12 Nummern, davon 3 mit Doppelumfang) 40 DM. Bezug: ami-Verlag, Elßholzstraße 11, 10781 Berlin.

"Innere Sicherheit"

Die "Innere Sicherheit" stand im Zentrum der bisherigen Wahlgänge dieses Jahres und wird in der Politik der meisten Parteien bis zur anstehenden Wahl zum Bundestag eine große Rolle spielen. Parteien, Polizei, Medien und sogar Verkehrsbetriebe schüren das Gefühl der Bevölkerung, einer Kriminalitätswelle ausgesetzt zu sein, und werben für ihr ganz besonderes Sicherheitskonzept. Bürgerrechte & Polizei hat sich die "Leistungen" der Parteien auf dem Gebiet der "Inneren Sicherheit" genauer angesehen.

Bürgerrechte & Polizei CILIP, Nr. 2/1994. A5, 104 S., 10 DM.

Rosa Luxemburg

Klaus Gietinger, Drehbuchautor und Regisseur, stellte sich bei der Betrachtung von Dieter Ertels Fernsehspiel aus dem Jahr 1969 über die Ermordung Rosa Luxemburgs die Frage: "Wer erschoß nun wirklich Rosa Luxemburg?", hatte doch auch Ertel diese Frage nicht ausreichend - jedenfalls nicht ausreichend für Gietinger - aufklären können. Gietinger stieg nun selbst in die Tiefen der Archive und versuchte - erfolgreich - möglichst auch bis dato nicht zugängliches oder sonstwie unbekanntes Material ausfindig zu machen. Das aus seinen Recherchen entstandene Drehbuch fand bei den Sendern kein Interesse. Ein ZDF-Redakteur eröffnete ihm sogar, er werde sich nicht darauf einlassen, ein Urteil eines deutschen Gerichts in einem Fernsehspiel anzuzweifeln. Gietingers Untersuchung erschien daraufhin als historische Studie in der renommierten Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in zwei Folgen. Eine überarbeitete und aktualisierte Fassung dieses (in jedem Aspekt belegten) Geschichtskrimis liegt nun auch in Buchform vor.

Klaus Gietinger: Die Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L. Mainz (Decaton Verlag) 1993. 112 S., 14 DM.

Wehrmachtsverbrechen

Seit Konrad Adenauer lebten alle Bundesregierungen gut mit der Zwecklüge, daß die Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs mit der Versklavung der Bevölkerung der besetzten Länder und dem Völkermord an den europäischen Juden nichts zu tun gehabt habe - oder doch nur ausnahmsweise und im Widerspruch zum geltenden soldatischen Ehrenkodex. Als 1992 ein Artikel in der Zeit erschien, in dem es hieß, die "Verbrechen der Wehrmacht" ließen sich "nicht länger unterschlagen", schäumte Alfred Dregger: "Wir dürfen den Vorwurf des Mordes und des Terrors auf unseren gefallenen Kameraden nicht sitzen lassen." - Die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung eröffnet ihre Juni/Juli- Ausgabe mit einem Aufsatz von Hannes Heer über Wehrmacht und Holocaust, veröffentlicht neue Dokumente über Wehrmachtsverbrechen in Weißrußland und dokumentiert ein Gespräch mit u.a. Mitarbeitern des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Freiburg über den Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht im Osten.

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, H. 3/1994. 96 S., 18 DM.

34. Quelldatei 17.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:17

Kalender

Strafkompanie 999

Mit einer Ausstellung über "die mit dem blauen Schein", die Angehörigen der Strafkompanie 999 in der Nazi-Wehrmacht, informieren VVN/BdA, Landesvereinigung Hamburg.

7.8.-2.9.94, Mo-Sa 10-22 Uhr, So 14-21 Uhr. Hamburg-Haus, Doormannsweg 12, Hamburg.

Autonomie-Kongreß

Das 2. bundesweite Vorbereitungstreffen für einen "Autonomie-Kongreß der undogmatischen linksradikalen Bewegungen" unter dem vorwärtsweisenden Titel "Heraus zum 21. Jahrhundert" findet statt am

27./28.8.94 im Autonomen Zentrum, Sickingenstr. 10, Kassel. Anmeldungen (wegen Schlafplätzen) und nähere Auskünfte: Tel. 0561-18529.

IG Farben

Die nächste Aktionärsversammlung der IG Farben i.A. ist für den 30.8.94 um 10 Uhr in Frankfurt/Main angekündigt. Sie findet statt im Hotel Steigenberger AVANCE, Frankfurt Airport, Unterschweinstiege 16. - Wie auch in den vorhergehenden Jahren sind Protestaktionen kritischer Aktionäre, ehemaliger IG-Farben-Zwangsarbeiter, Antifa-Gruppen und des DGB Frankfurt vor Ort gegen diese Versammlung geplant. Eine Diskussions- und Protestveranstaltung findet statt am

29.8.94, 18 Uhr, im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, Frankfurt.

Jüdischer Widerstand

Ingrid Strobl liest aus ihrer Aufsatzsammlung "Das Feld des Vergessens" (s. aufgeblättert, ak 368) am

31.8.94, 20 Uhr, Stadtteiletage (Eingang Bartelsstraße neben Hotel Schanzenstern), Hamburg.

Ihr Film über den jüdischen Widerstand in Bialystok "Mir zeynen do" (Wir sind da) wird vorgeführt am

1.9.94, 20.30 Uhr, Kino 3001, Schanzenstr. 75, Hamburg.

Bevölkerungspolitik

Das "Eine Welt Jugendnetzwerk" veranstaltet ein Seminar zur Bevölkerungspolitik. Behandelt werden sollen die Fragen: Was ist von der UNO-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung zu halten? Gibt es eine frauenfreundliche Bevölkerungspolitik? Besteht ein Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung?

2.-4.9.94, Göttingen. Anmeldung: Astrid Schaffert, Auf dem Lohberge 23, 37087 Göttingen, Tel. 0551- 791582.

50 Jahre 8. Mai

Am 8. Mai 1995 jährt sich zum fünfzigsten Male jener Tag, der unter Linken als Tag der "Befreiung vom Faschismus" und/oder als Tag der "bedingungslosen Kapitulation Deutschlands" gilt. - Eine Gruppe von Leuten aus dem antifaschistischen und antirassistischen Spektrum Hamburgs wollen um den 8. Mai 1995 herum "ein breit angelegtes Politisches Streit- und Kulturprogramm" gemeinsam mit anderen organisieren. Ein Vorbereitungstreffen findet statt am

3.9.94, 15 Uhr, GWA-Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, Hamburg.

Irmgard Möller

Um "Freiheit für Irmgard Möller" geht es bei einer Info-Veranstaltung und Soli-Party am

3.9.94, 20.30 Uhr, im Subotnik, Große Brunnenstr. 55a (Hinterhof), Hamburg.

EU-Gipfel

Die 3. Aktionskonferenz der Kampagne gegen den EU-Gipfel in Essen (Dezember 1994) findet statt am

10.9.94, 11.30 Uhr, im Zentrum Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Essen.

Südostasien

Die Grünen im Europäischen Parlament laden anläßlich der Außenministerkonferenz von Europäischer Union und ASEAN-Staaten zum Kongreß "Außenpolitische Alternativen für Südostasien". Behandelt werden die Themen: Wirtschaftsentwicklung und Umweltzerstörung in Südostasien; Rüstungsexporte und Menschenrechtsverletzungen in Osttimor; Sextourismus, Frauenhandel und Kinderprostitution.

17.9.94, 9.30-18 Uhr, DGB-Haus, Karlsruhe. Information und Anmeldung: Christoph Erdmenger, Erbprinzenstr. 20, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721- 27213.

Friedenskongreß

Der 6. PädagogInnen-Friedenskongreß tagt unter dem Motto "Aktiver Pazifismus gegen den neuen Militarismus" vom

23.-25.9.94 im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee, Hamburg. Anmeldung: Hartmut Ring, Gellertstr. 29, 22301 Hamburg, Tel. 040-2792353. (Teilnahmebeitrag: 30 DM).

European Campaigning Against Racism ...

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesjugendring veranstaltet "UNITED for Intercultural Action - European network against nationalism, racism, fascism and in support of migrants and refugees" ein viertägiges Arbeitstreffen in Salzburg. An der Vorbereitung des Programms haben neben den Genannten weitere Initiativen aus Österreich sowie aus Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden und Spanien teilgenommen. Im Zentrum des Treffens stehen die Debatte um ein "Fortress Europe without Foreigners" (gefolgt von Arbeitsgruppen zu Asylrechten, Rechtsgleichheit, Rechtsextremisten in Europa u.ä.) und die Kampagnenplanung 1994/95, eingeleitet von dem Referat "New Ways of Campaigning Against Racism and Fascism". Die Konferenzsprache ist Englisch. Aber, lassen die Veranstalter wissen, "don't be afraid, the level will not be too high, because English is nearly nobody's mother tongue." Die Reisekosten werden (für Anreisen aus der BRD mit max. 150 DM) erstattet, aber nur jenen, "who attend at least 80% of the meeting." Für die Teilnahme (einschl. Unterkunft und Verpflegung) sind 100 DM zu entrichten.

6.-9.10.94, Salzburg. (Schleunigste) Anmeldung bei: UNITED, PB 413, NL - 1000 AK Amsterdam.

Weltwirtschaft

Ein viertägiges Seminar, veranstaltet vom "Eine Welt Jugendnetzwerk", soll anhand von Referaten, Filmen, Textarbeit und Diskussionsrunden ein genaueres Verständnis der Weltwirtschafts- und Nord-Süd-Problematik schaffen.

28.-31.10.94, in Bremen oder Umgebung. Anmeldung: Eine Welt Jugendnetzwerk, p.A. Hato Nordeck, Marcusallee 29, 28359 Bremen, Tel. 0421-230711.

35. Nürnberg: REPs trauen sich nicht auf die Straße

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:25

In Nürnberg konnte erneut eine angekündigte REP-Wahlkundgebung verhindert werden. Diesmal lief es allerdings noch eleganter als am 30. April. Damals hatten 2.000 Leute die wenigen REPs mit einem derart ohrenbetäubenden Pfeifkonzert eingedeckt, daß ihnen Hören und Sehen verging (Siehe ak 366, S. 3). Diese breit getragene und recht erfolgreiche Aktion beflügelte die antifaschistische Arbeit.

Nun wollten die REPs offenbar die Gunst der Sommerpause nutzen und kündigten für Donnerstag, den 18. August von 16 bis 19 Uhr, wieder eine Kundgebung auf dem zentralen Platz Nürnbergs an. Von Ort, Inhalt und Rednerkonzept her sollte es sich um eine glatte Wiederholung der Kundgebung handeln, die Ende April verhindert worden war. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß es sich nun um den Wahlkampfauftakt für die Landtagswahlen handelte und nicht mehr um den für die Europawahlen.

Das Antifaschistische Aktionsbündnis zauderte nicht lange und rief "trotz Sommerloch und Urlaubszeit" dazu auf, den "REPs einen weiteren blamablen Wahlkampfauftakt zu bescheren". Das gelang. Nachdem die Mobilisierung für eine breit getragene Verhinderungsaktion angelaufen war, zogen die REPs den Schwanz ein und bliesen die Kundgebung drei Tage vor dem geplanten Termin ab. Die Polizei könne nicht für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sorgen, lamentierte der örtliche REP-Chef. Dies habe man ja bereits am 30. April gesehen. (Nürnberger Zeitung, 16.8.1994).

Daß sich die REPs in der zweitgrößten Stadt Bayerns zum Auftakt für den Landtagswahlkampf, in dem es für sie um einiges geht, nicht auf der Straße blicken lassen, ist als schönes Zwischenergebnis örtlicher antifaschistischer Arbeit zu bewerten.

Al., Nürnberg

36. Quelldatei 27bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/27bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:27bu

Etwa 500 Menschen demonstrierten am 6.8.1994, zwei Wochen nach dem Überfall auf die Gedenkstätte Buchenwald, gegen Faschismus, Skinhead-Terror und die angebliche Polizeipanne. Auf dem ehemaligen KZ-Gelände legten die DemonstrantInnen zum Gedenken an die Opfer des Faschismus Blumen nieder. Am späten Nachmittag des 23. Juli war eine Horde "Sieg Heil" und andere Nazi-Parolen gröhlender rechtsextremer Skinheads auf das KZ-Gelände eingedrungen und hatte Fensterscheiben im Verwaltungshaus eingeworfen. Der Mitarbeiterin der Gedenkstätte, die sich der Horde in den Weg stellen wollte, wurde gedroht, sie zu verbrennen. Möglich wurde dieser Überfall nur, weil die Polizei, die den Bus, mit dem die Skinheads unterwegs waren, beobachtete, kurz bevor der Bus zur Gedenkstätte fuhr, die Beobachtung abbrach: Ihr hätten keine Erkenntnisse über geplante Gewalttaten vorgelegen. In Wirklichkeit wiesen die Begleitumstände des Überfalls auf sorgfältige Planung hin. Die Skinheads fuhren mit einem gemieteten Bus bis zu einem nahe der Gedenkstätte gelegenen Parkplatz und liefen dann zielgerichtet zur Gedenkstätte, wo sie die Verwüstungen anrichteten. Als die von den Mitarbeitern herbeigerufene Polizei endlich auftauchte, waren die Rechtsextremen schon wieder im Abmarsch. Von 22 Festgenommenen wurden 21 sofort wieder freigelassen; eine Person wurde wegen eines offenen Haftbefehls in Haft behalten. Wieder einmal kommt die Vermutung auf, daß polizeiliches Nichtverhalten die Rechtsextremen zum Handeln auffordert. ga.

37. Quelldatei dop.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/dop.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:dop

Vor einem Jahr noch völlig unvorstellbar, hat eine "Palästinensische Nationalbehörde" Teile der Verwaltung in Jericho und in gut der Hälfte des Gaza-Streifens übernommen, ist palästinensische Polizei in den Gebieten der Teilautonomie stationiert und hat Arafat seinen Wohnsitz in Gaza genommen. Gleichwohl hat es den Anschein, daß sich für die Palästinenser wenig zum Besseren gewendet hat. Palästinensischer Boden wird weiterhin beschlagnahmt, Ausgangssperren werden verhängt. Die dringendst benötigten Gelder zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum sind bisher ausgeblieben. Und die Bewohner des Gaza-Streifens und Jerichos haben Anlaß zu zweifeln, daß aus der PLO eine demokratische Regierung entstehen wird. - Klaus Polkehn zieht eine Bilanz des verstrichenen Jahres. Seite 14

38. Kohl ablösen! Und was dann?

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/kohl_pds.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:kohl_pds

Die "Linksfront" und die Diskussion in der PDS

Im Juli wurde in Magdeburg die erste rosa-grüne Minderheitsregierung gewählt. Möglich wurde dies durch die überwiegende Stimmenthaltung der PDS-Fraktion. Eine Tolerierung, die von den zur Regierung drängenden Sozialdemokraten und GRÜNEN einkalkuliert wurde, von der sie sich jedoch jederzeit distanzierten. Ist Magdeburg ein Modellfall für Bonn? Zwölf Jahre nach dem Regierungsantritt Kohls ist die Herrschaft der Union kaum unsicherer geworden. Die SPD war in dieser Dekade zu keinem Zeitpunkt in der Lage, mit einem überzeugenden Reformprojekt zu einer ernsthaften Gefahr dieser konservativen Regierung zu werden. Rot-Grün, 1987 noch ein Schreckgespenst, hat kaum eine Chance auf eine eigene Mehrheit. Rot-Grün scheint nach dem 16. Oktober nur möglich zu sein, wenn eine solche Regierung durch die PDS toleriert würde. Allein diese Ankündigung hat innerhalb der PDS für große Aufregung gesorgt. Binnen einiger Wochen ist sie von einer Unpartei zu einem gewichtigen Faktor geworden. Vereinheitlicht über alle Strömungen hinweg ist in der PDS, daß an ihr die Wahl einer rosa-grünen Regierung nicht scheitern werde. Ob hierfür ein Preis verlangt werden soll (bedingte Tolerierung) oder ein sozialdemokratischer Kanzler ohne Bedingungen gewählt werden soll (Nulltolerierung), darüber entbrennnt innerhalb der PDS der gleiche Streit wie seinerzeit bei den GRÜNEN. Die Frage der Orientierung auf die SPD oder die "sozialen Bewegungen" wird nicht von ungefähr in diesem Zusammenhang neu aufgeworfen.

Über diese Debatte berichten wir auf Seite 4

Ein weiterer Artikel behandelt die Frage: Ist die PDS nationalistisch? Seite 33

39. Quelldatei korea.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/korea.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:korea

Daß mit dem Tode Kim Il Sungs auch die Tage des eigenständigen nordkoreanischen Staates gezählt sein würden, schien vielen eine Selbstverständlichkeit. Schon zu Lebzeiten der "Sonne der Nation" war Nordkorea zu einem neuen "Reich des Bösen" aufgebaut worden. Die Medien schürten die Angst vor nordkoreanischen Atomwaffen. US Politiker warnten vor einer "konfuzianisch-islamischen Connection", und in einer Studie des Pentagon wurde die Führ- und Gewinnbarkeit eines Krieges gegen Nordkorea herausgearbeitet. Vorerst beschränken sich die neuen Weltordner auf massiven politisch-diplomatischen Druck. Über Feindbilder, die Stimmung in Nordkorea und die Chancen einer Verständigung zwischen den beiden koreanischen Staaten schreibt Rainer Werning auf Seite 26

40. Quelldatei mexiko.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/mexiko.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:mexiko

Die EZLN lud ein und alle kamen. Über 6.000 Delegierten verschiedenster Gruppen aus ganz Mexiko versammelten sich vom 6. bis 8. August, um über ihr weiteres Vorgehen zur Wahl zu diskutieren und zu entscheiden. Mitten im Lakandonischen Dschungel, in Aguascalientas, beschlossen sie u.a., eine "Volksregierung für den demokratischen Übergang" einzusetzen und eine zweite Konventionssitzung nach den Wahlen einzuberufen. Über dieses historische Ereignis berichten unsere Autoren aus Mexiko.

Was sich für die Frauen seit dem Aufstand in Chiapas verändert hat, wo ihre Hoffnungen für die Zukunft liegen und mit welchen Schwierigkeiten sie trotz aller Beteuerung ihrer Gleichberechtigung zu kämpfen haben, darüber hat die Autorin vor Ort recherchiert. Ab Seite 11

41. Quelldatei slo.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/slo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:slo

Parallel zur Entwicklung in anderen osteuropäischen Ländern scheinen auch in der Slowakei die nationalistischen Kräfte an Einfluß zu verlieren - zumindest auf der politischen Bühne. Näheren Aufschluß darüber werden die vorgezogenen Neuwahlen geben, die im September stattfinden. Die Regierung des Nationalisten Meciar war bereits im März gestürzt worden; seither regiert ein provisorisches Kabinett, das aus gemäßigten bürgerlichen Kräften sowie einigen Mitgliedern der "Demokratischen Linken" (frühere KP) besteht. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Slowakei werden indes weiterhin durch eine wenig hoffnungsvolle wirtschaftliche Lage sowie durch weitverbreiteten Rassismus geprägt - in einer Situation, wo ein Fünftel der Bevölkerung nationalen Minderheiten angehören. S. 17

42. Tolerieren, Koalieren, Opponieren?

Die Diskussion innerhalb der PDS nach den Europawahlen und den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/toll.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:toll

Im Juli wurde in Magdeburg erstmals eine rosa-grüne Minderheitenregierung gewählt, wobei die Stimmenthaltung der Fraktion der PDS Voraussetzung für die Wahl war. Seitdem arbeitet die CDU an der "Linksfrontkampagne", seitdem hat die SPD alle Hände voll zu tun, der CDU/CSU und ihren WählerInnen zu erklären, daß sie nach einem ähnlichen Wahlergebnis am 16. Oktober einen solchen Schritt nicht machen würde. Seitdem sonnt sich die PDS in der unverhofften Aufmerksamkeit. Und seitdem gibt es innerhalb der PDS die ersten Auseinandersetzungen über das Ob, Wann und Wie der Tolerierung einer möglichen Minderheitsregierung in Bonn.

In allen bisher veröffentlichten Stellungnahmen gibt es einen Konsens, der da lautet: An der PDS wird die Abwahl von CDU/FDP-Regierungen nicht scheitern. Schon auf dem Wahlparteitag am 25.3. erklärte Gregor Gysi unwidersprochen, wenn eine rosa-grüne Koaltion auf die Stimmen der PDS angewiesen wäre, dann würde ein Weg gefunden werden, wenn SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN bereit wären, diesen anzunehmen. Er stellte sogar in Aussicht, einer solchen Regierung auch den Haushalt zu genehmigen.(1) Unterschiedliche Akzente werden gesetzt, wenn es um die Frage geht, ob für eine solche Unterstützung ein Preis verlangt werden soll und wenn ja, wie dieser aussehen soll.

Auf einer Forumsveranstaltung am 26. Juli in Berlin vertrat der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Gehrcke die Ansicht, das wesentliche der jetzigen Situation sei, daß es eine Mehrheit links von der Union gebe und er es deshalb außerordentlich wichtig fände, "daß eine verantwortliche linke Opposition ihren Beitrag dazu leistet, daß diese Mehrheiten dann in der Praxis auch stattfinden können." Dieser Gedanke wurde von Johannes Scheringer, Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern und Volkspolitiker mit Hang zur Kommunistischen Plattform, fortgesetzt. Schon 1990 hatte die PDS im Schweriner Landtag nach einem Wahlpatt der SPD die Duldung einer Minderheitsregierung angeboten (ohne Erfolg). Sein Ansatz ist, daß Opposition nicht nur im Widerstand bestehe, sondern auch in der "Verantwortung zur Gestaltung". Der schärfste Widerspruch gegen Wolfgang Gehrckes Forderung nach einer prinzipiellen Bündnisorientierung kam ausgerechnet von Heinz Vietze, dem Fraktionsgeschäftsführer in Brandenburg. Überraschend für viele deshalb, weil - bleibt mensch im Sprachgebrauch, der sich bei der GRÜNEN-Debatte eingebürgert hat - in Brandenburg die Realpolitiker der PDS das Sagen haben. Er könne überhaupt nichts tolerieren, wenn er nicht wisse, "was Inhalt dessen ist, was eine sozialdemokratische geführte Regierung vorhat." Für ihn hat die PDS einen Preis, und den habe sie, weil sie eine Verantwortung gegenüber ihren eigenen WählerInnen habe. Allein die Tolerierung einer sozialdemokratischen Regierung brächte keine Wende. Und gerade weil der Erwartungsdruck der Menschen in den östlichen Bundesländern hoch sei, dürfte die Tolerierung nicht an unverbindliche Versprechen gebunden werden. Worin nun aber dieser Preis bestehen soll, darüber wird gegenwärtig noch in Potsdam gebrütet.(2) In Brandenburg kann dies aber auch noch darauf hinauslaufen, daß die PDS über die Tolerierung hinaus die Regierungsbeteiligung anstrebt.

Raus aus der Gefahr,

rein in die Nulltolerierung

Ein Berliner Kreis, der sich selbst als Teil der Parteilinken begreift, hat vor allem gegen die von Scheringer und Vietze geäußerten Ansichten Stellung bezogen. Auf dieser Veranstaltung wurde er durch Harald Wolf vertreten, der schon bei den GRÜNEN als Mitglied des LINKEN FORUMs 1987 den Vorschlag für die bedingungslose Tolerierung eines SPD-Kandidaten wesentlich mitformulierte. In der Mitgliederzeitschrift der PDS, DISPUT, stellte Udo Wolf für diesen Kreis die Frage: "Die PDS vor einer Richtungsentscheidung?" und beantwortet sie indirekt mit einem Ja. Die Richtungsentscheidung sieht er im Verhältnis zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, zum Staat, zum Parlamentarismus, zu Macht und Herrschaft. Alle diese Fragen könnten jetzt in der Tolerierungsdiskussion beobachtet werden. Auch dieser Kreis will einen sozialdemokratischen Kanzler wählen, will auch den Haushalt absegnen, um SPD und GRÜNEN das Regieren zu ermöglichen, nur will er dies alles ohne Bedingungen machen.

Dieser zunächst paradox erscheinende Vorschlag wurde in der Debatte der GRÜNEN als Nulltolerierung bekannt. Er wird damit begründet, daß jede Bedingung an eine Tolerierung grundsätzlich ein Sich-Einlassen auf Regierungspolitik sei. Es müßten dann Teilbereiche in der Politik bestimmt werden, die wichtiger seien als andere. Es würde zwangsläufig darauf herauslaufen, eine Deadline bei der SPD nicht zu überschreiten, was unweigerlich weitgehende Kompromisse erforderlich machen würde. Dies alles würde gerade nicht dazu führen, den Dissens zur herrschenden Politik zu verschärfen, sondern in der Regel würde bei einem solchen Weg die Zustimmung zu ihr wachsen. Statt sich über eine solche Tolerierungspolitik auf den Boden der staatlichen Regulierung von Widersprüchen zu begeben, soll die zentrale Funktion der PDS darin bestehen, gesellschaftliche Widersprüche in die Staatsapparate zu tragen. Warnend wird hierfür die Entwicklung der GRÜNEN und Marx als Zeuge angeführt: "Die Institutionen sind stärker als die Menschen." Es wird auf die bisher fast ungebrochene Integrationskraft des bürgerlich-kapitalistischen Systems hingewiesen, deren Gefahren innerhalb der PDS noch unterschätzt würden.

Diese ganz grundsätzliche Empfehlung zur Abstinenz wird dann jedoch in praktisch-politischer Hinsicht nicht durchgehalten. Auch dieser Kreis tritt für die Unterstützung einer rosa-grünen Koalition ein: "Das kann die PDS tun, indem sie völlig illusionslos einen SPD-Ministerpräsidenten oder Kanzler wählt." Dann soll eine solche Regierung im Bündnis mit außerparlamentarischen Initiativen unter Druck gesetzt werden: "Das bedeutet nicht, mit ihnen Verträge auszuhandeln, die diese Vorschläge in ihr Regierungsprogramm aufnehmen, sondern statt dessen das Bündnis mit den Initiativen und Gruppen von Betroffenen außerhalb des Parlaments einzugehen, die wie wir sagen, was Rot-Grün an Reformen macht, ist bei weitem nicht genug. Jede noch so kleine Verbesserung soll an uns nicht scheitern, aber die Verantwortung dafür, daß sie nicht weit genug gehen, übernehmen wir nicht." Der gleiche Gedanke wird noch einmal schärfer formuliert: "Die Pflicht, die Forderungen der PDS, so sie gesellschaftliche Akzeptanz gewinnen, in Kompromisse zu gießen, sollten wir getrost der SPD und Grünen überlassen."

Der Kerngedanke, sich die eigenen politischen Grundsätze nicht durch die Kompromißbildung für Regierungspolitik verwässern zu lassen, liest sich zwar radikal, beantwortet aber noch nicht die Frage, welches denn die erwähnten kleinen Verbesserungen sein werden, die an der PDS nicht scheitern sollen. In der praktischen Politik werden es dann vor allem diese Dinge sein, über die gestritten wird, weil sie oft grundsätzliche Bedeutung gewinnen. Theoretisch ist dieser Ansatz insofern radikal formuliert, als er sich über das Einlassen auf das parlamentarische System hinaus nicht auch noch auf die daraus resultierende Exekutivpolitik einlassen will. In der Praxis ist man damit aber noch nicht weiter als der von Heinz Vietze geforderte Preis. Interessanterweise schlägt Heinz Vietze tatsächlich einen Kurs vor, der der Tolerierungslinie der ersten "Hamburger Verhältnisse", 1982, entspricht. Auch die GAL hatte damals einen Katalog von Forderungen aufgestellt, an die die Tolerierung gebunden werden sollte. Der Unterschied besteht wahrscheinlich darin, daß die GAL dies 1982 nicht als Vorstufe zur Regierungsbeteiligung ansah.

Die Parteilinke wird auch die Frage beantworten müssen, ob die Nulltolerierung zwar die Gefahr der eigenen Regierungsbeteiligung umgeht, dies aber zum Preis einer grundsätzlichen Bindung an die SPD, die dann zuständig ist für die kompromißhafte Umsetzung der eigenen Politikrichtung.

Hier tritt noch ein weiterer Riß in der Argumentation zu Tage, der sich in einem Grundsatzpapier des Berliner Landesvorstandes wiederfindet. Nachdem zunächst gründlich ausgeführt wird, daß die SPD-Politik keine Alternative zur CDU/CSU darstelle, wird dann unvermittelt mit der Unterstützung einer SPD-geführten Minderheitsregierung "die Chance für ein neues politisches Modell" eingeführt. Denn die SPD sei anfälliger für Reformdruck von links und das Regieren mit wechselnden Mehrheiten eröffne die Chance für Reformprojekte. Im gleichen Papier heißt es weiter, die SPD gehe erfahrungsgemäß unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen immer weiter nach rechts und "eine starke gesellschaftliche Bewegung im Sinne der z.B. von der SPD verlassenen Positionen ist z.Z. nicht wahrzunehmen. Eher das Gegenteil ist der Fall. Außerparlamentarischer Druck kommt heute eher von rechts, aus dem nationalistischen bis neofaschistischen Spektrum der Gesellschaft." Befremdlich ist dann, wenn die gleichen AutorInnen einen Absatz später schreiben: "Ohne Zweifel liegt in dieser Situation eine große Chance der PDS als konsequente linke Opposition, wenn es ihr denn gelingt, diese Rolle tatsächlich anzunehmen", wenn im gleichen Papier eine solche Rolle nur in Zusammenhang mit "sozialen" Bewegungen gesehen wird.(4)

Orientierung auf die SPD

Eine ganz andere Art der Herangehensweise wird in einem Beitrag von Michael Schumann (Mitglied des Bundesvorstandes und MdL in Brandenburg) und Joachim Bischoff (Mitglied des Bundesvorstandes und Redakteur der Zeitschrift Sozialismus) verlangt. Sie plädieren für eine strategische Orientierung auf die und an der SPD. Ihr Ausgangspunkt ist, daß die PDS zu erheblichen Teilen ein Potential anspreche, das auch die SPD für sich beansprucht. Die politischen Positionen der PDS würden auch innerhalb der SPD vertreten, auch wenn sie dort nicht mehrheitsfähig seien. Politisch sachlich gebe es vor allem in wirtschaftspolitischen und ökologischen Fragen Übereinstimmung mit der SPD-Linken. Sie führen diese auf den "Erneuerungsprozeß" der PDS zurück und meinen, dies "könnte Ausgangspunkt für eine Bündelung des linksdemokratischen Potentials als unabhängig von seiner organisatorischen Verankerung sein." Sie orientieren auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der SPD und der PDS, wovon sie sich dann "eine Steigerung des gesellschaftlichen Einflusses linkssozialistischer Positionen" versprechen. Für sie spitzt sich Reformpolitik vor allem auf die Frage des Umbruchs der gesellschaftlichen Betriebsweise und der Zerstörungstendenzen des Sozialstaates zu. Für die Gegentendenz, Vollbeschäftigung und Ausgestaltung sozialer Sicherheit, sei die SPD eine der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte. Den Hinweis auf die geschichtlichen Erfahrungen mit der SPD kontern sie damit, daß alle die, die in der Politik der SPD eine lineare Entwicklung sähen, "letztlich auf eine realistische Bewertung der bestehenden Kräfteverhältnisse und eine politische Strategie zu ihrer Veränderung" verzichten würden. Und in Richtung derjenigen, die ihre Ansprechpartner nicht so sehr in der SPD, sondern bei den "sozialen Bewegungen" sehen, warnen sie, daß die PDS sich paralysiere, wenn sie es nicht verstehe, "ihre notwendige Kritik an der SPD mit dem ständigen Bemühen um die Gemeinsamkeit in der zentralen Frage der politischen Auseinandersetzung in Deutschland zu verbinden."(5)

Leider machen sich die Autoren nicht die Mühe zu zeigen, wo die Tendenzen für eine Wandlung dieser SPD zu sehen sind. Erfahrungsgemäß reicht das Wissen, daß es in der SPD Menschen gibt, die linke und sozialistische Auffassungen vertreten, nicht, auf den Charakter zukünftiger Politik der SPD zu schließen. In dieser Hinsicht sind beide Autoren in der politischen Diskussion nicht weiter als diejenigen, die für ihre Politik die "sozialen Bewegungen" anführen, von denen sie im nächsten Moment jedoch gleich sagen müssen, daß diese z.Z. kein starkes Moment sind. In politisch praktischer Hinsicht könnten sie sich allerdings leicht mit der Linie der Nulltolerierung einigen.

Dritte Kraft

Eine weitere Variante bringen André Brie (PDS-Parteivorstand und Wahlkampfleiter) und Michael Brie (Wissenschaftler und einer der wichtigen Theoretiker der Wendezeit) in die Debatte ein. Hier geht es weniger um die Fragen der Tolerierung, sondern um die Frage der Zukunft der PDS in ihrer gesellschaftlichen Rolle und als Partei. André Brie stellt die Hypothese auf, die PDS werde in den kommenden Jahren zur dritten politischen Kraft in der BRD werden. Die PDS sei durch die gegenwärtige Entwicklung aus der Position der Unpartei herausgetreten, allerdings nicht aus eigener Kraft, sondern durch das Votum der WählerInnen. Daran knüpft er den Gedanken, daß Parteien ihre Rolle im politischen System gegeben oder genommen werden kann. Dieser Gedanke legt nahe, das Denken und Handeln der Partei vom Willen der WählerInnen her zu diskutieren, was den traditionellen Parteiencharakter in Frage stellen würde. Dies wird von André Brie nicht weiter ausgeführt. Eindeutig äußert er sich allerdings zur Regierungsfrage. Aufgrund der großen Zustimmung komme die PDS nicht umhin, sowohl das Opponieren als auch das Regieren zu lernen.(6)

Michael Brie bezeichnet die PDS als eine von den herrschenden politischen Eliten ungewollte Innovation des Parteiensystem. Die PDS sei eine eine ostdeutsche Regionalpartei, eine Volkspartei und eine alternative linke Partei. Die Rolle der ostdeutschen Regionalpartei sei ihr zugefallen, weil die herrschenden Parteien bei der Übernahme der DDR in der Bevölkerung einen Erwartungsdruck erzeugt hätten, den sie nicht halten wollen und können. Nun stehe die PDS damit in dem Dilemma, einerseits aufgrund historischer und aktueller Gründe keinesfalls als Verhinderer einer SPD-GRÜNEN-Koalition erscheinen zu dürfen; andererseits könne sie sich aufgrund des jetzt auf sie in gewandelter Form übergegangenen Erwartungsdrucks auch keine Tolerierung einer rosa-grünen Koaltion erlauben, bei der sie auf jegliche Einflußnahme verzichte. So müsse sie, in der Opposition stehend, gleichzeitig konstruktive Regierungspolitik betreiben. Dieses Paradoxon sieht er lösbar durch einen wachsenden Einfluß ähnlicher politischer Auffassungen in den anderen Parteien. Folgt man diesem Gedanken, stände am Ende die Rücknahme der PDS als eine/einzige Partei der besonderen ostdeutschen Interessen.

Für die GRÜNEN und die PDS konstatiert er die Entwicklung hin zu "Volksparteien". Im Unterschied zu anderen linken Gruppierungen der BRD, aber auch der GRÜNEN, sei die PDS keine Partei der Intellektuellen oder des neuen Mittelstandes. Sowohl die WählerInnen als auch die Mitglieder der PDS kämen durchgängig aus allen Bevölkerungsschichten. Was daraus für die Politik folgt, folgen soll, ist nicht ausgeführt.

Als letztes sei die PDS eine linke alternative Partei. Alternativ sei sie, weil sie mit dem Stalinismus und dem leninistischen Parteikonzept gebrochen habe. Links sei sie, weil die Herkunft der Organisation und ihrer Mitglieder es nicht erlauben würde, sich von der sozialistischen Identität zu lösen. Darin wird der Sozialismus verstanden als die Überwindung einer kapital-, bürokratie-, militär- und männerdominierten Gesellschaft. Zugleich seien die Interessen von Umwelterhaltung, Entwicklung der Dritten Welt, von Frauen, Erwerbslosen stärker zu repräsentieren. Und Sozialismus bedeute eine radikale Weiterentwicklung von Demokratie, Selbstbestimmung. Er konstatiert, daß dies alles noch keine konsistente Theorie ausmache, nicht vergleichbar der Theorie der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen, aber dies erfülle die Funktion einer klaren Abgrenzung in der Gesellschaft und gegenüber anderen Parteien.

Veränderung durch Opposition

Die bisher vorliegenden Diskussionsbeiträge lassen noch keine Rückschlüsse auf endgültige Entscheidungen zu. Sie zeigen aber dennoch schon die entscheidenden Argumentationsstränge. Kaum äußert sich bisher der Flügel, der im Mitmachen die Hauptorientierung sieht. Mit Sicherheit wird der Flügel, der für die PDS die strategische Orientierung in der Bezugnahme auf die SPD sieht, in dem Moment an politisch-praktischer Bedeutung zunehmen, wenn die SPD ihre rigide Abgrenzungspolitik lockert. Erst dann wird sich auch erweisen können, ob die von der Parteilinken im politisch-ideologischen Bereich errungenen "Siege" wirklich Bestand haben werden.

Auch wenn die Diskussion vorwiegend anhand einer möglichen Minderheitsregierung in Bonn diskutiert wird, ist diese Perspektive aufgrund der Haltung der SPD eher unwahrscheinlich. Konkreter werden sich Entscheidungen aber schon bald in den Ländern stellen. Am 11. September wird in Brandenburg neu gewählt. Es gilt als wahrscheinlich, daß Stolpe Wahlsieger wird; aber er wird kaum eine absolute Mehrheit erringen. In Brandenburg drängt es viele in der PDS nach Koalition, womit sie die Rolle der hessischen Grünen übernehmen könnten. In Mecklenburg-Vorpommern wird am 16. Oktober gewählt, und es könnte eine Konstellation eintreten, in der nur SPD, CDU und PDS im Parlament vertreten sein werden. Johannes Scheringer hat für diesen Fall schon erklärt, daß es kaum möglich sei, daß eine 25%-Partei, die PDS, eine 30%-Partei, die SPD, tolerieren könne. Also Koalition? In Sachsen wird am 11. September gewählt. Der CDU-Sieg scheint sicher, aber auch sie bräuchte einen Partner, den sie vielleicht im Bündnis90 findet. Um eine CDU-Regierung zu verhindern, wäre wiederum eine Übereinkunft zwischen SPD, GRÜNEN und PDS notwendig.

Eine Erfahrung der Entwicklung der GRÜNEN ist in der gesamten Debatte der PDS bisher nicht infrage gestellt worden: Opposition soll keine Regierung im Wartestand sein. Im Papier des Berliner Landesvorstandes wird dies mit einem Zitat von Gregor Gysi formuliert: "Wir sollten uns endlich von dem Irrtum freimachen, Opposition sei zweite Wahl. Opposition ist, wenn sie denn ernsthaft praktiziert und eben nicht ausschließlich als Probelauf für Regierungsverantwortung verstanden wird, eine notwendige und durchaus folgenreiche Form der Einflußnahme. Opposition nimmt Einfluß auf Gestaltung und Entwicklung der Demokratie. Veränderung beginnt mit Opposition und selten mit Regierung... Eine Opposition wird nicht von Lobbyisten bedrängt, sie muß nicht die unterschiedlichen Interessen der tatsächlichen Machtzentren im Land austarieren. Opposition kann unmittelbar den Wahlauftrag des Souveräns - der Bürgerinnen und Bürger - wahrnehmen." Dies wird vielen Linken schon ein viel zu weitgehendes Eingehen auf die bestehende Gesellschaft sein. Aber sollte nur diese Haltung aus der jetzt beginnenden Diskussion als Konsens übrig bleiben, wäre wohl die linke Debatte insgesamt einen kleinen Schritt weiter als sie Ende der 80er Jahre bei den GRÜNEN geendet hat.

Heinrich Eckhoff

(1) Pressedienst der PDS 11/12 1994, Dokumente des Wahlkongresses

(2) Zusammenfassung dieser Veranstaltung in: DISPUT, Mitgliederzeitschrift der PDS, Ausgabe 14/94

(3) Udo Wolf in DISPUT 15/16 94: Die PDS vor einer Richtungsentscheidung?

(4) Landesvorstand der PDS Berlin: Perspektiven und Verantwortung linker Oppositionspolitik, 8/94

(5) Michael Schumann/Joachim Bischoff: Ist Scharping noch zu retten. Über das Verhältnis von SPD und PDS und die Chancen einer neuen Reformpolitik. "Neues Deutschland" 9.8.94

(6) André Brie: PDS im Osten - Bündnis90/DIE GRÜNEN im Westen: Die dritte Kraft im Lande (taz, 30.6.94)

(7) Michael Brie: PDS ante portas, in Pressedienst der PDS 29/94

43. Musterstadt Weimar-

CD-Datei: daten/aksuche/ak369/weimar.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:369:weimar

in der Stadt des Dichterfürsten Goethe ist deutsche Geschichte allgegenwärtig. Vor allem deren "guter" Teil. "Auf engstem Raum kann man den Spuren derer folgen, die den Namen Weimar zum Mythos werden ließen", schreibt das lokale Amt für Tourismus: Schiller, Herder, Wieland und immer wieder Goethe.

Eine würdige "Kulturstadt Europas" für das Jahr 1999! Daß sie einst Hitlers Lieblingsstadt war, als erste im Reich "judenfrei" gemeldet wurde, kann den boomenden Fremdenverkehr nicht beeinträchtigen. "Für immer schmerzhaft verbunden" sei der Name der Stadt mit dem des KZ Buchenwald - auch das verschweigt die Weimar-Werbung nicht. Eine Reportage von Katja Leyrer über ihren Besuch in Weimar und Buchenwald auf Seite 9